

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

- Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe • Ehescheidungen • Strukturentwicklung des Baugewerbes
- Konjunkturerhebung in Dienstleistungsbereichen • Behinderung und Einkommen • Wohngeld • Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte
- Regionale Mortalitätsunterschiede in Baden-Württemberg



2/2005

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11/75-20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: + 49 (0) 70 71/93-53 50
Telefax: + 49 (0) 70 71/93-53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/shop

Druck: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im März 2005

Einzelpreis: EUR 13,75 [D]

Jahresbezugspreis: EUR 121,- [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-05102-1 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11/75-24 05
- Telefax: + 49 (0) 6 11/75-33 30
- www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt		Seite
	Kurznachrichten	81
 Textteil		
<i>Dr. Rainer Lenz, Dr. Daniel Vorgrimler, Martin Rosemann</i>	Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe	91
<i>Dieter Emmerling</i>	Ehescheidungen 2003	97
<i>Dr. Hartmut Höh</i>	Strukturentwicklung des Baugewerbes und Bedeutung kleinerer Unternehmen	109
<i>Sven C. Kaumanns</i>	Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen	118
<i>Heiko Pfaff</i>	Behinderung und Einkommen	128
<i>Thomas Haustein</i>	Wohngeld in Deutschland 2003	135
<i>Kristina Kott, Thomas Krebs</i>	Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte	143
<i>Gudrun Eckert</i>	Preise im Januar 2005	158
<i>Hans-Martin von Gaudecker</i>	Regionale Mortalitätsunterschiede in Baden-Württemberg	164
	Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	169
 Tabellenteil		
	Inhalt	1*
	Statistische Monatszahlen	2*

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
News in brief		81
Texts		
<i>Dr. Rainer Lenz, Dr. Daniel Vorgrimler, Martin Rosemann</i>	A Scientific Use File of the cost structure survey in manufacturing	91
<i>Dieter Emmerling</i>	Divorces, 2003	97
<i>Dr. Hartmut Höh</i>	Structural trends in the construction industry and the importance of small-sized enterprises	109
<i>Sven C. Kaumanns</i>	Survey of short-term trends in individual service sectors	118
<i>Heiko Pfaff</i>	Disability and income	128
<i>Thomas Hausteин</i>	Housing allowance in Germany, 2003	135
<i>Kristina Kott, Thomas Krebs</i>	Receipts and expenditure of households	143
<i>Gudrun Eckert</i>	Prices in January 2005	158
<i>Hans-Martin von Gaudecker</i>	Regional mortality differences in Baden-Württemberg	164
List of the contributions published in the current year		169
Tables		
Summary		1*
Monthly statistical figures		2*

Table des matières		Page
Informations sommaires		81
Textes		
<i>Dr. Rainer Lenz, Dr. Daniel Vorgrimler, Martin Rosemann</i>	Un fichier à usage scientifique de l'enquête sur la structure des coûts dans les industries manufacturières	91
<i>Dieter Emmerling</i>	Divorces en 2003	97
<i>Dr. Hartmut Höh</i>	Evolution structurelle du bâtiment et l'importance des petites entreprises	109
<i>Sven C. Kaumanns</i>	Enquête de conjoncture dans certains secteurs des services	118
<i>Heiko Pfaff</i>	Handicap et revenus	128
<i>Thomas Hausteин</i>	Allocations de logement en Allemagne en 2003	135
<i>Kristina Kott, Thomas Krebs</i>	Recettes et dépenses des ménages	143
<i>Gudrun Eckert</i>	Prix en janvier 2005	158
<i>Hans-Martin von Gaudecker</i>	Différences de mortalité régionales dans le pays de Bade-Wurtemberg	164
Liste des contributions publiées dans l'année en cours		169
Tableaux		
Résumé		1*
Chiffres statistiques mensuels		2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East. Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus. Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Lange Reihen im Internet

Von Nutzern der amtlichen Statistik wurde der Wunsch geäußert, im Internet neben aktuellen, kurzfristigen Indikatoren auch lange Reihen mit wichtigen Eckzahlen zu verschiedenen Themengebieten in leicht erschließbarer Form bereitzustellen.

Dieser Anregung ist das Statistische Bundesamt gerne nachgekommen und bietet seit Ende Februar 2005 einen Grundbestand an Tabellen mit Daten für weiter zurückliegende Berichtsjahre an. Sofern keine fachlichen Hindernisse entgegenstanden – zum Beispiel ein nicht rückrechenbarer Bruch durch den Wechsel von Klassifikationen oder Erhebungseinheiten – reichen die Zeitreihen bis 1950 zurück. Die Berichtszeiträume vor 1990/1991 enthalten in der Regel Werte für das frühere Bundesgebiet, danach für Deutschland insgesamt. Nur ausgewählte Themenbereiche wie Löhne und Gehälter oder der Bevölkerungsstand werden für die drei Gebietsstände Deutschland, früheres Bundesgebiet sowie neue Länder und Berlin-Ost getrennt nachgewiesen.

Die neue Rubrik „Lange Reihen“ ist von der Homepage des Statistischen Bundesamtes www.destatis.de direkt erreichbar und derzeit nach sieben Themengebieten sortiert. Weitere Tabellen bzw. Themengebiete (z.B. Beschäftigte, Umsätze nach Wirtschaftsbereichen, Studierende nach Fächergruppen) sind in Vorbereitung. Für Fragen und Anregungen steht die E-Mail-Adresse indikatoren@destatis.de zur Verfügung.

Webseite zur europäischen Statistik jetzt auch in englischer Sprache

Seit kurzem steht die Webseite des EDS Europäischer Datenservice (www.eds-destatis.de) in vollem Umfang auch in englischer Sprache zur Verfügung. Der EDS Europäischer Datenservice des Statistischen Bundesamtes hilft allen Nutzern bei der Suche nach Daten aus amtlichen europäischen Statistiken und leistet Hilfestellung beim Umgang mit der neuen kostenfreien Online-Datenbank von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften. Die persönliche Beratung erfolgt sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch.

Die Webseite ermöglicht es allen Nutzern, auf die nach Themen oder Produkten gegliederten Daten und Publikationen Eurostats zuzugreifen. Nahezu alle Daten, die von Eurostat veröffentlicht werden, sind kostenfrei und ohne Registrierung abrufbar. Eurostat-Publikationen können in elektronischer Form heruntergeladen oder als Printversion bestellt werden. Informationen zu methodischen Fragen, zu geographischen Daten sowie zu den von Eurostat veröffentlichten Mikrodaten ergänzen das Angebot der EDS-Webseite.

Die Webseite des EDS Europäischer Datenservice liefert auch umfangreiche Informationen zu allen Serviceleistungen des europäischen Auskunftsdienstes. So können beispielsweise Nutzer, die kein Interesse an Eigenrecherchen haben, maßgeschneiderte Datentabellen oder Datenabonnements beim EDS-Serviceteam per Online-Formular bestellen. Darüber hinaus stehen für Journalisten Informationen zu den Pressemitteilungen und dem Pressedienst von Eurostat bereit.

Ihr Kontakt zum EDS Europäischer Datenservice des Statistischen Bundesamtes kann über Telefon 0 1888/6 44-94 27, Telefax 0 1888/6 44-94 30, E-Mail: eds@destatis.de oder Internet: www.eds-destatis.de erfolgen.

Weitere Auskünfte erteilt
Daniel O'Donnell, Telefon 0 1888/6 44-94 27,
E-Mail: daniel.odonnell@destatis.de.

Aus Europa

Neue Erhebung LEBEN IN EUROPA

LEBEN IN EUROPA ist eine neue Statistik zur Messung der Entwicklung von Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, die in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) sowie in Island und Norwegen in gleicher Weise durchgeführt wird.

LEBEN IN EUROPA interessiert sich etwa für den Lebensstandard und die Erwerbstätigkeit ebenso wie für die Wohnsituation und das Einkommen. Die neue Statistik versucht Antworten zu geben auf Fragen wie: Wie wohnen Menschen in Europa? In welchen beruflichen Situationen befinden sie sich? Wie viel Geld steht Haushalten zur Verfügung? Um verlässliche und aktuelle Daten für LEBEN IN EUROPA bereitzustellen, führen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in Deutschland ab dem Jahr 2005 jährlich eine Befragung durch.

Die Lebensbedingungen von privaten Haushalten sind vielfältig und unterliegen ständigen Veränderungen. Durch den Wandel in Gesellschaft und Arbeitswelt entstehen neue Lebens- und Arbeitsformen. Jede dieser Lebensformen bringt ihre eigenen, besonderen Lebensbedingungen mit sich. LEBEN IN EUROPA liefert die aktuellen statistischen Informationen, um die gesellschaftliche Entwicklung europaweit abbilden zu können. Darüber hinaus werden Daten zur Verfügung gestellt, um die Lösung bereits bestehender oder neu entstandener gesellschaftlicher Probleme möglich zu machen.

Die statistischen Ämter erheben dafür direkt bei den befragten Haushalten unterschiedliche Informationen. Im Rahmen der Erhebung LEBEN IN EUROPA werden beispielsweise Fragen zur Erwerbstätigkeit, zu Ausbildung und Gesundheit der Haushaltsmitglieder, zum Haushaltseinkommen und seiner Zusammensetzung, zur Wohnsituation sowie zu Ausgaben für das Wohnen gestellt.

Um darüber hinaus Veränderungen über den Zeitablauf untersuchen zu können, ist es notwendig, die Befragung in regelmäßigen Zeitabständen durchzuführen.

Die Teilnahme an LEBEN IN EUROPA ist freiwillig.

Wozu werden die im Rahmen von LEBEN IN EUROPA erhobenen Daten verwendet?

Die erhobenen Informationen werden zum Beispiel verwendet, um die Einkommenssituation in der Bundesrepublik

Deutschland darzustellen. Dabei wird nicht nur betrachtet, wie viel Geld die befragten Personen verdienen, sondern auch, wie viel den Haushalten insgesamt zur Verfügung steht nachdem Steuern und Sozialversicherung abgezogen und die Miete bezahlt wurde. Hierdurch kann beispielsweise auch herausgefunden werden, welche Wirkung etwa Kindergeld, Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe auf die finanzielle Situation von privaten Haushalten haben.

Eine besonders wichtige Frage ist, festzustellen, wie viele Haushalte von Armut bedroht sind. Diese Informationen sind Grundlage für Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, die von der Bundesregierung und den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten der EU erarbeitet werden. Sie fließen ferner in den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ein.

Da die Befragung in allen Ländern der EU in gleicher Art und Weise durchgeführt wird, ermöglicht sie einen Vergleich der Ergebnisse zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Wer wird befragt?

Für LEBEN IN EUROPA werden in der Bundesrepublik Deutschland jedes Jahr gut 14 000 Privathaushalte für die Befragung nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Es wird darauf geachtet, dass die teilnehmenden Haushalte in ihrer Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung entsprechen. Diese Haushalte werden in vier aufeinander folgenden Jahren jeweils einmal jährlich befragt.

Die Auswahl findet unter den privaten Haushalten statt, die sich bereit erklärt haben, an HAUSHALTE HEUTE, einer freiwilligen Kooperation von befragungsbereiten Haushalten mit der amtlichen Statistik, teilzunehmen. Diese Haushalte haben vorher am Mikrozensus teilgenommen.

In der Anfangsphase der Erhebung werden in die Auswahl auch andere Haushalte einbezogen, die schon einmal mit der amtlichen Statistik zusammengearbeitet haben.

Da für LEBEN IN EUROPA nicht nur Informationen über den Haushalt, sondern auch über jede der darin lebenden Personen benötigt werden, wird zusätzlich jede im ausgewählten Haushalt lebende Person, die mindestens 16 Jahre alt ist, befragt.

Datenschutz

Alle Angaben werden streng vertraulich behandelt und völlig anonym, das heißt ohne Namen und Anschrift, ausschließlich für statistische und wissenschaftliche Zwecke verwendet.

Konkrete Angaben einzelner Haushalte oder Personen werden nicht veröffentlicht.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der statistischen Ämter sind auf die Einhaltung der Datenschutzgesetze und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Auf keinen Fall werden Ihre Angaben mit Angaben aus anderen Behörden, zum Beispiel dem Finanzamt, verglichen oder an diese gemeldet.

Geheimhaltung

Die Geheimhaltung der Daten ist im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) geregelt.

Die erhobenen Einzelangaben werden nach § 16 des *Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke* (Bundesstatistikgesetz – BStatG vom 22. Januar 1987, zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002) grundsätzlich geheim gehalten.

Rechtsgrundlage

LEBEN IN EUROPA wird aufgrund einer europaweit gültigen Rechtsgrundlage erhoben: *der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003* des Europäischen Parlaments und des Rates für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Die europäische Rechtsgrundlage ist gültig in Verbindung mit nationalem Recht, dem BStatG. In diesen Rechtsgrundlagen wird der Rahmen der Befragung abgesteckt sowie Details festgelegt.

Ergebnisse

LEBEN IN EUROPA wird im Jahr 2005 erstmals durchgeführt. Daher liegen derzeit noch keine Ergebnisse vor. Die Veröffentlichung erster Ergebnisse ist für das erste Halbjahr 2006 vorgesehen.

Aus dem Inland

Wirtschaftsleistung im 4. Vierteljahr 2004

Das Bruttoinlandsprodukt, der Wert der in Deutschland erwirtschafteten Leistung, ist im vierten Quartal 2004 gegenüber dem Vorquartal saison- und kalenderbereinigt um real 0,2% zurückgegangen. Im dritten Quartal hatte die Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorquartal stagniert. Obwohl sich die konjunkturelle Belebung der ersten beiden Quartale damit in der zweiten Jahreshälfte nicht fortgesetzt hat, ergab sich für das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2004 eine Zunahme von real 1,6% gegenüber dem Jahr 2003; kalenderbereinigt allerdings nur ein Anstieg von 1,0%.

Bruttoinlandsprodukt real
saison- und kalenderbereinigte Werte nach Census X-12-ARIMA
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

2003				2004			
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj
-0,4	-0,2	+0,3	+0,3	+0,5	+0,4	+0,0	-0,2

Die im Vergleich zum Vorquartal geringere Wirtschaftsleistung ist gekennzeichnet durch einen Rückgang der inländischen Verwendung (-0,8%), der durch die Zunahme des Exportüberschusses (Außenbeitrag) nur zum Teil kompensiert wurde; die gestiegenen Exporte (+1,1%) führten bei gleichzeitig rückläufigen Importen (-0,2%) zu einem positiven Wachstumsbeitrag von 0,5 Prozentpunkten. Im dritten Quartal 2004 hatten dagegen kräftig gestiegene Importe bei gleichzeitig rückläufigen Exporten zu einem negativen Wachstumsbeitrag des Exportüberschusses von 1,6 Prozentpunkten geführt, der jedoch durch die Zunahme der inländischen Verwendung (+1,7%) ausgeglichen wurde.

Ausschlaggebend für den Rückgang der inländischen Verwendung im Berichtsquartal gegenüber dem dritten Quartal 2004 waren deutlich geringere Bruttoinvestitionen bei gleichzeitig stagnierenden Konsumausgaben. Während die privaten Konsumausgaben geringfügig stiegen (+0,2%), gingen die staatlichen Konsumausgaben um 0,7% zurück. Die Bruttoanlageinvestitionen nahmen leicht zu (+0,2%), da sowohl in Bauten (+0,5%) als auch in sonstige Anlagen (+0,7%, größtenteils bestehend aus Computersoftware und Urheberrechten) mehr investiert wurde als im Vorquartal. Lediglich die Investitionen in Ausrüstungen gingen etwas zurück (-0,4%). Der leichte Vorratsabbau im vierten Quartal 2004 trug – nach einem spürbaren Vorratsaufbau im Vorquartal – ebenfalls negativ zur Wirtschaftsentwicklung bei (Wachstumsbeitrag von -0,8 Prozentpunkten).

Im *Vorjahresvergleich* kam es im Berichtsquartal zu einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,5%, der damit etwas schwächer ausfiel als in den ersten beiden Quartalen des Jahres (+1,6 bzw. +1,9%), aber über dem Anstieg im dritten Quartal lag (+1,2%). Allerdings wäre die Wirtschaftsleistung im Berichtsquartal unter Ausschluss des Kalendereffekts – im vierten Quartal 2004 standen zweieinhalb Arbeitstage mehr zur Verfügung als im vierten Quartal 2003 – lediglich um 0,6% gestiegen.

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995
Ursprungswerte
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

2003				2004			
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj
+0,4	-0,7	-0,3	+0,2	+1,6	+1,9	+1,2	+1,5

Die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2004 wurde von 38,9 Mill. Erwerbstätigen erbracht, das waren 261 000 Personen oder 0,7% mehr als ein Jahr zuvor. Die Erwerbslosigkeit (internationale Abgrenzung) stieg im vierten Quartal 2004 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 151 000 Personen oder 4,1% auf 3,8 Mill. Personen. Der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen insgesamt erhöhte sich damit von 8,7% im vierten Quartal 2003 auf 9,0% im Berichtsquartal.

Die Arbeitsproduktivität, gemessen als Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen, nahm im vierten Quartal 2004 im Vorjahresvergleich um 0,8% zu. Je Erwerbstätigenstunde gerechnet war das ein Plus von 0,6%. Der etwas geringere Anstieg der Stundenproduktivität ergab sich einerseits aus vermehrter Teilzeitbeschäftigung (insbesondere Mini-Jobs); dieser arbeitszeitvermindernde Effekt wurde andererseits durch eine größere Anzahl der zur Verfügung stehenden Arbeitstage, eine weitere Reduzierung

des Krankenstandes sowie die Zunahme der Nebenerwerbstätigkeit mehr als ausgeglichen.

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts trugen im Berichtsquartal alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme des Baugewerbes positiv zur Wirtschaftsentwicklung im Vorjahresvergleich bei. Den größten Anstieg der Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen gab es im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe (+ 3,5%), gefolgt von Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (+ 2,9%), Handel, Gastgewerbe und Verkehr (+ 2,5%), Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (+ 1,8%) sowie öffentliche und private Dienstleister (+ 0,5%). Dagegen setzte sich im Baugewerbe (– 3,3%) der Abwärtstrend der vergangenen Quartale und Jahre – mit Ausnahme des ersten Vierteljahres 2004 – weiter fort.

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts (in Preisen von 1995) sorgten im Vorjahresvergleich ein Anstieg sowohl des Exportüberschusses (positiver Beitrag zum Wirtschaftswachstum in Höhe von 0,8 Prozentpunkten) als auch der inländischen Verwendung (+ 0,7%) für die genannte Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 1,5%.

Der Exportüberschuss nahm zu, da die Exporte mit 8,7% etwas stärker zulegten als die Importe (+ 7,4%). Der Anstieg der inländischen Verwendung war gekennzeichnet durch etwas erhöhte Konsumausgaben insgesamt (+ 0,3%), leicht rückläufige Bruttoanlageinvestitionen (– 0,2%) und einen verringerten Vorratsabbau (positiver Wachstumsbeitrag von 0,5 Prozentpunkten). Während die privaten Konsumausgaben erstmals seit der ersten Jahreshälfte 2003 wieder anstiegen (+ 0,3%), stagnierten die Konsumausgaben des Staates auf dem Niveau des Vorjahresquartals (+ 0,0%). Die Investitionen in Bauten (– 3,5%) gingen wiederum stark zurück und führten trotz gestiegener Investitionen in Ausrüstungen (+ 3,4%) und in sonstige Anlagen (+ 1,9%, vor allem Computersoftware und Urheberrechte) insgesamt zu dem Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen.

In jeweiligen Preisen war im vierten Quartal 2004 das Bruttoinlandsprodukt um 1,8% und das Bruttonationaleinkommen um 2,3% höher als vor einem Jahr. Das Volkseinkommen stieg ebenfalls um 2,3%. Das Arbeitnehmerentgelt war im Berichtsquartal nahezu unverändert (+ 0,1%), während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen deutlich anstiegen (+ 9,2%). Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg um 2,1%. Die Sparquote der privaten Haushalte erhöhte sich von 9,4% im vierten Quartal 2003 auf 9,6% im Berichtsquartal.

Über die Erstberechnung des vierten Quartals 2004 hinaus wurden die im November veröffentlichten Ergebnisse für die ersten drei Quartale 2004 sowie das im Januar veröffentlichte vorläufige Jahresergebnis für 2004 überarbeitet und – soweit erforderlich – revidiert. Solche laufenden Revisionen erfolgen routinemäßig, um neu verfügbare statistische Informationen schnellstmöglich einbeziehen zu können. Die Neuberechnungen ergaben für die Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995 eine Absenkung der Wachstumsrate für das Jahr 2004 von 1,7 auf 1,6%. Hierfür verantwortlich waren insbesondere eine – unerwar-

tet – schwache Entwicklung des privaten Konsums sowie ein geringerer Außenbeitrag im vierten Quartal, die deutlich unter den im Rahmen der Jahresschätzung angenommenen Werten lagen. Auch die Ergebnisse für die ersten drei Quartale wurden geringfügig revidiert.

Diese und weitere Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können im Internet (<http://www.destatis.de>) abgerufen werden. Außerdem werden in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 3 „Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung“ tiefer gegliederte Ergebnisse veröffentlicht. Diese Veröffentlichung ist über den Vertriebspartner des Statistischen Bundesamtes (nähere Angaben siehe Impressum) sowie online im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/shop> erhältlich.

Weitere Auskünfte erteilt das
VGR-Infoteam, Telefon 06 11/75-26 26,
E-Mail: vgr-bip-auskunft@destatis.de.

Maastricht-Defizitquote im Jahr 2004

Das Finanzierungsdefizit des Staates betrug im Jahr 2004 nach vorläufigen Ergebnissen 80,3 Mrd. Euro. Dieser Betrag errechnet sich als Differenz der Einnahmen (953,6 Mrd. Euro) und der Ausgaben (1 033,9 Mrd. Euro) des Staates. Aufgeteilt auf die staatlichen Ebenen betrug das Defizit des Bundes 51,0 Mrd. Euro und das der Länder 28,3 Mrd. Euro. Die Gemeinden (– 0,3 Mrd. Euro) und die Sozialversicherung (– 0,7 Mrd. Euro) hatten dagegen nahezu ausgeglichene Salden.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen (2 177,0 Mrd. Euro) errechnet sich daraus für den Staat eine Defizitquote von 3,7% im Berichtsjahr. Die Quote lag damit über dem im Protokoll zum Maastricht-Vertrag genannten Referenzwert von 3% des Bruttoinlandsprodukts.

Bei den Ergebnissen handelt es sich um Daten in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995, die für das europäische Verfahren bei einem übermäßigen staatlichen Defizit (Maastricht-Vertrag) maßgeblich sind.

Aufgrund neuer Informationen, insbesondere zum Steueraufkommen und zu den Einnahmen und Ausgaben des Bundeshaushaltes für das vierte Vierteljahr 2004, wurde das am 13. Januar 2005 veröffentlichte Ergebnis (Defizitquote: 3,9%) überarbeitet. Gegenüber der Januarschätzung erhöhten sich die Einnahmen im Jahr 2004 um 1,5 Mrd. Euro, während 2,6 Mrd. Euro weniger verausgabt wurden. Das Finanzierungsdefizit des Staates im Jahr 2004 war dadurch um 4,2 Mrd. Euro geringer als zunächst angenommen.

Weitere Auskünfte erteilt
Dietrich Stache, Telefon 06 11/75-27 95,
E-Mail: dieterich.stache@destatis.de.

Neuerscheinungen

Gesellschaftlicher Nutzen der amtlichen Statistik

Unter dem Titel „Gesellschaftlicher Nutzen der amtlichen Statistik“ hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg eine neue Broschüre herausgegeben. Sie zeigt – wie es im Untertitel heißt – 100 Gründe für die amtliche Statistik auf und kann die meist einseitig mit Kosten- und Belastungsargumenten geführte Diskussion über die Rolle und Funktion der amtlichen Statistik um vielfältige Aspekte des Nutzens von Statistiken bereichern.

Anhand von Beispielen aus 22 statistischen Sachgebieten wird dargestellt, was wäre, wenn es diese statistischen Angaben nicht (mehr) gäbe ...

Zwar ist dem Legalisierungsgebot für die Bundesstatistik entsprechend der überwiegende Teil der von der amtlichen Statistik durchgeführten Statistiken durch Gesetz oder Rechtsverordnung angeordnet, in steigendem Maße auch durch Rechtsvorschriften der Europäischen Union. Unabhängig von dieser Legitimation unterstreicht diese Veröffentlichung einmal mehr, was das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil vom 15. Dezember 1983 (BVerfGE 65,1) wie folgt formuliert hat:

„Die Statistik hat erhebliche Bedeutung für eine staatliche Politik, die den Prinzipien und Richtlinien des Grundgesetzes verpflichtet ist. Wenn die ökonomische und soziale Entwicklung nicht als unabänderliches Schicksal hingenommen, sondern als permanente Aufgabe verstanden werden soll, bedarf es einer umfassenden, kontinuierlichen sowie laufend aktualisierten Information über die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge.“

Die Veröffentlichung „Gesellschaftlicher Nutzen der amtlichen Statistik“ umfasst 33 Seiten und steht im Internet-Angebot des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg unter www.statistik-bw.de/Veroeffentl/GruendeAmtlStatistik.asp zum kostenlosen Download bereit.

Preisstatistik besser verstehen

Die Verbraucherpreise sind im Jahr 2004 um 1,6% gestiegen. Der Preisauftrieb im vergangenen Jahr war zu einem großen Teil durch staatliche Maßnahmen verursacht, nämlich durch die Gesundheitsreform und durch Tabaksteuererhöhungen. Rechnet man die Wirkungen dieser Maßnahmen aus der Teuerungsrate für 2004 heraus, dann sind die Preise im vergangenen Jahr lediglich um 0,6% gestiegen.

Wie kommt es, dass die Statistiker niedrige Teuerungsraten messen, während viele Verbraucher bei ihren täglichen Einkäufen persönlich ganz andere Erfahrungen machen?

Die Preiserheber der Verbraucherpreisstatistik notieren Monat für Monat 350 000 Preise in Deutschlands Geschäft-

ten und Dienstleistungsbetrieben. Dafür werden häufig gekaufte Produkte in unterschiedlichen Geschäftstypen und einer Vielzahl von Städten und Gemeinden in Deutschland ausgewählt. Aus den Einzelpreisen wird die mittlere Preisentwicklung für einen Warenkorb berechnet, der insgesamt 750 Güter enthält. Die Güter des Warenkorbes werden mit den durchschnittlichen Verbrauchsausgaben der Haushalte gewichtet.

Die Konsumenten rechnen jedoch häufig anders. Nicht nur, dass die Ausgabenverteilung bei jedem Haushalt anders aussieht. Für den einzelnen Verbraucher kommt es auch darauf an, wie stark er bei seinem täglichen Einkauf von Preiserhöhungen betroffen ist. Die von ihm wahrgenommene Teuerung berechnet ein Haushalt wohl selten im Rahmen einer umfassenden Bilanz am Ende des Monats. Er spürt sie vor Ort beim Einkauf.

Die „wahrgenommene Teuerung“ dürfte dabei für viele Menschen höher liegen als die von der amtlichen Statistik berechnete Inflationsrate. Einer der Hauptgründe ist darin zu sehen, dass die amtliche Teuerungsrate ein Durchschnittswert aus einer Vielzahl unterschiedlicher Preisentwicklungen ist. Stärkere Preiserhöhungen an einer Stelle werden dabei durch moderate Preisentwicklungen an anderer Stelle ausgeglichen. Dieser Mittelwert entspricht nicht dem, was einzelne Konsumenten subjektiv wahrnehmen, er soll es auch gar nicht.

Die Teuerungsrate der amtlichen Statistik ist eine für das Wirtschaftsleben grundlegende Zahl. Sie bezieht sich eben nicht auf Einzelfälle, sondern ist ein objektiv nachvollziehbarer Durchschnittswert. Deshalb ist sie Indikator für die Geldwertentwicklung, an der sich zum Beispiel die Europäische Zentralbank orientiert, und wird Lohnverhandlungen zugrunde gelegt.

Das Ziel der soeben erschienenen neuen Veröffentlichung „Im Blickpunkt: Preise in Deutschland“ ist es, den Bürgern die amtliche Preisstatistik besser zu erklären. Sie zeigt in leicht verständlicher Weise, wie Preisstatistik in Deutschland funktioniert. Der 70-seitige Band „Im Blickpunkt: Preise in Deutschland“ (Hrsg. Statistisches Bundesamt, ISBN 3-8246-0732-8) ist zum Preis von 9,80 Euro im Buchhandel und über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) erhältlich. Der Band steht außerdem zum Preis von 7,35 Euro als Download zur Verfügung.

Neu im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes ist außerdem ein interaktiver Indexrechner. Unter <http://www.destatis.de/indexrechner> kann jeder testen, wie sich seine persönlichen Verbrauchsgewohnheiten für ausgewählte Güter auf die Teuerungsrate auswirken würden.

Ebenfalls im Internet (http://www.destatis.de/basis/d/preis/preis_aktuell.php) stehen die aktuellen Ergebnisse sowie die monatlich erscheinenden „Themenkästen“ (z.B. Preise für Medikamente, Entwicklung der Wohnungsmieten, Strompreise u.a.) als Hintergrundinformationen zur Preisstatistik zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erteilt
Heinz-Peter Hannappel, Telefon 06 11/75-39 89,
E-Mail: heinz-peter.hannappel@destatis.de.

Veröffentlichungsreihe „Länderprofile“ erfreut sich großer Nachfrage

Die Veröffentlichungsreihe „Länderprofile“ des Statistischen Bundesamtes, die im Januar 2003 mit einer Ausgabe über Frankreich gestartet wurde, umfasst inzwischen Berichte für 14 Länder und wird von einem zunehmend größer werdenden Kundenkreis nachgefragt.

Die Verbreitung der Länderprofile erfolgt nicht in gedruckter Form, sondern ausschließlich als Online-Ausgaben im PDF-Format. Der Zugriff auf die kostenlosen Downloads ist über die Internetseiten des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/internationales möglich. Für nicht deutschsprachige Nutzer stehen auch englische Versionen auf den entsprechenden englischen Web-Seiten bereit.

Zahlreiche Länderprofile wurden im Jahr 2004 neu aufgelegt oder aktualisiert, so über die Länder Spanien, Schweden, Italien, Frankreich, die Volksrepublik China, das Vereinigte Königreich, Polen und Japan. 2005 erschienen bereits Ausgaben über Dänemark und die Vereinigten Staaten. In Kürze werden noch die Staaten Slowakei und Slowenien folgen und in der zweiten Jahreshälfte 2005 stehen die Republik Korea sowie – auf vielfachen Kundenwunsch – eine Vergleichsausgabe über Deutschland auf dem Programm.

Alle Länderprofile zeichnen ein einheitlicher Aufbau und ähnliche Dateninhalte aus. Auf insgesamt sechs DIN A4-Seiten wird ein Überblick über alle wichtigen Themengebiete gegeben (u. a. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Gesundheitswesen, Bildung, Wirtschaft, Außenhandel, Verdienste, Verkehr und Umwelt), veranschaulicht durch zahlreiche Farbdigramme. Als Datenquellen finden überwiegend die amtlichen nationalen Statistiken des jeweiligen Landes Verwendung. Dadurch wird in der Regel die Aktualität und Detailliertheit der Daten erhöht, wenngleich nicht in allen Fällen eine vollständige Vergleichbarkeit der Angaben zwischen den Ländern gewährleistet ist.

Dass die Länderprofile bei den Nutzern großen Anklang finden, zeigen die Zugriffszahlen im Internet:

Im Jahr 2004 wurden die entsprechenden Online-Seiten insgesamt 126 477-mal aufgerufen, das entspricht durchschnittlich 347 Zugriffen pro Tag. Die englischen Länderprofil-Ausgaben wurden im vergangenen Jahr rund 25 000-mal abgefragt, entsprechend etwa 68 Zugriffen pro Tag.

Die gefragtesten Länder waren dabei die Volksrepublik China, Frankreich, Japan, Polen, die Russische Föderation sowie das Vereinigte Königreich.

Kompakt

9,2% höhere Erlöse bei Stromversorgern im Jahr 2003

Im Jahr 2003 sind, wie schon in den beiden vorangegangenen Jahren, die Durchschnittserlöse der Stromversorger gestiegen. Der vorläufige Durchschnittserlös aus der Abgabe von Strom an Letztverbraucher lag im Jahr 2003 bei 8,78 Cent pro Kilowattstunde (kWh). Das waren 9,2% mehr als im Vorjahr, aber 6,7% weniger als 1991. Den niedrigsten Durchschnittserlös in diesem Beobachtungszeitraum erzielten die Elektrizitätsversorgungsunternehmen im Jahr 2000 mit 7,43 Cent/kWh.

Die Sondervertragskunden in Industrie und Gewerbe – sowie seit Beginn der Liberalisierung des Strommarktes im Jahr 1998 in geringem Umfang auch private Haushalte mit entsprechend hohem Stromverbrauch – zahlten 2003 im Schnitt mit 6,28 Cent/kWh 11% mehr als im Vorjahr, aber 19% weniger als 1991.

Bei den Tarifkunden erlösten die Versorger 2003 mit 13,61 Cent/kWh im Schnitt einen wesentlich höheren Betrag als bei den Sondervertragskunden. Dieser Durchschnittserlös lag damit um 8% höher als 2002 und um 15% höher als 1991.

Insgesamt gaben die Versorger im Jahr 2003 an Letztverbraucher 483,3 Mrd. kWh Strom ab, 0,3% mehr als im Vorjahr und 16% mehr als 1991. Die privaten Haushalte hatten mit 138,5 Mrd. kWh einen Anteil von 29% am Gesamtabsatz und stellten mit 84% die größte Gruppe unter den Tarifkunden. Hauptabnehmer von Strom waren jedoch die Sondervertragskunden mit 318,5 Mrd. kWh, das waren zwei Drittel der Gesamtabgabe an Letztverbraucher.

In den Erlösen sind neben Arbeits-, Leistungs- und Verrechnungsentgelten auch Netznutzungsentgelte, Stromsteuer sowie Ausgleichsabgaben nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz enthalten, jedoch nicht die Mehrwertsteuer und rückwirkende Stromsteuerrückstellungen. Die Erlöse beschreiben entsprechend nur die Einnahmeseite der Stromversorger und dürfen nicht mit deren Gewinn gleichgesetzt werden.

Weitere Auskünfte erteilt
Wolfgang Bayer, Telefon 06 11/75-29 70,
E-Mail: wolfgang.bayer@destatis.de.

Apothekenumsatz im Jahr 2004 gesunken

Die Apotheken setzten im Jahr 2004 nominal 2,1% und real 1,0% weniger um als im Jahr 2003. Das ist erstmals seit zehn Jahren ein Umsatzrückgang. Dies legt den Eindruck nahe, dass die am 1. Januar 2004 in Kraft getretene Gesundheitsreform tatsächlich niedrigere Ausgaben für Medikamente bewirkt hat.

Allerdings wurden im Dezember 2003 bei den Apotheken höhere Umsätze getätigt als im Dezember früherer Jahre. Sie waren nominal und real um über 20% höher als im Dezember 2002. Dies dürfte daran gelegen haben, dass die Verbraucher im Vorgriff auf die zu erwartenden höheren Zuzahlungen für Medikamente auf Vorrat kauften. Im Januar 2004 lagen dann auch die Umsätze um real 13% niedriger als im Januar 2003, im Februar 2004 noch um 7% niedriger als im Februar 2003. In den restlichen Monaten ging der Umsatz nicht mehr so stark zurück, in einigen Monaten stieg er gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten sogar an.

Dass der Apothekenumsatz im Dezember 2004 gegenüber dem Rekordmonat Dezember 2003 um 2,3% zurückging, liegt am Basiseffekt. Im Vergleich zu den Umsätzen im Dezember früherer Jahre brachte der Dezember 2004 den Apotheken trotzdem einen ungewöhnlich hohen Umsatz. Dies könnte u.a. daran liegen, dass die Verbraucher aus finanziellen Überlegungen erneut Medikamente bevorratet haben.

Weitere Auskünfte erteilt
Michael Wollgramm, Telefon 06 11/75-24 23,
E-Mail: binnenhandel@destatis.de.

In Spielwarenfachgeschäften wurden im Jahr 2004 rechnerisch 121 Euro je Kind ausgegeben

Die Spielwarenfachgeschäfte erzielten im Jahr 2004 einen Umsatz von gut 1,4 Mrd. Euro. Bezogen auf die Anzahl der Kinder bis 14 Jahren in Deutschland wurden im Jahr 2004 rechnerisch 121 Euro je Kind in Spielwarenfachgeschäften ausgegeben. Dieser Wert lag in etwa auf dem Niveau der Vorjahre.

Die vom Facheinzelhandel verkauften Spielwaren decken schätzungsweise rund 40% aller verkauften Spielwaren ab. Weitere 40% werden über den Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, wie Waren- und Kaufhäuser, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte, abgesetzt. Die übrigen 20% verteilen sich auf Verkäufe in den anderen Branchen des Einzelhandels, zum Beispiel den Versandhandel.

Weitere Auskünfte erteilt
Wulf-Rainer Dietrich, Telefon 06 11/75-24 30,
E-Mail: binnenhandel@destatis.de.

Deutsche Exporte in die Vereinigten Staaten 2004 um 5,1% gestiegen

Die deutschen Ausfuhren in die Vereinigten Staaten sind im Jahr 2004 gegenüber dem Jahr 2003 um 5,1% auf 64,8 Mrd. Euro gestiegen. Damit haben die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten geringer zugenommen als die Gesamtausfuhren (+ 10,4%). Die wichtigsten deutschen Exportartikel in die Vereinigten Staaten waren Kraftwagen und Kraftwagenteile mit einem Wert von 20,2 Mrd. Euro, entsprechend einem Anteil von 31,1% an den gesamten Exporten in die Vereinigten Staaten. Weitere wichtige Handelsgüter waren Maschi-

nen im Wert von 10,9 Mrd. Euro (Anteil von 16,9%) und chemische Erzeugnisse im Wert von 9,2 Mrd. Euro (14,3%).

Die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten stiegen im Jahr 2004 um 2,6% auf 40,3 Mrd. Euro, während sich die deutschen Gesamtimporte 2004 gegenüber dem Vorjahr um 8,0% erhöhten. Wichtigste Importgüter aus den Vereinigten Staaten waren chemische Erzeugnisse mit einem Wert von 7,5 Mrd. Euro (Anteil an der Gesamteinfuhr aus den Vereinigten Staaten von 18,5%), gefolgt von sonstigen Fahrzeugen (u. a. Flugzeuge, Schiffe) im Wert von 7,1 Mrd. Euro (Anteil von 17,7%).

Die Vereinigten Staaten bleiben damit hinter Frankreich Deutschlands wichtigster Exporthandelspartner. Einfuhrseitig liegen die Vereinigten Staaten an dritter Stelle nach Frankreich und den Niederlanden.

Weitere Auskünfte erteilt
Dirk Mohr, Telefon 06 11/75-24 66,
E-Mail: dirk.mohr@destatis.de.

Mehr Schülerinnen und Schüler in privaten Schulen

Gegenüber 1995 ist die Schülerzahl in Privatschulen um nahezu ein Viertel (+ 24%) gestiegen, während sie an öffentlichen Schulen um gut 3% zurückging. Im Schuljahr 2003/2004 besuchten rund 605 800 Schülerinnen und Schüler eine private allgemein bildende Schule, das waren 6% aller Schüler an allgemein bildenden Schulen. In den neuen Ländern lag der Anteil der Privatschüler mit knapp 4% deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet (7%).

Den geringsten Anteil haben die Privatschulen mit rund 2% bei den Grundschulern, doch ist hier die Zuwachsrate gegenüber 1995 mit 61% am höchsten. Von den Gymnasiasten gehen 11% in eine Privatschule, von den Sonderschülern 15%. Zu den privaten Schulen zählen auch solche, die von Kirchen oder karitativen Einrichtungen betrieben werden.

Weitere Auskünfte erteilt
Marianne Renz, Telefon 06 11/75-41 41,
E-Mail: schulstatistik@destatis.de.

Durchschnittliche Verweildauer in Krankenhäusern erstmals unter neun Tagen

Nach vorläufigen Ergebnissen ist die Verweildauer der Krankenhauspatienten und -patientinnen um 3,3% von 9,2 Tagen im Jahr 2002 auf durchschnittlich 8,9 Tage im Jahr 2003 gesunken. Insgesamt gab es 17,3 Mill. Behandlungsfälle, rund 130 000 weniger als im Vorjahr. In den letzten Jahren war diese Zahl kontinuierlich gestiegen.

2003 standen in den 2 189 Krankenhäusern knapp 542 000 Betten bereit. Damit lag die Bettendichte bei durchschnittlich 66 Betten je 10 000 Einwohner. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Zahl der Krankenhäuser durch Schließungen

und Fusionen stärker zurück (–1,4%) als die Zahl der Betten (–1,0%). Die Krankenhäuser befanden sich zu 24,9% in privater Trägerschaft (+1,2 Prozentpunkte), zu 39,1% in freigemeinnütziger Trägerschaft (–0,4 Prozentpunkte) und zu 36,0% in öffentlicher Trägerschaft (–0,8 Prozentpunkte). Von den öffentlichen Einrichtungen war knapp ein Drittel privatrechtlich geführt, zum Beispiel als GmbH, und gut zwei Drittel öffentlich-rechtlich, zum Beispiel als Anstalten des öffentlichen Rechts.

Am 31. Dezember 2003 waren 1,0 Mill. Personen in den Krankenhäusern beschäftigt. Umgerechnet auf die volle tarifliche Arbeitszeit entsprach die Beschäftigtenzahl rund 841 000 Vollkräften (+0,9%). 114 000 Vollkräfte arbeiteten im ärztlichen Dienst (+1,2%), im nichtärztlichen Dienst waren 727 000 Vollkräfte (+0,9%) beschäftigt.

Die Gesamtkosten der Krankenhäuser beliefen sich 2003 auf 62,3 Mrd. Euro (+2,7%), mit 40,4 Mrd. Euro machten dabei die Personalkosten 64,8% der Gesamtkosten aus. Abzüglich der Kosten für nicht-pflegesatzfähige Leistungen lagen die Kosten bei 55,6 Mrd. Euro (+1,6%). Die bereinigten Kosten für einen stationären Behandlungsfall betrugen damit rechnerisch 3 214 Euro (+2,4%).

Weitere Auskünfte erteilt
Sandra Schulte, Telefon 0 18 88/6 44-81 08,
E-Mail: gesundheitsstatistiken@destatis.de.

Nahezu jeder zweite Gestorbene erlag 2003 einer Herz-Kreislauf-Erkrankung

Im Jahr 2003 starben in Deutschland insgesamt 853 946 Personen (396 270 Männer und 457 676 Frauen); dies waren 12 260 Sterbefälle oder 1,5% mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg ist in erster Linie durch den größeren Anteil der älteren Bevölkerung zu erklären. Rechnet man diesen Effekt heraus, ist die Sterblichkeit gegenüber dem Jahr 2002 nur um 0,3% angestiegen.

Bei nahezu jedem zweiten Verstorbenen (162 210 Männer und 234 412 Frauen) wurde der Tod durch eine Erkrankung des Kreislaufsystems ausgelöst. Infolge von Kreislauferkrankungen starben insbesondere ältere Menschen, etwa 90% der Verstorbenen waren über 65 Jahre alt. Frauen starben entsprechend häufiger an einer Kreislauferkrankung, weil sie im Durchschnitt älter werden als Männer. Am Herzinfarkt, der zur Gruppe der Kreislauferkrankungen gehört, verstarben 69 362 Personen, davon 54,7% Männer (37 956 Verstorbene) und 45,3% Frauen (31 406 Verstorbene).

Einem Krebsleiden erlag im Jahr 2003 fast ein Viertel aller Gestorbenen (110 703 Männer und 98 552 Frauen). Bei den Männern hatten bösartige Neubildungen der Verdauungsorgane (35 645 Verstorbene) und der Atmungsorgane (30 338 Verstorbene) die größte Bedeutung. Bei den verstorbenen Frauen dominierten die bösartigen Neubildungen der Verdauungsorgane mit 33 385 Sterbefällen gegenüber der bösartigen Neubildung der Brustdrüse mit 17 173 Sterbefällen.

An nicht natürlichen Todesursachen (Verletzungen und Vergiftungen) starben 34 606 Personen (21 648 Männer und 12 958 Frauen). Von den 11 150 Personen, die im Jahr 2003 freiwillig aus dem Leben schieden, waren 73,4% Männer und 26,6% Frauen.

Detailliertere Ergebnisse der Todesursachenstatistik stehen unter www.gbe-bund.de zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erteilt
Silvia Schelo, Telefon 0 18 88/6 44-81 02,
E-Mail: gesundheitsstatistiken@destatis.de.

Jahre sinkender Kaffeepreise gehen offenbar zu Ende

Im Jahr 2004 endete eine lange Phase sinkender Importpreise für Kaffee. Die Einfuhrpreise für Rohkaffee lagen im Jahresdurchschnitt 2004 um 9% höher als im Vorjahr. In den Jahren 1998 bis 2003 waren die Einfuhrpreise für Kaffee jeweils deutlich gesunken.

Bei den Verbrauchern ist die Verteuerung allerdings noch nicht angekommen. Im Jahresdurchschnitt 2004 lagen die Verbraucherpreise für Bohnenkaffee um 5% niedriger als im Vorjahr.

Weitere Auskünfte erteilt
Alfons Kathe, Telefon 06 11/75-34 78,
E-Mail: alfons.kathe@destatis.de.

Kapitalproduktivität in Deutschland im Jahr 2004 um 0,1% gestiegen

Nach ersten vorläufigen Berechnungen ist die Kapitalproduktivität im Jahr 2004 real um 0,1% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Ursache hierfür ist, dass der Kapitalstock in Deutschland wegen der schwachen Investitionstätigkeit der letzten Jahre mit 1,5% nicht so stark wie das Bruttoinlandsprodukt (+1,6%) gewachsen ist. Die Kapitalproduktivität wird ermittelt, indem man das Bruttoinlandsprodukt zum Kapitalstock ins Verhältnis setzt, so wie die Arbeitsproduktivität das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen misst. In beiden Fällen wird allerdings das gesamte Produktionsergebnis auf nur einen Produktionsfaktor bezogen. Erst zum zweiten Mal seit 1991 ist die Kapitalproduktivität gestiegen; über diesen Zeitraum gesehen ist sie insgesamt um 13,0% gesunken. Nur im Jahr 2000 war sie ebenfalls gestiegen, als das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts mit 2,9% über dem des Kapitalstocks mit 2,4% lag.

Der Kapitalstock misst das jahresdurchschnittliche Bruttoanlagevermögen, das neben den Erwerbstätigen als Produktionsfaktor eine wesentliche Rolle spielt. Es umfasst alle produzierten Vermögensgüter, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden. Einbezogen sind Wohnbauten und Nichtwohnbauten; Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Ausrüstungen; immaterielle Anlagen, wie zum Beispiel Software sowie Nutztiere und Nutzpflanzungen. Anfang 2005 sind in Deutschland

Anlagegüter im (Neu-)Wert von 10,9 Billionen Euro für Produktionszwecke einsetzbar.

Die Kapitalintensität (Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen) ist 2004 gegenüber dem Vorjahr mit 1,1% erneut gestiegen. Die Kapitalintensität zeigt, wie sich die beiden Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit im Verhältnis zueinander entwickelt haben. Dazu wird der Kapitalstock in Relation zu den im Jahresdurchschnitt eingesetzten Erwerbstätigen gesetzt. Im Jahr 2004 waren je Erwerbstätigen im Durchschnitt der Volkswirtschaft Anlagegüter im Neuwert von rund 282 000 Euro vorhanden.

Weitere methodische Erläuterungen zur Anlagevermögensrechnung finden sich im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/download/d/wista/anlagevermoegen.pdf.

Weitere Auskünfte erteilt
Dr. Oda Schmalwasser, Telefon 06 11/75-26 80,
E-Mail: vgr-vermoegen@destatis.de.

Weniger Leichtverpackungen im getrennt gesammelten Müll

In Deutschland wurden im Jahr 2003 rund 10,9 Mill. t Verpackungsabfälle getrennt eingesammelt. Dies waren 2% weniger als im Jahr 2002.

Wie schon 2001 und 2002 stammten 59% (6,4 Mill. t) der eingesammelten Verkaufsverpackungen von privaten Endverbrauchern. Es wurden im Durchschnitt 78 kg Verpackungen pro Einwohner vom übrigen Hausmüll getrennt und in der gelben Tonne, im Glas- oder Papiercontainer oder vergleichbaren Systemen eingesammelt. Das im Jahr 2003 eingeführte Pflichtpfand auf Einwegverpackungen hat die Zusammensetzung der Verpackungsabfälle deutlich verändert: Die größten Einzelposten waren zwar weiterhin mit 2,4 Mill. t die Glasverpackungen, gefolgt von 2,2 Mill. t Leichtverpackungen, einem Gemisch aus Kunststoffen, Leichtmetallen und Verbundmaterialien. Die Menge der eingesammelten Leichtverpackungen nahm aber erstmals seit Beginn dieser Erhebungen im Jahr 1996 ab, und zwar mit über 7% im Vergleich zu 2002 sehr deutlich. Zuvor waren die Mengen an Leichtverpackungen stetig gestiegen, von 1,7 Mill. t im Jahr 1996 auf 2,4 Mill. t im Jahr 2002. Gleichzeitig hat sich der im Jahr 2000 begonnene Rückgang bei den schweren Glasverpackungen fortgesetzt. Ihre Menge nahm 2003 um 1,9% ab, nach – 2,4% im Jahr 2002.

Die restlichen 41% des Verpackungsmülls, 4,5 Mill. t, wurden bei Gewerbe und Industrie eingesammelt. Dabei handelte es sich um Transport-, Um- und Verkaufsverpackungen. Zu 66% bestanden diese Verpackungen aus Papier, Pappe bzw. Karton.

66% aller Verpackungen gingen zuerst an Sortieranlagen, um für eine weitere Verwertung aufbereitet zu werden. Der kleinere Teil (34%) konnte direkt an den Altstoffhandel oder Verwerterbetriebe wie zum Beispiel Glas- oder Papierfabriken weitergegeben werden.

Weitere Auskünfte erteilt
Andrea Sandner, Telefon 0 18 88/6 44-82 23,
E-Mail: umwelt@destatis.de.

Weniger ozonschichtschädigende Stoffe verwendet

Die Menge der in Deutschland eingesetzten Stoffe, welche die Ozonschicht schädigen oder anderweitig das Klima beeinflussen, ist im Jahr 2003 um 3,4% auf 9 023 t zurückgegangen. Diese Stoffe dienen überwiegend als Kältemittel für Kühl-, Gefrier- und Klimaanlage, als Treibmittel in Spraydosen sowie für Kunst- und Schaumstoffe.

Die Mehrheit dieser Stoffe befindet sich in geschlossenen Systemen. Die Ozonschicht schädigen und das Klima beeinflussen sie erst, wenn sie aus ihren Systemen entweichen. Um diese Gefährdungen zu reduzieren, wird versucht, Ersatzstoffe einzusetzen, die keine oder wesentlich geringere Auswirkungen auf die Ozonschicht oder das Klima haben. Während zum Beispiel der ozonschichtschädigende Stoff R 12 (FCKW – Dichlordifluormethan) bei der Verwendung als Treibmittel für Aerosole gegenüber 2002 um 91% zurückging, stieg der Einsatz des verwendeten Ersatzstoffes R 134a (1,1,1,2-Tetrafluorethan) um 58%.

Weitere Auskünfte erteilt
Hannelore Scherff, Telefon 0 18 88/6 44-82 11,
E-Mail: luft@destatis.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

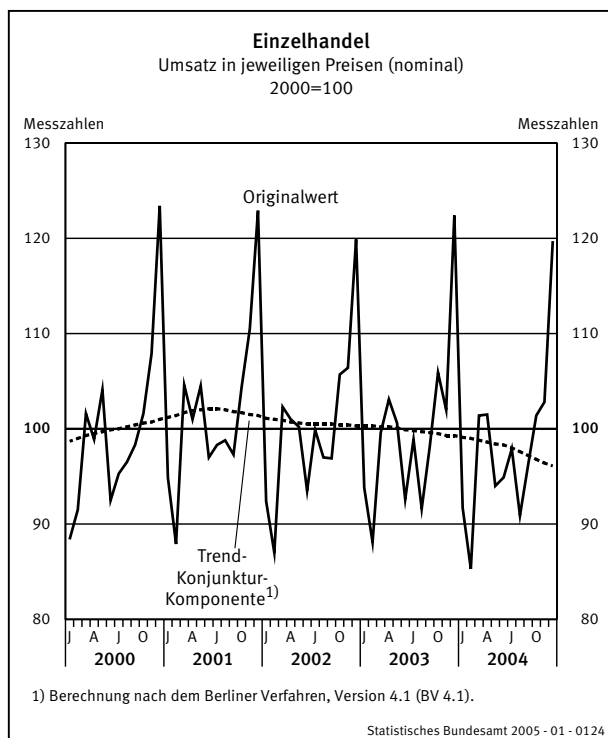
Einzelhandel

Der Einzelhandel setzte in Deutschland im *Dezember 2004* nominal 2,2% und real 2,6% weniger als im Dezember 2003 um; der Dezember 2004 hatte mit 26 Verkaufstagen einen Verkaufstag mehr als der Dezember des Vorjahres. Nach Kalender- und Saisonbereinigung der Daten (Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA) wurde im Vergleich zum November 2004 nominal 0,2% und real 0,5% weniger abgesetzt.

Im Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren lag der Umsatz im Dezember 2004 nominal um 1,5% und real um 2,6% niedriger als im Dezember 2003. In den Lebensmittelgeschäften mit einem breiten Sortiment (Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte) wurde nominal 1,3% und real 2,2% weniger und im Facheinzelhandel mit Lebensmitteln – dazu gehören zum Beispiel die Getränkemärkte und Fischgeschäfte – fiel die Umsatzentwicklung mit nominal – 3,9% und real – 7,0% noch weit ungünstiger aus.

Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (dazu gehört der Einzelhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern) ging der Umsatz im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal und

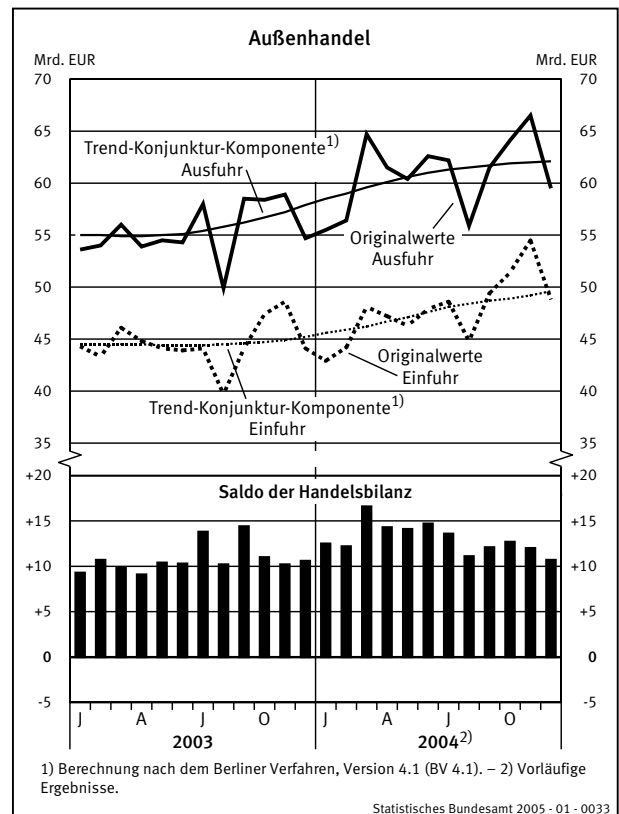
real um 2,7% zurück. Nur eine Branche des Einzelhandels, der Facheinzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren, erzielte nominal (+0,4%) und real (+0,9%) höhere Umsätze als im Dezember 2003. Umsatzrückgänge verzeichneten dagegen der Facheinzelhandel mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf (nominal –2,0%, real –1,3%), der Facheinzelhandel mit kosmetischen, pharmazeutischen und medizinischen Produkten (nominal –2,2%, real –0,6%), der sonstige Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu dem die Waren- und Kaufhäuser gehören (nominal –5,6%, real –5,1%), der Versandhandel (nominal –6,6%, real –5,8%) und der sonstige Facheinzelhandel (z. B. Bücher, Zeitschriften, Schmuck, Sportartikel) (nominal und real –7,3%).



Im Jahr 2004 wurde im Einzelhandel nominal 1,6% und real 1,7% weniger als im Vorjahr umgesetzt. Damit waren die Umsätze im Einzelhandel im dritten Jahr in Folge rückläufig. 2001 lagen die erzielten Umsätze um nominal 3,6% und real 4,5% höher als 2004.

Außenhandel

Im *Dezember 2004* wurden Waren im Wert von 59,5 Mrd. Euro von Deutschland in andere Staaten ausgeführt und Waren im Wert von 48,8 Mrd. Euro nach Deutschland eingeführt. Die Ausfuhren lagen somit um 8,8% und die Einfuhren um 10,6% über den Werten des gleichen Vorjahresmonats. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Dezember 2004 zwei Arbeitstage mehr hatte als der Dezember 2003. Saisonbereinigt gingen die Ausfuhren gegenüber November 2004 um 4,0% und die Einfuhren um 6,4% zurück.



Die Ausfuhren des Gesamtjahres 2004 lagen mit 730,9 Mrd. Euro nominal um 10,0% über den Werten des Vorjahres, wodurch sich Deutschland als „Exportweltmeister“ behaupten konnte. Die Einfuhren sind im Jahr 2004 um 7,4% auf 574,2 Mrd. Euro gestiegen. Der Index der Ausfuhrpreise lag im Dezember um 1,0% (Gesamtjahr 2004: +0,5%), der Index der Einfuhrpreise um 2,2% (Gesamtjahr 2004: +1,0%) über Vorjahresniveau. Der Einfuhrpreisindex ohne Erdöl und Mineralölserzeugnisse lag im Dezember 2004 um +0,9% über dem Vorjahreswert.

Der Außenhandelsüberschuss belief sich im Dezember 2004 auf 10,7 Mrd. Euro. Dies bedeutet einen Rückgang des positiven Außenhandelsbilanzsaldos gegenüber dem Vormonat um 1,3 Mrd. Euro (November 2004: 12,0 Mrd. Euro). Im Vergleich zum Dezember 2003 nahm der Überschuss der Außenhandelsbilanz leicht um 0,1 Mrd. zu. Nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank übertrafen die Überschüsse im Außenhandel (+10,7 Mrd. Euro) und bei den Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+0,1 Mrd. Euro) die negativen Salden der übrigen Teilbilanzen der Leistungsbilanz (Ergänzungen zum Warenverkehr: –1,1 Mrd. Euro, Dienstleistungen: –2,5 Mrd. Euro, Unentgeltliche Leistungen: –1,5 Mrd. Euro) deutlich, sodass die Leistungsbilanz im Dezember 2004 einen Überschuss von 5,9 Mrd. Euro verzeichnen konnte. Im Dezember 2003 hatte die Leistungsbilanz einen Aktivsaldo in Höhe von 7,0 Mrd. Euro. Die Leistungsbilanz des Gesamtjahres 2004 wies einen positiven Saldo in Höhe von 77,9 Mrd. Euro (Gesamtjahr 2003: 45,8 Mrd. Euro) aus, dabei betrug der Außenhandelsüberschuss im abgelaufenen Jahr 156,8 Mrd. Euro (2003: 129,9 Mrd. Euro). [\[1\]](#)

Dr. Rainer Lenz, Dr. Daniel Vorgrimler (beide Statistisches Bundesamt),
Dipl.-Volkswirt Martin Rosemann (Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung – IAW, Tübingen)

Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt „Faktische Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten“ beschäftigt sich mit der Frage, wie eine faktische Anonymisierung von Unternehmens- und Betriebsdaten gelingen kann. Gemeinsam mit der Wissenschaft wollen die statistischen Ämter das so genannte Wissenschaftsprivileg des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) umsetzen, nach dem für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben faktisch anonymisierte Mikrodaten an Hochschulen und sonstige Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung übermittelt werden dürfen. Der folgende Beitrag zeigt, wie aus den Daten für kleine und mittlere Unternehmen der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe eine faktisch anonyme Datei für die Wissenschaft (so genanntes Scientific-Use-File) angeboten werden kann. Neben traditionellen Anonymisierungsmethoden wird hierzu auf eine Variante der Mikroaggregation, einer wesentlichen Verfahrensgruppe der datenverändernden Anonymisierungsverfahren, zurückgegriffen.

Vorbemerkung

Im Jahr 1987 wurde mit § 16 Abs. 6 des Bundesstatistikgesetzes¹⁾ der Wissenschaft ein privilegierter Zugang zu Mikrodaten der amtlichen Statistik eingeräumt. Hiernach ist die Übermittlung von Einzeldaten an die Wissenschaft erlaubt, sofern diese nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand reidentifiziert werden können. „Unverhältnismäßig“ bedeutet hier, dass der Aufwand einer Reidentifikation deren Nut-

zen übersteigt (faktische Anonymität). Dies impliziert, dass die Deanonymisierung von Einzelangaben in einem faktisch anonymen Datensatz nicht mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden muss, es aber für einen potenziellen Datenangreifer unattraktiv wäre, diese Deanonymisierung zu versuchen.

Während die Bereitstellung von faktisch anonymisierten Personendaten seit längerem bewährte Praxis ist, treten bei wirtschaftsstatistischen Einzeldaten einige Besonderheiten auf, die bisher eine faktische Anonymisierung problematisch erscheinen ließen. Verglichen mit Personenerhebungen liegen bei Unternehmenserhebungen wesentlich kleinere Grundgesamtheiten zugrunde, sodass die Besetzungszahlen einzelner Gruppen häufig kleiner sind. Die Verteilungen der quantitativen Merkmale sind heterogener und es treten mit größerer Wahrscheinlichkeit dominierende Fälle auf. Des Weiteren sind die Stichprobenauswahlsätze bei Unternehmenserhebungen in der Regel höher als bei Personenerhebungen. Publizitätspflichten der Unternehmen einerseits und kommerzielle Datenbanken andererseits bewirken, dass einem Externen, der Einzeldaten ihrem Träger zuordnen will, bei Wirtschaftsdaten besseres Zusatzwissen zur Verfügung steht als bei Personendaten. Schließlich wird der Nutzen aus der Kenntnis von Unternehmens- und Betriebsdaten wesentlich höher eingestuft als der aus der Kenntnis von Daten aus Personen- und Haushaltserhebungen. Ein rational kalkulierender Datenangreifer, der Kosten und Nutzen seines Zuordnungsversuches abwägt, wird deshalb auch höhere Kosten für eine Deanonymisierung

1) Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322).

akzeptieren.²⁾ Hauptaufgabe des Projektes „Faktische Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten“ war es daher festzustellen, ob unter diesen strengen Nebenbedingungen der klassische Zielkonflikt zu lösen ist: Sicherstellung der faktischen Anonymität bei gleichzeitig bestmöglichem Erhalt des Potenzials für wissenschaftliche Analysen. Die Arbeiten des Projektes haben erfreulicherweise gezeigt, dass dies möglich ist und mit diesem Beitrag eine erste faktisch anonyme Datei für die Wissenschaft (ein so genanntes Scientific-Use-File), generiert aus den Daten der Kostenstrukturhebung im Verarbeitenden Gewerbe, angeboten werden kann.³⁾ Weitere Scientific-Use-Files mit Daten der Umsatzsteuerstatistik und der Einzelhandelsstatistik sind ebenfalls in Vorbereitung.

Zur Lösung des angesprochenen Zielkonfliktes war neben der Berücksichtigung gängiger Methoden der empirischen Forschung ein Einsatz moderner Technologien zur Simulation möglicher Datenangriffsszenarien mit dem Ziel, die Schutzwirkung von Anonymisierungsmaßnahmen angemessen bewerten zu können, nötig. Im Rahmen des EU-Projektes CASC (Computational Aspects of Statistical Confidentiality) hat das Statistische Bundesamt hierzu ein Verfahren zur Zuordnung zwischen verschiedenen Datenbanken entwickelt, über welches unter anderem in dieser Zeitschrift berichtet wurde.⁴⁾ Das Verfahren wurde bereits erfolgreich auf verschiedene Projektdaten angewendet. Dabei wird versucht, über so genannte Massenfischzüge möglichst viele Merkmalsträger (in diesem Falle Unternehmen) zu reidentifizieren. Bei einem Massenfischzug versucht ein Datenangreifer mit Hilfe einer externen Datenbank als Zusatzwissen so viele Merkmalsträger der Zieldaten wie möglich zu reidentifizieren. Im vorliegenden Fall wurden die kommerziell erhältliche MARKUS-Datenbank (Marketinguntersuchungen) und ein relevanter Auszug aus der Umsatzsteuerstatistik als Zusatzwissen für Simulationen verwendet. Beispielfhafte Ergebnisse dieser Szenarien wurden bereits in dieser Zeitschrift veröffentlicht.⁵⁾ Grundsätzlich werden vor der Anwendung des Verfahrens kritische Bereiche in den Daten ausfindig gemacht (z. B. ein spezieller Wirtschaftszweig oder Unternehmen einer bestimmten Größenklasse aus den neuen Bundesländern). Das Verfahren wird dann auf diese Bereiche separat angewendet. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass in der Regel eine Unterdrückung oder Vergrößerung von Informationen bei den qualitativen Merkmalen wie zum Beispiel die Zusammenfassung von Wirtschaftsabteilungen oder eine Vergrößerung der Regionalangabe beachtlich zur Anonymisierung beiträgt und eine vergleichsweise schwache Modifikation der im Datensatz vorhandenen quantitativen Merkmale ermöglicht. Diese Ergebnisse wurden auch mittels zusätzlich durchgeführter Einzelangriffe bestätigt.⁶⁾ Bei den für das Scientific-Use-File auf die Originaldaten angewendeten Anonymisierungsmaß-

nahmen wurde daher ein großes Gewicht auf die Behandlung der qualitativen Merkmale gelegt.

Im Folgenden werden Datensatz und angewendete Anonymisierungsmaßnahmen beschrieben.

1 Datengrundlage

Inhaltlich liefern die Kostenstrukturhebungen im Verarbeitenden Gewerbe die umfassendsten Informationen zu den Unternehmen im Bereich der Statistik im Produzierenden Gewerbe. Sie dienen als Ausgangspunkt für vielfältige Strukturuntersuchungen, nicht nur in Politik und Verwaltung, sondern auch in der Wirtschaft und ihren Verbänden sowie in der Wissenschaft und vielen anderen gesellschaftlichen Gruppierungen. Die Informationen der Kostenstrukturhebungen bilden darüber hinaus eine unentbehrliche Datengrundlage für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Hier werden die Ergebnisse vor allem für die Berechnung der Wertschöpfung und ihrer Komponenten nach Wirtschaftsbereichen im Rahmen der Entstehungsrechnung herangezogen; darüber hinaus liefern sie auch wichtige Informationen für die Input-Output-Rechnung. Im Rahmen der Statistiken im Produzierenden Gewerbe bilden die Kostenstrukturstatistiken u. a. eine Grundlage für die Gewichtung von Produktionsindizes. Die Kostenstrukturhebungen enthalten zahlreiche Informationen zu Beschäftigten, Umsätzen und Kostenstruktur der Unternehmen; die einzelnen in der Datengrundlage vorhandenen Variablen sind der Übersicht zu entnehmen.

Die Kostenstrukturhebung im Verarbeitenden Gewerbe des Jahres 1999 erfasste als hochrechnungsfähige Stichprobe etwa 17 000 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr. Die Erhebung wird zentral vom Statistischen Bundesamt durch Versand von Fragebogen, die die Unternehmen ausfüllen, durchgeführt. Die in der Stichprobe gewonnenen Ergebnisse werden auf die Gesamtheit der Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr hochgerechnet.⁷⁾

In diesem Beitrag wird eine faktische Anonymisierung der Daten der Kostenstrukturhebung, reduziert auf Unternehmen mit 20 bis einschließlich 249 Beschäftigten, vorgestellt. Damit verbleiben etwa 13 200 Unternehmen in der Datei, die etwa 38% der Grundgesamtheit in ihrer Größenklasse darstellen.

2 Anonymisierungsmaßnahmen

Wie bereits erwähnt, wurde den Anregungen der Nutzer folgend ein größeres Gewicht auf die Behandlung der qualita-

2) Siehe Brand, R.: „Anonymität von Betriebsdaten“, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Band 237, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 2000.

3) Aggregate dieser Erhebung werden in der Fachserie 4, „Produzierendes Gewerbe“, Reihe 4.3 „Kostenstrukturhebung der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden“ des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht.

4) Siehe Lenz, R./Vorgimmler, D.: „Geheimhaltungsmethoden auf dem Prüfstand – eine Analyse anhand der Umsatzsteuerstatistik“ in WiSta 6/2004, S. 639 ff. Eine theoretische Beschreibung des Verfahrens findet sich in Lenz, R.: „A graph theoretical approach to record linkage“, Monographs of Official Statistics-Research in Official Statistics, 2003, S. 324 ff.

5) Siehe Lenz, R./Sturm, R./Vorgimmler, D.: „Maße für die faktische Anonymität von Mikrodaten“ in WiSta 6/2004, S. 621 ff.

6) Zu durchgeführten Einzelangriffen auf die Kostenstrukturhebung siehe Vorgimmler, D.: „Re-Identifikationsmöglichkeiten am Beispiel eines konkreten Angriffsszenarios“ in Ronning, G./Gross, R. (Hrsg.): „Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten“, Band 42 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Wiesbaden 2003, S. 40 ff.

7) Für eine detaillierte Beschreibung siehe „Beschreibung der Kostenstrukturhebung im Verarbeitenden Gewerbe“, Zwischenbericht zum Projekt „Faktische Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten“, Wiesbaden, Juni 2002.

In der Kostenstrukturerhebung vorhandene Variablen

1. Wirtschaftsabteilung [WZ 93¹⁾] auf Zweistellerebene]
2. Regionalbezug (Ost-West-Klassifizierung)
3. Beschäftigtengrößeklasse
 - 07 = 20 – 49 Beschäftigte
 - 08 = 50 – 99 Beschäftigte
 - 11 = 100 – 249 Beschäftigte
 - 14 = 250 – 499 Beschäftigte
 - 17 = 500 – 999 Beschäftigte
 - 22 = 1 000 und mehr Beschäftigte
4. Teilzeitbeschäftigte
5. Teilzeitbeschäftigte umgerechnet in Vollzeiteinheiten
6. Tätige Personen insgesamt
7. Umsatz aus eigenen Erzeugnissen
8. Umsatz aus Handelsware
9. Gesamtumsatz (entspricht nicht der Summe aus 7. und 8.)
10. Anfangsbestand an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion gemessen am Umsatz aus eigenen Erzeugnissen
11. Endbestand an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion gemessen am Umsatz aus eigenen Erzeugnissen
12. Gesamtleistung/Bruttoproduktionswert
13. Anfangsbestand an Rohstoffen und sonstigen fremdbezogenen Vorprodukten, Hilfs- und Betriebsstoffen gemessen am Umsatz aus eigenen Erzeugnissen
14. Endbestand an Rohstoffen und sonstigen fremdbezogenen Vorprodukten, Hilfs- und Betriebsstoffen gemessen am Umsatz aus eigenen Erzeugnissen
15. Verbrauch an Rohstoffen
16. Energieverbrauch
17. Anfangsbestand an Handelsware gemessen am Umsatz aus Handelsware
18. Endbestand an Handelsware gemessen am Umsatz aus Handelsware
19. Einsatz an Handelsware
20. Brutto Lohn und -gehaltssumme
21. Gesetzliche Sozialkosten
22. Sonstige Sozialkosten
23. Kosten für Leiharbeitnehmer
24. Kosten für Lohnarbeiten
25. Kosten für Reparaturen
26. Mieten und Pachten
27. Sonstige Kosten
28. Fremdkapitalzinsen
29. Kosten insgesamt
30. Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten
31. Nettowertschöpfung zu Faktorkosten
32. Gesamtaufwendungen für innerbetriebliche Forschung und Entwicklung
33. Anzahl der für Forschung und Entwicklung eingesetzten Lohn- und Gehaltsempfänger

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93).

tiven Merkmale gelegt, um einer stärkeren Verfremdung der Daten bei den quantitativen Merkmalen vorzubeugen.⁸⁾

Traditionelle Anonymisierungsverfahren

In einem ersten Schritt wurde auf das ursprünglich im Merkmalskanon vorhandene Merkmal „Tätige Inhaber“ verzichtet, da es sich im Laufe der Projektarbeiten als besonders reidentifikationsgefährdet und für wissenschaftliche Analysen als wenig wertvoll herausgestellt hat.⁹⁾ Das Merkmal „Angestellte und Arbeiter“ wurde daher als Differenz aus „Tätige Personen insgesamt“ und „Tätige Inhaber“ eben-

falls aus dem ursprünglichen Merkmalskanon herausgenommen. Das Merkmal „Bestandsveränderungen“ wurde entfernt, da es aus inhaltlichen Gründen verzichtbar war.

Besonders geeignet für Reidentifikationen sind regionale Angaben. Der Erhalt solcher Merkmale in einem Scientific-Use-File stellt daher für die Anonymisierung ein schwieriges Unterfangen dar. Zu Beginn des Projektes wurde die Möglichkeit ausgeschlossen, ein Scientific-Use-File zu erstellen, das administrative Gebietsangaben auf der Ebene der Bundesländer oder gar einer tieferen Gliederungsebene enthält. Da aber die Auswertung nach Regionen einen wichtigen Analysebereich darstellt, wurde nach alternativen Möglichkeiten gesucht und dies vor dem Hintergrund, gleichzeitig auf datenverändernde Maßnahmen bei den quantitativen Merkmalen weitestgehend verzichten zu wollen. Als erste Möglichkeit wurde der administrative Gebietsschlüssel durch den nichtadministrativen siedlungsstrukturellen Kreistyp BBR9 und den siedlungsstrukturellen Regionstyp BBR3 ersetzt. Diese Vergröberung der Regionalinformation führte zu einer sehr deutlichen Verbesserung der Schutzwirkung.¹⁰⁾ Allerdings sprach sich der zu Projektbeginn eingerichtete Wissenschaftliche Begleitzirkel dafür aus, anstelle dieser nicht-administrativen Schlüssel eine Ost-West-Klassifizierung einzuführen. Diese zweite Möglichkeit wurde schließlich in das Scientific-Use-File aufgenommen.

Die Daten der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe wurden nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93), auf der Vierstellerebene (Klassen) erhoben und aufbereitet. Diese Klassifikation ist aus der europäischen Wirtschaftszweigklassifikation NACE Rev. 1 abgeleitet, die aufgrund der NACE-Verordnung des Rates der Europäischen Gemeinschaften seit 1995 in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowohl für die Erhebung als auch für die Darstellung der statistischen Daten anzuwenden ist.¹¹⁾ Das Kodierungssystem der WZ 93 unterscheidet zwischen Abschnitten (Buchstaben A–Q), Unterabschnitten (Buchstaben AA–QA), Abteilungen (Zweisteller), Gruppen (Dreisteller), Klassen (Viersteller) und Unterklassen (Fünfsteller). Der Wirtschaftsbereich „Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ erstreckt sich über die Abschnitte C und D bzw. – in der numerischen Gliederung – über die Abteilungen 10 bis 37. Im Projekt „Faktische Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten“ haben sich statistische Ämter und Datennutzer darauf verständigt, bei dem hierarchischen Merkmal WZ 93 die Gliederungstiefe 2 (Zweistellerebene) nicht zu unterschreiten, da hierdurch zum einen eine beachtliche Schutzwirkung [beispielhafte Berechnungen finden sich in dem Beitrag Lenz/Sturm/Vorgirmler¹²⁾] und zum anderen nach Einschätzung der beteiligten Wissenschaftler für ein Scientific-Use-File eine ausreichende Breite an Analysemöglichkeiten¹³⁾ erhalten wird.

8) Hier ergibt sich eine Parallele zur faktischen Anonymisierung der Daten der Einkommensteuerstatistik, auch in diesem Fall sprach sich der Wissenschaftliche Beraterkreis für einen Erhalt der quantitativen zu Lasten der qualitativen Merkmale aus; siehe Merz, J./Vorgirmler, D./Zwick, M.: „Faktisch anonymisiertes Mikrodatenfile der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1998“ in WiSta 10/2004, S. 1079 ff.

9) Siehe Fußnote 6.

10) Siehe Lenz, R./Vorgirmler, D.: „Matching German Turnover Tax Statistics“, erscheint in der Reihe der Diskussionspapiere des Forschungsdatenzentrums des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

11) Für Erhebungen ab dem Jahr 2003 gilt mit dem Branchenschlüssel WZ 2003 eine neue Klassifikation, die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003.

12) Siehe Fußnote 5.

13) Siehe Rosemann, M./Vorgirmler, D./Lenz, R.: „Erste Ergebnisse faktischer Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten“ in Allgemeines Statistisches Archiv Band 88/1/2004, S. 73 ff.

In den Veröffentlichungen der statistischen Ämter werden aufgrund von Geheimhaltungsaspekten die Ergebnisse einiger Wirtschaftsabteilungen nur eingeschränkt veröffentlicht. Es handelt sich dabei um Unternehmen der Abteilungen 10, 11, 14, 16, 23, 30, 32, 35 und 37 der WZ 93. Bei den im Projekt durchgeführten Simulationen hat sich bestätigt, dass diese Abteilungen neben den Abteilungen 15, 17, 18, 19, 22 und 34 größerer Geheimhaltung bedürfen. Um diese kritischen Abteilungen im Scientific-Use-File belassen und weitgehend auf datenverändernde Verfahren bei den quantitativen Merkmalen verzichten zu können, werden die Abteilungen 10 (Kohlenbergbau, Torfgewinnung), 11 (Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Erbringung damit verbundener Dienstleistungen) und 14 (Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau) zum Abschnitt C, die Abteilungen 15 (Ernährungsgewerbe) und 16 (Tabakverarbeitung) zum Unterabschnitt DA, die Abteilungen 17 (Textilgewerbe) und 18 (Bekleidungsgewerbe) zum Unterabschnitt DB, die Abteilungen 21 (Papiergewerbe) und 22 (Verlags- und Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern) zum Unterabschnitt DE, die Abteilungen 30 (Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen) und 31 (Herstellung von

Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.Ä.) zum Unterabschnitt DL sowie die Abteilungen 34 (Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen) und 35 (Sonstiger Fahrzeugbau) zum Unterabschnitt DM zusammengefasst. Bei den Abteilungen 19 (Ledergewerbe) und 23 (Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen) wurde das Merkmal WZ 93 unterdrückt. Außerdem wurde die Abteilung 37 (Recycling) aus inhaltlichen und aus Geheimhaltungsgründen herausgenommen. Obwohl die Abteilungen 32 (Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik) und 33 (Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik) ebenfalls zum Unterabschnitt DL zu zählen sind, werden sie im Datensatz separat aufgeführt, da hier die Weitergabe der Zweisteller aus Sicht des Datenschutzes unbedenklich ist. Eine zusammenfassende Aufstellung der im Datensatz vorhandenen Ausprägungen des Merkmals WZ 93 enthält Tabelle 1.

Eindimensionale Mikroaggregation

Die im Datensatz verbleibenden 30 quantitativen Merkmale wurden eindimensional für jedes Merkmal separat mikroaggregiert.¹⁴⁾ Bei dieser Variante der Mikroaggrega-

Tabelle 1: Verteilung von Gesamtumsatz und Beschäftigten auf die Wirtschaftsabteilungen
Kostenstrukturerhebung des Verarbeitenden Gewerbes 1999

Wirtschaftsgliederung (H. v.: Herstellung von)	WZ 93 ¹⁾ -Angabe	Unternehmen	Beschäftigte ²⁾		Gesamtumsatz ²⁾	
		Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 DM
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	C (10, 11 und 14)	182	1,02	10 804	1,17	3 683 797
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	DA (15 und 16)	1 704	12,90	137 284	20,70	65 056 450
Textil- und Bekleidungsgewerbe ..	DB (17 und 18)	955	6,91	73 529	5,91	18 585 363
Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	20	448	2,81	29 925	2,61	8 206 696
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	DE (21 und 22)	1 063	8,49	90 311	8,41	26 421 392
Chemische Industrie	DG (bzw. 24)	628	5,06	53 873	7,84	24 640 473
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	DH (bzw. 25)	659	5,12	54 525	4,24	13 318 912
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden ...	DI (bzw. 26)	783	5,47	58 188	5,45	17 118 619
Metallerzeugung und -bearbeitung	27	423	3,73	39 720	4,46	14 004 740
H. v. Metallerzeugnissen	28	1 638	11,94	127 055	9,12	28 663 369
Maschinenbau	DK (bzw. 29)	1 837	14,07	149 732	11,57	36 357 908
H. v. Büromaschinen, Dv-Geräten und -einrichtungen, Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	DL (hier 30 und 31)	757	5,88	62 596	5,05	15 865 903
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	32	219	1,69	17 955	1,39	4 370 507
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	33	510	3,71	39 513	2,76	8 671 100
Fahrzeugbau	DM (34 und 35)	525	4,24	45 114	3,85	12 101 547
H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw.	36	731	5,69	60 516	4,01	12 610 384
Sonstige	19 und 23	164	1,26	13 363	1,46	4 574 646

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993. – 2) Alle am Jahresende im Betrieb/im Unternehmen tätigen Personen einschließlich tätiger Inhaber/-innen und mithelfender Familienangehöriger (auch unbezahlt mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind), aber ohne Heimarbeiter/-innen und Zusteller/-innen im Verlagsgewerbe. Einbezogen werden u.a. auch Erkrankte, Urlauber/-innen, Kurzarbeiter/-innen, Streikende, von der Aussperrung Betroffene, Personen in Altersteilzeitregelungen, Auszubildende, Saison- und Aushilfsarbeiter/-innen sowie Teilzeitbeschäftigte. Die Angestellten umfassen auch die kaufmännischen Auszubildenden (einschl. der Auszubildenden in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen), die Arbeiter/Arbeiterinnen auch die gewerblich Auszubildenden. – 3) Umsatz aus eigener Erzeugung (einschl. Umsatz aus dem Verkauf von Energie und Nebenerzeugnissen und Abfällen sowie Entgelte für industrielle Dienstleistungen, wie Reparaturen, Instandhaltungen, Installationen und Montagen), Umsatz aus Handelsware und sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten (z.B. Erlöse aus Vermietung und Verpachtung sowie aus Lizenzverträgen, Provisionseinnahmen und Einnahmen aus der Veräußerung von Patenten).

14) Zur Methode der Mikroaggregation und anderen im Projekt untersuchten Methoden siehe Höhne, J.: „Methoden zur Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten“ in Ronning, G./Gnoss, R. (Hrsg.): „Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten“, Band 42 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Wiesbaden 2003, S. 69 ff.

tion werden zunächst die Merkmalsausprägungen je Merkmal absteigend sortiert. Dann werden tripelweise (aus den Merkmalsausprägungen dreier benachbarter Merkmalsträger) die Durchschnittswerte ermittelt, die Originalwerte durch diese Durchschnittswerte ersetzt und wieder an die ursprüngliche Position zurücksortiert. Falls die Anzahl der Merkmalsträger nicht durch die Zahl 3 teilbar ist, so ist am Ende der absteigend sortierten Liste von Merkmalsausprägungen auch die Bildung einer Gruppe aus vier oder fünf Merkmalsträgern zulässig. Damit ist jede Merkmalsausprägung bei mindestens drei Merkmalsträgern vorhanden. Das hier skizzierte Verfahren ist für das Ziel einer möglichst vielseitigen Datennutzung, sowohl für deskriptive als auch für ökonometrische Auswertungen, das schonendste Verfahren innerhalb der Klasse der Mikroaggregationsverfahren.

Hierzu werden für das vorgestellte Scientific-Use-File zwei Beispiele präsentiert. Zum einen sind in Tabelle 2 die Abweichungen der wichtigsten deskriptiven Statistiken des anonymisierten Datensatzes im Vergleich zum Original dargestellt, wobei sich allenfalls die systematischen, aber geringen Abweichungen der Varianzen als problematisch erweisen können.

Tabelle 2: Veränderungen wichtiger Verteilungscharakteristika durch die Anonymisierung

Mittlerer relativer Fehler		Mittlerer absoluter Fehler	
Arithmetisches Mittel	Varianzen	Korrelationen	Rangkorrelationen
in %		(x 100)	
0,1	4,3	0,8	0,0

Zum anderen werden in Tabelle 3 die Schätzergebnisse für eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion für die kleinen

und mittleren Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes auf Basis Daten der Kostenstrukturerhebung vorgestellt.¹⁵⁾ Dabei ist erkennbar, dass die Abweichungen auf Basis der mikroaggregierten Daten gegenüber den Originalergebnissen sehr gering sind.

Schlussbemerkung

Die Wissenschaft genießt seit In-Kraft-Treten des geltenden Bundesstatistikgesetzes von 1987 eine Sonderstellung unter den Datennutzern der Bundesstatistik, das so genannte *Wissenschaftsprivileg*. Es besteht darin, dass für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben faktisch anonymisierte Mikrodaten vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder an Hochschulen oder sonstige Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung übermittelt werden dürfen. Der große Vorzug einer solchen Datennutzung für Wissenschaftler liegt darin, dass ihnen die faktisch anonymisierten Einzeldaten übermittelt und diese von ihnen am eigenen Arbeitsplatz ausgewertet werden können.¹⁶⁾ Ein weiterer Vorteil eines Scientific-Use-Files besteht darin, dass sichergestellt ist, dass verschiedene Nutzer mit demselben Datenmaterial arbeiten können. Dadurch können sich zwischen den Wissenschaftlern Forschungsnetzwerke leichter aufbauen. Darüber hinaus wird das Prinzip der Überprüfbarkeit von wissenschaftlichen Ergebnissen gestärkt.

In Band 42 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“¹⁷⁾ wurde erstmals aus amtlichen Betriebsdaten ein Public-Use-File¹⁸⁾, das einen Ausschnitt von 500 kleinen und mittleren Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes der Kostenstrukturerhebung 1999 beinhaltet, mit eingeschränkten Analysemöglichkeiten der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Mit der im vorliegenden Beitrag vorgestellten Datei

Tabelle 3: Produktionsfunktion: OLS-Regression

Inputfaktoren	Originalwerte		Anonymisierte Werte	
	Koeffizienten	t-Werte	Koeffizienten	t-Werte
Materialeinsatz	0,410	169,76	0,407	168,21
Personalkosten	0,351	81,64	0,354	82,20
Externe Dienstleistungen	0,056	35,04	0,057	35,31
Sonstige Kosten	0,112	43,84	0,114	44,20
Kapitalkosten	0,052	18,86	0,049	18,06
Konstante	1,775	45,16	1,789	45,27
Anzahl der Beobachtungen	12 680		12 685	
Bestimmtheitsmaß	0,951		0,950	
Durchschnittliche relative Abweichung der Koeffizientenwerte			2,0%	
Anzahl der Koeffizienten außerhalb des 95%-Konfidenzintervalls			0	
Anzahl der Vorzeichenwechsel			0	
Anzahl der Koeffizienten, die im Original statistisch signifikant sind, nach der Anonymisierung nicht			0	
Anzahl der Koeffizienten, die nach der Anonymisierung statistisch signifikant sind, im Original nicht			0	
Durchschnittliche relative Abweichung der t-Werte			1,3%	

15) Zum Vorgehen siehe Rosemann, M: "Impacts of different versions of micro aggregation on the results of linear estimations", IAW-Workshop "Econometric Analysis of Anonymised Firm Data", Tübingen, März 2004.

16) Zum Vergleich siehe Sturm, R.: „Faktische Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten“ in Allgemeines Statistisches Archiv Band 86, 2002, S. 468 ff.

17) CD-ROM als Beilage in Ronning, G./Gnoss, R. (Hrsg.): „Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten“, Band 42 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Wiesbaden 2003.

18) Im Gegensatz zu einem Scientific-Use-File besteht ein Public-Use-File aus absolut anonymisierten Merkmalsträgern. Diese Daten dürfen nach § 16 Abs. 1 Nr. 4 BStatG jedem Interessierten übermittelt werden. Das Public-Use-File der Kostenstrukturerhebung steht im Internet unter www.forschungsdatenzentren.de in der Reihe „Campus-File“ als Download kostenlos zur Verfügung.

wird erstmalig eine hochrechnungsfähige Stichprobe über Unternehmen und Betriebe aus Daten der deutschen amtlichen Statistik als standardisiertes Scientific-Use-File für wissenschaftliche Analysen zugänglich gemacht; ein Rohstoff, mit dem die statistischen Ämter arbeiten und der vor allem für empirisch arbeitende Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler zur Untersuchung eigener Fragestellungen interessant ist. Die Untersuchungen haben allerdings gezeigt, dass die hier angewendeten Methoden keinen ausreichenden Schutz für Unternehmen mit 250 Beschäftigten und mehr garantieren können. Die erhöhte Anwendung datenverändernder Verfahren, die zu einer stärkeren Verfremdung der einzelnen Merkmalswerte führen (z. B. mehrdimensionale Varianten der Mikroaggregation und entsprechende stochastische Überlagerungen) oder weitere Einschnitte bei den qualitativen Variablen scheinen hier unumgänglich.

Parallel zu den faktisch anonymen Daten der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe 1999 werden auch Daten der Einzelhandelsstatistik 1999 und der Umsatzsteuerstatistik 2000 angeboten.¹⁹⁾ Neben der Prüfung der Geheimhaltungsbedingungen wurden die Dateien vom Projektpartner, dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW, Tübingen), unterstützt durch den wissenschaftlichen Begleitkreis, auch hinsichtlich des Analysepotenzials intensiv untersucht.

Die Scientific-Use-Files sind für jeweils 65,- Euro über die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder für die Wissenschaft erhältlich. Die hierzu notwendigen Anträge stehen als Download im Internet unter www.forschungsdatenzentren.de zur Verfügung. [u](#)

19) In den nächsten Ausgaben dieser Zeitschrift werden Beiträge zum Scientific-Use-File der Einzelhandelsstatistik sowie zum faktisch anonymen Mikrodatenfile der Umsatzsteuerstatistik veröffentlicht.

Dipl.-Sozialwissenschaftler Dieter Emmerling

Ehescheidungen 2003

Das Statistische Bundesamt stellt jährlich die Daten über die gerichtlichen Ehelösungen zum Bundesergebnis zusammen. Den gerichtlichen Ehescheidungen kommt dabei quantitativ betrachtet die überragende Bedeutung zu. Die Angaben über die gerichtlichen Ehelösungen stammen aus den Meldungen der Justizgeschäftsstellen bei den zuständigen Familiengerichten, die die gesetzlich vorgeschriebenen Daten zunächst an die jeweiligen Statistischen Landesämter übermitteln. Die aufbereiteten Landesergebnisse werden dann in aggregierter Form an das Statistische Bundesamt weitergeleitet.

Der vorliegende Beitrag stellt die Bundesergebnisse für das Berichtsjahr 2003 vor. Ein besonderes Gewicht wird dabei auf die Abschätzung des generellen Scheidungsrisikos und auf die Frage des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer gelegt.

Die amtliche Statistik registrierte im Jahr 2003 einen weiteren Anstieg der Zahl der jährlichen Ehescheidungen in Deutschland. Mit 213 980 geschiedenen Ehen (+ 4,8% gegenüber 2002) wurde ein neuer Höchststand erreicht. Im Westen Deutschlands (früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost) ist dabei die Zahl der gerichtlichen Scheidungen von 175 230 im Jahr 2002 auf 183 820 im Jahr 2003 (+ 4,9%) und im Osten Deutschlands (neue Bundesländer ohne Berlin-Ost) von 28 990 auf 30 150 Fälle (+ 4,0%) angestiegen.

Im Berichtsjahr 2003 wurden je 10 000 bestehende Ehen bundesweit etwa 114 Ehen geschieden.

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der minderjährigen Kinder, die von der Scheidung ihrer Eltern betroffen waren, im

Jahr 2003 weiter um 10 160 auf 170 260 Kinder angewachsen. Der Anteil der geschiedenen Ehen mit minderjährigen Kindern lag bundesweit – bezogen auf alle Scheidungsfälle – bei 50,4% (2002: 49,9%).

Auf der Grundlage der bis zum Berichtsjahr 2003 vorliegenden Daten lässt sich abschätzen, dass mehr als ein Drittel aller Ehen früher oder später durch die Gerichte geschieden wird.

Vorbemerkung

In der Statistik der gerichtlichen Ehescheidungen richtet sich die regionale Zuordnung der Scheidungsfälle nach den jeweiligen Zuständigkeiten der Familiengerichte. Beginnend mit dem Berichtsjahr 1995 ist es durch veränderte Zuständigkeiten der Gerichte im Bundesland Berlin nicht mehr möglich, die Angaben aus der Statistik der gerichtlichen Ehescheidungen zwischen Berlin-West und Berlin-Ost aufzuteilen. Eine Nachweisung der Ergebnisse für die Gebietsteile „früheres Bundesgebiet“ und „neue Länder und Berlin-Ost“ kann seitdem in der Ehescheidungsstatistik nicht mehr erfolgen.

Die für Berlin insgesamt ermittelten Scheidungsfälle werden daher seit 1995 dem früheren Bundesgebiet zugerechnet. Um die Ergebnisse der Ehescheidungsstatistik seit der deutschen Vereinigung vergleichen zu können, wurden im vorliegenden Beitrag in den jeweiligen Tabellen und Schaubildern, bei denen ein West-Ost-Vergleich angestellt wird, die für die Jahre 1990 bis 1994 für Berlin-Ost registrierten Scheidungen nachträglich in die Ergebnisse des früheren Bundesgebietes einbezogen.

Insgesamt wurden in Deutschland im Jahr 2003 durch den Tod des Partners, durch gerichtliche Ehescheidung oder durch gerichtliche Entscheidung auf Aufhebung der Ehe¹⁾ 557 000 Ehen gelöst (2002: 543 430). Auf diese wesentlichen Unterscheidungen bei Nachweisen von Ehelösungen soll hier vorweg eingegangen werden. Dass bei der Auflösung von Ehen insgesamt die Ehelösungen durch den Tod eines Ehepartners nach wie vor von ausschlaggebender Bedeutung sind, zeigt Tabelle 1.

Tabelle 1: Ehelösungen seit 1990

Jahr	Ehelösungen	Davon		
		durch gerichtliche Ehescheidung	durch gerichtliche Aufhebung (oder Nichtigkeitserklärung der Ehe) ¹⁾	durch Tod eines Ehepartners
1990 ²⁾	527 134	154 786	172	372 176
1991	504 679	136 317	167	368 195
1992	494 163	135 010	169	358 984
1993	519 692	156 425	221	363 046
1994	524 068	166 052	444	357 572
1995	528 378	169 425	575	358 378
1996	531 975	175 550	653	355 772
1997	536 748	187 802	681	348 265
1998	537 543	192 416	538	344 589
1999	531 587	190 590	170	340 827
2000	533 967	194 408	222	339 337
2001	532 719	197 498	252	334 969
2002	543 428	204 214	392	338 822
2003	557 002	213 975	299	342 728

1) Seit dem 1. Juli 1998 gibt es nur noch die gerichtlichen Aufhebungen. –

2) Ohne Aufhebungen und Nichtigkeitserklärungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Auf die Ehelösungen durch den Tod des Ehepartners entfiel im Jahr 2003 mit 342 730 Fällen der weitaus größte Anteil (61,5%) aller Ehelösungen (2002: 62,3%). Die gerichtlichen Ehescheidungen machten dagegen nur 38,4% aller Ehelösungsfälle aus (2002: 37,6%). Die Aufhebungen von Ehen durch Gerichtsurteil spielten im Vergleich mit den Ehelösun-

gen durch Tod eines Ehepartners und den Ehescheidungen für die Ehelösungen insgesamt (wie auch in den Vorjahren) keine nennenswerte Rolle (2003: 300 Fälle).

Im Schaubild 1 ist die Entwicklung des Anteils der Ehescheidungen an allen Ehelösungen seit 1950 dargestellt. Wie aus dem – nur durch kurzfristige Sondereinflüsse durchbrochenen – Haupttrend der Entwicklung des Anteils der Ehescheidungen abzulesen ist, kommt den gerichtlichen Ehescheidungen im Hinblick auf alle Ehelösungen ein sich seit langem verstärkendes Gewicht zu. Bedingt durch eine anscheinend weiter steigende gesellschaftliche Akzeptanz von Ehescheidungen und den weiteren Anstieg der Lebenserwartung, werden insgesamt gesehen mehr Ehen gerichtlich geschieden und weniger Ehen durch den Tod des Partners gelöst.

Ergebnisse

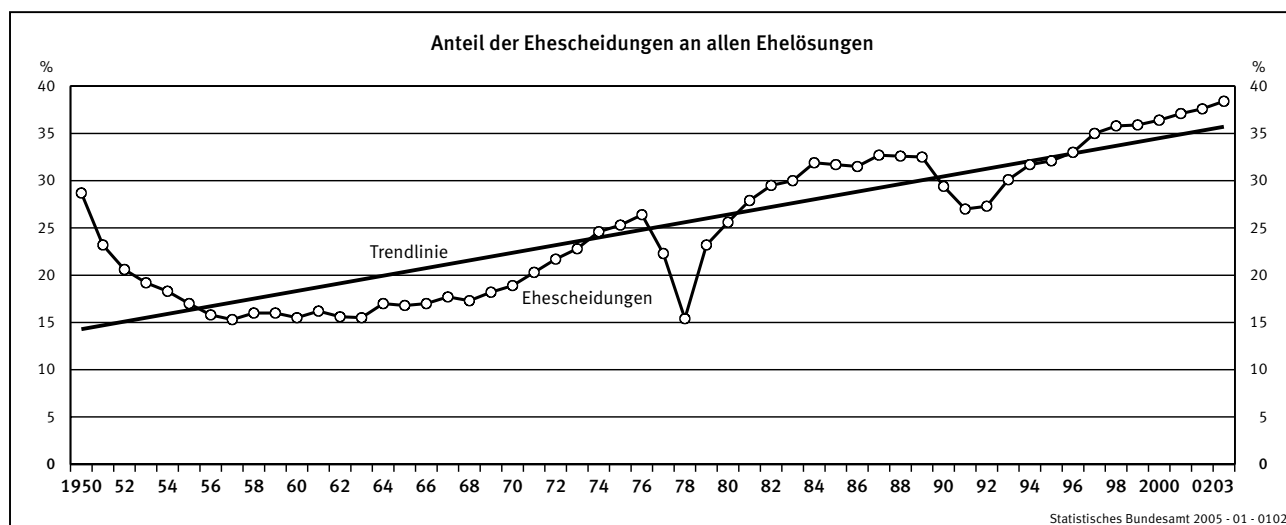
Überblick

In Deutschland wurden im Jahr 2003 213 980 Ehescheidungsurteile rechtskräftig. Gegenüber dem Jahr 2002 stieg die Zahl der geschiedenen Ehen damit um 9 760 Fälle oder 4,8% an. Bundesweit gesehen wurden je 10 000 Einwohner 25,9 Ehen geschieden. Je 10 000 bestehende Ehen errechnete sich ein Wert von 113,8 Ehescheidungen (2002: 107,9).

Auf das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost entfielen mit 183 820 Ehescheidungen 85,9% aller Scheidungsfälle. Im Westen Deutschlands nahm die Zahl der Scheidungen gegenüber dem Jahr 2002 (175 230) um 4,9% zu, während sie im Osten im Jahr 2003 mit 30 150 Fällen gegenüber dem Vorjahr (28 990) um 4,0% anstieg.

Die langfristige Entwicklung der Ehescheidungsfälle seit 1960 ist in Tabelle 2 dargestellt.

Schaubild 1



1) Seit dem 1. Juli 1998 gibt es nur noch die gerichtliche Entscheidung auf Aufhebung der Ehe. Davor wurde noch zwischen der Aufhebung und der Nichtigkeitserklärung unterschieden.

Tabelle 2: Ehescheidungen in Deutschland

Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Länder ²⁾	Früheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Länder ²⁾	Früheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Länder ²⁾
	Anzahl			je 10 000 Einwohner ³⁾		je 10 000 bestehende Ehen ⁴⁾	
1960	73 418	48 878	24 540	8,8	14,2	35,7	.
1965	85 304	58 728	26 576	10,0	15,6	39,2	60,9
1970	103 927	76 520	27 407	12,6	16,1	50,9	63,9
1975	148 461	106 829	41 632	17,3	24,7	67,4	98,8
1976	153 061	108 258	44 803	17,5	26,7	68,8	106,5
1977	117 795	74 658	43 137	12,2	25,7	47,7	102,6
davon (1977):							
altes Recht	X	72 959	X	X	X	X	X
neues Recht	X	1 699	X	X	X	X	X
1978	75 758	32 462	43 296	5,3	25,8	20,8	102,8
1979	124 225	79 490	44 735	13,0	26,7	51,0	106,3
1980	141 016	96 222	44 794	15,6	26,8	61,3	106,6
1981	158 087	109 520	48 567	17,8	29,0	72,3	115,9
1982	168 348	118 483	49 865	19,2	29,9	78,4	120,2
1983	170 941	121 317	49 624	19,8	29,7	80,6	120,3
1984	181 064	130 744	50 320	21,3	30,2	87,1	122,4
1985	179 364	128 124	51 240	21,0	30,8	86,1	125,1
1986	174 882	122 443	52 439	20,1	31,5	82,6	128,5
1987	180 490	129 850	50 640	21,2	30,4	87,6	124,3
1988	178 109	128 729	49 380	20,9	29,6	86,6	121,1
1989	176 691	126 628	50 063	20,4	30,1	84,6	122,8
1990	154 786	125 308	29 478	19,4	19,9	81,1	78,4
1991	136 317	128 187	8 130	19,6	5,6	81,9	22,1
1992	135 010	125 907	9 103	19,0	6,3	79,7	25,1
1993	156 425	139 157	17 268	20,8	12,0	87,3	48,3
1994	166 052	145 060	20 992	21,6	14,7	90,6	59,4
1995	169 425	147 945	21 480	21,9	15,1	92,3	61,5
1996	175 550	152 798	22 752	22,5	16,0	95,2	65,8
1997	187 802	161 265	26 537	23,7	18,8	103,7	77,5
1998	192 416	163 386	29 030	24,0	20,7	105,7	85,7
1999	190 590	161 787	28 803	23,8	20,6	101,8	85,9
2000	194 408	164 971	29 437	24,2	21,2	104,0	88,6
2001	197 498	168 427	29 071	24,6	21,1	106,5	88,7
2002	204 214	175 226	28 988	25,5	21,2	111,6	89,9
2003	213 975	183 824	30 151	26,7	22,2	117,6	94,9

1) Ab 1990: einschl. Berlin-Ost. – 2) Ab 1990: ohne Berlin-Ost. Würden die Ehescheidungen des Jahres 1990, die für Berlin-Ost festgestellt worden waren, in die Ergebnisse für die neuen Länder einbezogen, so ergäbe sich eine Zahl von 31 917 Ehescheidungen. – 3) Ab 1992: durchschnittliche Einwohnerzahl, sonst jeweils 30. Juni. – 4) Ausgehend von der Zahl der verheirateten Frauen am Jahresbeginn; 1990 Berlin-Ost: ausgehend von der Zahl der verheirateten Frauen am 31. Dezember 1990.

Daraus ist ersichtlich, dass im Jahr 1975 die Zahl der Scheidungen im früheren Bundesgebiet und Berlin-West mit 106 830 Fällen erstmals die Schwelle von 100 000 jährlich geschiedenen Ehen überschritten hatte.

Bereits Mitte der 1980er-Jahre bis zu Beginn der 1990er-Jahre war ein Stand zwischen jährlich 120 000 und 130 000 geschiedenen Ehen erreicht worden. Diese Entwicklung war lediglich von einem kurzzeitigen, aber erheblichen Rückgang der Scheidungszahlen seit 1977 unterbrochen worden, der durch den rechtlich veränderten Rahmen für gerichtliche Ehescheidungen bedingt war, welcher mit dem 1. Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts zum 1. Juli 1977 wirksam wurde. Das bis dahin geltende Schuldprinzip wurde durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt und darüber hinaus wurden umfangreiche Neuregelungen für den Vermögens- und den Versorgungsausgleich der ehemaligen Partner eingeführt.

Bis zum Jahr 1999, in dem ein leichter Rückgang der Zahl der Scheidungsfälle eintrat, war die Zahl der jährlichen Ehescheidungen im Westen Deutschlands seit 1993 auf hohem Niveau ständig gestiegen. In den Jahren 2000 bis 2002 setzte sich der Trend einer jährlich steigenden Zahl von

Scheidungsfällen jeweils mit neuen Höchstständen fort. Im Berichtsjahr 2003 schließlich hat die Gesamtzahl der Ehescheidungen im Westen Deutschlands erstmals den Wert von 180 000 Fällen überschritten.

Im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin wurden, bezogen auf 10 000 Einwohner, im Jahr 2003 26,7 Ehen geschieden (2002: 25,5). Wird die Zahl der bestehenden Ehen als Bezugsgröße herangezogen, so entfielen im Jahr 2003 auf 10 000 bestehende Ehen im Westen Deutschlands 117,6 Ehescheidungen. Im Vorjahr lag der Wert dieser Ziffer bei 111,6.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Scheidungshäufigkeit im Osten Deutschlands ist von einer Sondersituation auszugehen. In der ehemaligen DDR hatte sich im Schnitt die Zahl der geschiedenen Ehen zuletzt bei jährlich 50 000 Fällen bewegt.

Schon seit Mitte der 1970er-Jahre waren davor – mit steigender Tendenz – jährlich mehr als 40 000 Ehen gerichtlich durch Scheidung gelöst worden.

Nach der deutschen Vereinigung ist die Zahl der Scheidungen in den Jahren 1990 und 1991 dann aus unterschied-

Tabelle 3: Eheschließungen

Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Länder
1985	496 175	375 345	120 830
1986	509 320	383 774	125 546
1987	523 847	395 220	128 627
1988	534 903	410 280	124 623
1989	529 597	410 645	118 952
1990	516 388	423 143	93 245
1991	454 291	409 160	45 131
1992	453 428	410 644	42 784
1993	442 605	398 629	43 976
1994	440 244	393 325	46 919
1995	430 534	381 724	48 810
1996	427 297	378 469	48 828
1997	422 776	374 577	48 199
1998	417 420	367 527	49 893
1999	430 674	375 318	55 356
2000	418 550	364 804	53 746
2001	389 591	338 623	50 968
2002	391 963	341 353	50 610
2003	382 911	332 601	50 310

1) Einschl. Berlin-Ost.

lichen Gründen stark abgesunken (bis auf 8 130 Ehescheidungen). In den Folgejahren ist sie dann in mehreren Sprüngen bis auf 29 030 Fälle im Jahr 1998 wieder angewachsen.²⁾ Nachdem sich die Fallzahlen – mit leichten Schwankungen – über mehrere Jahre auf diesem Niveau

bewegt haben, wurden im Jahr 2003 erstmals seit 1989 für den Osten Deutschlands mit 30 150 Ehescheidungen wieder mehr als 30 000 Scheidungsfälle von der amtlichen Statistik registriert (2002: 28 990).

Bezogen auf 10 000 Einwohner wurden im Osten Deutschlands im Jahr 2003 22,2 (2002: 21,2) Ehen geschieden. Auf 10 000 bestehende Ehen entfielen hier 94,9 Scheidungen (2002: 89,9).

In welche Richtung sich die Zahl der jährlich geschiedenen Ehen im Osten Deutschlands in nächster Zeit entwickeln wird, ist derzeit kaum absehbar. Aus der Entwicklung der Zahl der jährlichen Eheschließungen in den neuen Ländern lässt sich ablesen, dass die Heiratsneigung nach 1990 insgesamt stark zurückgegangen war (siehe Tabelle 3) und nach einem kurzfristigen Anstieg der Zahl der Eheschließungen im Jahr 1999 (55 400) nunmehr wiederum rückläufig ist.

Die Scheidungsanträge werden weiterhin vornehmlich von den Ehefrauen gestellt

Auch im Hinblick auf die im Berichtsjahr 2003 geschiedenen Ehen hat sich an dem Sachverhalt, dass die Initiative zur gerichtlichen Auflösung der Ehe formell vorwiegend von

Tabelle 4: Ehescheidungen nach dem Antragsteller und der Entscheidung in der Ehesache

Jahr Gebiet	Ehe- schei- dungen ins- gesamt	Das Verfahren wurde beantragt							Entscheidungen in der Ehesache			
		vom Mann			von der Frau			von beiden Ehe- gatten	nach BGB			auf- grund anderer Vor- schriften
		zu- sammen	ohne Zustimmung der Frau	mit	zu- sammen	ohne Zustimmung des Mannes	mit		§ 1565 Abs. 1 i.V.m. § 1565 Abs.2 (Scheidung vor ein- jähriger Trennung)	§ 1565 Abs.1 (Scheidung nach ein- jähriger Trennung)	§ 1565 Abs. 1 i.V.m. §1566 Abs.2 (Scheidung nach drei- jähriger Trennung)	
Anzahl												
2003												
Deutschland	213 975	77 385	5 926	71 459	122 217	11 475	110 742	14 373	3 950	186 618	22 169	1 238
Früheres Bundes- gebiet¹)	183 824	67 462	4 834	62 628	103 590	9 249	94 341	12 772	3 471	160 459	18 691	1 203
Neue Länder	30 151	9 923	1 092	8 831	18 627	2 226	16 401	1 601	479	26 159	3 478	35
2002												
Deutschland	204 214	73 480	5 434	68 046	118 273	10 406	107 867	12 461	3 072	182 225	17 889	1 028
Früheres Bundes- gebiet¹)	175 226	64 231	4 304	59 927	99 816	8 026	91 790	11 179	2 838	155 953	15 431	1 004
Neue Länder	28 988	9 249	1 130	8 119	18 457	2 380	16 077	1 282	234	26 272	2 458	24
%												
2003												
Deutschland	100	36,2	2,8	33,4	57,1	5,4	51,8	6,7	1,8	87,2	10,4	0,6
Früheres Bundes- gebiet¹)	100	36,7	2,6	34,1	56,4	5,0	51,3	6,9	1,9	87,3	10,2	0,7
Neue Länder	100	32,9	3,6	29,3	61,8	7,4	54,4	5,3	1,6	86,8	11,5	0,1
2002												
Deutschland	100	36,0	2,7	33,3	57,9	5,1	52,8	6,1	1,5	89,2	8,8	0,5
Früheres Bundes- gebiet¹)	100	36,7	2,5	34,2	57,0	4,6	52,4	6,4	1,6	89,0	8,8	0,6
Neue Länder	100	31,9	3,9	28,0	63,7	8,2	55,5	4,4	0,8	90,6	8,5	0,1

1) Einschl. Berlin-Ost.

2) Diese Entwicklung der Scheidungshäufigkeit im Osten Deutschlands seit 1990 dürfte ihre Gründe wohl einerseits in der Umstellung auf das bundesdeutsche Scheidungsverfahren und -recht mit seinen Vorgaben bestimmter Fristen und seinen finanziellen Folgen haben. Andererseits wird davon auszugehen sein, dass die Umbrüche in den sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnissen im Osten Deutschlands, die mit der deutschen Vereinigung einhergegangen waren, auch zu einer zeitlichen Verschiebung beabsichtigter Scheidungen geführt haben.

den Frauen ausgeht, nichts geändert. So hat sich der Anteil der Scheidungsfälle in Deutschland, bei denen die Ehefrauen die Scheidung beantragt hatten, gegenüber dem Vorjahr (57,9%) für das Jahr 2003 mit 57,1% nur geringfügig vermindert (siehe Tabelle 4). In 36,2% der Scheidungsfälle des Jahres 2003 hatten die Männer die Scheidung beantragt, und in 6,7% aller Fälle waren beide Ehegatten als Antragsteller aufgetreten.

Bei der Mehrzahl der Fälle, in denen der Scheidungsantrag von nur einem Ehegatten eingereicht worden war, erteilte der jeweilige Partner seine Zustimmung.

Ehescheidungen erfolgen zumeist nach einjähriger Trennung der Partner

Im Jahr 2003 erging mit 186 620 Entscheidungen (2002: 182 230) der jeweils zuständigen Familiengerichte in der ganz überwiegenden Zahl aller Fälle (87,2%) bundesweit das Scheidungsurteil nach einjähriger Trennung (siehe Tabelle 4: § 1565 Abs. 1 BGB). Nach einer Trennungszeit von drei Jahren oder mehr wurden 2003 22 170 (10,4%) Ehen gerichtlich geschieden. Aufgrund der entsprechenden Vorschriften des § 1565 Abs. 1 BGB in Verbindung mit § 1566 Abs. 2 BGB waren im Vorjahr nur 17 890 Ehen durch Scheidungsurteil gelöst worden. Eine gescheiterte Ehe kann nach § 1565 BGB geschieden werden, wenn die grundsätzliche Voraussetzung einer Trennungszeit von mindestens einem Jahr erfüllt ist. Nach § 1565 Absatz 2 BGB kann eine Ehe bei einer kürzeren Trennungszeit nur dann geschieden werden, wenn das Gericht feststellt, dass die Fortsetzung der Ehe für den die Scheidung begehrenden Ehegatten aus Gründen, die in der Person des Noch-Ehegatten liegen, eine unzumutbare Härte darstellen würde. Im Jahr 2003 wurden aufgrund dieser Regelung 3 950 Ehen geschieden, das entspricht 1,8% aller Scheidungsfälle (2002: 3 070 bzw. 1,5%).

Aufgrund anderer Rechtsvorschriften wurden im Jahr 2003 bundesweit lediglich 1 240 Ehen rechtskräftig geschieden. Mit einem Anteil von 0,6% spielen diese Scheidungsfälle aus statistischer Sicht eine völlig untergeordnete Rolle.

Aus der Betrachtung der Rechtsgrundlagen für die Entscheidung der Familiengerichte in der Ehesache lässt sich zusammenfassend ableiten, dass die eigentlichen Gründe für das Scheitern der jeweiligen Ehe in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Fälle mehr als ein Jahr vor dem Zeitpunkt der gerichtlichen Ehescheidung eingetreten sein müssen.

Im Regelfall werden ältere Männer von ihren jüngeren Frauen geschieden

Wie in den vorangegangenen Jahren wurden auch 2003 in Deutschland bei knapp zwei Dritteln (64,6%) aller Fälle ältere Ehemänner von ihren jüngeren Ehefrauen geschieden (siehe Tabelle 5). Dies ist allerdings ein zu erwartendes Ergebnis, denn wie ein Blick auf Ergebnisse der Eheschließungsstatistik für den Zeitraum der letzten zehn Jahre zeigt, sind zum Beispiel ledige Männer bei der Eheschließung im Durchschnitt deutlich älter als ihre (ledigen) Bräute (siehe Tabelle 6).

Tabelle 5: Ehescheidungen 2003 nach dem Altersunterschied der Ehegatten

Altersunterschied der Ehegatten	Deutschland		Früheres Bundesgebiet ¹⁾		Neue Länder	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Weniger als 1 Jahr	38 240	17,9	32 052	17,4	6 188	20,5
Mann älter	138 180	64,6	118 680	64,6	19 500	64,7
davon um:						
1 Jahr	23 935	11,2	20 164	11,0	3 771	12,5
2 Jahre	22 907	10,7	19 340	10,5	3 567	11,8
3 Jahre	19 716	9,2	16 773	9,1	2 943	9,8
4 Jahre	15 609	7,3	13 374	7,3	2 235	7,4
5 Jahre	11 978	5,6	10 238	5,6	1 740	5,8
6 Jahre	9 446	4,4	8 205	4,5	1 241	4,1
7 Jahre	7 339	3,4	6 373	3,5	966	3,2
8 Jahre	5 609	2,6	4 909	2,7	700	2,3
9 Jahre	4 344	2,0	3 868	2,1	476	1,6
10 Jahre	3 400	1,6	2 989	1,6	411	1,4
11 bis 15 Jahre	8 987	4,2	7 998	4,4	989	3,3
16 Jahre und mehr	4 910	2,3	4 449	2,4	461	1,5
Frau älter	37 555	17,6	33 092	18,0	4 463	14,8
davon um:						
1 Jahr	9 570	4,5	8 235	4,5	1 335	4,4
2 Jahre	6 643	3,1	5 857	3,2	786	2,6
3 Jahre	4 573	2,1	4 016	2,2	557	1,8
4 Jahre	3 460	1,6	3 082	1,7	378	1,3
5 Jahre	2 560	1,2	2 258	1,2	302	1,0
6 Jahre	1 987	0,9	1 767	1,0	220	0,7
7 Jahre	1 625	0,8	1 457	0,8	168	0,6
8 Jahre	1 290	0,6	1 163	0,6	127	0,4
9 Jahre	1 015	0,5	919	0,5	96	0,3
10 Jahre	850	0,4	762	0,4	88	0,3
11 bis 15 Jahre	2 383	1,1	2 139	1,2	244	0,8
16 Jahre und mehr	1 599	0,7	1 437	0,8	162	0,5
Insgesamt ...	213 975	100	183 824	100	30 151	100

1) Einschl. Berlin-Ost.

In 17,6% der Ehescheidungen waren die Frauen mindestens 1 Jahr älter als die von ihnen geschiedenen Männer. Bei 17,9% der Fälle betrug der Altersunterschied der ehemaligen Partner weniger als 1 Jahr.

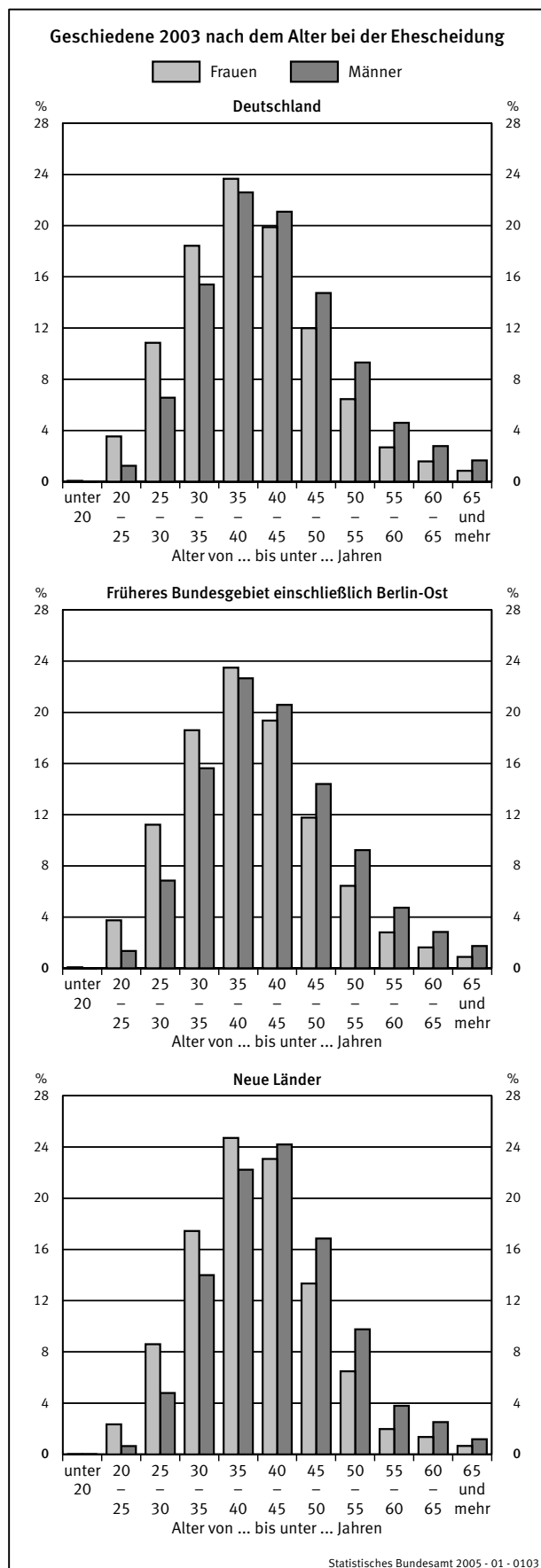
Das durchschnittliche Alter der im Berichtsjahr 2003 Geschiedenen lag für die Frauen bei 39,3 und für die Männer bei 42,0 Jahren.

Tabelle 6: Durchschnittliches Heiratsalter von bei der Eheschließung ledigen Partnern
Jahre

Jahr	Durchschnittliches Heiratsalter		Differenz
	Ledige		
	Männer	Frauen	
1994	29,4	27,1	2,3
1995	29,7	27,3	2,4
1996	30,0	27,6	2,4
1997	30,3	27,8	2,5
1998	30,6	28,0	2,6
1999	31,0	28,3	2,7
2000	31,2	28,4	2,8
2001	31,6	28,8	2,8
2002	31,8	28,8	3,0
2003	32,0	29,0	3,0

ner bei 42,0 Jahren. Das Durchschnittsalter der Geschiedenen ist damit bundesweit für beide Geschlechter weiter

Schaubild 2



leicht angestiegen (jeweils +0,4 Jahre). Im West-Ost-Vergleich waren sowohl bei den Männern (42,3 Jahre) als auch bei den Frauen (39,8 Jahre) die im Jahr 2003 Geschiedenen im Osten Deutschlands durchschnittlich etwas älter als die Geschiedenen im Westen (Männer: 41,9 Jahre; Frauen: 39,2 Jahre).

Die Altersverteilung der im Jahr 2003 geschiedenen Männer und Frauen geht im Einzelnen aus dem Schaubild 2 hervor.

Der Schwerpunkt der Altersverteilung der Geschiedenen liegt bundesweit und für den Westen Deutschlands sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern auf der Altersgruppe der 35- bis unter 40-jährigen. In den neuen Ländern bilden die beiden benachbarten Altersgruppen „35 bis unter 40 Jahre“ und „40 bis unter 45 Jahre“ den Schwerpunkt der Altersverteilung. Dabei ist der Anteil der im Berichtsjahr 2003 geschiedenen Männer im Osten in der Altersgruppe der 40- bis unter 45-jährigen sogar höher als der in der Altersgruppe der 35- bis unter 40-jährigen.

Aus der bundesweiten Altersverteilung ist auch erkennbar, dass die Geschiedenen mit einem höheren Lebensalter – und damit mit einer im Durchschnitt längeren Ehedauer – insgesamt eine durchaus beachtliche Rolle für das Scheidungsgeschehen spielen.

Anteil der Scheidungen von Ehen zwischen deutschen Ehepartnern weiter gesunken

Wie aus der Tabelle 7 hervorgeht, ist im Berichtsjahr 2003 der Anteil der geschiedenen Ehen, bei denen beide ehemaligen Ehegatten die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen (178 790 Fälle), bundesweit erneut leicht auf 83,6% gesunken (2002: 83,9%). Bei 26 540 Scheidungsfällen des Berichtsjahres hatte ein Partner die deutsche und der andere Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit. Das entspricht einem Anteil von 12,4% aller geschiedenen Ehen. Darunter sind die geschiedenen Ehen von deutsch/türkischen Paaren zahlenmäßig am bedeutsamsten. 3 390 dieser ehelichen Verbindungen wurden 2003 durch Gerichtsurteil gelöst. Die amtliche Statistik zählte darüber hinaus 8 640 Fälle, in denen beide ehemaligen Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen. Dies entspricht einem Anteil von 4,0% aller Scheidungen.

Zahl der von der Scheidung ihrer Eltern betroffenen minderjährigen Kinder weiter gestiegen

In der Statistik der gerichtlichen Ehescheidungen kann auch die Zahl der noch lebenden minderjährigen Kinder aus den geschiedenen Ehen nachgewiesen werden, die im jeweiligen Berichtsjahr, in dem das Scheidungsurteil über die Ehe ihrer Eltern rechtskräftig geworden ist, von der Trennung ihrer Eltern betroffen waren. Allerdings steht der amtlichen Statistik nur die Information über die Zahl der minderjähri-

Tabelle 7: Ehescheidungen nach der Staatsangehörigkeit der Ehegatten

Staatsangehörigkeit des Mannes	Insgesamt	Darunter mit deutscher Frau	Staatsangehörigkeit der Frau	Insgesamt	Darunter mit deutschem Mann	Beide Ehegatten mit ausgewählter gleicher ausländischer Staatsangehörigkeit	Insgesamt
2003							
Deutsch	189 121	178 794	Deutsch	195 006	178 794	–	–
Griechisch	530	187	Griechisch	411	88	Griechisch	274
Italienisch	1 628	768	Italienisch	979	251	Italienisch	631
Jugoslawisch ¹⁾	2 804	2 333	Jugoslawisch ¹⁾	958	511	Jugoslawisch ¹⁾	358
Spanisch	242	152	Spanisch	262	157	Spanisch	58
Türkisch	5 545	2 767	Türkisch	3 359	622	Türkisch	2 657
Sonstige ²⁾	14 105	10 005	Sonstige ²⁾	13 000	8 698	–	–
Insgesamt ...	213 975	195 006	Insgesamt ...	213 975	189 121	Insgesamt ...	3 978
2002							
Deutsch	180 837	171 314	Deutsch	186 609	171 314	–	–
Griechisch	539	171	Griechisch	461	89	Griechisch	319
Italienisch	1 575	769	Italienisch	973	261	Italienisch	609
Jugoslawisch ¹⁾	2 678	2 217	Jugoslawisch ¹⁾	896	492	Jugoslawisch ¹⁾	327
Spanisch	249	153	Spanisch	263	151	Spanisch	68
Türkisch	5 082	2 483	Türkisch	3 135	577	Türkisch	2 485
Sonstige ²⁾	13 254	9 502	Sonstige ²⁾	11 877	7 953	–	–
Insgesamt ...	204 214	186 609	Insgesamt ...	204 214	180 837	Insgesamt ...	3 808

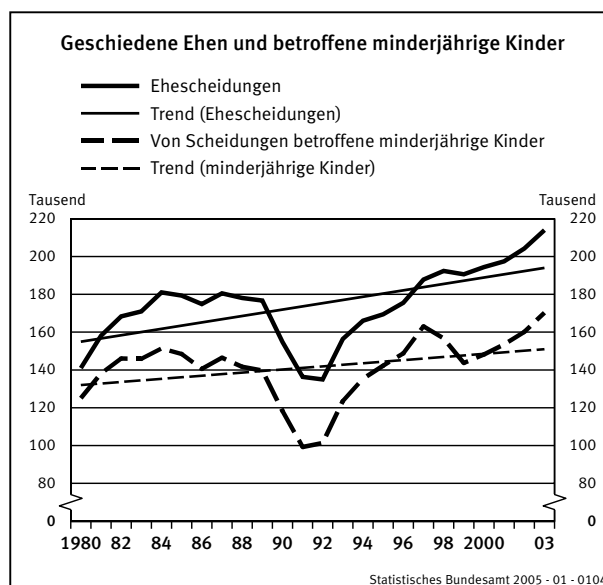
1) Alle Personen, die zum Zeitpunkt der Scheidung die jugoslawische Staatsangehörigkeit besaßen. – 2) Einschl. Staatenloser.

gen Kinder der jeweiligen Ehe, nicht aber über das genaue Alter der betroffenen Kinder zur Verfügung.

Insgesamt 170 260 minderjährige Kinder waren im Berichtsjahr 2003 bundesweit von der Scheidung ihrer Eltern betroffen. Im Jahr 2002 hatte die amtliche Statistik 160 100 betroffene Kinder gezählt (siehe Tabelle 8 auf S. 104). Seit 1999 (143 730 Kinder) ist die Zahl der jährlich betroffenen Kinder in Deutschland damit ständig gestiegen und hat sich im Berichtsjahr 2003 deutlich weiter erhöht. Im Westen Deutschlands wurden im Jahr 2003 147 120 (2002: 136 770) und im Osten 23 140 (2002: 23 330) minderjährige Kinder, die die Trennung ihrer verheirateten Eltern erlebt haben, gezählt. Auf 1 000 Ehescheidungen entfielen im Jahr 2003 im Westen Deutschlands durchschnittlich 800 (2002: 781) und im Osten Deutschlands 767 minderjährige Kinder (2002: 805). Der Anteil der Scheidungsfälle mit minderjährigen Kindern lag, bezogen auf alle im Jahr 2003 rechtskräftig geschiedenen Ehen, bundesweit bei 50,4% (2002: 49,9%).

Die Folgen von Ehescheidungen gerade für die hiervon betroffenen Kinder werden vielfältig in Wissenschaft und Forschung, aber auch in der allgemeinen Öffentlichkeit diskutiert.³⁾ Auch wenn die der amtlichen Statistik zur Verfügung stehenden Daten keinen Aufschluss darüber geben können, wie viele Minderjährige zurzeit insgesamt als von der Scheidung ihrer Eltern betroffene Kinder in Deutschland leben, so zeigt ein Blick auf die vorhandenen Daten doch die Dimension dieses Problems auf. Im Schaubild 3 sind die Zahl der jährlichen Ehescheidungen und die Zahl der jährlich von der Scheidung ihrer Eltern betroffenen Kinder ab 1980 sowie der langfristige Trend dargestellt.

Schaubild 3



Aus dem Trend der Entwicklung der Zahl der Ehescheidungen und der Zahl der betroffenen Kinder ist erkennbar, dass sich die Zahl der jährlich betroffenen Kinder im Durchschnitt bundesweit nicht ganz so stark erhöht hat wie die Zahl der Scheidungen in dem gewählten Beobachtungszeitraum von 1980 bis 2003. Dennoch verlaufen beide Entwicklungen fast parallel. In Zahlen bedeutet das, dass durchschnittlich gut 140 000 Kinder jährlich und im gesamten Beobachtungszeitraum insgesamt knapp 3,4 Mill. Minderjährige in Deutschland zu Scheidungskindern geworden sind.

3) In der wissenschaftlichen Literatur zum Problem der Scheidungsfolgen für die betroffenen Kinder finden sich in jüngerer Zeit auch gegensätzliche Auffassungen. Vergleiche hierzu etwa Hyams, H.-U.: „Kinder wollen keine Scheidung“, Stuttgart 2002, und Largo, R.H./Czernin, M.: „Glückliche Scheidungskinder. Trennungen und wie Kinder damit fertig werden“, München 2003. Einerseits wird betont, dass der Preis, den Kinder für die Scheidung der Eltern bezahlen müssen, immer zu hoch ist, andererseits wird herausgestellt, dass Kinder auch nach einer Trennung glücklich leben können, wenn sie gut von den Eltern versorgt werden. Darüber hinaus finden sich aber auch ausdrückliche Aussagen zum deutlich erhöhten Scheidungsrisiko bezogen auf Personen, die aus Familien stammen, die durch Scheidung aufgelöst wurden. So etwa in Bezug auf das frühere Bundesgebiet bei Diekmann, A./Engelhardt, H.: „Alter der Kinder bei Ehescheidung der Eltern und soziale Vererbung des Scheidungsrisikos“, Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Rostock working paper, 2002-044, S. 7 (<http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2002-044.pdf>).

Tabelle 8: Ehescheidungen nach der Zahl der noch lebenden minderjährigen Kinder dieser Ehe

Jahr	Ehescheidungen					Betroffene Kinder	
	insgesamt	darunter mit Kindern					
		zusammen	davon mit ... Kind(ern)				
			1	2	3 und mehr		
	Anzahl	% von Spalte 1	% von Spalte 2			Anzahl	je 1 000 Ehescheidungen
Deutschland							
1975	148 461	62,3	55,5	30,0	14,5	154 316	1 039
1980	141 016	58,5	60,9	30,0	9,1	125 047	887
1985	179 364	57,5	63,7	30,3	5,9	148 424	828
1986	174 882	55,9	63,4	30,7	5,9	140 604	804
1987	180 490	56,3	63,3	30,8	5,9	146 516	812
1988	178 109	54,8	62,6	31,2	6,2	141 696	796
1989	176 691	54,0	61,7	31,8	6,5	139 746	791
1990	154 786	52,1	61,6	31,9	6,5	118 340	765
1991	136 317	49,3	61,1	31,8	7,2	99 268	728
1992	135 010	50,4	60,3	32,2	7,4	101 377	751
1993	156 425	52,3	58,9	33,4	7,8	123 541	790
1994	166 052	53,7	58,4	33,6	8,0	135 318	815
1995	169 425	54,7	57,2	34,3	8,5	142 292	840
1996	175 550	55,0	56,8	34,6	8,6	148 782	848
1997	187 802	55,9	55,9	35,1	9,0	163 112	869
1998	192 416	52,4	55,8	35,2	9,0	156 735	815
1999	190 590	48,2	55,2	35,5	9,3	143 728	754
2000	194 408	48,8	55,3	35,5	9,2	148 192	762
2001	197 498	49,6	55,0	35,9	9,2	153 517	777
2002	204 214	49,9	54,5	36,4	9,1	160 095	784
2003	213 975	50,4	54,1	36,5	9,4	170 256	796
Früheres Bundesgebiet ¹⁾							
1975	106 829	58,9	53,8	30,8	15,4	107 216	1 004
1980	96 222	52,9	59,0	30,7	10,3	78 972	821
1985	128 124	52,5	64,1	29,3	6,6	96 991	757
1986	122 443	50,0	64,3	29,2	6,5	87 986	719
1987	129 850	51,3	64,3	29,3	6,4	95 740	737
1988	128 729	49,7	63,4	29,8	6,7	92 785	721
1989	126 628	48,5	62,7	30,3	6,9	89 552	707
1990	125 308	48,6	62,0	31,2	6,9	89 393	713
1991	128 187	48,7	61,1	31,6	7,3	92 298	720
1992	125 907	49,3	60,2	32,2	7,6	92 662	736
1993	139 157	50,1	58,8	33,3	8,0	105 431	758
1994	145 060	51,2	58,1	33,7	8,3	113 148	780
1995	147 945	52,4	56,9	34,3	8,8	119 348	807
1996	152 798	52,9	56,3	34,7	9,0	125 187	819
1997	161 265	53,8	55,4	35,2	9,4	135 520	840
1998	163 386	50,3	54,9	35,6	9,4	128 996	790
1999	161 787	46,3	53,9	36,3	9,8	118 661	733
2000	164 971	47,1	53,7	36,5	9,9	123 257	747
2001	168 427	48,1	53,2	37,0	9,8	128 991	766
2002	175 226	48,8	52,4	37,8	9,8	136 767	781
2003	183 824	49,8	52,1	37,9	10,0	147 117	800
Neue Länder und Berlin-Ost ²⁾							
1975	41 632	71,0	59,3	28,2	12,5	47 100	1 131
1980	44 794	70,4	63,9	28,8	7,3	46 075	1 029
1985	51 240	70,2	63,0	32,3	4,7	51 433	1 004
1986	52 439	69,5	61,9	33,3	4,9	52 618	1 003
1987	50 640	69,0	61,4	33,6	5,1	50 776	1 003
1988	49 380	68,2	61,1	33,8	5,1	48 911	991
1989	50 063	68,1	59,8	34,5	5,6	50 194	1 003
1990	29 478	67,0	60,5	34,0	5,5	28 947	982
1991	8 130	58,2	60,4	33,5	6,0	6 970	857
1992	9 103	65,7	61,7	32,7	5,6	8 715	957
1993	17 268	70,5	59,6	33,9	6,5	18 110	1 049
1994	20 992	71,1	60,0	33,4	6,6	22 170	1 056
1995	21 480	70,7	58,4	34,5	7,1	22 944	1 068
1996	22 752	69,4	59,4	33,8	6,9	23 595	1 037
1997	26 537	69,0	58,6	34,2	7,1	27 592	1 040
1998	29 030	64,0	59,8	33,3	7,0	27 739	956
1999	28 803	58,6	60,9	32,0	7,1	25 067	870
2000	29 437	58,3	62,8	31,1	6,1	24 935	847
2001	29 071	58,4	63,3	30,7	6,0	24 526	844
2002	28 988	56,4	65,0	29,3	5,7	23 328	805
2003	30 151	54,0	65,8	28,4	5,8	23 139	767

1) Ab 1990: einschl. Berlin-Ost. – 2) Ab 1990: ohne Berlin-Ost.

In den ersten Jahren nach der Heirat ist das Scheidungsrisiko besonders hoch

Inwieweit es einen Zusammenhang zwischen der Dauer einer Ehe und dem Risiko gibt, dass die Ehe geschieden wird, und welche Ehephase besonders scheidungsgefährlich ist, das sind Fragen, die in den Medien immer wieder gern thematisiert werden.⁴⁾ Im Folgenden wird der Versuch unternommen, sich einer Antwort auf diese Fragen zu nähern.

Grundsätzlich ist zunächst darauf hinzuweisen, dass Ehen nicht nur durch gerichtliches Urteil, was im Wesentlichen „Scheidung“ bedeutet und woran häufig nur gedacht wird, sondern auch und in erster Linie durch den Tod eines Ehepartners gelöst werden können (siehe oben). Das Fortbestehen einer Ehe unterliegt demnach zwei prinzipiell verschiedenen Risiken. Aussagen über die Abhängigkeit des Scheidungsrisikos von der Ehedauer lassen sich auf der Grundlage der bis zu einem bestimmten Berichtsjahr vorliegenden Daten der Ehescheidungsstatistik treffen. Dabei ist es allerdings nicht ausreichend, die Ehescheidungen des Berichtsjahres nach ihrer Ehedauer aufzugliedern und die entsprechenden Fälle im Hinblick auf ihre absolute Häufigkeit zu betrachten. Aus einer solchen Aufgliederung (siehe Tabelle 9) wird zwar deutlich, dass die geschiedenen Ehen eines Berichtsjahres eine sehr unterschiedliche Ehedauer

aufweisen und dass es eine Ballung der Fälle mit relativ kurzer Ehedauer gibt. Da die geschiedenen Ehen aber aus sehr unterschiedlichen Eheschließungsjahren stammen, muss im Hinblick auf eine Risikoabschätzung im ersten Schritt ein Bezug der geschiedenen Ehen mit bestimmter Ehedauer zu den Ehen, die im selben Jahr geschlossen worden sind, hergestellt werden. Der Grund hierfür liegt einfach in der Tatsache, dass sich die Zahl der Eheschließungen im Zeitablauf stark verändert. Es ist daher üblich, die im Berichtsjahr geschiedenen Ehen bestimmter Ehedauer auf 1 000 Ehen desselben Eheschließungsjahres zu beziehen. Schwankungen im Altersaufbau und im Heiratsverhalten der Bevölkerung, die sich dann auch in den absoluten Scheidungszahlen niederschlagen, werden durch diese „Normierung“ statistisch ausgeschaltet. Die Maßzahl, die sich durch diese Rechenoperation ergibt und die unmittelbar vergleichbar ist, ist die so genannte ehedauerspezifische Scheidungsziffer. In Tabelle 9 werden die Berechnungsergebnisse für Deutschland, das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost sowie für die neuen Bundesländer ohne Berlin-Ost in zusammengefasster Form zum Vergleich für die Berichtsjahre 2003 und 2002 wiedergegeben.

Demnach lag der höchste Wert der ehedauerspezifischen Scheidungsziffer für das Berichtsjahr 2003 sowohl für Deutschland insgesamt als auch für die Gebietsteile bei

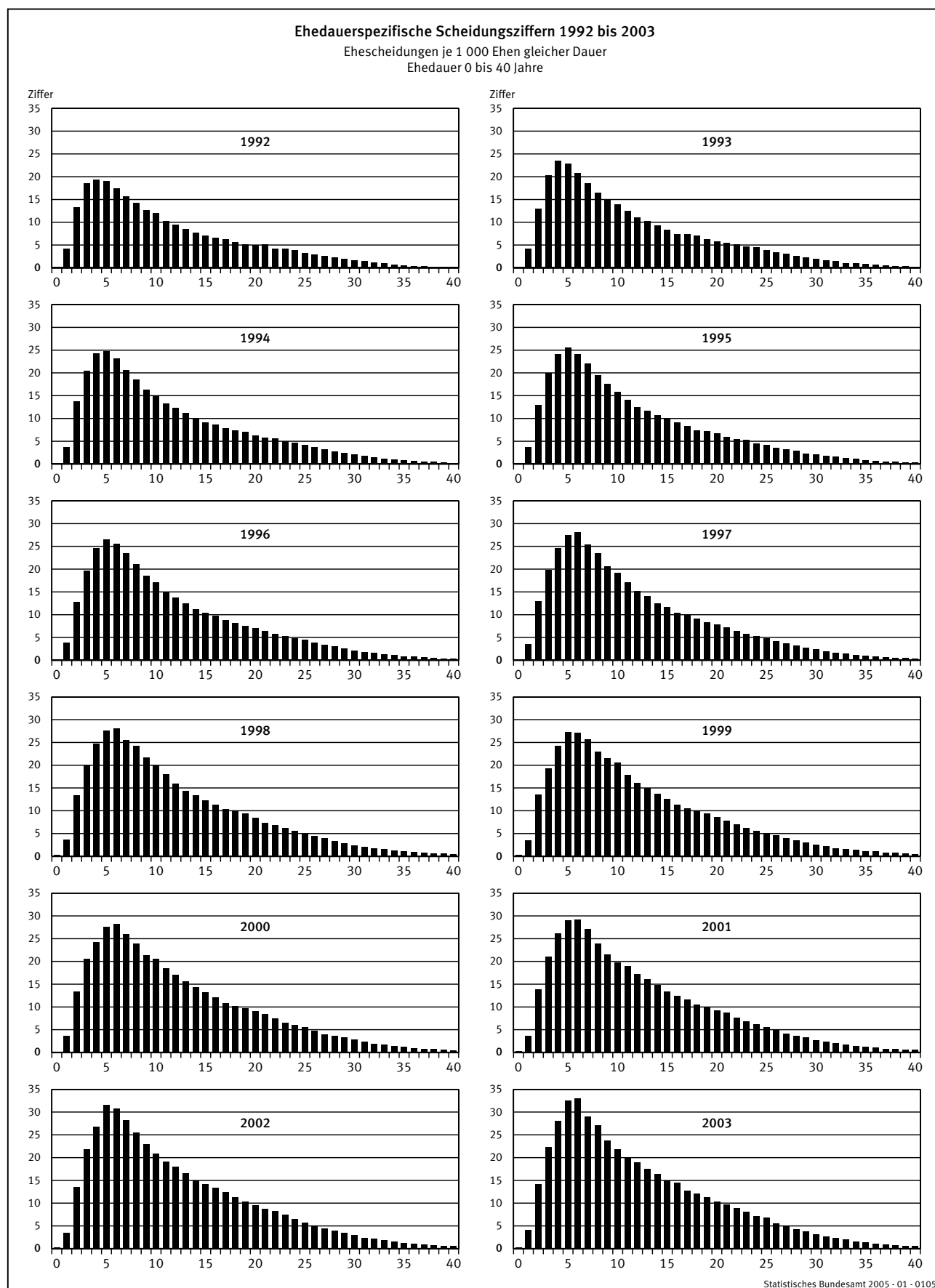
Tabelle 9: Ehescheidungen nach der Ehedauer

Ehedauer ¹⁾	Ehescheidungen						Ehedauerspezifische Scheidungsziffer ²⁾					
	2003			2002			2003			2002		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ³⁾	Neue Länder	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ³⁾	Neue Länder	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ³⁾	Neue Länder	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ³⁾	Neue Länder
0 Jahre	92	87	5	88	86	2	0,2	0,3	0,1	0,2	0,3	0,0
1 Jahr	1 580	1 506	74	1 336	1 267	69	4,0	4,4	1,5	3,4	3,7	1,4
2 Jahre	5 476	5 031	445	5 679	5 243	436	14,1	14,9	8,7	13,6	14,4	8,1
3 Jahre	9 286	8 365	921	9 384	8 540	844	22,2	22,9	17,1	21,8	22,8	15,2
4 Jahre	12 082	10 835	1 247	11 153	10 056	1 097	28,1	28,9	22,5	26,7	27,4	22,0
0 bis 4 Jahre ...	28 516	25 824	2 692	27 640	25 192	2 448	68,6	71,3	50,0	65,7	68,5	46,7
5 Jahre	13 543	12 162	1 381	13 310	12 014	1 296	32,4	33,1	27,7	31,5	32,1	26,9
6 Jahre	13 947	12 487	1 460	13 121	11 798	1 323	33,0	33,3	30,3	30,7	31,2	27,1
7 Jahre	12 409	11 003	1 406	12 118	10 813	1 305	29,0	29,1	28,8	28,1	28,3	26,7
8 Jahre	11 652	10 348	1 304	11 197	10 084	1 113	27,1	27,1	26,7	25,4	25,6	23,7
9 Jahre	10 423	9 362	1 061	10 128	9 144	984	23,7	23,8	22,6	22,9	22,9	22,4
5 bis 9 Jahre ...	61 974	55 362	6 612	59 874	53 853	6 021	145,2	146,4	136,1	138,7	140,1	126,8
10 Jahre	9 649	8 740	909	9 467	8 572	895	21,8	21,9	20,7	20,9	20,9	20,9
11 Jahre	8 994	8 128	866	8 687	7 881	806	19,8	19,8	20,2	19,1	19,3	17,9
12 Jahre	8 619	7 764	855	9 249	7 644	1 605	19,0	19,0	18,9	17,9	18,1	17,2
13 Jahre	9 012	7 499	1 513	8 771	7 070	1 701	17,5	17,7	16,2	16,6	17,2	14,3
14 Jahre	8 654	6 959	1 695	8 021	6 367	1 654	16,3	16,9	14,2	15,0	15,5	13,3
10 bis 14 Jahre ...	44 928	39 090	5 838	44 195	37 534	6 661	94,4	95,4	90,3	89,5	90,9	83,6
15 bis 19 Jahre	33 583	26 738	6 845	31 005	24 566	6 439	65,3	68,7	54,9	61,3	64,3	52,2
20 bis 25 Jahre	24 662	19 818	4 844	22 448	17 883	4 565	50,6	54,3	39,6	46,0	49,4	36,4
0 bis 25 Jahre ...	193 663	166 832	26 831	185 162	159 028	26 134	424,1	436,1	370,9	401,2	413,2	345,6
26 bis 40 Jahre	18 915	15 742	3 173	17 700	14 985	2 715	35,0	38,2	24,6	32,1	35,4	21,3
0 bis 40 Jahre ...	212 578	182 574	30 004	202 862	174 013	28 849	459,1	474,3	395,5	433,3	448,6	367,0
41 Jahre und länger	1 397	1 250	147	1 352	1 213	139
Insgesamt ...	213 975	183 824	30 151	204 214	175 226	28 988

1) Differenz zwischen Eheschließungsjahr und Jahr der Ehescheidung. – 2) Geschiedene Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 1 000 geschlossene Ehen desselben Jahrgangs. – 3) Einschl. Berlin-Ost.

4) So wurde zum Beispiel in der Wochenzeitung „Die Zeit“, Ausgabe 43/2003, in der Rubrik „Wissen: Stimmt's?“ von Christoph Drösser die Leserfrage „Das siebte Jahr einer Ehe gilt als verflucht, also als Jahr, in dem es vermehrt zu Beziehungskrisen kommt. Stimmt das?“ behandelt. Weitere Beispiele für das Medieninteresse und das Interesse der Öffentlichkeit an dieser Frage ließen sich leicht anfügen.

Schaubild 4



einer Ehedauer von sechs Jahren. Da nach einer Ehedauer von sechs Jahren das siebte Ehejahr beginnt, hätte es demnach im Hinblick auf die Ehen, die im Jahr 2003 geschieden wurden, tatsächlich ein verflixtes siebtes Jahr gegeben. Hierbei ist aber folgender Zusammenhang zu berücksichtigen: Die in der Ehescheidungsstatistik verfügbare Angabe zur Ehedauer bezieht sich auf die Differenz zwischen dem Eheschließungsjahr und dem Berichtsjahr, in dem das Scheidungsurteil rechtskräftig geworden ist. Zu diesem Zeitpunkt haben aber die allermeisten Paare mindestens 1 Jahr getrennt gelebt (siehe oben). Die eigentlichen Gründe für die jeweilige Scheidung müssen im Hinblick auf die Ehedauer also in der Regel deutlich früher eingetreten sein.

Aus der genaueren Betrachtung der Werte für die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern wird zweierlei deutlich. Welche Ehedauer den höchsten Wert der Scheidungsziffern aufweist, hängt vom Berichtsjahr ab. So wies etwa im Jahr 2002 die Ehedauer „5 Jahre“ den höchsten Wert der ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für Deutschland auf. Die Werte für die benachbarten Ehedauren liegen jeweils sehr nah an dem jahresspezifischen Höchstwert. Im Hinblick auf die generelle Abschätzung des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer bietet es sich daher an, den Verlauf der ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für eine Reihe von Berichtsjahren zu betrachten. Darüber hinaus erscheint es auch im Hinblick auf die Frage nach der größten Gefährdung der Ehen durch Ehescheidung im Zeitverlauf angemessener zu sein, anstelle einer einzelnen Ehedauer eine Spanne innerhalb des Zeitverlaufs einer Ehe zu bestimmen, die Auskunft darüber gibt, in welcher zeitlichen Phase einer Ehe das Risiko einer Scheidung besonders hoch ist.

Im Schaubild 4 werden zu diesem Zweck die Verläufe der ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für die Ehedauren 0 bis 40 Jahre für die Berichtsjahre 1992 bis 2003 dargestellt.⁵⁾ Auch wenn es sich um Querschnittsdaten handelt, so lässt sich daraus doch ein generelles Muster, das das Scheidungsrisiko im Verlauf einer Ehe aufweist, erkennen. Das Scheidungsrisiko steigt nach wenigen Ehejahren bis zu einem Maximum schnell an und sinkt dann mit zunehmender Ehedauer allmählich ab. Insgesamt weist der Verlauf des Scheidungsrisikos im Zeitablauf der Ehe in etwa die Form einer Sichel auf. Im Hinblick auf die Entwicklung im Zeitraum von 1992 bis 2003 lässt sich einerseits ersehen, dass das Niveau des jeweiligen Maximums von Berichtsjahr zu Berichtsjahr angestiegen ist. Auf der anderen Seite ist eine leichte Verschiebung des Maximums hin zu einer längeren Ehedauer zu erkennen. Die Ehedauren 3 bis 9 Jahre weisen dabei zusammengefasst die höchsten ehedauerspezifischen Scheidungsziffern auf, wenn man vom schnellen Anstieg der Ziffer bis auf das Niveau bei der Ehedauer 3 Jahre ausgeht und betrachtet, wann dieses Niveau, nachdem das Maximum überschritten wurde, wieder

erreicht ist. Im Hinblick auf das Scheidungsrisiko in Abhängigkeit von der Ehedauer ist allerdings – wie oben ausgeführt – zu berücksichtigen, dass die ganz überwiegende Mehrzahl der Geschiedenen eines Berichtsjahres zum Zeitpunkt der Scheidung zumindest schon ein Jahr getrennt gelebt hat. Demnach dürfte insgesamt gesehen das Risiko geschieden zu werden zwischen dem 3. und 9. Ehejahr am höchsten sein.

Mehr als jede dritte Ehe wird früher oder später geschieden

Neben der Frage nach dem Scheidungsrisiko in Abhängigkeit von der Ehedauer steht im Hinblick auf das Scheidungsgeschehen insgesamt insbesondere die Frage nach dem generellen Risiko für Ehen, durch Gerichtsurteil gelöst zu werden, im Blickpunkt des Interesses. Mit Blick auf die Daten, die der amtlichen Statistik zur Verfügung stehen, kann diesem Informationswunsch aber nur in eingeschränkter Weise Rechnung getragen werden. Dies liegt zunächst in der Natur der Sache selbst. Die Ehe ist ein sozialer Prozess, der an einem fest definierten Zeitpunkt beginnt und durch den Tod des Partners oder durch die gerichtliche Auflösung⁶⁾ der Ehe endet. Im Hinblick auf die zu einem beliebigen Zeitpunkt bestehenden Ehen befindet sich dieser Prozess für in ehelicher Gemeinschaft lebende Paare zeitlich gesehen in sehr verschiedenen Stadien. Die einen haben zum Beispiel gerade erst geheiratet, während die anderen vielleicht schon seit 50 Jahren zusammenleben. Diese Tatsache macht es grundsätzlich schwierig, zu einer befriedigenden Antwort auf die Frage nach dem generellen Scheidungsrisiko zu gelangen, denn diese Antwort hätte auch einen gewissen prognostischen Charakter.

Als Indikator für die Zahl der am Anfang des jeweiligen Berichtsjahres bestehenden Ehen wird in der Scheidungsstatistik jeweils die aus der Bevölkerungsfortschreibung stammende Zahl der am 31.12. des Vorjahres verheirateten Frauen herangezogen, im Hinblick auf das Berichtsjahr 2003 waren das 18,8 Mill. Personen. Diese Größe wird benutzt, weil vollständige Paar-Informationen nicht vorliegen. So ist zum Beispiel für die Gesamtheit der Ehepaare nicht bekannt, wie lange sie verheiratet sind⁷⁾, in welchem Alter sie geheiratet haben und ob sie noch zusammenleben. Des Weiteren ist zum Beispiel auch nicht bekannt, ob die jeweiligen Partner oder einer der Partner bereits vor der bestehenden Ehe verheiratet war(en) oder nicht. Der Bezug der Scheidungen eines Berichtsjahres auf den Bestand der Ehen am Jahresanfang erlaubt aber nur Aussagen über die relative Häufigkeit von Ehescheidungen im Zeitverlauf (siehe auch Tabelle 2). Rückschlüsse auf das Risiko, dass eine Ehe irgendwann einmal mit der Scheidung endet, können hieraus nicht gezogen werden. Trotz der insgesamt gesehen schwierigen Datenlage⁸⁾ wird im Folgenden auf

5) Diese Auswahl der Berichtsjahre erfolgt hier aus Platzgründen, die Argumentation wird durch diese Einschränkung aber nicht beeinflusst.

6) Wie oben ausgeführt müsste genau genommen zwischen der gerichtlichen Ehescheidung und der gerichtlichen Aufhebung der Ehe unterschieden werden, wobei aber die gerichtlichen Aufhebungen von Ehen zahlenmäßig ohne Bedeutung sind.

7) Die im Mikrozensus, der jährlich durchgeführten amtlichen Haushaltsbefragung auf Stichprobenbasis (1% der Haushalte werden befragt) bis zum Berichtsjahr 2004 erhobene Information zum Eheschließungsjahr der Verheirateten kann diese Informationslücke nicht schließen, da die entsprechende Frage nur auf freiwilliger Basis zu beantworten ist und ab der Erhebung 2005 ganz wegfällt.

8) Zum Problem, auf die Frage nach dem generellen Scheidungsrisiko von Ehen eine statistisch befriedigende Antwort zu geben, siehe auch Emmerling, D.: „Ehescheidungen 1998“ in WiSta 12/1999, S. 936 f.

der Grundlage der bis zum aktuellen Berichtsjahr vorliegenden Daten ein Vorschlag für einen Schätzansatz für das mittelfristig geltende „generelle Scheidungsrisiko“ in Deutschland dargestellt.

Um eine mittelfristig geltende Untergrenze für das generelle Scheidungsrisiko von Ehen zu bestimmen, kann der Anteil geschiedener Ehen pro Eheschließungskohorte berechnet werden.⁹⁾ Über die Scheidungshäufigkeit der einzelnen Eheschließungsjahrgänge liegen Informationen für das frühere Bundesgebiet ab 1950 vor.¹⁰⁾ Um die Entwicklung der jeweiligen Häufigkeiten zu betrachten, kann aufgrund der Datenlage je Eheschließungsjahrgang aber nur eine Ehedauer bis zu 25 Jahren herangezogen werden. Der Eheschließungsjahrgang 1980 weist dabei den höchsten prozentualen Anteil der Ehescheidungen auf. Nach einer Ehedauer von nur 23 Jahren waren bereits 32,4% der Ehen dieses Eheschließungsjahrgangs wieder geschieden. Da es mit der Umstellung des Scheidungsrechts vom „Schuldprinzip“ zum „Zerrüttungsprinzip“, die im Jahr 1977 wirksam geworden ist, für die Betroffenen grundsätzlich leichter wurde, sich scheiden zu lassen, lässt sich vermuten, dass sich für die darauf folgenden Eheschließungskohorten ein noch höherer Anteil geschiedener Ehen bis zu einer Ehedauer von 25 Jahren ergeben wird. So zeigt sich etwa, dass von den Ehen, die im Jahr 1990 bundesweit geschlossen wurden, nach einer Ehedauer von nur 13 Jahren schon 26,0% wieder geschieden waren. Der aktuelle Höchstwert des Eheschließungsjahrgangs 1980 lässt sich aus heutiger Sicht demnach als Untergrenze für das generelle Scheidungsrisiko auffassen.

Zu einer Art Obergrenze im Hinblick auf das generelle Scheidungsrisiko führt die Betrachtung der für jedes Berichtsjahr bestimmbaren so genannten Scheidungsintensität. Zur Messung der Scheidungsintensität in einem Berichtsjahr ist es verbreitet, die oben dargestellten ehedauerspezifischen Scheidungsziffern über eine Ehedauer von 25 oder 40 Ehen zu kumulieren.¹¹⁾ Üblicherweise wird diese Vorgehensweise als Querschnittsbetrachtung bezeichnet. Im Berichtsjahr 2003 nahm die zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer, berechnet für eine Ehedauer von bis zu 25 Jahren, in der bundesweiten Betrachtung den Wert 424,1 je 1 000 geschlossener Ehen derselben Dauer an. Wird die Berechnung auf eine Ehedauer bis zu 40 Jahren ausgedehnt, so ergibt sich ein Wert von 459,1 (siehe Tabelle 9).¹²⁾

Dieser Wert der zusammengefassten ehedauerspezifischen Scheidungsziffer für eine Ehedauer von bis zu 40 Jahren bedeutet nun aber nicht, dass knapp 46% der Ehen, die zwischen 1963 und 2003 geschlossen worden sind, bis 2003 auch wieder geschieden wurden. Die Maßzahl ist vielmehr folgendermaßen zu interpretieren: Würden 100 Ehen

eine Ehedauer von 40 Jahren mit der Scheidungsintensität durchlaufen, die für das Berichtsjahr 2003 gemessen wurde, dann würden 46 dieser Ehen geschieden. Da der Wert der zusammengefassten ehedauerspezifischen Scheidungsziffer als „Querschnittsmaß“ stark durch die jüngeren Eheschließungsjahrgänge beeinflusst ist, zeigt er an, in welche Richtung sich die Scheidungsneigung insgesamt entwickelt. Er lässt sich mithin als eine mittelfristige Obergrenze für das Scheidungsrisiko auffassen.¹³⁾ Die Kohorten- und die Querschnittsbetrachtung führen also im Hinblick auf den Gesamtanteil geschiedener Ehen zu unterschiedlichen Größenordnungen.¹⁴⁾ Aus diesen Ansätzen lässt sich – aufgrund der jeweils damit verbundenen Restriktionen – im Hinblick auf die Abschätzung des generellen Scheidungsrisikos kein exakter Wert direkt ableiten. Wird aber dem Vorschlag gefolgt, die jeweils ermittelten Werte im Hinblick auf das generelle Scheidungsrisiko als mittelfristige Unter- bzw. Obergrenze aufzufassen, so erscheint es plausibel davon auszugehen, dass sich die Höhe des Risikos der Ehelösung durch Scheidung in Deutschland mittelfristig zwischen diesen Werten bewegt. Demnach muss aus heutiger Sicht damit gerechnet werden, dass in Deutschland mehr als ein Drittel aller Ehen früher oder später geschieden wird. [u](#)

9) Wie viele Ehepartner einer Eheschließungskohorte im jeweiligen Kalenderjahr der registrierten Scheidungen in Deutschland lebten bzw. wie viele Ehepartner mit gleichem Eheschließungsjahr inzwischen zugezogen sind, ist nicht bekannt. Daher ist auch das Ergebnis der Berechnung des Anteils geschiedener Ehen pro Eheschließungskohorte eine Näherung.

10) Ab 1995 einschließlich Berlin-Ost. Für Deutschland sind Angaben erst ab 1990 verfügbar.

11) Siehe zum Beispiel Dorbritz, J.: „Neues Scheidungshoch in Westdeutschland“ in BiB-Mitteilungen 3/1999, S. 14 ff.

12) Da es hier um eine Abschätzung des generellen Scheidungsrisikos geht, wird bei den Überlegungen auf eine West-Ost-Unterscheidung verzichtet und der Blick nur auf Deutschland insgesamt gerichtet.

13) Dies lässt sich insbesondere auch darum vertreten, weil innerhalb Europas in den skandinavischen Ländern bereits ein entsprechendes Scheidungsniveau existiert. Siehe hierzu Dorbritz, J.: „Nichts ist für die Ewigkeit. Ehescheidungen in Deutschland und im europäischen Vergleich“ in BiB-Mitteilungen 3/2002, S. 15 ff.

14) Zur Charakteristik der verwendeten Kennziffern und zur Frage, warum sie voneinander abweichende Ergebnisse liefern, siehe Dorbritz, J., Fußnote 13.

Dr. Hartmut Höh

Strukturentwicklung des Baugewerbes und Bedeutung kleinerer Unternehmen

Die Entwicklung struktureller Kennzahlen für das Baugewerbe in Deutschland war bislang nur anhand statistischer Ergebnisse für die größeren Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten darstellbar, da die kleineren Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nicht zum Berichtsbereich der amtlichen Strukturerhebungen gehörten. Mit der 2002 in Kraft getretenen Neufassung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe¹⁾ wurden auch die kleineren Bauunternehmen in die strukturelle Berichterstattung einbezogen. Damit wurde eine bisher bestehende wesentliche Datenlücke geschlossen.

Im folgenden Beitrag wird zunächst die langfristige Entwicklung des Baugewerbes seit 1995 anhand der Ergebnisse der jährlichen Kostenstruktur- und Investitionsstatistiken bei größeren Unternehmen aufgezeigt. Anschließend folgt die Darstellung von Ergebnissen für kleinere Bauunternehmen aus der Strukturerhebung 2002. Der darauf aufbauende Vergleich ökonomischer Kennziffern für das gesamte Baugewerbe nach Beschäftigtengrößenklassen zeigt in einer Querschnittsbetrachtung den Beitrag und die ökonomische Bedeutung der kleineren Unternehmen in dieser Branche.

1 Entwicklung bei Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

1.1 Unternehmen und Beschäftigung

Zwischen 1995 und 2003 nahm die Zahl der Bauunternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr um über 40%

von knapp 25 000 auf gut 14 000 Einheiten ab. Von der Schrumpfung war das Bauhauptgewerbe, das aus den Zweigen „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“ besteht, stärker betroffen (– 47%) als das Ausbaugewerbe (– 36%). Dadurch ist der Anteil der Unternehmen im Bauhauptgewerbe an der gesamten Branche von 57% (1995) auf 53% (2003) gesunken.

Tabelle 1: Zahl der Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten und ihre Beschäftigten im Baugewerbe

Jahr	Unternehmen			Beschäftigte		
	insgesamt	Bauhauptgewerbe	Ausbaugewerbe	insgesamt	Bauhauptgewerbe	Ausbaugewerbe
	Anzahl			1 000		
1995	24 738	14 181	10 557	1 486,3	999,4	486,8
1996	24 848	13 480	11 368	1 403,1	899,9	503,2
1997	22 570	12 588	9 982	1 259,7	809,2	450,5
1998 ¹⁾	21 642	11 836	9 806	1 176,7	741,8	434,9
1999	20 639	11 396	9 243	1 126,6	713,8	412,8
2000	19 208	10 489	8 719	1 029,6	644,4	385,2
2001	17 047	9 105	7 942	907,9	560,9	347,0
2002	15 264	8 038	7 226	808,5	493,5	315,1
2003 ²⁾	14 203	7 495	6 708	743,5	454,7	288,8

1) Für Hamburg Ergebnisse aus dem Jahr 1997. – 2) Vorläufiges Ergebnis.

Noch drastischer stellt sich der Rückgang der Beschäftigung im Baugewerbe dar: Die Zahl der Beschäftigten hat sich von 1995 bis 2003 von knapp 1,5 Mill. auf rund 740 000 Beschäftigte halbiert. Vor drei Jahren waren es noch deutlich über 1 Mill. Beschäftigte, sodass den Unternehmen des Baugewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr zwischen

1) Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181).

Tabelle 2: Beschäftigte der Unternehmen des Baugewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten nach der Stellung im Unternehmen und nach Art der Beschäftigung

Jahr	Insgesamt		Inhaber		Arbeitnehmer/-innen					
					zusammen		darunter			
							Teilzeitbeschäftigte		Frauen	
	1 000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1 000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1 000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1 000	Anteil an Beschäftigten insgesamt in %	1 000	Anteil an Beschäftigten insgesamt in %
1995	1486,3		10,7		1475,5					
1996	1403,1	-5,6	10,8	+1,1	1392,2	-5,6				
1997	1259,7	-10,2	9,7	-10,1	1250,0	-10,2				
1998	1176,7	-6,6	8,8	-9,4	1167,9	-6,6				
1999	1126,2	-4,3	9,2	+4,5	1117,1	-4,3	34,1	3,0		
2000	1029,5	-8,6	8,1	-11,2	1021,3	-8,6	33,6	3,3		
2001	907,8	-11,8	7,8	-4,3	900,0	-11,9	31,2	3,4		
2002	808,5	-10,9	6,5	-16,7	802,0	-10,9	31,1	3,8	70,3	8,7
2003 ¹⁾	743,5	-8,0

1) Vorläufiges Ergebnis.

2000 und 2003 jährlich fast jeder zehnte Arbeitsplatz verloren ging.

Im gesamten Zeitraum 1995 bis 2003 war der Rückgang der Beschäftigung im Bauhauptgewerbe (-55%) besonders hoch. In dieser Branche waren 2003 nur noch rund 455 000 Personen beschäftigt. Auch im Ausbaugewerbe sank die Beschäftigtenzahl deutlich um 41% auf 289 000. Da der Rückgang geringer ausfiel als im Bauhauptgewerbe, nahm die Bedeutung des Ausbaugewerbes im Hinblick auf das Beschäftigungspotenzial gegenüber dem Bauhauptgewerbe zu.

Von den rund 802 000 abhängig Beschäftigten der Unternehmen des Baugewerbes (mit 20 Beschäftigten und mehr) waren 2002 rund 9% Frauen (gut 70 000). Im Bauhauptgewerbe lag diese Quote bei gut 7% (36 000); im Ausbaugewerbe lag sie mit knapp 11% deutlich höher. Absolut waren im Ausbaugewerbe 34 000 Arbeitnehmerinnen beschäftigt,

fast gleich viele wie im Bauhauptgewerbe. Allein 45% der Arbeitnehmerinnen des Baugewerbes waren in den Unternehmen mit 20 bis 49 Beschäftigten tätig.

Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer betrug im Baugewerbe durchschnittlich 3,8% (31 000); auch hier war die Quote im Bauhauptgewerbe (3,1% der Beschäftigten) niedriger als im Ausbaugewerbe (5,1%). Das bedeutet, dass in beiden Bereichen des Baugewerbes – mit rund 15 300 Beschäftigten im Bauhauptgewerbe und rund 15 800 Beschäftigten im Ausbaugewerbe – jeweils fast gleich viele Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt waren. Insgesamt waren fast 60% aller Teilzeitbeschäftigten des Baugewerbes in den Unternehmen mit 20 bis 49 Beschäftigten zu finden.

1.2 Investitionstätigkeit

Im Zuge der nachlassenden Baukonjunktur nahmen die jährlich von den Bauunternehmen getätigten Bruttoanlage-

Tabelle 3: Investitionen der Unternehmen des Baugewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten

Jahr	Investitionen		Aktivierte Bruttoanlageinvestitionen		Neu gemietete und gepachtete neue Sachanlagen		Nachrichtlich: Steuerliche Abschreibungen auf Sachanlagen			
	insgesamt	dar.: Maschinen, maschinelle Anlagen ¹⁾	zusammen	dar.: Maschinen, maschinelle Anlagen ¹⁾	zusammen	dar.: Maschinen, maschinelle Anlagen ¹⁾				
								Mill. EUR	%	Mill. EUR
Baugewerbe insgesamt										
1995	.	.	.	4 346,3	3 306,2	76,1	.	.	.	3 567,1
1996	4 005,7	3 071,5	76,7	3 576,2	2 733,7	76,4	429,4	337,8	78,6	3 188,3
1997	3 369,4	2 656,9	78,9	2 971,0	2 330,0	78,4	398,4	326,9	82,1	2 783,9
1998 ²⁾	3 356,2	2 759,9	82,2	2 883,1	2 352,9	81,6	473,1	407,0	86,0	2 584,4
1999	3 587,6	3 004,9	83,8	2 992,8	2 489,6	83,2	594,9	515,3	86,6	2 414,1
2000	3 329,3	2 850,1	85,6	2 772,3	2 352,2	84,8	557,0	497,9	89,4	2 274,2
2001	2 719,0	2 343,6	86,2	2 238,5	1 908,5	85,3	480,5	435,1	90,6	1 963,3
2002	2 349,6	2 082,7	88,6	1 894,4	1 662,2	87,7	455,2	420,5	92,4	1 770,3
2003 ³⁾	.	.	.	1 698,0
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %										
1996	.	.	X	-17,7	-17,3	X	.	.	X	-10,6
1997	-15,9	-13,5	X	-16,9	-14,8	X	-7,2	-3,2	X	-12,7
1998 ²⁾	-0,4	+3,9	X	-3,0	+1,0	X	+18,8	+24,5	X	-7,2
1999	+6,9	+8,9	X	+3,8	+5,8	X	+25,7	+26,6	X	-6,6
2000	-7,2	-5,1	X	-7,4	-5,5	X	-6,4	-3,4	X	-5,8
2001	-18,3	-17,8	X	-19,3	-18,9	X	-13,7	-12,6	X	-13,7
2002	-13,6	-11,1	X	-15,4	-12,9	X	-5,3	-3,4	X	-9,8
2003 ³⁾	.	.	.	-10,4

1) Einschl. Werkzeugen, Baustellen-, Betriebs- und Geschäftsausstattung. – 2) Für Hamburg Ergebnisse aus dem Jahr 1997. – 3) Vorläufiges Ergebnis.

investitionen zwischen 1995 und 2003 ebenfalls kontinuierlich ab, und zwar um über 60% von 4,3 auf 1,7 Mrd. Euro. Lediglich 1999 kam es zu einem vorübergehenden leichten Anstieg der Investitionstätigkeit (+3,8% gegenüber dem Vorjahr).

Zwar waren während des gesamten Zeitraums die aktivierten Bruttoanlageinvestitionen stets höher als die steuerlichen Abschreibungen auf Sachanlagen, allerdings wurde der Abstand zunächst immer geringer. Während 1995 die Abschreibungen 82% der Investitionen ausmachten, waren es 1997 sogar 94%, das heißt in diesem Jahr waren die Investitionen fast ausschließlich Ersatzinvestitionen, da sie gerade den betriebsbedingten Kapitalverzehr abdeckten. Bis 1998 ging diese Quote dann aber wieder auf 90% zurück und sank 1999 bzw. 2000 weiter auf 81 bzw. 82%, sodass in diesen Jahren wieder mehr Spielraum für Erweiterungs- oder Rationalisierungsinvestitionen vorhanden war. Allerdings stieg die Quote im Jahr 2001 wieder auf 88% an und erreichte 2002 mit 93% wieder das Niveau von 1997.

Neben den gekauften Anlagen stehen den Unternehmen des Baugewerbes aber auch die neuen, durch Mieten, Pachten oder durch Leasing beschafften Sachanlagen zur Verfügung. Von diesen Möglichkeiten machen immer mehr Unternehmen Gebrauch. Waren es 1995 noch 3 600 Unternehmen (15%), so setzten im Jahr 2000 bereits 4 300 (22%) Unternehmen gemietete Sachanlagen ein. Dieses Verhältnis ist in den Jahren 2001 und 2002 unverändert geblieben. Der Wert der so beschafften Sachanlagen erreichte 2002 rund 455 Mill. Euro. Dies ist ein Anteil von 24% an den neu beschafften Sachanlagen insgesamt; 1996 waren es 12%.

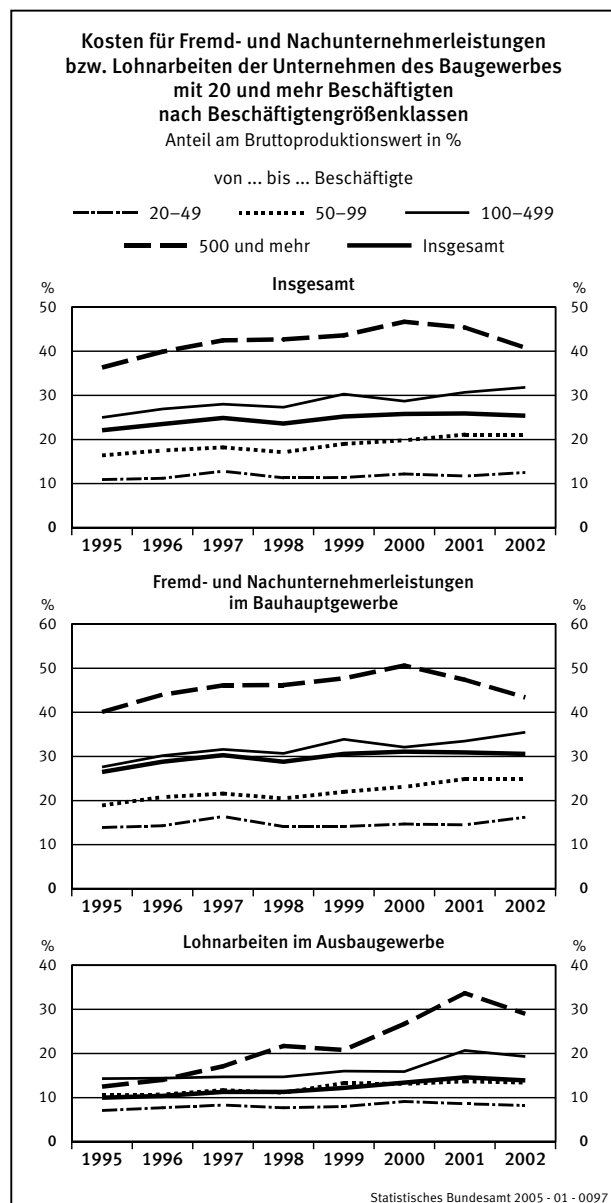
Der Schwerpunkt der Gesamtinvestitionen (einschließlich Leasing) lag bei der Anschaffung von Maschinen, maschinellen Anlagen, sowie Werkzeugen und Baustellen-, Betriebs- und Geschäftsausstattung. Während der Anteil dieses Postens 1996 bei 77% der Gesamtinvestitionen lag, stieg er bis 2000 auf 86%. Im Jahr 2001 blieb der Anteil mit ebenfalls 86% unverändert und nahm 2002 weiter auf fast 89% zu.

1.3 Leistungen und Kostenstruktur

Der Schrumpfungsprozess im Baugewerbe seit 1995 zeigt sich nicht nur an der Entwicklung der Zahl der Unternehmen und Beschäftigten, sondern auch an der erzielten Leistung. Die Jahresleistung²⁾ der Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten sank im gesamten beobachteten Zeitraum nominal von 133 Mrd. Euro (1995) um über ein Drittel auf gut 85 Mrd. Euro (2003).

In dieser Entwicklung schlagen sich auch Änderungen in der Auftragsabwicklung nieder. Immer häufiger werden Subunternehmer eingeschaltet. Der Trend zum schlüsselfertigen Bauen mit der Koordinierung durch einen Generalunternehmer, der als alleiniger Ansprechpartner für den Kunden fungiert, führt dazu, dass nicht mehr nur ein einzelnes Unternehmen alle Bauleistungen erbringt. Es werden Spezialfirmen mit bestimmten Aufgaben betraut, die

Schaubild 1



die gewünschten Leistungen in der Regel auch kostengünstiger erbringen können.

Für das Baugewerbe insgesamt wurden 1995 22% der Bruttoproduktion durch Nachunternehmer bzw. durch Lohnarbeiten abgewickelt. Diese Quote liegt seit 1999 bei rund 25%.

Die größte Bedeutung hat die Nachunternehmertätigkeit im Bauhauptgewerbe. Hier lag die Quote 1995 noch bei 26% und erreichte zwischen 1999 und 2002 gleichbleibend 31%. Demgegenüber war der Anteil der Lohnarbeiten im Ausbaugewerbe mit 10% 1995 und 14% 2002 deutlich niedriger als im Bauhauptgewerbe, jedoch mit aufsteigender Tendenz. Darüber hinaus ist der Umfang der Nachunternehmertätigkeit von der Größe der Unternehmen abhän-

2) Jahresbauleistung und sonstige Umsätze.

Schaubild 2

Kostenstruktur und Leistungsgrößen der Unternehmen des Baugewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten
Mill. EUR

2002

Verbrauch an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen o. Ust.	23 505				
Einsatz an Handelsware o. Ust.	734				
Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen o. Ust. bzw. Kosten für Lohnarbeiten o. Ust.	22 856				
Kosten für sonstige industrielle/handwerkliche Dienstleistungen (nur fremde Leistungen) o. Ust.	1 189				
Mieten und Pachten o. Ust.	2 450				
Sonstige Kosten o. Ust.	4 819				
Indirekte Steuern o. Ust. abzüglich Subventionen für die laufende Produktion	444				
Abschreibungen	1 770				
Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	32 185				
darunter:					
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	29 713				
Fremdkapitalzinsen	692				
		Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten			
		33 956			
			Nettoproduktionswert o. Ust.		
			42 858		
				Bruttoproduktionswert o. Ust.	
				89 954	

1995

Verbrauch an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen o. Ust.	33 923				
Einsatz an Handelsware o. Ust.	1 367				
Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen o. Ust. bzw. Kosten für Lohnarbeiten o. Ust.	29 468				
Kosten für sonstige industrielle/handwerkliche Dienstleistungen (nur fremde Leistungen) o. Ust.	1 860				
Mieten und Pachten o. Ust.	3 187				
Sonstige Kosten o. Ust.	6 701				
Indirekte Steuern o. Ust. abzüglich Subventionen für die laufende Produktion	843				
Abschreibungen	3 567				
Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	52 647				
darunter:					
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	47 868				
Fremdkapitalzinsen	1 311				
		Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten			
		56 214			
			Nettoproduktionswert o. Ust.		
			68 804		
				Bruttoproduktionswert o. Ust.	
				133 563	

o. Ust. = ohne Umsatzsteuer.

Statistisches Bundesamt 2005 - 01 - 0098

gig: Je größer das Unternehmen, umso mehr werden in der Regel Nachunternehmerleistungen bzw. Lohnarbeiten in Anspruch genommen. Bei den Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten des Bauhauptgewerbes wurde 1995 rund 40% und 2000 etwa die Hälfte der Produktion über Fremdleistungen abgewickelt; 2002 waren es rund 43%. Bei den übrigen Größenklassen verlief die Entwicklung ähnlich, jedoch durchweg auf niedrigerem Niveau.

Bedingt durch die im Zeitablauf geringer werdende Kapazitätsauslastung sind bei den Unternehmen des Baugewerbes auch die Kosten für den Verbrauch an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen von 1995 bis 2002 gesunken. Sie nahmen jedoch nicht so stark ab wie die Bauleistung. Die Folge war, dass der Anteil des Materialverbrauchs am Bruttoproduktionswert von gut 25% (1995) auf 26% (2002) stieg. Die Nettoquote (Anteil des Nettoproduktionswertes am Bruttoproduktionswert) sank im gleichen Zeitraum von 52% (1995) auf 48% (2002).

Entsprechend ging die im Baugewerbe erwirtschaftete Wertschöpfung – berechnet als Differenz zwischen dem Bruttoproduktionswert und den Vorleistungen – immer mehr zurück. Die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten nahm zwischen 1995 und 2002 von 53 Mrd. Euro auf 32 Mrd. Euro ab. Ihr Anteil am Bruttoproduktionswert sank von 39% auf 36%. Zugleich nahm der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit an der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten von 91% (1995) auf 92% (2002) zu, sodass sich die Rentabilitätslage der Bauunternehmen tendenziell verschlechtert hat. Die Arbeitsproduktivität, gemessen an der Wertschöpfung je Beschäftigten, ist in diesem Zeitraum von 35 400 Euro auf 43 300 Euro gestiegen.

2 Ergebnisse für Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten

Mit der Neufassung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe im März 2002, die zur Erfüllung der Verordnung des Rates über die strukturelle Unternehmensstatistik³⁾ notwendig wurde, waren auch die Unternehmen des Baugewerbes mit weniger als 20 Beschäftigten in die laufende Strukturberichterstattung einzubeziehen. Strukturinformationen über diese Unternehmen wurden bisher durch die Kostenstrukturerhebung im Baugewerbe nicht erhoben und dargestellt, sodass mit der Einführung der Strukturerhebung bei den kleineren Unternehmen in Zukunft Daten für alle Unternehmen des Baugewerbes, unabhängig von der Unternehmensgröße, zur Verfügung stehen.

2.1 Methodik, Merkmale und Datenaufbereitung

Jährlich werden bei höchstens 6 000 Unternehmen des Baugewerbes mit weniger als 20 Beschäftigten Angaben zu den

tätigen Personen, zum Umsatz und zu den Kosten nach Kostenarten sowie zusätzlich zu den Investitionen erhoben. Zur Festlegung der Auswahlgesamtheit aller Erhebungseinheiten dient das bei den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder geführte Unternehmensregister. Nach Maßgabe des nach mathematisch-statistischen Grundsätzen erstellten Auswahlplanes werden aus dieser Auswahlgesamtheit mittels einer geschichteten Zufallsstichprobe die auskunftspflichtigen Unternehmen ermittelt.⁴⁾

In die Stichprobe zur Strukturerhebung für das Berichtsjahr 2002 wurden insgesamt knapp 6 000 Bauunternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten einbezogen. Das waren 2,1% der nachgewiesenen Unternehmen. Hierbei waren die Unternehmen im Bauhauptgewerbe („Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“) mit einem Anteil von 2,6% etwas stärker berücksichtigt als im Ausbaugewerbe („Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe“) mit 1,9%. Der Anteil der ausgewählten Unternehmen nach Wirtschaftsbereichen ist in Tabelle 4 dargestellt.

Tabelle 4: Anteil der ausgewählten Unternehmen des Baugewerbes mit weniger als 20 Beschäftigten an der Grundgesamtheit 2002 nach Wirtschaftszweigen

WZ 2003 ¹⁾	Wirtschaftszweig	Anteil der ausgewählten Unternehmen in %
45.1/2	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau .. darunter:	2,6
45.21	Hochbau, Brücken- und Tunnelbau u. Ä.	2,2
45.22	Dachdeckerei, Bauspengerei, Abdichtungen und Zimmerei	1,5
2)	Übriges Bauhauptgewerbe	5,4
45.3/4/5	Bauinstallation, Sonstiges Ausbaugewerbe, Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal	1,9
	darunter:	
45.31	Elektroinstallation	1,1
45.33	Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation	1,5
45.42	Bautischlerei und -schlosserei	1,2
45.43	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Raumausstattung	3,2
45.44	Maler- und Glasergerberbe	1,6
3)	Übriges Ausbaugewerbe	2,9
45	Baugewerbe insgesamt	2,1

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003. – 2) 45.11, 45.12, 45.23, 45.24, 45.25. – 3) 45.32, 45.34, 45.41, 45.45, 45.50.

Um die Belastung der kleineren Bauunternehmen durch ihre Beteiligung an der Strukturerhebung so weit wie möglich zu reduzieren, wird die Erhebung mit einem – im Vergleich zur Kostenstrukturerhebung bei den größeren Unternehmen – deutlich verringerten Fragenprogramm durchgeführt.

3) Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 über die strukturelle Unternehmensstatistik (EG-VO Nr. 58/97; Amtsbl. der EG Nr. L 14, S. 1).

4) Die Vorgehensweise sowie die Besonderheiten der Stichprobenauswahl und Hochrechnung entsprechen, insbesondere hinsichtlich der Nutzung des Unternehmensregisters, weitestgehend den Rahmenbedingungen der Strukturerhebung bei Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe (siehe hierzu Hennchen, O.: „Unternehmensstrukturen im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ in WiSta 1/2005, S. 41 ff.).

Folgende Erhebungsmerkmale werden bei den kleineren Bauunternehmen erfasst:

- Allgemeine Angaben:** – Geschäftsjahr
- Tätige Personen:** – Tätige Inhaber
– darunter weiblich
– Arbeitnehmer
– darunter weiblich bzw. Teilzeitbeschäftigte
- Leistungen:** – Gesamtumsatz
- Kosten nach Kostenarten:** – Materialaufwand
– Kosten für in Anspruch genommene Dienstleistungen
– Brutto Lohn- und -gehaltssumme
– Sozialkosten
- Investitionen:** – Bruttoanlageinvestitionen

Die Informationen zu den einzelnen Erhebungstatbeständen sind in den Geschäftsaufzeichnungen der Unternehmen enthalten und lassen sich in der Regel ohne nennenswerten zusätzlichen Aufwand übernehmen. In einer Untersuchung zur Belastung durch die Strukturhebung im Baugewerbe gaben die Unternehmen mit 1 bis 19 Beschäftigten an, im Durchschnitt weniger als 1,5 Stunden für die Beantwortung des Fragebogens aufgewendet zu haben.⁵⁾ Außerdem werden die beteiligten Unternehmen jährlich durch eine jeweils neue, rotierende Stichprobe nahezu vollständig ausgetauscht, sodass im Ergebnis bei den Unternehmen insgesamt durch die Strukturstatistik keine größeren Belastungen entstehen.

Ziel der Strukturhebung bei den kleineren Bauunternehmen ist, die Strukturdaten dieser Unternehmen in einem konsistenten Gesamtkonzept zu erheben und nachzuweisen. Damit erfüllt Deutschland auch seine Lieferverpflichtungen gegenüber dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften. Der Umfang dieser Lieferverpflichtungen, verankert in der Verordnung über die strukturelle Unternehmensstatistik, geht jedoch über den Umfang der Erhebungsmerkmale hinaus, sodass ergänzende Schätzungen erforderlich sind. Für diese Schätzungen werden insbesondere die Ergebnisse der Kostenstrukturhebung (Beschäftigtengrößenklasse 20 bis 49 Beschäftigte) sowie die Ergebnisse weiterer Statistiken (z.B. Totalerhebung, Monatsbericht und Investitionserhebung) im Baugewerbe herangezogen.

2.2 Ergebnisse

Die freie Hochrechnung der Stichprobenergebnisse auf die Auswahlgesamtheit ergab für den Berichtskreis insgesamt

Tabelle 5: Umsatz und Beschäftigte der Unternehmen des Baugewerbes mit weniger als 20 Beschäftigten 2002 nach Wirtschaftszweigen
Anteil am Baugewerbe insgesamt in %

WZ 2003 ¹⁾	Wirtschaftszweig	Umsatz	Beschäftigte
45.1/2	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	42,5	39,7
	darunter:		
45.21	Hochbau, Brücken- und Tunnelbau u. Ä.	18,0	15,8
45.22	Dachdeckerei, Bauspengerei, Abdichtungen und Zimmerei ...	15,8	15,6
2)	Übriges Bauhauptgewerbe	8,7	8,3
45.3/4/5	Bauinstallation, Sonstiges Ausbaugewerbe, Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal	57,5	60,3
	darunter:		
45.31	Elektroinstallation	12,2	12,4
45.33	Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation	14,3	12,6
45.42	Bautischlerei und -schlosserei ...	7,2	8,0
45.43	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Raumausstattung	7,4	8,0
45.44	Maler- und Glasergerberbe	8,0	10,5
3)	Übriges Ausbaugewerbe	8,4	8,8
45	Baugewerbe insgesamt	100	100

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003. – 2) 45.11, 45.12, 45.23, 45.24, 45.25. – 3) 45.32, 45.34, 45.41, 45.45, 45.50.

knapp 220 000 Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten.⁶⁾ Diese erzielten mit rund 1 Mill. Beschäftigten einen Jahresumsatz in Höhe von 66,6 Mrd. Euro.

Sowohl hinsichtlich des Umsatzes als auch der Beschäftigten sind die Unternehmen des Ausbaugewerbes wesentlich stärker vertreten als diejenigen des Bauhauptgewerbes. Die bedeutendsten Wirtschaftszweige sind im Bauhauptgewerbe der „Hochbau, Brücken- und Tunnelbau“ sowie die „Dachdeckerei, Bauspengerei, Abdichtungen und Zimmerei“ und im Ausbaugewerbe die „Elektroinstallation“ sowie die „Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation“. In den genannten vier Wirtschaftszweigen sind mehr als die Hälfte der tätigen Personen beschäftigt, und es wird in diesen Wirtschaftszweigen deutlich mehr als die Hälfte des Umsatzes der kleineren Bauunternehmen im Berichtskreis erwirtschaftet.

Die Produktionskostenstruktur der kleineren Bauunternehmen in Abhängigkeit von ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zeigt, dass der Materialverbrauch und die Personalkosten als größte Kostenblöcke im Durchschnitt jeweils gut ein Drittel des Umsatzes ausmachen, während auf die Kosten für Dienstleistungen knapp ein Fünftel des gemeldeten Umsatzes entfällt. Im Durchschnitt sind im Ausbaugewerbe die Anteile des Materialverbrauchs und im Bauhauptgewerbe die Anteile der Kosten für Personal und Dienstleistungen höher als in der gesamten Branche.

5) Für eine ausführliche Darstellung der Vorgehensweise und Ergebnisse der Belastungsuntersuchung siehe Götzke, T./Sturm, R.: „Unternehmensbelastung durch Bundesstatistiken – erste Ergebnisse für Handel, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe“ in WiSta 6/2003, S. 467 ff.

6) Aufgrund der in der Erhebung ermittelten Ausfälle ist die Zahl der Unternehmen in der Auswahl höher als das hochgerechnete Ergebnis.

Tabelle 6: Umsatz und Kostenarten der Unternehmen des Baugewerbes mit weniger als 20 Beschäftigten 2002 nach Wirtschaftszweigen

WZ 2003 ¹⁾	Wirtschaftszweig	Umsatz	Material- verbrauch	Personal- kosten	Kosten für Dienst- leistungen
		Mill. EUR	Anteil am Umsatz in %		
45.1/2	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	28,3	29,9	36,5	22,9
	darunter:				
45.21	Hochbau, Brücken- und Tunnelbau u. Ä.	12,0	28,4	38,5	25,6
45.22	Dachdeckerei, Bauspenglerei, Abdichtungen und Zimmerei	10,5	35,2	34,9	17,8
2)	Übriges Bauhauptgewerbe	5,8	23,4	35,1	26,6
45.3/4/5	Bauinstallation, Sonstiges Ausbaugewerbe, Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal	38,3	37,7	32,4	17,6
	darunter:				
45.31	Elektroinstallation	8,1	38,6	30,6	17,5
45.33	Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation	9,5	44,5	29,7	15,2
45.42	Bautischlerei und -schlosserei	4,8	41,3	29,3	17,7
45.43	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Raumausstattung	4,9	38,1	32,0	18,2
45.44	Maler- und Glasergerberbe	5,3	27,1	42,5	16,1
3)	Übriges Ausbaugewerbe	5,7	31,4	33,0	22,9
45	Baugewerbe insgesamt	66,6	34,4	34,1	19,9

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003. – 2) 45.11, 45.12, 45.23, 45.24, 45.25. – 3) 45.32, 45.34, 45.41, 45.45, 45.50.

3 Bedeutung kleinerer Bauunternehmen

Die Bedeutung der Ergebnisse der Strukturhebung bei den Bauunternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten wird erst in der zusammenhängenden Darstellung der Ergebnisse für alle Unternehmen, das heißt einschließlich der Ergebnisse der Kostenstrukturhebung bei Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten, deutlich. Auf diese Weise lassen sich nicht nur Umfang und Struktur der wirtschaftlichen Tätigkeiten besser einordnen. Auch die Plausibilität der Ergebnisse für die kleineren Unternehmen lässt sich durch den Vergleich mit den Ergebnissen für größere Unternehmen besser beurteilen.

Tabelle 7: Bruttowertschöpfung im Baugewerbe 2002 nach Beschäftigtengrößenklassen

Beschäftigtengrößen- klassen von ... bis ... Beschäftigten	Bruttowert- schöpfung	Anteil der Bruttowert- schöpfung am Umsatz	Bruttowert- schöpfung je Beschäftigten
	Mrd. EUR	%	1 000 EUR
1 – 9	16,9	44,7	27,4
10 – 19	13,0	45,0	32,4
20 – 49	12,7	44,2	37,2
50 – 249	13,0	37,4	41,2
250 und mehr	8,3	30,8	54,3
Insgesamt ...	63,8	40,6	35,0

Sowohl die Wertschöpfungsquote als auch die Bruttowertschöpfung je Beschäftigten lassen einen deutlichen Zusammenhang mit der Unternehmensgröße erkennen. Die Wertschöpfungsquote ist bei den kleinen und mittleren Bauunternehmen bedeutend höher als bei den größeren Unternehmen. Demgegenüber ist die Wertschöpfung je Beschäftigten in der kleinsten Größenklasse (1 bis 9 Beschäftigte) nur rund halb so hoch wie in der größten Klasse (250 und mehr Beschäftigte). Der Indikator steigt mit der Unterneh-

mensgröße kontinuierlich an, das heißt gemessen an der erzielten Wertschöpfung arbeiten die Beschäftigten umso produktiver, je größer das Unternehmen ist. Diese Aussage gilt jedoch keineswegs spezifisch für die Baubranche, sondern ist auch für die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes festzustellen.⁷⁾

Die Beispiele zeigen, dass die Strukturhebung bei den kleineren Unternehmen des Baugewerbes durchaus zu plausiblen und mit den Strukturdaten und Indikatoren der Kostenstrukturhebung bei größeren Unternehmen vergleichbaren Ergebnissen führt. Sie bilden in dieser Hinsicht eine adäquate Ergänzung der Kostenstrukturergebnisse zu einem Ergebnis für den gesamten Berichtskreis.

Einen Überblick über den Größenvergleich zwischen den beiden Grundgesamtheiten – Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten einerseits und Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten andererseits – geben die Schaubilder 3 und 4. In der Gliederung nach Wirtschaftszweigen werden die Zahl der Unternehmen und die Wertschöpfung der beiden Grundgesamtheiten anteilig dargestellt.

Nicht einmal jedes zehnte Unternehmen hat 20 und mehr Beschäftigte, das heißt das Baugewerbe wird zahlenmäßig mit einem Anteil von deutlich über 90% von den kleineren Unternehmen dominiert. Dieser Anteil ist im Ausbaugewerbe mit 95% noch wesentlich höher als im Bauhauptgewerbe mit 90%. Die Ausnahme bildet der Hochbau, Brücken- und Tunnelbau; in diesem Wirtschaftszweig liegt der Anteil der kleineren Unternehmen mit knapp 84% niedriger als im Durchschnitt der Baubranchen.

Die zahlenmäßig dominierenden kleineren Unternehmen tragen jedoch nur zu weniger als der Hälfte zur Wertschöpfung im Baugewerbe bei. Vergleichsweise niedrig ist dieser Anteil mit weniger als zwei Fünfteln im Bauhauptgewerbe, während er im Ausbaugewerbe mit fast drei Fünfteln über dem Durchschnitt liegt. In den einzelnen Wirtschaftszweigen sind die Wertschöpfungsanteile, die auf die kleineren

7) Siehe Hennchen, O., a. a. O. (Fußnote 4).

Schaubild 3

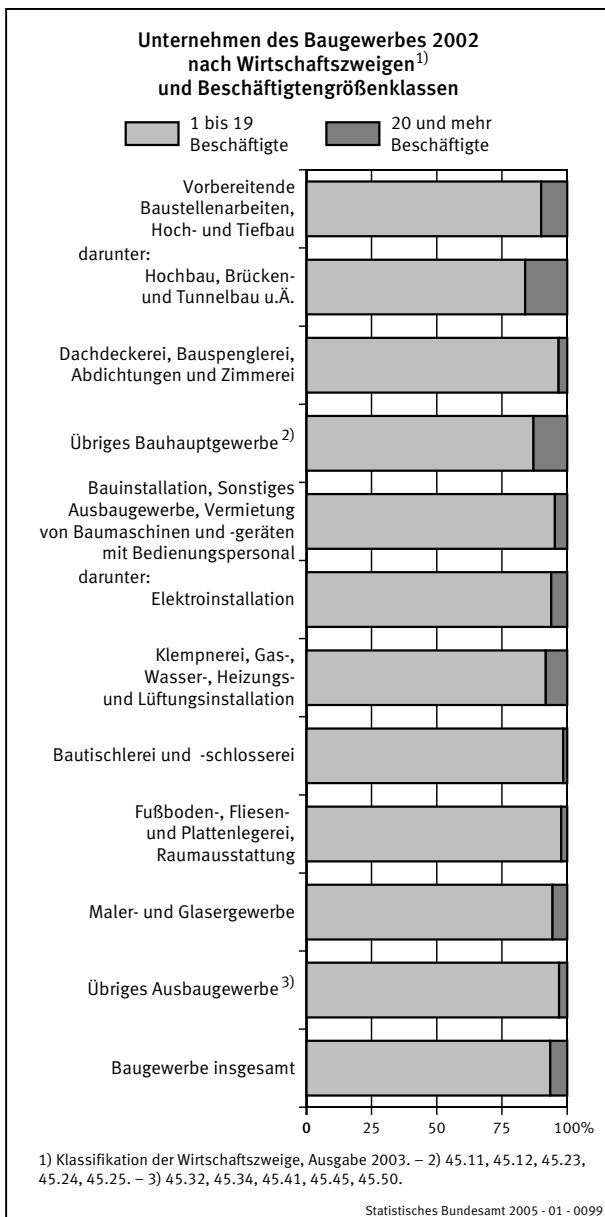
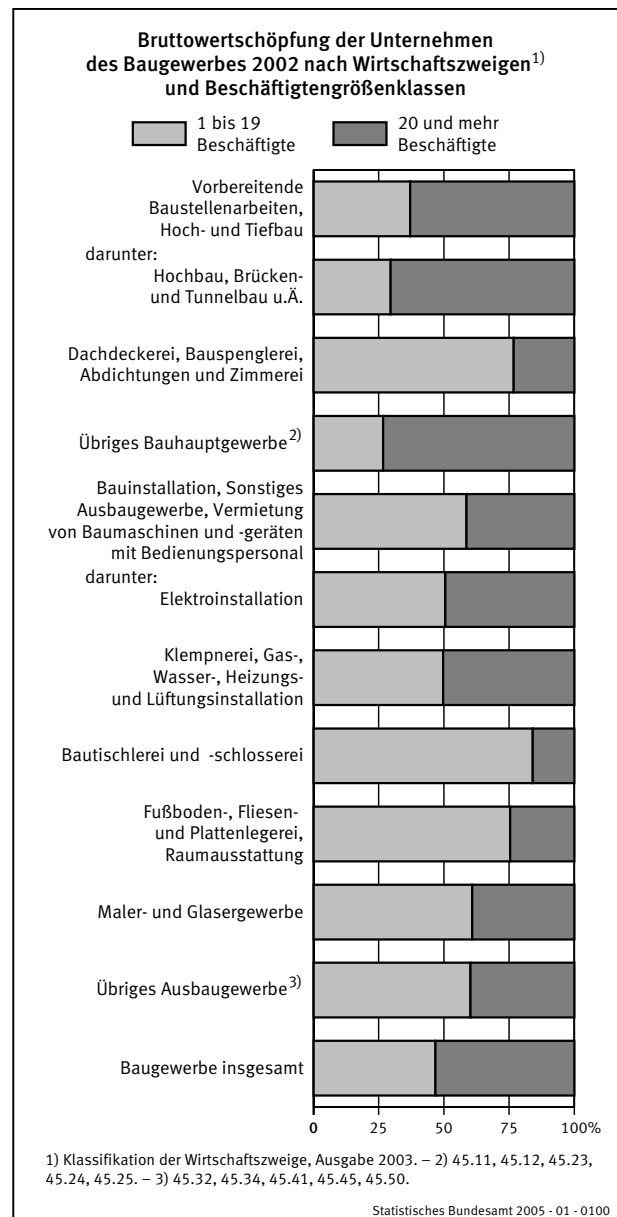


Schaubild 4



Unternehmen entfallen, recht unterschiedlich. Am stärksten tragen die Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten in den Branchen „Dachdeckerei, Bauspenglerei, Abdichtungen und Zimmerei“ (77%), „Bautischlerei und -schlosserei“ (84%) und „Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Raumausstattung“ (75%) zum jeweiligen Branchenergebnis insgesamt bei.

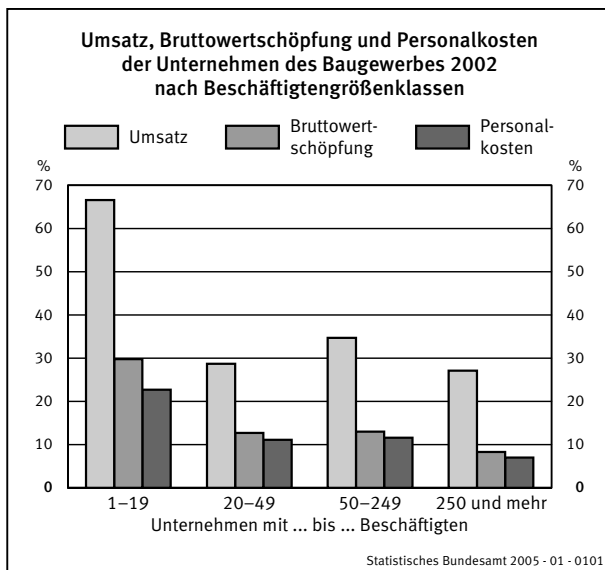
Die Gegenüberstellung der Unternehmen des Baugewerbes nach Größenklassen macht deutlich, dass die kleineren Bauunternehmen (mit weniger als 20 Beschäftigten) vor allem zum Umsatz, aber auch zur Wertschöpfung der gesamten Branche einen höheren Beitrag leisten als die Unternehmen der übrigen Größenklassen. Allein 67 Mrd. Euro Umsatz erzielen die Unternehmen mit höchstens 19 Beschäftigten. Die Personalkosten erreichen bei den kleineren Unternehmen ebenfalls das höchste Niveau.

Diese Ergebnisse zeigen auch, dass die Überlegungen im Rahmen einer Reform der Unternehmensstatistik keinesfalls einem ausschließlich pauschalen Ansatz, zum Beispiel bei der Neufestlegung von Abschnidegrenzen, folgen sollten. Vielmehr müssen branchenspezifische Lösungen gefunden werden, will man nicht Teilbereiche der Wirtschaft statistisch ausblenden. Dies gilt insbesondere für den Bereich der kleineren Unternehmen des Baugewerbes.

4 Ausblick

Mit der Eingliederung der Erhebung bei den kleineren Unternehmen in die laufenden Strukturstatistiken wird eine wesentliche Lücke im statistischen Informationsangebot über die Unternehmensstrukturen des Baugewerbes in einer für die Unternehmen besonders schonenden Weise

Schaubild 5



Im Rahmen des Masterplans zur Reform der amtlichen Statistik⁸⁾ ist u. a. auch die Kostenstrukturhebung Gegenstand von Bestrebungen zur Optimierung der Datengewinnung. Die Aktivitäten konzentrieren sich zurzeit auf die Schaffung der Voraussetzungen für eine unmittelbare Übernahme der zu erhebenden Daten aus dem betrieblichen Rechnungswesen der auskunftspflichtigen Unternehmen. Auch diese Maßnahme, die in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftliche Verwaltung durchgeführt wird, hat die Entlastung der Unternehmen bei statistischen Berichtspflichten zum Ziel. [u](#)

geschlossen. Gleichzeitig gewährleistet die fachliche und organisatorische Integration der Statistik im Statistischen Bundesamt, dass die hierfür notwendigen zusätzlichen Aufwendungen auf ein Minimum begrenzt werden können.

Die folgenden Entwicklungsschritte im Bereich der amtlichen Strukturstatistiken des Baugewerbes konzentrieren sich gegenwärtig auf mehrere Maßnahmen, die insbesondere zur weiteren Entlastung der auskunftspflichtigen Unternehmen und zur Rationalisierung der Arbeitsabläufe beitragen sollen. So wurde den Unternehmen zur Kostenstrukturhebung für das Berichtsjahr 2003 erstmals neben dem herkömmlichen Papierfragebogen auch die Möglichkeit zur Datenübermittlung durch einen Internet-Fragebogen (Online-Erhebung) angeboten. Die damit gemachten Erfahrungen werden derzeit dazu genutzt, diesen für die Auskunftspflichtigen komfortablen Erhebungsweg weiter zu optimieren.

Darüber hinaus wird mit der Einführung einer selektiven Vorgehensweise bei der Plausibilisierung der Rohdaten (selektive PL-Kontrolle) ein neuer Weg in der Datenaufbereitung der Kostenstrukturhebung beschritten. Die selektive PL-Kontrolle erlaubt die Einschätzung und Priorisierung erkannter Datenfehler nach ihrer Bedeutung für das jeweilige Endergebnis. Hierdurch ergibt sich die Möglichkeit, die Plausibilisierungsarbeiten zunächst auf die wesentlichen Unstimmigkeiten zu konzentrieren. Die programmtechnische Umsetzung dieses Verfahrens im Rahmen der derzeit ebenfalls laufenden Neuprogrammierung und Umorganisation der Vorgangsbearbeitung für die Kostenstrukturhebung schafft die notwendigen Voraussetzungen für eine qualitative Verbesserung insbesondere bei vorläufigen Ergebnissen. Die selektive PL-Kontrolle dürfte ebenfalls zur Reduzierung des notwendigen Rückfragevolumens und damit zur Entlastung der Unternehmen beitragen.

8) Siehe z. B. Radermacher, W./Weisbrod, J./Asef, D.: „Bedarf, Qualität, Belastung: Optimierung als Interessenausgleich“ in WiSta 11/2004, S. 1237 ff., hier: S. 1243.

Dipl.-Ökonom Sven C. Kaumanns

Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen

Der Dienstleistungssektor ist in den vergangenen Jahren vielfach als eine der am schnellsten wachsenden Branchen dargestellt worden. Ob dieses tatsächlich zum Großteil aus einem vermehrten Angebot und einer größeren Nachfrage nach den Produkten dieser Branche resultiert oder lediglich durch Outsourcing und vermehrte Spezialisierung von Unternehmen hervorgerufen wurde, soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Die zunehmende Anzahl der Unternehmen, die ihren Schwerpunkt im Dienstleistungsbereich haben, ist bisher statistisch kaum erfasst worden. Daher konnten von Seiten der amtlichen Statistik bisher auch keine Angaben zur konjunkturellen Entwicklung in großen Teilen des Dienstleistungsbereiches gemacht werden. Dieses ändert sich jedoch sukzessive durch die Einführung der Konjunkturberichterstattung in bestimmten Dienstleistungsbereichen, die seit dem ersten Vierteljahr 2003, zunächst befristet auf drei Jahre, als Primärerhebung durchgeführt wird. Anfangs ist es lediglich möglich, neben absoluten Werten der erfassten Merkmale einfache Veränderungsraten zu berechnen und zu veröffentlichen, die aufgrund unterschiedlichster Einflüsse jedoch nicht direkt als Konjunkturaussagen interpretiert werden sollten. Mittel- und langfristig wird sich dieses natürlich ändern, da es mit einer hinreichend langen Zeitreihe an erfassten Perioden möglich sein wird, saisonale und arbeitstägliche Effekte zu kompensieren, um dann auch besser interpretierbare Messziffern veröffentlichen zu können, die gute Indikatoren für die Abbildung der konjunkturellen Veränderungen bilden.

Europäische Zielsetzungen

Grundlage für die europäische Konjunkturberichterstattung in bestimmten Dienstleistungsbereichen ist die Verordnung (EG) 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken¹⁾ – und hierbei insbesondere der Anhang D „Andere Dienstleistungen“, der sich unter anderem auch mit dem Abschnitt I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung) und den Abteilungen 72 (Datenbanken und Datenverarbeitung) und 74 (unternehmensbezogene Dienstleistungen) der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE)²⁾ befasst. Der allgemeine Zweck der Verordnung über Konjunkturstatistiken besteht in der Verpflichtung der Mitgliedstaaten, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) vergleichbare statistische Daten über die konjunkturelle Entwicklung der Unternehmen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften zu liefern. Harmonisierte Konjunkturindikatoren der Gemeinschaft waren lange Zeit nur für einen begrenzten Teil der Unternehmen verfügbar, nämlich für die traditionellen Wirtschaftszweige wie das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe und die Energie- und Wasserversorgung. Die Dienstleistungszweige sind in den Mitgliedstaaten hingegen nur unvollständig und wenn, dann in nicht harmonisierter Form erfasst worden. Die Vergleichbarkeit der daraus hervorgegangenen Ergebnisse – soweit überhaupt welche vorlagen – wurde dadurch auf Gemeinschafts-

1) Veröffentlicht im Amtsbl. der EG Nr. L 162 vom 10. Januar 2002, S. 1.

2) Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 29/2002 der Kommission vom 19. Dezember 2001 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (Amtsbl. der EG Nr. L 6 vom 10. Januar 2002, S. 3).

ebene noch zusätzlich erheblich eingeschränkt. Vorrangiges Ziel der Europäischen Kommission war es daher, einen gemeinsamen Rahmen für die Erstellung, Übermittlung und Entwicklung von Konjunkturindikatoren, die zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten vergleichbar sind, auch für die Dienstleistungsbereiche zu schaffen, und den statistischen Informationsbedarf von Kommission, Mitgliedstaaten, Unternehmen und anderen Nutzern, wie beispielsweise den Zentralbanken, gleichermaßen zu decken. Bereits durch die Verordnung (EG, EURATOM) Nr. 58/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 über die strukturelle Unternehmensstatistik³⁾ war ein Berichtswesen implementiert worden, das die Struktur der Unternehmen auch im Dienstleistungsbereich mit Hilfe von zahlreichen Indikatoren regelmäßig, harmonisiert und damit europaweit vergleichbar abbildet.⁴⁾ Durch die in der Konjunkturverordnung angeordneten Indikatoren wird dieses umfassende Bild der jährlichen Statistik um vierteljährliche Indikatoren ergänzt, die deutlich zeitnäher verfügbar sind und damit auch wichtige Bezugsgrößen für die Aufstellung der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen darstellen können.

Wie aus der Übersicht 1 ersichtlich ist, werden in dieser Verordnung im Vergleich zu den anderen Wirtschaftszweigen für den Bereich der Dienstleistungen mit den Merkmalen „Umsatz“ und „Beschäftigte“ nur wenige Indikatoren gefordert.

Diese Indikatoren sind durch die Verordnung (EG) Nr. 588/2001 der Kommission vom 26. März 2001 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates über Konjunkturstatistiken: Definition der Variablen⁵⁾ einheitlich definiert worden:

Umsatz (Variable 120)

Der Umsatz umfasst die von der Erhebungseinheit während des Berichtszeitraums insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen.

Der Umsatz schließt alle Steuern und Abgaben ein, die auf den von der Einheit in Rechnung gestellten Waren oder Dienstleistungen liegen, mit Ausnahme der Mehrwertsteuer, die von der Einheit den Kunden in Rechnung gestellt wird, sowie sonstiger,

Übersicht 1: Geforderte Indikatoren in den verschiedenen Anhängen der EU-Konjunkturverordnung

Variablennummer	Variablenbezeichnung	Anhang			
		A Industrie	B Baugewerbe	C Einzelhandel und Reparatur	D andere Dienstleistungen
110	Produktion	*	*		
115	Produktion Hochbau		*		
116	Produktion Tiefbau		*		
120	Umsatz	*		*	*
121	Inlandsumsatz	*			
122	Auslandsumsatz	*			
130	Auftragseingang	*	*		
131	Auftragseingang des Inlandsmarkts	*			
132	Auftragseingang des Auslandsmarkts	*			
135	Auftragseingang Hochbau		*		
136	Auftragseingang Tiefbau		*		
210	Beschäftigtenzahl	*	*	*	*
220	Geleistete Arbeitsstunden	*	*		+
230	Bruttolöhne und -gehälter	*	*		+
310	Erzeugerpreise	*			+
311	Erzeugerpreise des Inlandsmarkts	*			
312	Erzeugerpreise des Auslandsmarkts	*			
320	Baukosten		*		
321	Materialkosten		*		
322	Arbeitskosten		*		
330	Deflator der Umsätze			*	
411	Baugenehmigungen: Anzahl Wohnungen		*		
412	Baugenehmigungen: Quadratmeter Nutzfläche oder alternative Größeneinheit		*		

* derzeit von der Verordnung geforderte Indikatoren.

+ Indikatoren, deren Aufnahme im Dienstleistungsbereich derzeit geprüft wird.

3) Veröffentlicht im Amtsbl. der EG Nr. L 14 vom 17. Januar 1997, S. 1.

4) Diese Verordnung ist in Deutschland durch das Gesetz über Statistiken im Dienstleistungsbereich (Dienstleistungsstatistikgesetz – DLStatG) vom 19. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1765) umgesetzt worden, wodurch ab dem Berichtsjahr 2000 Daten veröffentlicht werden konnten.

5) Veröffentlicht im Amtsbl. der EG Nr. L 86, S. 18.

in ähnlicher Weise absetzbarer, direkt mit dem Umsatz verbundener Steuern.

Außerdem umfasst der Umsatz alle berechneten Nebenkosten (Transport, Verpackung usw.), die an die Kunden weitergegeben werden, selbst wenn diese Kosten getrennt in Rechnung gestellt werden. Preisnachlässe sowie der Wert der zurückerstatteten Verpackung sind abzuziehen. Preisnachlässe, Rabatte und Bonusbeträge, die den Kunden später eingeräumt werden, werden nicht berücksichtigt.

Erträge, die im Rahmen der Rechnungslegung als sonstige betriebliche Erträge, finanzielle Erträge oder außerordentliche Erträge eingestuft sind, zählen nicht zum Umsatz. Nicht einbezogen werden außerdem die vom Staat oder der Europäischen Union erhaltenen Subventionen.

Beschäftigte (Variable 210)

Die Zahl der Beschäftigten ist definiert als die Gesamtzahl der in der jeweiligen Erhebungseinheit tätigen Personen (einschließlich mitarbeitender Inhaber, regelmäßig in der Einheit mitarbeitender Teilhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger) sowie der Personen, die außerhalb der Einheit tätig sind, aber zu ihr gehören und von ihr bezahlt werden (z. B. Handelsvertreter, Lieferpersonal, Reparatur- und Instandsetzungsteams). Diese Zahl umfasst kurzzeitig beurlaubte Personen (z. B. bei Krankheit, bezahltem Urlaub oder Sonderurlaub) sowie Streikende, nicht jedoch für unbestimmte Zeit beurlaubte Personen. Ebenfalls eingeschlossen sind Teilzeitkräfte entsprechend den einzelstaatlichen gesetzlichen Bestimmungen sowie Saisonkräfte, Auszubildende und Heimarbeiter, die alle jeweils auf der Lohn- und Gehaltsliste erscheinen.

Nicht in der Zahl der Beschäftigten enthalten sind Arbeitskräfte, die der Einheit von anderen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden oder die in der Beobachtungseinheit im Auftrag anderer Unternehmen Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten durchführen, sowie Personen, die ihren Pflichtwehrendienst ableisten.

Im Vergleich zum Anhang Industrie, wo die Indikatoren teilweise monatlich bereitzustellen sind, ist der Berichtszeitraum im Dienstleistungsbereich mit derzeit vierteljährlich verhältnismäßig lang und der Zeitpunkt der Datenbereitstellung mit drei Monaten nach Ende des Berichtsquartals relativ spät.

Die Indikatoren im Dienstleistungsbereich sind unbereinigt entweder als Index oder als absolute Zahlen zu übermitteln. Zusätzlich ist der Umsatz arbeitstäglich bereinigt zu liefern. Die Gliederungstiefe unterscheidet sich hierbei zwischen den beiden Indikatoren erheblich. Während die Beschäftigtenzahl nur auf Ebene der NACE-Abteilungen zu übermitteln ist, wird für den Umsatz eine tiefer gehende Gliederung gefordert, wie aus der Übersicht 2 hervorgeht.

Der vierteljährliche Umsatz im Dienstleistungsbereich trägt zur Berechnung eines der 19 wichtigsten Wirtschaftsindikatoren auf europäischer Ebene bei. Der Umsatzindex bei sonstigen Dienstleistungen ist einer der so genannten „Wichtigsten Europäischen Wirtschaftsindikatoren (PEEIs)⁶⁾“, welche am 18. Februar 2003 vom Rat der Europäischen Union⁷⁾ verabschiedet worden sind. Die Auswahl der PEEIs erfolgte unter Einbeziehung der Europäischen Zentralbank und der Generaldirektion Wirtschaft und

Finanzen der EU-Kommission. Die PEEIs sollen vorrangig vor anderen Indikatoren weiterentwickelt werden. Das hiermit verfolgte Ziel ist, hochqualitative europäische Konjunkturindikatoren zu festgelegten, kurzfristigen Terminen – beim Umsatz im Dienstleistungsbereich sind es 60 Tage nach Quartalsende – bereitstellen zu können. Dabei sollen die Angaben aus den EU-Staaten, die signifikant zum europäischen Aggregat beitragen, als Meldungen, die Angaben aus anderen EU-Staaten gegebenenfalls auch als vorläufige Schätzwerte in die Berechnung eingehen.

Die im Jahr 1998 verabschiedete Verordnung des Rates über Konjunkturstatistiken stellt auch erst einen Einstieg in die Konjunkturberichterstattung im Dienstleistungsbereich dar. Derzeit wird auf europäischer Ebene eine Überarbeitung der Konjunkturverordnung diskutiert, die für den gesamten Dienstleistungsbereich zu mehr Aktualität und weiteren Indikatoren führen soll. Im Anhang D „weitere Dienstleistungen“ ist vorgesehen:

- die Übermittlungsfrist der Merkmale Umsatz und Beschäftigte auf zwei Monate zu verkürzen,
- die Erzeugerpreise für Dienstleistungen zu erfassen
- sowie bis zum Jahr 2010 zu prüfen, ob und mit welchen Methoden es möglich ist, in den Dienstleistungsbe-reichen Angaben über die geleisteten Arbeitsstunden (Merkmal 220) und die Höhe der gezahlten Löhne und Gehälter (Merkmal 230) quartalsweise sowie Angaben zum Umsatz monatlich bereitzustellen.

Derartige Prüfungen sind in Deutschland bereits im Jahr 2003 durchgeführt worden, wobei die Ergebnisse für die beiden potenziell neu aufzunehmenden Variablen deutliche Unterschiede aufwiesen. Die geleisteten Arbeitsstunden werden in rund der Hälfte der Unternehmen aller Größenordnungen des Abschnitts I und der Abteilungen 72 und 74 der NACE derzeit überhaupt nicht erfasst. Eine Bereitstellung dieser Information würde für diese Unternehmen eine erhebliche Belastung mit sich bringen, da nur für statistische Zwecke in diesen Unternehmen ein Erfassungssystem implementiert werden müsste. Demgegenüber sind die gezahlten Löhne und Gehälter bei der überwiegenden Anzahl der Unternehmen in den Geschäftsaufzeichnungen enthalten und könnten daher ohne größeren Aufwand erfragt werden. Ähnlich verhält es sich mit monatlichen Angaben zum Umsatz. Auch sie sind in den meisten Fällen direkt aus den Geschäftsunterlagen zu entnehmen.

Nationale Anforderungen und Rechtsgrundlage

Auch national sind die Bestrebungen, den Dienstleistungssektor statistisch besser abzubilden, nicht neu. Allerdings gelang es erst durch die Verpflichtung, Daten zur Entwicklung des Dienstleistungsbereiches an die Europäischen Gemeinschaften zu übermitteln, in Deutschland eine un-

6) Principal European Economic Indicators; siehe „Wege zu methodologisch verbesserten Statistiken und Indikatoren für die Eurozone“, Rat der Europäischen Union, Dokument 14994/02.

7) Wirtschaft und Finanzen; siehe Rat der Europäischen Union, Dokument 6460/03.

Übersicht 2: Gliederung der Lieferpositionen nach der EU-Konjunkturverordnung

NACE		Merkmal	
Code	Beschreibung	Umsatz (Variable 120)	Beschäftigte (Variable 210)
60.10	Eisenbahnverkehr		
60.21	Personenbeförderung im Linienverkehr zu Land		
60.22	Betrieb von Taxis		
60.23	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr		
60.24	Güterbeförderung im Straßenverkehr		
60.30	Transport in Rohrfernleitungen		
61.10	See- und Küstenschifffahrt		
61.20	Binnenschifffahrt		
62.10	Linienflugverkehr		
62.20	Gelegenheitsflugverkehr		
62.30	Raumtransport		
63.11	Frachtschlag		
63.12	Lagerei		
63.21	Sonstige Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Landverkehr		
63.22	Sonstige Hilfs- und Nebentätigkeiten für die Schifffahrt		
63.23	Sonstige Hilfs- und Nebentätigkeiten für die Luftfahrt		
63.30	Reisebüros und Reiseveranstalter		
63.40	Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung		
64.11	Postdienste		
64.12	Kurierdienste (ohne Postdienste)		
64.20	Fernmeldedienste		
72.10	Hardwareberatung		
72.21	Verlegen von Software		
72.22	Softwareberatung und -entwicklung		
72.30	Datenverarbeitungsdienste		
72.40	Datenbanken		
72.50	Instandhaltung und Reparatur von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen		
72.60	Sonstige mit der Datenverarbeitung verbundene Tätigkeiten		
74.11	Rechtsberatung		
74.12	Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Buchführung		
74.13	Markt- und Meinungsforschung		
74.14	Unternehmens- und Public-Relations-Beratung		
74.15	Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften		
74.20	Architektur- und Ingenieurbüros		
74.30	Technische, physikalische und chemische Untersuchung		
74.40	Werbung		
74.50	Personal- und Stellenvermittlung, Überlassung von Arbeitskräften		
74.60	Detekteien sowie Wach- und Sicherheitsdienste		
74.70	Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln		
74.81	Fotografie und Fotolabors		
74.82	Abfüllen und Verpacken		
74.85	Sekretariats-, Schreib- und Übersetzungsdienste; Copy-Shops		
74.86	Call Centers		
74.87	Erbringung von sonstigen unternehmensbezogenen Dienstleistungen a.n.g.		

terjährige Erfassung der in der europäischen Verordnung über Konjunkturstatistiken genannten Wirtschaftszweige im Dienstleistungsbereich durchzusetzen. Neben der Datenbereitstellung für die Europäische Kommission bestanden allerdings noch weitergehende Forderungen. Zum einen sollten die Indikatoren der konjunkturellen Entwicklung nicht nur für europäische Zwecke, sondern auch für eine nationale Konjunkturberichterstattung verwendbar sein. Zum anderen musste dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland Rechnung getragen und somit eine Ergebnisdarstellung auch auf Ebene der einzelnen Bundesländer – wenn auch in vermindelter Detailtiefe – möglich gemacht werden. Auf Bundesebene sollte sich die Tiefengliederung auch an den

Bedürfnissen verschiedener nationaler Nutzer, wie beispielsweise Berufs- oder Wirtschaftsverbänden, orientieren. Weiterhin sollten die Unternehmen der betroffenen Wirtschaftszweige so wenig wie möglich durch die statistische Erhebung belastet werden.

Zur Erfüllung der nationalen und der europäischen Datenanforderungen gibt es prinzipiell zwei Ansätze. Neben der Möglichkeit einer konventionellen Erhebung der benötigten Angaben bei den Unternehmen gibt es Überlegungen für eine registergestützte Umsetzung der Konjunkturberichterstattung im Dienstleistungsbereich.⁸⁾ Diese beruhen auf der Idee, bereits bei anderen Verwaltungen vorhandene Daten

8) Siehe hierzu Lorenz, R./Schmidt, B.: „Registergestützte Umsetzung der EU-Konjunkturverordnung im Dienstleistungsbereich“ in WiSta 5/2000, S. 315 ff.

für Zwecke der Konjunkturberichterstattung zu nutzen und somit eine direkte Erhebung bei den Unternehmen ganz oder teilweise zu vermeiden.

In Frage kommen hierfür bei den derzeit zu liefernden Merkmalen der EU-Konjunkturverordnung die im Rahmen der Umsatzsteuer-Voranmeldungen an die Finanzverwaltung gemeldeten Umsatzangaben sowie die an die Bundesagentur für Arbeit im Rahmen des so genannten integrierten Meldeverfahrens zur Sozialversicherung übermittelten Beschäftigtenangaben. Ob sich die in den Registern befindlichen Informationen für die Erfüllung der Anforderungen an eine moderne Konjunkturberichterstattung als geeignet herausstellen, wird derzeit von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder überprüft. Bis dieses abschließend beurteilt werden kann, wird der Datenbedarf zunächst vollständig über eine Primärerhebung gedeckt.

Rechtsgrundlage der vierteljährlichen Konjunkturberichterstattung im NACE-Abschnitt I sowie in den Abteilungen 72 und 74 ist derzeit die auf drei Jahre befristete Verordnung über konjunkturstatistische Erhebungen in bestimmten Dienstleistungsbereichen (Konjunkturstatistikverordnung – KonjStatV) vom 22. August 2002⁹⁾. Sie ordnet eine vierteljährliche Primärerhebung mit Auskunftspflicht bei maximal 7,5% der Unternehmen in den betreffenden Bereichen an. Das sind derzeit (3. Vj 2004) rund 35 000 aktive Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit in den genannten NACE-Bereichen.

Die durch diese Erhebung bei den Unternehmen entstehende Belastung ist als moderat anzusehen. Die geforderten Angaben sollten in jedem Unternehmen aus den laufenden Unternehmensaufzeichnungen, die ohnehin anzufertigen sind, entnommen werden können.

Umsetzung der Erhebung in Deutschland

Erhebungs- und Darstellungseinheiten

Erhebungseinheiten der Konjunkturerhebung sind Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit. Diese, sonst im Bereich der Wirtschaftsstatistiken übliche Ergänzung des Kreises der Befragten um die Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit ist dadurch begründet, dass im Bereich der durch diese Erhebung abgedeckten Wirtschaftszweige Tätigkeiten vorkommen, die von den Angehörigen der in § 18 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Berufsgruppen in selbstständiger Tätigkeit ausgeführt werden. Eine konkrete Unterscheidung zwischen Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit findet hingegen weder in der Erhebung noch in der Ergebnisdarstellung statt. Die Erhebungs- und Darstellungseinheiten sind definiert als die kleinsten rechtlich selbstständigen Einheiten, die entweder aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führen und einen Jahres-

abschluss erstellen oder ähnliche Aufzeichnungen mit dem Ziel einer jährlichen Feststellung des Vermögensstandes und/oder des Erfolgs ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen müssen. Diese Definition folgt der Definition des Unternehmensbegriffes, wie er im Unternehmensregister verwandt wird.

Erhebungsmerkmale

Erhebungsmerkmale der nationalen Konjunkturerhebung sind lediglich die beiden durch die Europäische Verordnung geforderten Merkmale „Umsatz“ und „Tätige Personen“.¹⁰⁾ Hierbei werden die oben genannten Definitionen, die aus der Verordnung (EG) Nr. 588/2001 der Kommission vom 26. März 2001 hervorgehen, verwendet. Sie sind jedoch in einigen Teilbereichen weiter konkretisiert und den deutschen Gegebenheiten angepasst worden:

Umsatz

Umsatz ist der Gesamtbetrag (ohne Umsatzsteuer) der abgerechneten Lieferungen und sonstigen Leistungen der im Bundesgebiet ansässigen Erhebungseinheiten ohne deren im Ausland ansässige Niederlassungen mit Kunden im In- wie auch im Ausland – einschließlich der Handelsumsätze – aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, unabhängig vom Zahlungseingang. Hierzu zählen auch Provisionen aus Vermittlungs- und Kommissionsgeschäften. Mit einbezogen werden in Rechnung gestellte Nebenkosten, wie zum Beispiel Reisekosten, Spesen, Fracht-, Porto- oder Verpackungskosten sowie der umsatzsteuerfreie Umsatz nach § 4 Umsatzsteuergesetz.

Keine Umsätze im Sinne dieser Erhebung sind durchlaufende Posten (die im Namen und für Rechnung eines anderen vereinnahmt und verausgabt werden), Subventionen, außerordentliche sowie betriebsfremde Erträge. Ebenso wenig zählen Erträge aus Vermietung, Verpachtung und Leasing betrieblicher Grundstücke, Anlagen und Einrichtungen zum Umsatz.

Zins- und ähnliche Erträge (z. B. Kursgewinne, Dividenden), Erträge aus Beteiligungen, aus Gewinn- und Teilgewinnabführungsverträgen, Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen des Anlagevermögens, aus der Auflösung von Rückstellungen und dergleichen sind ebenfalls keine Umsätze.

Tätige Personen

Als tätige Personen gelten tätige Inhaber, Mitinhaber, Geschäftsführer und unbezahlt mithelfende Familienangehörige sowie alle voll- und teilzeitbeschäftigten Angestellten, Arbeiter, Beamten, Auszubildenden, Studenten, Praktikanten und Volontäre, die nach dem Stand vom letzten Tag des Berichtszeitraumes in einem Arbeitsverhältnis zum Unternehmen oder zur Einrichtung standen. Zu den tätigen Personen zählen auch vorübergehend abwesende Personen (z. B. Erkrankte, Urlauber, Frauen im Mutterschutz, Personen in Elternzeit mit einer Dauer von weniger als einem Jahr usw.) sowie Personen in Altersteilzeit. Personen im Außendienst und dergleichen gelten ebenfalls als tätige Personen.

Nicht als tätige Personen der Erhebungseinheit zählen Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung überlassen wurden (Leiharbeitnehmer), freie Mitarbeiter sowie Personen, die ein Jahr oder länger in Elternzeit sind, sowie Personen, die zur Ableistung des Grundwehrdienstes oder des zivilen Ersatzdienstes einberufen sind. Ebenfalls sind dauerhaft im Ausland beschäftigte Personen keine tätigen Personen im Sinne dieser Erhebung.

⁹⁾ BGBl. I S. 3427. Derzeit wird ein Gesetz vorbereitet, um eine Primärerhebung auch über das Jahr 2005 hinaus zu ermöglichen.

¹⁰⁾ Die Begriffe „Beschäftigte“ und „Tätige Personen“ werden synonym angewandt.

Zusätzlich werden die oben genannten Merkmale auch nach Bundesländern aufgeteilt bei den Unternehmen erfasst, soweit sie Niederlassungen einschließlich der Hauptniederlassung in mehr als einem Bundesland unterhalten. Diese Aufteilung wird benötigt, um auch für die Bundesländer verwendbare Ergebnisse berechnen zu können. Ansonsten würde der gesamte Merkmalswert lediglich dem Land, in dem die Erhebungseinheit ihren Sitz hat, zugerechnet, was zu erheblichen Verzerrungen führen würde. Bei kleineren Unternehmen, die in dem – dem Erhebungsjahr vorangegangenen – letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr weniger als 250 000 Euro Umsatz erzielten, wurde unterstellt, dass diese regelmäßig keine Niederlassungen unterhalten. Sie sind von dieser Aufteilung ausgenommen.

Während die Aufteilung der „tätigen Personen“ nach Bundesländern in der Regel für die Unternehmen problemlos möglich ist, ist die Aufteilung des Umsatzes oft problematisch – zum Beispiel dann, wenn eine Leistung den Transport von einem in ein anderes Bundesland enthält. Ist es den Unternehmen nicht möglich, den Umsatz aufzuteilen, so werden sie gebeten, ihn näherungsweise nach den Anteilen der „tätigen Personen“ auf die Bundesländer zu verteilen.

Stichprobe

Die Auswahl der zu befragenden Unternehmen erfolgte mit Hilfe einer Zufallsstichprobe, die nach Bundesländern (16), Wirtschaftszweigen (31) sowie Unternehmensgrößenklassen (5) geschichtet war. Die 7,5% der Unternehmen, die laut Konjunkturstatistikverordnung maximal zu befragen sind, orientierten sich an der Anzahl aller Unternehmen, die im Unternehmensregister in den betreffenden Wirtschaftszweigen verzeichnet sind. Als problematisch erwies sich dabei die Qualität der Angaben zu den Unternehmen des Dienstleistungsbereiches im Unternehmensregister. Es enthielt eine nicht unerhebliche Anzahl bereits erloschener Einheiten oder Einheiten, die im Register doppelt verzeichnet waren. Gleichzeitig ist der Bereich der kleinen Unternehmen in bestimmten Dienstleistungsbereichen von einer deutlichen Fluktuation gekennzeichnet. Es ist daher wenig verwunderlich, dass die im Unternehmensregister angegebene Anzahl an Unternehmen von der hochgerechneten Gesamtzahl der Unternehmen, wie sie sich aus den Ergebnissen der Erhebung errechnet, abweicht. Bei der Stichprobenplanung musste von der im Unternehmensregister verzeichneten Anzahl von rund 481 000 Unternehmen ausgegangen werden, was bei einer 7,5%-Stichprobe gleichbedeutend mit einer Befragung von etwa 36 000 Unternehmen ist. Mit der ersten Erhebung wurden jedoch lediglich knapp 33 000 gültige Einheiten ermittelt. Das hochgerechnete Ergebnis reduzierte sich dadurch ebenfalls auf rund 412 000 Unternehmen.

Bei der Stichprobenplanung erhielten umsatzstarke Unternehmen mittels der Schichtung größere Auswahlchancen als kleine Unternehmen. Dieses spiegelt sich auch in der Tabelle 1 wider. Die erfassten Unternehmen repräsentieren mehr als 60% des hochgerechneten Umsatzes und mehr als 50% der hochgerechneten tätigen Personen der hier betrachteten Wirtschaftszweige.

Tabelle 1: Anteil der erfassten Unternehmen, Umsätze und tätigen Personen an den hochgerechneten Ergebnissen
Prozent

Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Umsatz	Tätige Personen
Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Datenverarbeitung und Datenbanken; Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g. ¹⁾	8,0	63,3	50,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	12,3	77,3	63,0
Verkehr	12,2	69,0	52,7
Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen	8,9	59,3	44,6
Schifffahrt	38,4	80,8	62,9
Luftfahrt	59,5	98,4	98,6
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung ...	18,0	68,1	59,1
Nachrichtenübermittlung ..	14,2	94,7	84,1
Datenverarbeitung und Datenbanken; Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g. ¹⁾	6,8	47,9	43,7
Datenverarbeitung und Datenbanken	8,0	66,7	51,8
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g. ¹⁾	6,7	41,8	42,6

1) Ohne Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften.

Die Auswahl der zu befragenden Unternehmen wird einmal jährlich zum ersten Vierteljahr mittels einer so genannten Neuzugangsstichprobe um neu im Register verzeichnete Einheiten ergänzt. Sie erfasst diejenigen Unternehmen, die zu den bisherigen Stichprobenziehungen keine Auswahlchance besessen haben und im Register in einem der relevanten Wirtschaftsbereiche geschlüsselt sind. Dieses sind im Wesentlichen neu im Unternehmensregister aufgenommene Einheiten, allerdings zu geringeren Anteilen auch Unternehmen, die vorher zwar im Unternehmensregister verzeichnet waren, aber nicht zum Berichtskreis der Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen gehörten.

Die Zugehörigkeit zu einem Wirtschaftszweig wird mit der Erhebung für das erste Quartal bei den Neuzugängen wie auch bei den in früheren Stichproben gezogenen Einheiten mittels Befragung überprüft und gegebenenfalls geändert. Die im ersten Quartal festgelegte Zuordnung bleibt dann für alle folgenden Quartale des Jahres konstant und wird im laufenden Jahr nicht erneut erfasst.

Durchführung der Erhebung

Nach der bei Bundesstatistiken üblichen Aufgabenverteilung sind für die Durchführung der Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen die Statistischen Ämter der Länder zuständig. Sie ziehen die Stichproben nach methodischen Vorgaben des Statistischen Bundesamtes, versenden die Erhebungsunterlagen, erfassen die Rückläufe, plausibilisieren und tabellieren das eingehende Material nach einheitlichen Grundsätzen und erstellen Ergebnisse für den Bereich ihres jeweiligen Landes. Das Statistische Bundesamt ist für die methodische Vorbereitung

und Koordinierung der Erhebung sowie für die Erstellung der Ergebnisse für Deutschland zuständig. Die Erstellung der Bundesergebnisse erfolgt dabei aus dem von den Statistischen Ämtern der Länder bereitgestellten tabellierten Material.

Es wird angestrebt, dass die Erstellung der Bundesergebnisse bis spätestens 60 Tage nach dem Ende eines Berichtsquartals abgeschlossen ist. Zur Erfüllung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 ist eine Datenübermittlung nach drei Monaten erforderlich. Allerdings gibt es auch hier Überlegungen, diesen Zeitpunkt um einen Monat auf zwei Monate vorzulegen. Nachdem im 1. Quartal 2003 die Datenübermittlung erst nach 98 Tagen erfolgte, konnten die Daten für das 3. Quartal 2004 bereits nach 67 Tagen geliefert werden.

Die angestrebte Veröffentlichung der Ergebnisse bis spätestens 60 Tage nach Ende des Berichtsquartals erfordert bei allen Beteiligten eine strenge Zeitplanung und Koordination. Wegen der Ähnlichkeit des Merkmals „Umsatz“ mit den an die Finanzämter zu liefernden Angaben zur Umsatzsteuer-Voranmeldung nutzen viele Unternehmen diese als Grundlage für die Meldung an die Statistischen Ämter der Länder. Bei einer durch die Finanzverwaltung eingeräumten Dauerfristverlängerung müssen diese Angaben allerdings erst 40 Tage nach Ende eines Quartals (bzw. Monats) an die Finanzämter übermittelt werden. Somit stehen sie für statistische Meldungen teilweise auch nicht früher zur Verfügung. Um die Belastung der befragten Unternehmen möglichst gering zu halten, nehmen die Statistischen Ämter der Länder einen Dateneingang zu diesem Termin hin. Somit ist ein Fixpunkt für die frühest mögliche Ergebniserstellung bei 40 Tagen nach Ende eines Quartals gesetzt. Für Erfassung, Plausibilisierung, Klärung von Unplausibilitäten, Tabellierung und die Erstellung des Bundesergebnisses bleiben daher allenfalls zwei Wochen.

Berechnungsmodelle der Ergebnisse

Ziel einer Konjunkturberichterstattung ist es, die Veränderung der Intensität der wirtschaftlichen Tätigkeiten in den betrachteten Wirtschaftszweigen abzubilden. Eine direkte Abbildung dieser Veränderung ist allerdings nicht möglich. Daher werden verschiedene Indikatoren berechnet, die ihrerseits Anhaltspunkte hierfür liefern sollen. Mit den in der Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen erhobenen Merkmalen können die Veränderungen bezüglich der Höhe des Umsatzes sowie der Anzahl der tätigen Personen berechnet werden.

Werden die Veränderungen zum Vorjahresquartal betrachtet, so wird eine möglicherweise vorhandene saisonale Komponente in der Veränderungsrate eliminiert. Eine anderweitige saisonale Bereinigung ist zurzeit aufgrund der zu geringen Anzahl an Beobachtungsperioden noch nicht möglich. Auch arbeitstägliche Bereinigungen sowie Kalenderbereinigungen werden derzeit noch nicht durchgeführt. Zur Berechnung der Veränderungsrate bieten sich jedoch unterschiedliche Berechnungsmodelle an, die jeweils zu unterschiedlichen Ergebnissen führen.

Vergleich der absoluten Werte zum Vor(jahres)quartal

Bei dieser Betrachtungsweise werden die absoluten hochgerechneten Werte der Beobachtungsmerkmale Umsatz und Anzahl der tätigen Personen aller erhobenen Unternehmen (Merkmalsträger) im Berichts- und im Basisquartal, also dem Vor- bzw. Vorjahresquartal, zueinander in Relation gesetzt. Formelhaft lässt sich die Veränderungsrate darstellen als:

$$(1) \quad VR = \frac{\sum_{i=1}^n x_i^{Qt}}{\sum_{j=1}^m x_j^{Qt-1}} - 1$$

mit:

VR	Veränderungsrate
Qt	Berichtsquartal
Qt-1	Basisquartal
i	Merkmalsträger im Berichtsquartal
j	Merkmalsträger im Basisquartal
n	Anzahl der Merkmalsträger im Berichtsquartal
m	Anzahl der Merkmalsträger im Basisquartal
x_i^{Qt}	Merkmalsausprägung des i-ten Merkmalsträgers im Berichtsquartal
x_j^{Qt-1}	Merkmalsausprägung des j-ten Merkmalsträgers im Basisquartal

Problematisch bei diesem Verfahren ist jedoch, dass zwar Abgänge der Stichprobenunternehmen in die Berechnung mit einfließen, Neuzugänge in die Grundgesamtheit jedoch nur einmal jährlich zum ersten Quartal aufgenommen werden. Somit findet eine unterjährige Abschmelzung des Berichtsgebietes statt. Dieses Abschmelzen lässt sich an den Daten aus dem Jahr 2003 deutlich erkennen. Betrug die hochgerechnete Anzahl der Unternehmen in allen betrachteten Wirtschaftszweigen im 1. Quartal 2003 rund 412 000, so waren es im 4. Quartal nur noch rund 391 000. Nach der Neuzugangsstichprobe für das 1. Quartal 2004 stieg diese Anzahl wieder auf 442 000 an.

Hierdurch findet auch bei der Berechnung der Veränderungen von Umsatz bzw. tätigen Personen zum Vorquartal eine systematische Verzerrung statt, was sich in einem Überschätzen der Entwicklung zwischen dem vierten und dem ersten Quartal und einem kontinuierlichen Unterschätzen der Entwicklungen zwischen dem ersten und dem vierten Quartal ausdrückt. Allerdings wird dieser verzerrende Effekt bei den Merkmalen durch andere Einflussvariablen überlagert, sodass er sich nicht direkt anhand der Veränderungsrate für Umsatz und tätige Personen zeigen lässt. Auch im Vergleich zum Vorjahr findet eine systematische Verzerrung statt, wenn der Prozess des Abschmelzens und Auffüllens nicht – was sich kaum erwarten lässt – jedes Jahr synchron verläuft. Dass diese Annahme nicht sehr wirklichkeitstreu

Tabelle 2: Umsatz und tätige Personen
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

Wirtschaftsgliederung	In allen erfassten Unternehmen						In zum Vorquartal paarigen Unternehmen ²⁾					
	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	2. Vj	3. Vj	4.Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj
	2003			2004			2003			2004		
Umsatz												
Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Datenverarbeitung und Datenbanken; Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g. ¹⁾	+3,6	+2,9	+5,4	-5,6	+6,0	+1,5	+5,0	+5,3	+2,0	-9,9	+7,5	+1,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+2,9	+5,1	+2,0	-3,6	+8,4	+3,5	+6,8	+8,2	-0,8	-9,4	+11,2	+3,7
Verkehr	+9,1	+5,1	+1,0	-11,9	+13,6	+4,9	+11,0	+10,0	-3,2	-12,4	+13,5	+5,3
Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen	+8,1	+6,1	+3,0	-14,4	+10,0	+3,1	+10,0	+8,9	+0,1	-18,3	+11,0	+3,6
Schifffahrt	+9,7	+3,0	+4,8	-6,5	+12,5	+3,2	+9,7	+2,9	+5,2	-11,7	+12,5	+4,0
Luftfahrt	+25,3	-0,2	-2,7	-2,4	+35,0	+3,1	+40,5	+25,1	-16,3	-17,1	+35,0	+3,1
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung	+7,4	+5,5	-0,5	-12,3	+13,1	+7,0	+7,9	+9,9	-4,9	-7,1	+12,0	+7,4
Nachrichtenübermittlung ...	-9,3	+5,1	+4,2	+15,2	-0,8	+0,5	-1,5	+4,0	+5,4	-2,9	+7,1	+0,5
Datenverarbeitung und Datenbanken; Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g. ¹⁾	+4,3	+0,8	+9,0	-7,5	+3,5	-0,5	+3,3	+2,5	+4,9	-10,4	+3,8	+0,0
Datenverarbeitung und Datenbanken	+18,2	+1,1	+10,9	-9,9	+1,9	+0,8	+7,8	+3,9	+11,1	-12,0	+1,2	+0,9
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g. ¹⁾	+0,4	+0,7	+8,4	-6,7	+4,1	-1,0	+2,0	+2,0	+2,9	-9,9	+4,7	-0,3
Tätige Personen												
Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Datenverarbeitung und Datenbanken; Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g. ¹⁾	-3,1	-0,3	-0,3	+7,4	+0,3	+0,3	+0,2	+1,0	-1,3	-0,2	+0,4	+1,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-6,1	-0,7	+0,4	+5,4	+0,4	-0,2	+1,7	+0,5	-0,5	-0,9	+0,4	+0,2
Verkehr	-9,1	-0,7	+0,7	+4,3	+1,2	+0,2	+1,6	+0,9	-0,8	-0,5	+1,4	+0,7
Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen	-15,7	+0,5	-1,0	+6,4	+1,3	-0,5	+1,6	+0,8	-0,5	+0,0	+1,6	+0,3
Schifffahrt	+7,3	-0,7	-5,6	+11,7	+5,0	±0,0	+7,0	+0,4	-4,9	-0,5	+6,6	+1,1
Luftfahrt	+10,1	-2,7	-0,4	+4,5	+1,0	+0,5	+1,0	+0,1	-0,3	+0,8	+1,0	+0,5
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung	-0,6	-2,3	+3,9	+0,7	+0,7	+1,1	+1,5	+1,1	-0,9	-1,3	+0,7	+1,3
Nachrichtenübermittlung ...	+0,6	-0,7	-0,1	+7,4	-1,1	-1,0	+1,8	-0,3	-0,1	-1,8	-1,4	-0,7
Datenverarbeitung und Datenbanken; Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g. ¹⁾	-1,2	±0,0	-0,8	+8,6	+0,3	+0,6	-0,7	+1,3	-1,8	+0,2	+0,4	+1,4
Datenverarbeitung und Datenbanken	+5,5	-2,1	+0,1	+7,9	-1,6	-0,2	+0,1	+0,5	-0,3	+0,5	-0,2	-0,2
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g. ¹⁾	-2,1	+0,3	-0,9	+8,7	+0,6	+0,7	-0,9	+1,4	-2,0	+0,2	+0,4	+1,7

1) Ohne Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften. – 2) Paarige Unternehmen: Unternehmen mit Angaben im Berichts- und Vergleichsquartal.

ist, zeigt sich bereits daran, dass die Zahl der Neuzugänge im ersten Quartal 2004 bereits den Prozess des Abschlüssens um mehr als das Doppelte kompensiert hat. Somit kann davon ausgegangen werden, dass es sich bei den neu in die Erhebung einbezogenen Unternehmen nicht (nur) um Neugründungen des Jahres 2003, sondern auch aus vergangenen Jahren handelte. Dieses bestätigt sich auch bei Vergleichen auf Einzeldatenebene. Mit der zunehmenden Verbesserung des Unternehmensregisters ist allerdings davon auszugehen, dass sich dieser Effekt in der Zukunft verringern wird.

Vergleich der absoluten Höhe der Merkmale unter Einbeziehung lediglich der Merkmalsträger, die in beiden Vergleichsquartalen existent sind (paarige Fälle)

Dieses Verfahren der paarigen Fälle blendet die Zu- und Abgänge in der Grundgesamtheit aus. Es betrachtet lediglich die hochgerechneten Veränderungen der Merkmalsausprägungen derjenigen Merkmalsträger, die in beiden Vergleichsquartalen existent waren. Somit ist dieses Verfahren also nicht geeignet, um die Effekte abzubilden, die

direkt aus der Neugründung von Unternehmen resultieren. Allerdings sind auch beim Vergleich der hochgerechneten absoluten Merkmalswerte aller erhobenen Unternehmen derartige Effekte kaum interpretierbar. Sie wären – wie oben erwähnt – lediglich mit zeitlichem Verzug und einer zeitlichen Verzerrung in der Erhebung beobachtbar. Andererseits werden indirekte Effekte, die mit dem Marktzutritt neuer Unternehmen einhergehen, durchaus bei beiden Methoden abgebildet. So führt ein Marktzutritt eines neuen Unternehmens zu Verlusten von Marktanteilen bei den etablierten Unternehmen, die die Beobachtungseinheiten darstellen. Dieses zeigt sich durch einen Umsatzrückgang bzw. durch einen langsameren Umsatzanstieg auch in den Ergebnissen der Konjunkturberichterstattung. Genauso führt der Marktaustritt eines Unternehmens, was zu Marktanteilszuwächsen bei den verbleibenden Unternehmen führt, zu einem unterproportional dargestellten Umsatzrückgang bzw. einem Umsatzanstieg.

Auch mit dieser Methode der paarigen Unternehmen können Vergleiche zum Vorquartal und zum Vorjahresquartal berechnet werden. Die Berechnungsweise der Veränderungsrate zum Vorquartal ist dabei lediglich der Quotient aus den Summen der jeweiligen Merkmalsausprägungen der Merkmalsträger, die im Berichts- sowie im Vorquartal verwertbare Angaben geliefert haben. Dieses lässt sich formelmäßig darstellen als:

$$(2) \quad VR_{\text{Vorquartal}} = \frac{\sum_{i=1}^n x_i^{Qt}}{\sum_{i=1}^n x_i^{Qt-1}} - 1$$

mit:

VR	Veränderungsrate
Qt	Berichtsquartal
i	Merkmalsträger im Berichtsquartal und im jeweiligen Vorquartal
n	Anzahl der Merkmalsträger im Berichtsquartal und im jeweiligen Vorquartal
x_i^{Qt}	Merkmalsausprägung des i ten Merkmalsträgers im Berichtsquartal (Qt).

Die Veränderungsrate zum Vorjahresquartal lässt sich auf ähnliche Weise bestimmen. Hierbei wird allerdings nicht das Vorquartal, sondern das Vorjahresquartal als Basisquartal verwandt.

$$(3) \quad VR_{\text{Vorjahresquartal}} = \frac{\sum_{i=1}^n x_i^{Qt}}{\sum_{i=1}^n x_i^{Qt-4}} - 1$$

Im Vergleich zur Berechnung der Veränderungsrate zum Vorquartal ist hierbei jedoch zu berücksichtigen, dass die Anzahl der Merkmalsträger, die in diese Berechnung einfließt, wesentlich geringer ist. Es können lediglich die Merkmalsträger berücksichtigt werden, die im Vorjahresquartal

bereits gemeldet haben und im Berichtsquartal immer noch melden. Da der Stichprobenumfang im Vergleich zur Berechnung der Vorquartalsveränderung geringer ist, ist auch von einem erhöhten Stichprobenfehler auszugehen.

Hierbei kann eine modifizierte Berechnung der Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresquartal Abhilfe schaffen. Dazu wird mit Hilfe der vier dem Berichtsquartal vorangehenden Änderungen der jeweils paarigen Unternehmen gegenüber dem entsprechenden Vorquartal eine Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresquartal berechnet.

$$(4) \quad VR_{\text{Vorjahresquartal}} = \frac{\sum_{i_{Qt}=1}^{n_{Qt}} x_{i_{Qt}}^{Qt} \cdot \sum_{i_{Qt-1}=1}^{n_{Qt-1}} x_{i_{Qt-1}}^{Qt-1} \cdot \sum_{i_{Qt-2}=1}^{n_{Qt-2}} x_{i_{Qt-2}}^{Qt-2} \cdot \sum_{i_{Qt-3}=1}^{n_{Qt-3}} x_{i_{Qt-3}}^{Qt-3}}{\sum_{i_{Qt}=1}^{n_{Qt}} x_{i_{Qt}}^{Qt-1} \cdot \sum_{i_{Qt-1}=1}^{n_{Qt-1}} x_{i_{Qt-1}}^{Qt-2} \cdot \sum_{i_{Qt-2}=1}^{n_{Qt-2}} x_{i_{Qt-2}}^{Qt-3} \cdot \sum_{i_{Qt-3}=1}^{n_{Qt-3}} x_{i_{Qt-3}}^{Qt-4}} - 1$$

mit:

VR	Veränderungsrate
Qt	Berichtsquartal
i_{Qt}	Merkmalsträger im jeweiligen Quartal und dessen Vorquartal
n_{Qt}	Anzahl der Merkmalsträger im jeweiligen Quartal und dessen Vorquartal
$x_{i_{Qt}}^{Qt}$	Merkmalsausprägung des i ten Merkmalsträgers im Berichtsquartal (Qt).

Theoretisch sollten diese beiden Berechnungsmethoden zu ähnlichen Ergebnissen führen. Wie aus der Tabelle 3 hervorgeht, sind jedoch erhebliche Abweichungen zwischen den Ergebnissen der einzelnen Berechnungsmethoden zu erkennen. Diese resultieren im Wesentlichen aus zwei verschiedenen Gründen. Zum einen wird der Wechsel zwischen zwei Wirtschaftszweigen, zum anderen das Erlöschen von Unternehmen in den beiden Berechnungsmethoden unterschiedlich behandelt. Beim Vergleich auf Unternehmensebene zum Vorjahresquartal wird das Unternehmen dem Wirtschaftszweig zugeordnet, dem es im Berichtsquartal angehört. Wechselt es zwischenzeitlich aus dem Berichtskreis heraus oder erlischt es, so fließt es nicht in die Berechnung der Veränderungsrate ein. Anders bei der Berechnung der Veränderungsrate basierend auf den Veränderungen der bisherigen vier Quartale: Hier werden die Unternehmen in den Quartalen bis zum vierten Quartal dem Wirtschaftszweig des Vorjahres und ab dem ersten Quartal eventuell einem anderen Wirtschaftszweig zugerechnet. Es ist auch nicht erheblich, ob ein Unternehmen ein ganzes Jahr dem Berichtskreis angehört. Erlischt das Unternehmen oder wechselt es aus dem Berichtskreis heraus, wird es, so lange es dem Berichtskreis angehört, auch zur Berechnung der Veränderungsrate gegenüber dem jeweiligen Vorquartal mit einbezogen. Somit fließt es auch in die Berechnung für die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresquartal mit ein. Unternehmen, die durch die Neuzugangsstichprobe neu zum Berichtskreis hinzukommen, werden hierbei ab dem zweiten Quartal berücksichtigt, während sie bei einem Vergleich auf Basis ihrer Angaben zum Vorjahresquartal nicht berücksichtigt werden können.

Tabelle 3: Umsatz und tätige Personen in den ersten drei Vierteljahren 2004
Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %

Wirtschaftsgliederung	In allen erfassten Unternehmen			In zum Vorjahresquartal paarigen Unternehmen ²⁾			In zu den jeweiligen Vorquartalen paarigen Unternehmen ^{2) 3)}		
	1. Vj	2. Vj	3. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj
Umsatz									
Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Datenverarbeitung und Datenbanken; Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g. ¹⁾	+6,1	+8,5	+7,0	+1,0	+2,3	+1,0	+1,7	+4,1	+0,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+6,2	+11,9	+10,2	+2,6	+4,7	+3,4	+3,9	+8,2	+3,7
Verkehr	+2,0	+6,3	+6,1	+2,7	+4,4	+4,6	+3,6	+5,9	+1,4
Landverkehr; Transport in									
Rohrfernleitungen	+1,1	+2,9	-0,1	-0,4	-1,7	+1,4	-1,9	-1,1	-5,9
Schifffahrt	+10,8	+13,5	+13,7	+5,5	+7,9	+8,7	+4,8	+7,5	+8,7
Luftfahrt	+18,6	+27,9	+32,1	-1,8	+24,6	+18,7	+22,0	+17,3	-3,4
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den									
Verkehr; Verkehrsvermittlung ...	-1,2	+4,1	+5,6	+5,1	+5,3	+3,9	+4,7	+8,7	+6,2
Nachrichtenübermittlung	+14,5	+25,2	+19,7	+2,4	+5,5	+0,9	+4,9	+14,1	+10,3
Datenverarbeitung und Datenbanken; Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g. ¹⁾	+6,0	+5,2	+3,8	-0,6	-0,3	-1,6	-0,5	+0,0	-2,4
Datenverarbeitung und Daten-									
banken	+19,4	+2,9	+2,6	+8,4	+0,9	-2,5	+9,5	+2,8	-0,1
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g. ¹⁾	+2,2	+5,9	+4,2	-3,2	-0,6	-1,3	-3,5	-1,0	-3,2
Tätige Personen									
Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Datenverarbeitung und Datenbanken; Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g. ¹⁾	+3,5	+7,1	+7,7	-0,1	-0,6	-0,7	-0,3	-0,1	-0,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-1,4	+5,5	+6,0	+0,8	-0,7	-1,1	+0,7	-0,5	-0,8
Verkehr	-5,2	+5,5	+6,5	+1,5	+1,1	+0,6	+1,3	+1,0	+0,8
Landverkehr; Transport in									
Rohrfernleitungen	-10,7	+7,3	+6,3	+1,7	+1,7	+1,2	+1,8	+1,8	+1,3
Schifffahrt	+12,4	+9,9	+10,7	+0,2	+2,1	+2,7	+1,7	+1,3	+2,0
Luftfahrt	+11,5	+2,2	+5,6	+0,7	+0,1	+0,6	+1,6	+1,6	+2,0
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den									
Verkehr; Verkehrsvermittlung ...	+1,7	+3,0	+6,6	+1,4	+0,4	-0,6	+0,4	-0,3	-0,2
Nachrichtenübermittlung	+7,2	+5,4	+5,1	-0,6	-4,3	-4,2	-0,5	-3,6	-3,9
Datenverarbeitung und Datenbanken; Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g. ¹⁾	+6,4	+8,1	+8,7	-0,6	-0,5	-0,4	-1,0	+0,1	+0,3
Datenverarbeitung und Daten-									
banken	+11,6	+4,1	+6,0	+2,2	+0,8	+0,0	+0,9	+0,5	-0,2
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g. ¹⁾	+5,8	+8,6	+9,1	-1,0	-0,7	-0,5	-1,2	+0,1	+0,3

1) Ohne Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften. – 2) Paarige Unternehmen: Unternehmen mit Angaben im Berichts- und Vergleichsquartal. – 3) Berechnet anhand der Veränderungsraten der paarigen Unternehmen der vergangenen vier Quartale.

Unter diesen Gesichtspunkten sind die Veränderungsraten, die auf Basis der Verknüpfung der Veränderungsraten der vergangenen vier Quartale berechnet wurden, denen vorzuziehen, die aus dem direkten Vergleich von Unternehmen über den Zeitraum eines Jahres bestimmt worden sind.

Ein weiterer Vorteil dieser Berechnungsmethode besteht darin, dass die Ergebnisse der Veränderung im Vergleich zum Vorjahr der über die letzten vier Quartale exakt entspricht. Dadurch findet sich in den Daten eine Konsistenz wieder, die sonst nicht gegeben wäre. Die Ergebnisse der beiden Berechnungsmodelle sind in der Tabelle 3 wiedergegeben.

Veröffentlichung von Ergebnissen

Eine erste Veröffentlichung von Ergebnissen erfolgte bereits im Dezember 2004 in Form einer Pressemitteilung (siehe auch WiSta 12/2004, S. 1358 f.) und mit dem Einstellen von Ergebnistabellen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>). Veröffentlicht wurden

hierbei die Veränderungsraten gegenüber dem Vorquartal, die auf den Ergebnissen der „paarigen“ Fälle beruhen, sowie die hieraus resultierenden Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahresquartal.

Darüber hinaus wird eine eigene Fachserie, in der die Ergebnisse nach Wirtschaftszweigen tiefer gegliedert und über einen längeren Zeitraum dargestellt werden, mit den Ergebnissen für das Berichtsquartal (4. Vj 2004) verfügbar sein. [u](#)

Dipl.-Volkswirt Heiko Pfaff und Mitarbeiterinnen

Behinderung und Einkommen

Ergebnis des Mikrozensus 2003

In diesem Beitrag wird anhand des Ergebnisses des Mikrozensus 2003 die Einkommenssituation der behinderten Menschen dargestellt. Zum Vergleich werden dabei die entsprechenden Einkommensdaten nichtbehinderter Menschen herangezogen.

Bei einem Vergleich der Haushaltsnettoeinkommen insgesamt nach der Haushaltsgröße zeigt sich, dass nicht-behinderte Menschen etwas häufiger in den höchsten Einkommensklassen vertreten waren als die behinderten Menschen. Zunächst etwas überraschend ist hingegen, dass die nichtbehinderten Menschen jedoch auch häufiger niedrige Einkommen aufwiesen als die behinderten Menschen. Diese Unterschiede sind zum Teil durch die deutlich ältere Altersstruktur bei den Behinderten bedingt. In den Altersgruppen ab 65 Jahren wurden generell weniger Niedrigeinkommen erzielt, allerdings auch weniger hohe Einkommen.

Führt man – um den genannten Alterseffekt zu bereinigen – ausführlichere Vergleiche zwischen behinderten und nicht-behinderten Menschen nach Haushaltsgröße und zusätzlich nach Altersgruppen durch, ergibt sich im Niedrigeinkommensbereich ein anderes Bild: Nach dem Ergebnis ist die Einkommenssituation bei den 25- bis etwa unter 60-jährigen behinderten Menschen zum Teil deutlich schlechter als die der nichtbehinderten Menschen.

Zwischen behinderten Frauen und behinderten Männern zeigen sich in der Regel bei den Haushaltsnettoeinkom-

men nur relativ geringe Unterschiede. Allerdings erzielen die behinderten Frauen – bedingt auch durch ihre geringere Erwerbsbeteiligung – deutlich niedrigere persönliche Einkommen als die behinderten Männer.

Behinderte und nichtbehinderte Menschen – ein Vergleich der Einkommenssituation

Durch den Mikrozensus im Mai 2003 wurden unter anderem wichtige Strukturdaten über die Lebenssituation von behinderten Menschen gewonnen. Nachdem in einem früheren Beitrag in dieser Zeitschrift bereits Daten über die soziale Situation der behinderten Menschen¹⁾ dargestellt wurden, geht dieser Bericht auf die Einkommen ein. Dabei werden – zur Orientierung – die Ergebnisse für die behinderten und nichtbehinderten Menschen einander gegenübergestellt.

Der Mikrozensus – die EU-weit größte Haushaltsbefragung – ist eine Mehrzweckstichprobe, die ausführliche Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung liefert. Daten zur Behinderung werden das nächste Mal im Mikrozensus 2005 gewonnen. Die Beantwortung der Fragen zur Behinderung ist dabei freiwillig. Im Mikrozensus 2003 haben 85% der Befragten Angaben zur Behinderung gemacht. Dies bietet eine gute Basis für die Auswertungen und zusätzlichen Hochrechnungen.²⁾

1) Siehe Pfaff, H.: „Lebenslagen der behinderten Menschen“ in WiSta 10/2004, S. 1181 ff.

2) Eine Antwortquote von annähernd 85% war in fast allen Untergruppen feststellbar. In den Heimen und Anstalten war die Antwortquote hingegen mit 44% deutlich niedriger. Die Gruppe der Heim- und Anstaltsbewohner wird allerdings in diesem Bericht über die Einkommenssituation nicht betrachtet.

Als Hochrechnungsrahmen wurden zusätzlich zu den für das Mikrozensus-Grundprogramm genutzten Eckzahlen der laufenden Bevölkerungsfortschreibung die Eckwerte der Schwerbehindertenstatistik 2001 verwendet.³⁾

Jede(r) zehnte Einwohner/-in war als Behinderte(r) anerkannt

Menschen sind – entsprechend dem SGB IX⁴⁾ – behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Normale Alterserscheinungen sind somit keine Behinderungen im Sinne des SGB IX.

Personen, deren Grad der Behinderung mindestens 50 beträgt, gelten als schwerbehindert; als leichter Behinderte werden Personen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50 bezeichnet. Die Auswirkungen auf die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft werden als Grad der Behinderung (GdB) nach Zehnergraden von 20 bis 100 abgestuft festgestellt.

Nach dem Ergebnis des Mikrozensus lebten im Mai 2003 in der Bundesrepublik Deutschland 8,4 Mill. amtlich anerkannte behinderte Menschen. Der größte Teil von ihnen,

6,7 Mill. Menschen, zählte zu den Schwerbehinderten⁵⁾; 1,7 Mill. Personen waren leichter behindert. Mehr als die Hälfte der Behinderten (54%) waren Männer. Im Durchschnitt war jeder zehnte Einwohner behindert.

Fast drei Viertel der Behinderten 55 Jahre oder älter

Die Gliederung der Behinderten nach Altersgruppen zeigt eine starke „Alterslastigkeit“ (siehe Tabelle 1). So waren 72% der Behinderten 55 Jahre oder älter. Der entsprechende Anteil dieser Altersgruppe unter den nichtbehinderten Personen betrug demgegenüber nur 28%.

Die Behindertenquote – also der Anteil der Behinderten an der Bevölkerung der jeweiligen Altersklasse – steigt mit zunehmendem Alter an und ist schließlich am höchsten bei den über 80-Jährigen: Hier ist fast jede(r) Dritte behindert – die Quote beträgt 33%.

Vergleich der Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltsgröße

Im Mikrozensus wird die Gesamthöhe des individuellen Nettoeinkommens erfragt. Das monatliche Nettoeinkom-

Tabelle 1: Behinderte Menschen nach Alter und Grad der Behinderung
Ergebnis des Mikrozensus Mai 2003

Alter von ... bis unter ... Jahren	Behinderte insgesamt [GdB ¹⁾ bis 100]			Schwerbehinderte [GdB ¹⁾ 50 bis 100]			Leichter Behinderte [GdB ¹⁾ bis 50]		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
	1 000								
unter 15	137	80	57	127	74	54	10	/	/
15 – 25	158	93	65	138	81	57	20	12	8
25 – 45	941	538	403	692	383	309	248	155	94
45 – 55	1 142	624	517	734	391	344	407	234	174
55 – 60	862	501	361	602	346	256	260	155	105
60 – 65	1 218	735	483	919	558	361	299	177	122
65 – 70	1 040	620	420	855	508	347	185	113	73
70 – 75	918	511	407	808	445	363	110	66	44
75 – 80	875	431	444	792	384	408	83	47	37
80 und mehr	1 119	399	721	1 045	361	684	74	38	37
Insgesamt ...	8 409	4 532	3 877	6 712	3 530	3 182	1 697	1 002	695
	Behindertenquote in % ²⁾								
unter 15	1,1	1,3	1,0	1,0	1,2	0,9	0,1	/	/
15 – 25	1,7	2,0	1,4	1,5	1,7	1,3	0,2	0,3	0,2
25 – 45	4,0	4,5	3,5	2,9	3,2	2,7	1,1	1,3	0,8
45 – 55	9,9	10,9	8,9	6,4	6,8	5,9	3,5	4,1	3,0
55 – 60	18,5	21,4	15,5	12,9	14,8	11,0	5,6	6,6	4,5
60 – 65	20,3	24,7	16,0	15,3	18,8	11,9	5,0	6,0	4,0
65 – 70	20,5	25,6	15,8	16,8	20,9	13,1	3,7	4,6	2,7
70 – 75	24,3	30,0	19,6	21,4	26,1	17,4	2,9	3,9	2,1
75 – 80	28,8	37,6	23,4	26,0	33,5	21,5	2,7	4,1	1,9
80 und mehr	33,0	41,5	29,7	30,8	37,5	28,1	2,2	3,9	1,5
Insgesamt ...	10,2	11,2	9,2	8,1	8,8	7,5	2,1	2,5	1,6

1) Grad der Behinderung. – 2) Anteil der Behinderten an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe aus dem Mikrozensus.

3) Die Ergebnisse über die schwerbehinderten Menschen wurden dabei auf Bundesebene anhand der Schwerbehindertenstatistik 2001 nach acht Altersgruppen und dem Geschlecht geschichtet hochgerechnet. Für die leichter Behinderten erfolgte lediglich eine Einschätzung der Antwortausfälle.

4) § 131 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) – „Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen“, Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. April 2004 (BGBl. I S. 606) geändert wurde, in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322).

5) Eine ausführlichere Darstellung der Struktur der schwerbehinderten Menschen nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit gibt Pfaff, H.: „Schwerbehinderte Menschen 2001“ in WiSta 8/2003, S. 745 ff.

men setzt sich aus der Summe aller Einkommensarten zusammen; neben Lohn und Gehalt zählen hierzu zum Beispiel auch Einnahmen aus Zins und Pacht oder staatliche Transferleistungen, wie Kindergeld oder Sozialhilfe. Die Befragten stufen sich dabei selbst in vorgegebene Einkommensgruppen ein.⁶⁾ Das *Haushaltsnettoeinkommen* ist die Summe der individuellen Nettoeinkommen der Haushaltsmitglieder.

Um aussagekräftige Einkommensvergleiche zwischen Personen, die in unterschiedlich großen Haushalten leben, zu ermöglichen, werden in der Regel so genannte Nettoäquivalenzeinkommen⁷⁾ ermittelt. Im Rahmen des Mikrozensus ist eine solche Auswertung jedoch nicht standardmäßig vorgesehen.

Um trotzdem einen sinnvollen Vergleich der Einkommenssituation zu ermöglichen, werden im Folgenden in erster Linie die Haushaltsnettoeinkommen von Haushalten gleicher Größe von behinderten und nichtbehinderten Menschen gegenübergestellt.⁸⁾ Die Analyse erfolgt dabei anhand der Verteilung bzw. der Anteile der Einkommensklassen; Durchschnittseinkommen wurden dabei – methodisch bedingt – nicht gebildet.

Geringere Einkommen bei den Behinderten zwischen 25 und 65 Jahren als bei den Nichtbehinderten in 1-Personenhaushalten

Tabelle 2 zeigt das monatliche Haushaltsnettoeinkommen in 1-Personenhaushalten. Hier lebten rund 2,4 Mill. behinderten Menschen.

Tabelle 2: Behinderte und nichtbehinderte Menschen in 1-Personenhaushalten nach Haushaltsnettoeinkommen und Alter
Ergebnis des Mikrozensus Mai 2003

Alter von ... bis unter ... Jahren	Behinderte Menschen		Nicht-behinderte Menschen	Monatliches Nettoeinkommen von ... bis unter ... EUR								Selbstständige Landwirte		Ohne Angabe des Einkommens	
				unter 700		700 – 1 100		1 100 – 1 500		1 500 und mehr		behinderte Menschen	nicht-behinderte Menschen	behinderte Menschen	nicht-behinderte Menschen
				behinderte Menschen	nicht-behinderte Menschen	behinderte Menschen	nicht-behinderte Menschen	behinderte Menschen	nicht-behinderte Menschen	behinderte Menschen	nicht-behinderte Menschen				
	1 000		%												
Insgesamt															
unter 15	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15 – 25	16	100	100	45,2	48,8	/	26,1	/	18,2	–	4,8	–	/	/	2,1
25 – 45	226	100	100	30,2	17,1	25,4	18,3	25,6	28,0	16,3	33,6	–	0,2	/	2,9
45 – 55	234	100	100	28,7	18,0	27,6	18,7	21,7	24,5	19,9	35,0	/	/	/	3,4
55 – 60	173	100	100	22,1	18,3	30,3	21,8	22,2	23,8	22,4	32,0	/	/	/	3,9
60 – 65	251	100	100	18,1	16,0	35,5	32,6	22,8	25,0	20,5	21,4	–	/	3,1	4,5
65 – 70	228	100	100	13,8	14,5	36,2	36,3	29,6	27,5	17,5	17,4	–	–	/	4,3
70 – 75	279	100	100	10,1	13,8	33,3	36,0	32,1	29,6	18,1	16,7	–	/	6,5	3,8
75 und mehr	953	100	100	10,6	15,1	31,8	35,7	29,8	26,9	22,8	17,4	–	/	5,0	4,9
Insgesamt ...	2360	100	100	16,4	19,1	31,7	26,4	27,5	26,2	20,4	24,5	/	0,2	4,0	3,6
Männlich															
unter 15	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15 – 25	8	100	100	/	48,1	/	23,6	/	18,7	–	7,1	–	/	/	2,5
25 – 45	145	100	100	31,5	18,1	24,0	16,8	24,8	26,4	18,5	35,7	–	/	/	2,7
45 – 55	127	100	100	31,0	18,9	24,9	16,5	21,0	22,0	21,0	38,6	/	/	/	3,3
55 – 60	84	100	100	23,2	19,0	31,6	19,0	18,4	22,2	23,5	35,5	/	/	/	4,0
60 – 65	107	100	100	15,2	13,0	38,7	27,5	22,0	25,9	21,8	28,7	–	/	/	4,2
65 – 70	78	100	100	11,2	12,2	35,8	30,7	30,3	31,5	19,7	22,3	–	–	/	3,4
70 – 75	78	100	100	/	8,3	29,1	28,1	31,0	33,3	26,2	28,0	–	/	/	/
75 und mehr ...	186	100	100	6,1	8,0	17,1	26,1	35,8	30,4	36,5	30,5	–	–	4,6	5,0
Zusammen ...	812	100	100	18,4	19,6	26,9	19,8	26,8	25,5	24,6	31,7	/	0,3	3,2	3,1
Weiblich															
unter 15	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15 – 25	8	100	100	/	49,5	/	28,4	/	17,6	–	2,7	–	/	–	1,7
25 – 45	81	100	100	28,0	15,2	28,0	21,0	27,2	30,9	12,2	29,6	–	/	/	3,1
45 – 55	106	100	100	25,9	16,9	30,8	21,4	22,6	27,7	18,6	30,3	–	/	/	3,6
55 – 60	90	100	100	21,1	17,9	29,2	23,9	25,8	24,9	21,5	29,5	–	–	/	3,8
60 – 65	144	100	100	20,3	17,6	33,1	35,4	23,4	24,6	19,5	17,6	–	/	/	4,7
65 – 70	150	100	100	15,2	15,4	36,4	38,3	29,2	26,1	16,4	15,7	–	–	/	4,6
70 – 75	202	100	100	11,4	15,2	34,9	37,9	32,5	28,7	15,0	13,9	–	/	6,2	4,3
75 und mehr ...	768	100	100	11,7	16,2	35,4	37,3	28,4	26,3	19,4	15,3	–	/	5,1	4,9
Zusammen ...	1548	100	100	15,4	18,7	34,2	31,3	27,8	26,7	18,2	19,2	–	/	4,5	4,0

6) Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe führt eine solche Ad-hoc-Selbsteinstufung in der Regel zu einer gewissen Untererfassung der Einkommen. Siehe hierzu zum Beispiel Münnich, M.: „Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 1“ in WiSta 9/2000, S. 679 ff., S. 689.

7) Für Informationen zum Nettoäquivalenzeinkommen siehe zum Beispiel Statistisches Bundesamt, Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen“, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Heft 6 „Einkommensverteilung in Deutschland“, S. 10 f.: Nach der modifizierten OECD-Skala erhält – zur Division des Haushaltseinkommens – der Haupteinkommensbezieher des Haushalts den Gewichtungsfaktor 1,0, alle weiteren Haushaltsmitglieder, die älter als 14 Jahre sind, den Gewichtungsfaktor 0,5 und Kinder bis 14 Jahre den Gewichtungsfaktor 0,3. Diese modifizierte OECD-Skala ist die für Äquivalenzgewichtungen derzeit am häufigsten verwendete Äquivalenzskala.

8) Die Bewohner eines Mehrpersonenhaushaltes können dabei sowohl bei den nichtbehinderten als auch bei den behinderten Menschen erfasst werden. Beispiel: In einem Haushalt mit drei Personen wohnen zwei nichtbehinderte und ein behinderter Mensch. Das Haushaltseinkommen des 3-Personenhaushalts würde entsprechend zweimal bei den nichtbehinderten und einmal bei dem behinderten Menschen erfasst.

derte Menschen – dies sind rund 29% der gesamten Behinderten in privaten Haushalten. Stark vertreten waren in den 1-Personenhaushalten insbesondere die weiblichen Behinderten im Alter ab 75 Jahren: Von ihnen lebten rund 768 000 in 1-Personenhaushalten.⁹⁾

16% der gesamten Behinderten in 1-Personenhaushalten gaben an, dass sie ein Haushaltsnettoeinkommen von unter 700 Euro aufweisen. 32% der Behinderten hatten ein Einkommen von 700 bis unter 1 100 Euro. Rund 28% wiesen ein Einkommen von 1 100 Euro bis unter 1 500 Euro auf. Weitere 20% hatten ein Einkommen von 1 500 Euro und mehr. 4% machten keine Angabe zur Einkommenshöhe.

Die nichtbehinderten sind *insgesamt* betrachtet etwas häufiger in der höchsten Einkommensklasse vertreten als die behinderten Menschen: bei den Nichtbehinderten hatten rund 25% ein Einkommen von 1 500 Euro und mehr. Zunächst etwas überraschend ist hingegen, dass die Nichtbehinderten jedoch auch häufiger (Anteil von 19%) ein niedriges Einkommen von unter 700 Euro aufwiesen als die behinderten Menschen (Anteil von 16%). Diese Unterschiede sind zum Teil durch die deutlich ältere Altersstruktur bei den Behinderten bedingt. In den Altersgruppen ab 65 Jahren werden generell weniger Einkommen unter 700 Euro erzielt, allerdings auch weniger hohe Einkommen von 1 500 Euro und mehr.

Bei einem ausführlichen Vergleich nach *Altersgruppen* zeigen sich geringere Einkommen bei den Behinderten zwischen 25 und etwa 65 Jahren als bei den Nichtbehinderten dieser Altersklassen. So wiesen 30% der Behinderten im Alter von 25 bis unter 45 Jahren ein Einkommen unter 700 Euro auf; bei den Nichtbehinderten sind es hingegen nur 17%. Auch waren die Behinderten in diesem Alter seltener in der höchsten Einkommensklasse vertreten (Anteil bei den Behinderten 16%, bei den Nichtbehinderten 34%). In den darauf folgenden Altersgruppen nähert sich die Verteilung der Einkommen zunächst an. In den Jahrgängen ab etwa 70 Jahren weisen die behinderten Menschen sogar häufiger höhere Einkommen als die Nichtbehinderten auf. Allerdings mögen zum Teil den höheren Einkommen auch – behinderungsbedingt bzw. krankheitsbedingt – höhere Aufwendungen gegenüberstehen.

Relativ geringe Unterschiede zwischen behinderten Frauen und Männern in 1-Personenhaushalten

Zwischen behinderten Frauen und Männern zeigen sich bei einem Vergleich nach Altersgruppen geringere Einkommensunterschiede als zwischen Behinderten und Nichtbehinderten insgesamt. Behinderte Frauen sind seltener in der höchsten Einkommensgruppe vertreten als die behinderten Männer der gleichen Altersklasse – dies zeigt sich

besonders bei den ab 70-Jährigen. Demgegenüber ist die Gruppe der allein lebenden behinderten Männer bei den unter 60-Jährigen etwas häufiger in der untersten Einkommensgruppe vertreten.

Geringere Einkommen behinderter Männer zwischen 25 und 60 Jahren im Vergleich zu den Nichtbehinderten in 2-Personenhaushalten

Tabelle 3 auf S. 132 zeigt die Verteilung des gesamten Haushaltsnettoeinkommens in 2-Personenhaushalten nach dem Alter. Rund die Hälfte (50% bzw. 4,1 Mill.) der behinderten Menschen in privaten Haushalten lebten in 2-Personenhaushalten.

14% der behinderten Menschen in 2-Personenhaushalten wiesen ein Haushaltsnettoeinkommen von unter 1 300 Euro auf. 20% der Behinderten hatten ein Nettoeinkommen von 1 300 bis unter 1 700 Euro. Rund 25% wiesen ein Einkommen von 1 700 Euro bis 2 300 Euro auf. Weitere 28% hatten ein Einkommen über 2 300 Euro.

Die Nichtbehinderten sind – *insgesamt* betrachtet – etwas häufiger in der höchsten Einkommensklasse vertreten: Bei ihnen hatten 33% ein Einkommen über 2 300 Euro. Die Nichtbehinderten wiesen jedoch auch häufiger ein Einkommen unter 1 300 Euro auf. Diese Unterschiede sind wiederum zum Teil durch die ältere Altersstruktur bei den behinderten Menschen im Vergleich zu den Nichtbehinderten bedingt.

Der ausführliche Vergleich nach *Altersgruppen* zeigt auch hier bei den männlichen Behinderten zwischen 25 und etwa 60 Jahren geringere Einkommen als bei den nichtbehinderten Männern dieser Altersklassen. Die behinderten Frauen weisen in diesem Alter ebenfalls Einkommensrückstände gegenüber den nichtbehinderten auf, diese sind allerdings geringer als bei den Männern.

In den älteren Jahrgängen, vor allem ab 70 Jahren, weisen die behinderten wiederum höhere Einkommen als die nichtbehinderten Menschen auf.

Relativ geringe Einkommensunterschiede zwischen behinderten Frauen und Männern in 2-Personenhaushalten

Bei einem Vergleich der Einkommensverteilung von behinderten Menschen nach Geschlecht und Alter ergeben sich sowohl bei den Niedrigeinkommen als auch bei den hohen Einkommen keine klaren Tendenzen von eindeutigen Einkommensvorteilen.

9) Einen Überblick über die Größe der Haushalte mit behinderten Menschen gibt ebenfalls Pfaff, H., Fußnote 1, S. 1183 ff.

Tabelle 3: Behinderte und nichtbehinderte Menschen in 2-Personenhaushalten nach Haushaltsnettoeinkommen und Alter
Ergebnis des Mikrozensus Mai 2003

Alter von ... bis unter ... Jahren	Behinderte Menschen		Nicht-behinderte Menschen	Monatliches Nettoeinkommen von ... bis unter ... EUR								Selbstständige Landwirte		Ohne Angabe des Einkommens	
				unter 1 300		1 300 – 1 700		1 700 – 2 300		2 300 und mehr		behinderte Menschen	nicht-behinderte Menschen	behinderte Menschen	nicht-behinderte Menschen
				behinderte Menschen	nicht-behinderte Menschen	behinderte Menschen	nicht-behinderte Menschen	behinderte Menschen	nicht-behinderte Menschen	behinderte Menschen	nicht-behinderte Menschen				
	1 000		%												
Insgesamt															
unter 15	10	100	100	/	61,9	/	17,9	/	9,0	/	5,0	–	/	/	6,1
15 – 25	22	100	100	35,7	31,5	/	19,6	/	21,8	/	19,2	–	/	/	7,8
25 – 45	216	100	100	20,3	14,4	15,2	9,9	18,8	16,7	34,3	46,5	/	0,4	11,2	12,2
45 – 55	445	100	100	13,1	11,0	14,5	12,2	23,5	19,9	37,0	43,8	/	0,7	11,8	12,3
55 – 60	495	100	100	14,8	12,3	18,1	14,6	23,3	19,9	32,9	40,0	/	0,5	10,7	12,7
60 – 65	788	100	100	14,9	13,7	20,5	21,7	22,9	22,8	29,5	29,6	/	0,5	12,1	11,8
65 – 70	718	100	100	13,8	14,8	22,8	24,5	27,8	26,1	24,1	23,3	/	/	11,5	11,1
70 – 75	582	100	100	13,9	16,2	21,9	26,3	29,5	25,6	22,5	20,0	/	/	12,2	11,7
75 und mehr	869	100	100	12,7	17,4	20,7	24,6	26,5	24,4	27,1	22,0	/	/	13,0	11,5
Insgesamt ...	4 144	100	100	14,4	16,4	19,9	17,8	25,3	21,1	28,4	32,9	/	0,4	11,9	11,5
Männlich															
unter 15	/	100	100	/	60,9	/	18,3	/	8,8	/	5,5	–	–	/	6,6
15 – 25	10	100	100	/	32,8	/	21,8	/	21,3	/	16,7	–	–	/	7,5
25 – 45	104	100	100	17,2	9,2	14,8	9,4	18,5	18,3	36,1	49,8	/	0,4	12,8	12,8
45 – 55	211	100	100	13,3	8,9	13,4	10,5	22,6	20,0	38,1	47,7	/	0,8	12,5	12,0
55 – 60	276	100	100	14,8	10,1	17,4	12,8	23,7	19,4	32,4	43,7	/	/	11,3	13,4
60 – 65	492	100	100	17,7	12,8	20,9	20,5	21,5	21,9	27,6	32,3	/	0,7	12,2	11,7
65 – 70	475	100	100	15,1	15,1	23,5	24,5	27,0	25,7	22,8	23,8	/	/	11,6	10,9
70 – 75	390	100	100	13,4	15,7	23,1	26,1	29,7	25,0	22,1	21,3	/	/	11,6	11,8
75 und mehr ...	592	100	100	13,7	17,4	20,5	24,6	26,9	24,3	25,8	21,9	/	/	12,9	11,6
Zusammen ...	2 557	100	100	15,1	14,7	20,4	17,5	25,2	21,2	27,1	34,5	/	0,4	12,1	11,7
Weiblich															
unter 15	/	100	100	/	63,1	–	17,5	/	9,3	/	4,5	–	/	–	5,6
15 – 25	12	100	100	/	30,6	/	18,0	/	22,2	/	20,9	–	/	/	8,1
25 – 45	113	100	100	23,1	19,1	15,5	10,3	19,0	15,2	32,6	43,6	–	/	9,8	11,5
45 – 55	234	100	100	12,9	12,5	15,5	13,4	24,4	19,8	36,0	41,1	/	0,7	11,1	12,5
55 – 60	219	100	100	14,7	14,1	19,0	15,9	22,8	20,3	33,5	37,1	/	/	9,8	12,1
60 – 65	295	100	100	10,2	14,5	19,7	22,7	25,2	23,5	32,8	27,2	/	/	12,0	11,8
65 – 70	243	100	100	11,2	14,5	21,5	24,6	29,3	26,6	26,8	22,9	–	/	11,3	11,3
70 – 75	192	100	100	14,7	16,8	19,4	26,6	29,2	26,3	23,3	18,6	–	/	13,4	11,5
75 und mehr ...	277	100	100	10,4	17,5	21,1	24,6	25,5	24,4	29,9	22,0	–	/	13,1	11,4
Zusammen ...	1 587	100	100	13,2	17,8	19,1	18,1	25,5	21,0	30,6	31,4	/	0,3	11,6	11,4

Etwas geringere Einkommen der Behinderten zwischen 15 und 55 Jahren als der Nichtbehinderten in Haushalten mit 3 und mehr Personen

Tabelle 4 zeigt das monatliche Haushaltsnettoeinkommen in Haushalten mit 3 und mehr Personen. In diesen Haushalten lebten rund 1,7 Mill. behinderte Menschen – dies sind 21% aller behinderten Menschen in privaten Haushalten. Relativ stark vertreten war diese Wohnform bei den Altersgruppen bis 55 Jahren. Die Aussagekraft der folgenden Vergleiche ist durch die hier unterschiedlichen Haushaltsgrößen etwas reduziert.

13% der Behinderten in diesen großen Haushalten gaben an, dass ein Haushaltsnettoeinkommen von unter 1 700 Euro vorliegt. 28% der Behinderten hatten ein Einkommen von 1 700 bis unter 2 600 Euro. Rund ein Viertel (23%) wies ein Einkommen von 2 600 Euro bis unter 3 600 Euro auf. Weitere 17% hatten ein Einkommen von 3 600 Euro und mehr.

Bei einem ausführlichen Vergleich nach *Altersgruppen* zeigen sich wiederum geringere Einkommen bei den behinderten Menschen zwischen 15 und etwa 55 Jahren als bei den nichtbehinderten Menschen dieser Altersklassen – die Unterschiede fallen allerdings geringer aus als bei den kleineren Haushalten. Bei den 25- bis unter 45-jährigen Behinderten wiesen 18% ein Einkommen von unter 1 700 Euro auf; bei den Nichtbehinderten in diesem Alter waren es hingegen nur 15%. In den darauf folgenden Altersklassen nähern sich die Anteile weiter an und in den höheren Altersklassen weisen die Behinderten wiederum häufiger höhere Einkommen als die Nichtbehinderten auf.

Vergleicht man *behinderte Frauen* und *Männer*, so wiesen die behinderten Frauen in diesen großen Haushalten in vielen Fällen sogar etwas häufiger höhere Einkommen auf.

Vergleich der persönlich erzielten Nettoeinkommen

Abschließend wird nicht das Haushaltseinkommen, sondern das *persönlich* erzielte *Nettoeinkommen* einer Per-

Tabelle 4: Behinderte und nichtbehinderte Menschen in Haushalten mit 3 und mehr Personen nach Haushaltsnettoeinkommen und Alter
Ergebnis des Mikrozensus Mai 2003

Alter von ... bis unter ... Jahren	Behinderte Menschen		Nicht-behinderte Menschen	Monatliches Nettoeinkommen von ... bis unter ... EUR								Selbstständige Landwirte		Ohne Angabe des Einkommens	
				unter 1 700		1 700 – 2 600		2 600 – 3 600		3 600 und mehr					
				behinderte Menschen	nicht-behinderte Menschen	behinderte Menschen	nicht-behinderte Menschen	behinderte Menschen	nicht-behinderte Menschen	behinderte Menschen	nicht-behinderte Menschen				
	1 000		%												
Insgesamt															
unter 15	127	100	100	14,9	19,0	34,3	31,4	22,3	20,8	12,2	13,6	/	1,5	15,3	13,8
15 – 25	107	100	100	16,7	12,6	24,0	22,9	23,9	22,4	18,7	22,6	/	1,8	15,6	17,7
25 – 45	451	100	100	17,5	15,1	33,6	31,3	20,7	22,4	11,3	14,7	/	1,4	15,9	15,0
45 – 55	439	100	100	11,0	8,5	27,1	20,1	25,0	23,3	19,1	28,4	/	1,8	16,7	17,8
55 – 60	187	100	100	11,8	9,5	26,6	19,9	22,2	18,9	20,5	30,4	/	2,5	17,8	18,8
60 – 65	166	100	100	8,1	10,6	25,1	21,4	26,5	22,6	20,5	23,0	/	3,1	19,0	19,3
65 – 70	85	100	100	11,2	11,8	25,1	21,5	24,2	23,3	16,3	18,0	/	3,7	21,8	21,7
70 – 75	48	100	100	/	10,4	26,6	25,4	24,7	20,5	18,6	16,2	/	4,7	22,5	22,8
75 und mehr	102	100	100	/	5,6	20,2	22,9	23,8	21,6	23,7	21,0	/	7,4	24,7	21,4
Insgesamt ...	1713	100	100	12,7	14,5	28,4	27,7	23,3	22,0	16,9	18,3	1,1	1,7	17,6	15,9
Männlich															
unter 15	75	100	100	14,9	19,3	35,7	31,8	23,6	20,5	11,0	13,3	–	1,5	14,9	13,6
15 – 25	66	100	100	15,5	11,4	25,5	22,5	26,8	22,8	16,0	23,7	/	1,8	14,5	17,9
25 – 45	261	100	100	18,8	13,8	35,3	31,4	18,5	22,6	11,2	15,1	/	1,6	15,2	15,6
45 – 55	271	100	100	12,6	7,7	27,6	20,8	25,2	24,3	17,0	28,0	/	1,8	16,8	17,4
55 – 60	137	100	100	12,3	8,9	27,8	19,4	22,2	19,0	18,0	31,6	/	2,4	19,1	18,8
60 – 65	129	100	100	8,7	10,9	25,2	20,7	26,1	21,4	21,2	25,0	/	3,6	18,1	18,4
65 – 70	62	100	100	12,6	13,9	27,1	21,6	23,6	22,1	14,2	19,0	/	/	21,1	20,5
70 – 75	39	100	100	/	11,4	27,3	25,0	22,9	19,0	19,3	16,0	/	/	22,0	24,5
75 und mehr ...	41	100	100	/	/	/	23,1	28,6	20,1	21,8	19,6	/	9,9	23,9	22,4
Zusammen ...	1080	100	100	13,5	13,8	29,1	27,6	23,2	22,1	15,8	18,7	1,0	1,8	17,3	16,0
Weiblich															
unter 15	53	100	100	14,9	18,6	32,3	31,0	20,5	21,1	14,0	14,0	/	1,4	15,9	14,0
15 – 25	41	100	100	18,6	14,0	21,5	23,4	19,2	22,0	23,0	21,3	/	1,7	17,2	17,6
25 – 45	190	100	100	15,6	16,3	31,2	31,2	23,8	22,2	11,4	14,5	/	1,3	16,9	14,6
45 – 55	168	100	100	8,5	9,3	26,4	19,4	24,6	22,1	22,7	28,9	/	1,9	16,5	18,3
55 – 60	50	100	100	/	10,4	23,4	20,8	22,0	18,7	27,2	28,6	/	2,6	14,1	19,0
60 – 65	38	100	100	/	10,1	24,6	22,6	28,0	24,2	/	20,2	/	/	22,0	20,6
65 – 70	23	100	100	/	9,1	/	21,3	/	24,8	/	16,7	/	4,9	/	23,3
70 – 75	9	100	100	/	9,3	/	25,8	/	22,0	/	16,5	–	/	/	21,0
75 und mehr ...	62	100	100	/	6,0	24,5	22,8	20,6	22,3	25,0	21,7	/	6,3	25,3	20,9
Zusammen ...	633	100	100	11,3	15,2	27,2	27,7	23,4	21,8	18,8	17,9	1,3	1,6	18,0	15,8

son betrachtet. Dementsprechend werden bei diesem Vergleich die Einkommens- bzw. Wohlfahrtsvorteile durch die Einkommen anderer Haushaltsmitglieder (z. B. den Ehegatten) nicht berücksichtigt.

Von den gesamten Behinderten in privaten Haushalten gaben 4% an, dass sie ohne eigenes Einkommen sind. 21% gaben an, dass sie ein Nettoeinkommen von unter 700 Euro aufweisen. 54% der Behinderten hatten ein Einkommen von 700 bis unter 1 700 Euro. Rund 10% wiesen ein persönliches Einkommen von 1 700 Euro bis unter 2 300 Euro auf. Weitere 7% hatten ein Einkommen von 2 300 Euro und mehr.

Die Nichtbehinderten wiesen *insgesamt* deutlich häufiger (Anteil von 24%) keinerlei Einkommen auf. Eine Ursache hierfür ist wiederum die jüngere Altersstruktur und auch der Umstand, dass Nichtbehinderte seltener allein wohnen und wirtschaften.

Behinderte Männer gegenüber nicht-behinderten im Nachteil

Bei einem Vergleich nach *Altersgruppen* und Geschlecht zeigt sich bei den Männern wiederum das bekannte Muster:

Die behinderten Männer weisen bis etwa zum 65. Lebensjahr zum Teil deutliche Einkommensrückstände gegenüber den nichtbehinderten Männern auf.

Bei den Frauen weisen die nichtbehinderten, auch bei einem Vergleich nach Altersklassen, etwas häufiger kein Einkommen auf. So hatten von den behinderten Frauen zwischen 25 und 45 Jahren „nur“ 7% kein eigenes Einkommen; bei den nichtbehinderten Frauen waren es in diesem Alter 13%. Ein Grund hierfür dürfte sein, dass nichtbehinderte Frauen seltener allein leben bzw. häufiger verheiratet sind als die behinderten Frauen im entsprechenden Alter und so von den Einkommen der anderen Familienmitglieder profitieren können.

Behinderte Männer erzielen höhere persönliche Einkommen als behinderte Frauen

Behinderte Frauen waren seltener in den höheren Einkommensgruppen vertreten als behinderte Männer: Bei den behinderten Frauen erzielten 3% ein persönliches Netto-

**Tabelle 5: Behinderte und nichtbehinderte Menschen in privaten Haushalten insgesamt
nach persönlichem Nettoeinkommen je Haushaltsmitglied und Alter
Ergebnis des Mikrozensus Mai 2003**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Behinderte Menschen		Nicht-behin- derte Men- schen	Ohne Einkommen		Monatliches Nettoeinkommen von ... bis unter ... EUR								Selbstständige Landwirte		Ohne Angabe des Einkommens	
						unter 700		700 – 1 700		1 700 – 2 300		2 300 und mehr					
				behin- derte Men- schen	nicht-behin- derte Men- schen	behin- derte Men- schen	nicht-behin- derte Men- schen	behin- derte Men- schen	nicht-behin- derte Men- schen	behin- derte Men- schen	nicht-behin- derte Men- schen	behin- derte Men- schen	nicht-behin- derte Men- schen				
	1 000		%														
Insgesamt																	
unter 15	137	100	100	73,8	89,5	22,6	9,2	/	0,1	–	/	–	/	–	–	/	1,2
15 – 25	145	100	100	30,2	36,7	49,5	38,6	17,0	20,7	/	0,9	–	0,2	–	/	/	2,8
25 – 45	894	100	100	4,0	7,5	30,2	20,4	46,4	43,7	10,3	13,1	5,8	10,9	/	0,5	3,1	3,9
45 – 55	1118	100	100	3,8	7,3	24,0	18,5	47,3	40,2	11,7	13,4	9,1	15,7	/	0,7	3,8	4,2
55 – 60	856	100	100	4,7	12,0	21,1	19,5	51,9	36,9	10,4	11,6	8,3	14,7	/	0,6	3,3	4,7
60 – 65	1205	100	100	4,1	11,8	17,3	20,9	57,8	44,4	8,4	8,4	7,7	9,3	/	0,6	4,5	4,6
65 – 70	1030	100	100	1,4	3,4	20,2	28,5	59,3	50,9	9,4	6,5	5,4	5,8	/	/	4,3	4,7
70 – 75	910	100	100	0,8	3,1	18,2	26,7	59,3	54,2	9,4	6,7	5,6	4,6	/	/	6,6	4,6
75 und mehr ...	1924	100	100	0,8	2,2	16,0	23,7	59,4	57,3	10,9	6,8	7,4	5,0	/	/	5,5	5,0
Insgesamt ...	8217	100	100	4,3	23,9	20,8	21,5	53,6	34,8	9,8	8,2	6,9	7,7	0,1	0,3	4,5	3,6
Männlich																	
unter 15	80	100	100	72,9	89,4	22,9	9,3	/	/	–	–	–	/	–	–	/	1,2
15 – 25	84	100	100	30,9	35,5	48,5	38,7	17,2	21,2	/	1,3	–	0,3	–	/	/	2,9
25 – 45	510	100	100	1,4	1,7	27,0	10,6	45,5	45,2	14,8	19,5	8,2	18,1	/	0,8	2,8	4,1
45 – 55	610	100	100	/	0,6	17,2	8,5	47,9	39,5	16,3	19,9	13,3	26,2	/	1,2	4,3	4,1
55 – 60	497	100	100	/	0,9	12,3	9,3	57,6	39,9	13,4	17,6	11,9	25,8	/	1,1	3,8	5,5
60 – 65	728	100	100	/	0,6	7,8	8,3	64,7	54,0	11,4	13,9	11,1	17,4	/	1,1	4,6	4,7
65 – 70	615	100	100	/	/	6,6	8,0	68,3	65,6	12,3	10,7	8,2	10,9	/	/	4,3	4,7
70 – 75	507	100	100	–	/	5,3	7,4	66,4	67,4	12,8	10,9	9,2	9,0	/	/	6,2	5,0
75 und mehr .	818	100	100	–	/	6,0	8,0	59,8	64,3	15,6	11,9	12,6	10,5	/	/	5,9	5,2
Zusammen ...	4449	100	100	2,3	20,5	12,1	13,1	57,1	36,6	13,3	12,4	10,4	13,2	0,2	0,6	4,6	3,7
Weiblich																	
unter 15	56	100	100	75,1	89,6	22,2	9,0	/	/	–	/	–	/	–	–	/	1,3
15 – 25	60	100	100	29,3	37,9	50,9	38,6	16,8	20,2	/	0,5	–	/	–	/	/	2,7
25 – 45	384	100	100	7,4	13,4	34,4	30,5	47,5	42,1	4,4	6,5	2,7	3,6	–	0,2	3,6	3,7
45 – 55	508	100	100	7,6	13,7	32,1	28,1	46,5	40,8	6,3	7,2	4,2	5,6	/	0,2	3,3	4,4
55 – 60	359	100	100	10,3	22,4	33,2	28,9	44,0	34,1	6,3	6,0	3,4	4,4	/	/	2,7	4,0
60 – 65	477	100	100	10,0	21,7	31,7	31,9	47,4	35,9	3,9	3,6	2,5	2,2	–	/	4,5	4,5
65 – 70	416	100	100	3,2	6,2	40,3	45,3	45,9	38,8	5,1	3,2	/	1,8	–	/	4,2	4,8
70 – 75	403	100	100	1,9	5,2	34,4	40,7	50,4	44,6	5,2	3,6	/	1,5	–	/	7,2	4,4
75 und mehr .	1106	100	100	1,4	3,1	23,4	30,5	59,1	54,3	7,5	4,6	3,5	2,7	–	/	5,2	4,9
Zusammen ...	3768	100	100	6,6	27,1	31,1	29,3	49,4	33,2	5,7	4,2	2,8	2,6	/	0,1	4,5	3,6

einkommen von 2 300 Euro und mehr. Bei den behinderten Männern waren es 10%. Gleichzeitig lag das Einkommen der behinderten Frauen auch deutlich häufiger unter 700 Euro [Anteil bei den behinderten Frauen: 38%, bei den behinderten Männern: 14% (einschl. ohne Einkommen)] – hier spiegelt sich wiederum die höhere Erwerbsbeteiligung der Männer wider. [u](#)

Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Thomas Haustein und Mitarbeiterinnen

Wohngeld in Deutschland 2003

Ergebnisse der Wohngeldstatistik

Zum Jahresende 2003 bezogen rund 3,4 Mill. Haushalte in Deutschland Wohngeld, dies waren 8,7% aller privaten Haushalte. Knapp zwei Drittel der Empfängerhaushalte (2,2 Mill.) erhielten Ende 2003 als Mieter oder Wohnraumeigentümer die herkömmliche Form der Wohngeldgewährung, das heißt das allgemeine Wohngeld (davon waren rund 93% sog. Mietzuschussempfänger und nur rund 7% als Eigentümer sog. Lastenzuschussempfänger). Etwas mehr als ein Drittel der Wohngeld-Empfängerhaushalte (1,2 Mill.) erhielt das Wohngeld als Bezieher von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge in Form des besonderen Mietzuschusses.

Die Gesamtausgaben für das Wohngeld beliefen sich im Berichtsjahr 2003 auf knapp 4,9 Mrd. Euro, davon entfielen rund 2,9 Mrd. Euro auf das allgemeine Wohngeld und rund 1,9 Mrd. Euro auf den besonderen Mietzuschuss. Im Durchschnitt hatte ein Empfängerhaushalt Ende 2003 einen monatlichen Wohngeldanspruch von 129 Euro. Bei den Empfängern von besonderem Mietzuschuss (169 Euro) wurden höhere Wohngeldansprüche festgestellt als bei den Empfängern von allgemeinem Wohngeld (108 Euro).

1 Aufgabe und Ausgestaltung der Wohngeldförderung

Wohngeld ist ein von Bund und Ländern getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Es wird Mietern und Eigentümern gezahlt, wenn die Höhe ihrer Miete oder Belastung für angemessen großen Wohnraum die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihres Haushaltes überfordert.

Bei der Wohngeldgewährung ist grundsätzlich zwischen dem *allgemeinen Wohngeld* und dem *besonderen Miet-*

zuschuss zu unterscheiden. Beim allgemeinen Wohngeld handelt es sich um die herkömmliche Form der Wohngeldgewährung; es wird entweder als *Mietzuschuss* für Mieter oder als *Lastenzuschuss* für Haus- und Wohnungseigentümer geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung und ergibt sich im Einzelfall letztendlich aus den Wohngeldtabellen. Deshalb bezeichnete man das allgemeine Wohngeld früher auch als „Tabellenwohngeld“.

Beim besonderen Mietzuschuss handelt es sich um Wohngeld für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge. Bis zum Jahr 2000 wurde es diesen Mietern unter bestimmten Voraussetzungen als „pauschaliertes Wohngeld“ zusammen mit der Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge, auf die es angerechnet wurde, als Pauschale gewährt. Die Höhe dieser Pauschale bestimmte sich nach landesspezifischen Prozentsätzen der anerkannten Aufwendungen für die Unterkunft. Seit Anfang des Jahres 2001 ergibt sich der besondere Mietzuschuss in seiner Höhe ebenfalls aus den Wohngeldtabellen. Er wird im Übrigen nur Mietern gewährt und entspricht insofern dem Mietzuschuss beim allgemeinen Wohngeld. Haus- und Wohnungseigentümer sowie Heimbewohner haben grundsätzlich keinen Anspruch auf besonderen Mietzuschuss; sie können jedoch allgemeines Wohngeld beantragen. Der gleichzeitige Bezug von allgemeinem Wohngeld und besonderem Mietzuschuss ist ausgeschlossen. Die Einführung des pauschalierten Wohngeldes im früheren Bundesgebiet zum 1. April 1991 führte seinerzeit zu einer Zweiteilung des statistischen Berichtssystems. Seitdem ist eine geschlossene Gesamtdarstellung der Wohngelddaten nur für die Teil-

bereiche möglich, in denen sich die Erhebungsmerkmale beim besonderen Mietzuschuss mit denen beim allgemeinen Wohngeld decken.

Im früheren Bundesgebiet gibt es das Wohngeld seit 1965. Seitdem ist es im Rahmen von Wohngeldnovellen periodisch an die Miet- und Einkommensentwicklung angepasst worden. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurde das Wohngeld 1991 eingeführt. Zur sozialen Flankierung der Mietenüberleitung an das Vergleichsmietensystem gab es für die neuen Bundesländer von 1991 bis Ende 1996 wohngeldrechtliche Sondervorschriften¹⁾ (Wohngeldsondergesetz). Nach dem Auslaufen des Wohngeldsondergesetzes zum 31. Dezember 1996 ist seit dem 1. Januar 1997 das Wohngeldgesetz einheitliche Grundlage für die Wohngeldbewilligung im gesamten Bundesgebiet.²⁾ Allerdings waren in den neuen Bundesländern noch bis Ende 2000 einzelne Sonderregelungen in Kraft, die bewirkten, dass Wohngeldempfänger dort ein höheres Wohngeld erhielten als Empfänger mit gleichen Einkommen und Wohnkosten in den alten Bundesländern.³⁾ Mit der neuesten Wohngeldreform, die im Wesentlichen zum 1. Januar 2001 in Kraft trat⁴⁾, erfolgte erstmals seit 1990 wieder eine allgemeine Leistungsanpassung unter Berücksichtigung der Mieten- und Einkommensentwicklung in den vergangenen zehn Jahren, und zwar durch die Anhebung der Miethöchstbeträge, die Anhebung der Werte in den Wohngeldtabellen sowie die Anhebung der Einkommensgrenzen. Ferner wurden mit der Änderung des Wohngeldgesetzes insbesondere folgende Ziele verfolgt:⁵⁾

- familienfreundliche Verbesserungen der Leistungen für Empfänger allgemeinen Wohngeldes (des bisherigen Tabellenwohngeldes);
- Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen dem besonderen Mietzuschuss für Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgeempfänger (dem bisherigen pauschalierten Wohngeld) und dem allgemeinen Wohngeld;
- endgültige Vereinheitlichung des Wohngeldrechts in den alten und den neuen Bundesländern und Schaffung der Voraussetzungen für eine gesamtdeutsche Mietenstufenzuordnung;
- Anpassung der Vorschriften über die Einkommensentwicklung beim allgemeinen Wohngeld an das Wohnungsbaurecht sowie weitere Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen;
- Umstellung des Wohngeldes auf den Euro zum 1. Januar 2002.

Beim Vergleich der Entwicklung der Zahlen für die alten und die neuen Bundesländer ist zu beachten, dass ab dem Berichtsjahr 2002 keine Unterscheidung mehr zwischen Berlin-West und Berlin-Ost möglich ist. Die Werte für Berlin insgesamt sind nun bei den Werten für das frühere Bundesgebiet enthalten.

2 Ergebnisse der Wohngeldstatistik für Deutschland 2003

Zahl der Haushalte mit Wohngeldbezug

Am 31. Dezember 2003 bezogen knapp 3,4 Mill. Haushalte in Deutschland Wohngeld, dies waren 8,7% aller Privathaushalte (siehe die Tabellen 1 und 6). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Empfängerhaushalte um 9,3% gestiegen. Im früheren Bundesgebiet mit Berlin erhielten zum Jahresende 2003 knapp 2,6 Mill. Haushalte (+ 10,5%) Wohngeld, dies waren 8,0% der privaten Haushalte. In den neuen Bundesländern (ohne Berlin) bezogen Ende 2003 rund 800 000 Haushalte Wohngeld (12,4% aller Privathaushalte), dies war ein Zuwachs von 5,6% gegenüber dem Vorjahr.

Eine differenzierte Betrachtung der beiden eingangs genannten Wohngeldarten zum Jahresende 2003 ergibt folgendes Bild: Im Vergleich zu 2002 erhöhte sich in Deutschland die Zahl der Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld um 13,6%, während die Zahl der Empfängerhaushalte von besonderem Mietzuschuss im Vergleich zum Vorjahr nur um 1,9% stieg. Im früheren Bundesgebiet mit Berlin stieg die Zahl der Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld 2003 im Vergleich zum Vorjahr um 17,2%, die Zahl der Empfängerhaushalte von besonderem Mietzuschuss um 1,6%. In den neuen Ländern ohne Berlin war bei der Zahl der Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld ein Anstieg um 5,9% zu beobachten; die Zahl der Empfängerhaushalte von besonderem Mietzuschuss stieg dort um 4,3%.

Als Ursachen für die deutliche Steigerung der Empfängerzahlen beim allgemeinen Wohngeld sind insbesondere zwei Faktoren zu nennen:

- Zum einen dürfte die im Jahr 2003 weiterhin schlechter gewordene Arbeitsmarktlage zu einer generell höheren Inanspruchnahme von Wohngeldleistungen geführt haben. Während im Jahresdurchschnitt 2002 die Arbeitslosenquote 10,8% betrug, lag sie im Jahresdurchschnitt 2003 bei 11,6%.⁶⁾
- Zum anderen hat das zum 1. Januar 2003 in Kraft getretene „Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (GSiG)⁷⁾

1) Siehe hierzu Seewald, H.: „Wohngeld in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1996“ in WiSta 1/1998, S. 40 ff.

2) Die Anpassung erfolgte durch das Wohngeldüberleitungsgesetz vom 21. November 1996 (BGBl. I S. 1781); siehe hierzu „Wohngeld- und Mietenbericht 1997“ (Bundestags-Drucksache 13/10384 vom 31. März 1998), S. 42 f.

3) Insbesondere sind hier die vergleichsweise hohen Miet-Höchstbeträge in den neuen Ländern zu nennen; die Geltungsdauer der im Beitrittsgebiet anzuwendenden Sonderregelungen wurde durch die Wohngeldüberleitungs-Verlängerungsverordnung vom 27. Juli 1998 (BGBl. I S. 1911), bis zum Ablauf des 31. Dezember 2000 verlängert.

4) Siehe „Wohngeld- und Mietenbericht 2002“ (Bundestags-Drucksache 15/2200 vom 11. Dezember 2003), S. 23 ff.

5) Siehe hierzu Hartmann, I.: „Änderungen des Wohngeldrechts in den Jahren 2000 bis 2002“ in Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 2000, Heft 28, S. 2000 f.

6) Quelle: Angaben der Bundesagentur für Arbeit; Arbeitslosenquote bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

7) Vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1310, 1335).

zur Steigerung der Empfängerzahlen beim allgemeinen Wohngeld beigetragen. Dieses neue Sozialleistungsgesetz sieht für über 65-Jährige sowie für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren eine eigenständige Leistung vor, die – wie die Sozialhilfe – den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellen soll. Empfänger von Leistungen nach dem SöG haben in der Regel Anspruch auf allgemeines Wohngeld. Viele Grundsicherungsempfänger hatten bis Ende 2002 als Sozialhilfebezieher noch Anspruch auf besonderen Mietzuschuss.

Tabelle 1: Empfängerhaushalte von Wohngeld am Jahresende und jährliche Wohngeldausgaben

Jahr	Empfängerhaushalte am Jahresende			Jährliche Wohngeldausgaben ¹⁾		
	insgesamt	allgemeines Wohngeld ²⁾	besonderer Mietzuschuss ³⁾	insgesamt	allgemeines Wohngeld ²⁾	besonderer Mietzuschuss ³⁾
	1 000			Mill. EUR		
Deutschland						
1991	3 541	3 023	518	2 326	.	.
1992	3 850	3 078	772	3 515	.	.
1993	3 212	2 340	872	3 315	.	.
1994	2 744	1 755	989	2 954	.	.
1995	2 595	1 523	1 072	2 938	.	.
1996	2 719	1 495	1 224	3 127	.	.
1997	2 861	1 582	1 279	3 428	.	.
1998	2 947	1 586	1 361	3 635	.	.
1999	2 816	1 539	1 276	3 629	1 680	1 949
2000	2 839	1 498	1 342	3 541	1 619	1 922
2001	2 820	1 829	992	4 056	2 182	1 875
2002	3 101	1 960	1 141	4 544	2 564	1 981
2003	3 389	2 226	1 163	4 859	2 943	1 916
Früheres Bundesgebiet						
1991	1 757	1 285	472	1 946	.	.
1992	1 847	1 127	720	1 947	1 102	844
1993	1 844	1 026	818	1 961	922	1 040
1994	1 902	980	923	2 085	893	1 192
1995	1 938	942	996	2 288	880	1 408
1996	2 091	954	1 137	2 470	916	1 554
1997	2 141	976	1 165	2 711	998	1 713
1998	2 206	977	1 229	2 817	1 026	1 791
1999	2 074	937	1 137	2 771	1 001	1 770
2000	2 073	891	1 182	2 678	949	1 729
2001	1 989	1 144	845	3 081	1 440	1 641
Früheres Bundesgebiet mit Berlin						
2002	2 341	1 329	1 012	3 648	1 864	1 784
2003	2 587	1 559	1 028	3 904	2 197	1 706
Neue Länder und Berlin-Ost						
1991	1 784	1 738	46	380	.	.
1992	2 003	1 951	52	1 568	.	.
1993	1 369	1 315	54	1 354	.	.
1994	842	776	66	868	.	.
1995	657	582	75	650	.	.
1996	628	540	88	656	.	.
1997	720	606	114	717	.	.
1998	741	609	132	818	.	.
1999	742	603	139	858	679	179
2000	766	607	160	863	671	192
2001	831	684	147	976	742	234
Neue Länder ohne Berlin						
2002	760	631	129	896	699	197
2003	803	668	135	956	746	210

1) Aufteilung der Wohngeldausgaben für den besonderen Mietzuschuss und das allgemeine Wohngeld in den neuen Ländern und Berlin-Ost war von 1991 bis 1998 nicht möglich. – Quelle für die neuen Länder und Berlin-Ost für die Jahre 1992 bis 1996: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. – 2) Bis 2000 so genanntes Tabellenwohngeld. – 3) Bis 2000 so genanntes pauschaliertes Wohngeld.

Wohngeldausgaben

Die Gesamtausgaben für das Wohngeld beliefen sich im Berichtsjahr 2003 bundesweit auf 4,9 Mrd. Euro; im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Ausgaben um 6,9%. Dabei entfielen 2,9 Mrd. Euro (+ 14,8% gegenüber 2002) auf das allgemeine Wohngeld und 1,9 Mrd. Euro (– 3,2% gegenüber 2002) auf den besonderen Mietzuschuss (siehe Tabelle 1).

Im früheren Bundesgebiet mit Berlin stiegen die Wohngeldausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 7,0% auf nunmehr 3,9 Mrd. Euro, wobei die Ausgaben für das allgemeine Wohngeld mit knapp 2,2 Mrd. Euro nur relativ geringfügig über den Ausgaben für den besonderen Mietzuschuss (1,7 Mrd. Euro) liegen. In den neuen Ländern ohne Berlin erhöhten sich die Wohngeldausgaben im Vergleich zu 2002 um 6,7% auf knapp 1,0 Mrd. Euro. Allerdings schlugen im Osten die Ausgaben für das allgemeine Wohngeld mit 746 Mill. Euro weitaus stärker zu Buche als die Ausgaben für den besonderen Mietzuschuss mit 210 Mill. Euro.

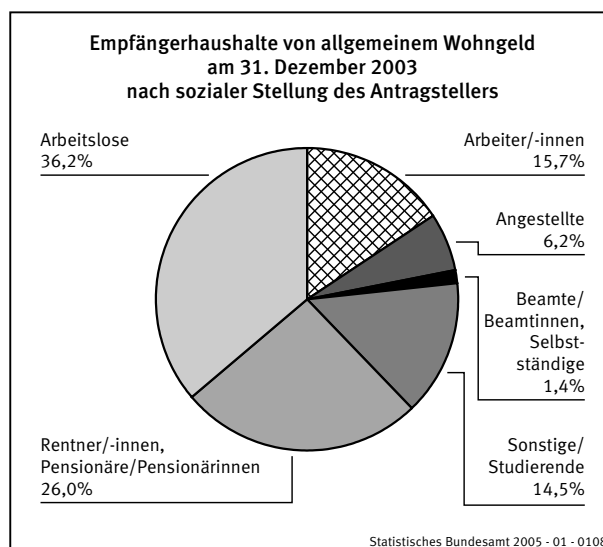
2.1 Haushalte mit Bezug von allgemeinem Wohngeld

Personenkreis

Von den 2,2 Mill. Empfängerhaushalten von allgemeinem Wohngeld am Jahresende 2003 bekamen knapp 2,1 Mill. Haushalte einen Mietzuschuss und nur gut 0,1 Mill. einen Lastenzuschuss. Das Wohngeld kommt also in erster Linie den Mietern zugute.

Wie Schaubild 1 zeigt, war Ende 2003 mehr als ein Drittel der Empfänger (36,2% der Fälle) arbeitslos. Am Jahresende 1991 hatte der Anteil der Arbeitslosen an den Wohngeldbeziehern 13,1% betragen; Ende 2002 lag der Anteil bei 35,1%. Aus sonstigen Gründen nicht erwerbstätig waren in Deutschland 40,5% der Empfänger; überwiegend handelte es sich hier um Rentner/-innen, Studierende sowie sonstige Nichterwerbspersonen. 1991 lag deren Anteil an allen Empfängerhaushalten von allgemeinem Wohngeld mit 54,9%

Schaubild 1



noch wesentlich höher. Einer beruflichen Tätigkeit gingen 23,3% der Wohngeldempfänger nach (Vergleichswert für 1991: 32,1%).

Das allgemeine Wohngeld in Form eines Mietzuschusses wird zum größten Teil (71,9%) an Ein- und Zweipersonenhaushalte gezahlt, wobei bereits mehr als die Hälfte der Mietzuschussempfänger (53,3%) allein lebt. Bei den Lastenzuschussempfängern handelt es sich dagegen mehrheitlich (50,2%) um größere Familien mit vier oder mehr Personen (siehe Tabelle 2). Insgesamt haben sich die Größenstrukturen der Haushalte mit Wohngeldbezug gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.

Wohnsituation

Da die Höhe des allgemeinen Wohngeldes u.a. von der Größe der Wohnung und von der Heizungsart abhängt, werden auch die entsprechenden Angaben hierüber statistisch erfasst und können zur Beschreibung der Wohnsituation der Wohngeldempfänger herangezogen werden. Die überwiegende Mehrzahl der Bezieher von allgemeinem Wohngeld (94,4%) lebte Ende 2003 in Wohnungen, die mit Sammelheizung und Bad (oder Duschaum) ausgestattet waren. 21,2% der allgemeinen Wohngeld beziehenden Mieterhaushalte in Deutschland hatten eine Wohnfläche von weniger als 40 m² zur Verfügung, über eine Fläche von 40 bis unter 80 m² verfügten 61,9% dieser Haushalte und 16,9% über eine Fläche von mehr als 80 m² (siehe Tabelle 2). Die Wohnflächenversorgung variiert natürlich in erster Linie mit der Haushaltsgröße.

Wohnkosten

Die Höhe der Miete bzw. der Belastung sind zentrale Größen bei der Festlegung des Wohngeldes. Zur zuschussfähigen Miete gehören auch bestimmte Umlagen, Zuschläge und Vergütungen, zum Beispiel die Kosten des Wasserverbrauchs, der Abwasser- und Müllbeseitigung, der Treppenhausbeleuchtung u.Ä. Außer Betracht bleiben dagegen die Heizungs- und Warmwasserkosten, weswegen hier zuweilen auch von der „Bruttokaltmiete“ gesprochen wird. Zur Belastung bei den Eigentümerhaushalten zählen der Kapitaldienst (Zinsen, Tilgung) sowie die Aufwendungen für die Bewirtschaftung, zu denen Instandhaltungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten zu rechnen sind.

Die durchschnittliche monatliche Miete bzw. Belastung der Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld belief sich im Dezember 2003 auf 5,57 Euro je m² Wohnfläche (Vorjahr: 5,50 Euro). In den alten Bundesländern stiegen die durchschnittlichen Wohnkosten je m² von 5,70 Euro auf 5,75 Euro, in den neuen Bundesländern von 5,02 Euro auf 5,07 Euro. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 0,9% in den alten Bundesländern und von 1,0% in den neuen Bundesländern.

Während die durchschnittliche Quadratmetermiete der Mietzuschussempfänger 5,66 Euro je m² betrug, zahlten Lastenzuschussempfänger im Durchschnitt 4,23 Euro je m². Für besser ausgestattete Wohnungen (mit Sammelheizung und mit Bad bzw. Duschaum) musste deutlich mehr bezahlt

Tabelle 2: Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 2003
nach Haushaltsgröße, Mietenstufe der Gemeinde, Größe und Ausstattung der Wohnung

Gegenstand der Nachweisung	Empfängerhaushalte von Wohngeld insgesamt		Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld						Empfängerhaushalte von besonderem Mietzuschuss	
			zusammen		Mietzuschuss		Lastenzuschuss			
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	3 389,4	100	2 226,1	100	2 078,9	100	147,2	100	1 163,3	100
nach der Haushaltsgröße										
Haushalte										
von allein Stehenden	1 644	48,5	1 141	51,2	1 108	53,3	32	22,0	503	43,3
mit 2 Familienmitgliedern	711	21,0	408	18,3	387	18,6	21	14,5	303	26,0
mit 3 Familienmitgliedern	447	13,2	254	11,4	235	11,3	19	13,2	193	16,6
mit 4 Familienmitgliedern	333	9,8	233	10,5	200	9,6	33	22,7	99	8,5
mit 5 Familienmitgliedern	155	4,6	115	5,2	93	4,5	22	14,8	40	3,4
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	100	3,0	74	3,3	56	2,7	19	12,7	26	2,2
nach der Mietenstufe der Gemeinde ¹⁾										
I (unter – 15)	245	7,2	182	8,2	147	7,1	34	23,2	63	5,4
II (– 15 bis unter – 5)	717	21,2	548	24,6	489	23,5	58	39,7	170	14,6
III (– 5 bis unter 5)	1 079	31,8	740	33,2	705	33,9	34	23,3	339	29,2
IV (5 bis unter 15)	801	23,6	461	20,7	448	21,5	13	9,2	339	29,2
V (5 bis unter 25)	419	12,4	231	10,4	225	10,8	5	3,7	188	16,2
VI (25 und mehr)	129	3,8	65	2,9	64	3,1	1	1,0	64	5,5
nach der Wohnfläche										
von ... bis unter ... m ²										
unter 40	639	18,9	443	19,9	441	21,2	1	0,8	197	16,9
40 – 60	1 156	34,1	741	33,3	734	35,3	7	4,9	415	35,7
60 – 80	939	27,7	570	25,6	552	26,6	18	12,0	369	31,7
80 – 100	393	11,6	262	11,8	235	11,3	27	18,5	131	11,3
100 – 120	142	4,2	108	4,9	75	3,6	33	22,7	34	3,0
120 und mehr	119	3,5	102	4,6	42	2,0	60	41,1	17	1,4
nach der Ausstattung der Wohnung										
Kategorie A ²⁾	3 182	93,9	2 102	94,4	1 966	94,6	136	92,5	1 080	92,8
Kategorie B ³⁾	208	6,1	124	5,6	113	5,4	11	7,5	83	7,2

1) Die Angaben zu den Mietenstufen I – VI in den Klammern beziehen sich jeweils auf die Abweichung des örtlichen Mietenniveaus vom Bundesdurchschnitt in %. – 2) Mit Sammelheizung und mit Bad (Duschaum). – 3) Mit sonstiger Ausstattung.

werden als für die übrigen Wohnungen. So zahlte ein Empfänger von allgemeinem Wohngeld im Durchschnitt für eine besser ausgestattete Wohnung 5,50 Euro je m² und für eine der übrigen Wohnungen 4,68 Euro je m² (siehe Tabelle 3). Darüber hinaus verteuerten sich die Quadratmetermieten mit abnehmender Wohnungsgröße. Am höchsten waren somit die Mieten in kleineren Wohnungen mit weniger als 40 m² Wohnfläche (7,89 Euro je m²). Im Vergleich dazu zahlte ein Empfänger von Mietzuschuss für eine Wohnung mit mindestens 120 m² durchschnittlich 4,39 Euro je m².

Wohngeld wird nicht für unangemessen hohe Wohnkosten gewährt. Bei der Berechnung des allgemeinen Wohngeldes werden die Wohnkosten nur bis zu bestimmten Obergrenzen berücksichtigt, die von mehreren Faktoren abhängig sind. Neben der Haushaltsgröße sowie der Bezugsfähigkeit und Ausstattung der Wohnung ist hierfür die Mietenstufe der Gemeinde maßgebend, das heißt die Höchstbeträge, bis zu denen Mieten oder Belastungen durch Wohngeld bezuschusst werden können, sind nach dem regionalen Mietenniveau gestaffelt. Es gibt insgesamt sechs Mietenstufen.⁸⁾ Die zuschussfähigen Höchstbeträge für Miete und Belastung sollen die Anmietung von angemessenem und familiengerechtem Wohnraum ermöglichen. Andererseits verhindern sie aber auch, dass darüber hinausgehende Kosten für

besonders teure oder große Wohnungen zu entsprechend hohen Wohngeldleistungen führen. Mieterhöhungen bewirken für sich genommen nur dann Wohngeldmehrleistungen, solange die zuschussfähigen Höchstbeträge nicht überschritten sind. Sobald die Wohnkosten über den Höchstbeträgen liegen, müssen die Mietsteigerungen vollständig vom Wohngeldempängerhaushalt getragen werden.

Ende 2003 hatten 49,5% der Empfänger von allgemeinem Wohngeld in Deutschland eine Miete bzw. Belastung, die über den zuschussfähigen Höchstbeträgen lag. Im Vorjahr lag die Überschreitungsquote bei 47,6%. Besonders hohe Überschreitungsquoten ergaben sich für die Gruppe der Empfänger von allgemeinem Wohngeld, die in Wohnungen über 80 m² wohnen. Dabei ist festzustellen, dass die Überschreitungsquote der Mietzuschussempfänger im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist, die Überschreitungsquote der Lastenzuschussempfänger dagegen durchschnittlich niedriger liegt als im Vorjahr.

In den alten Bundesländern stieg die Überschreitungsquote der Empfänger von allgemeinem Wohngeld im Vorjahresvergleich von 51,1 auf 53,5%. In den neuen Bundesländern war die Überschreitungsquote mit 40,0% zum Jahresende 2003 nach wie vor vergleichsweise niedrig (Vorjahr: 40,1%).

Tabelle 3: Durchschnittliche monatliche Miete/Belastung und Überschreitungsquoten der Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 2003 nach Mietenstufe der Gemeinde, Größe und Ausstattung der Wohnung

Gegenstand der Nachweisung	Empfängerhaushalt von Wohngeld insgesamt	Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld						Empfängerhaushalte von besonderem Mietzuschuss	
		zusammen		Mietzuschuss		Lastenzuschuss			
	durchschnittliche monatliche Miete/ Belastung	durchschnittliche monatliche Miete/ Belastung	Überschreitungsquote der Höchstbeträge für Miete/ Belastung	durchschnittliche monatliche Miete	Überschreitungsquote der Höchstbeträge für Miete	durchschnittliche monatliche Belastung	Überschreitungsquote der Höchstbeträge für Belastung	durchschnittliche monatliche Miete	Überschreitungsquote der Höchstbeträge für Miete
	EUR je m ²		%	EUR je m ²	%	EUR je m ²	%	EUR je m ²	%
Insgesamt	5,64	5,57	49,5	5,66	48,9	4,23	57,6	5,79	52,1
nach der Mietenstufe der Gemeinde ¹⁾									
I (unter – 15)	4,49	4,49	49,0	4,66	46,3	3,76	60,5	4,50	50,8
II (– 15 bis unter – 5)	4,98	4,99	46,1	5,11	44,8	3,98	57,2	4,97	47,1
III (– 5 bis unter 5)	5,50	5,53	49,2	5,57	48,8	4,61	56,9	5,46	50,6
IV (5 bis unter 15)	5,98	5,96	52,3	5,99	52,2	5,13	55,4	5,99	54,7
V (15 bis unter 25)	6,72	6,71	52,6	6,74	52,6	5,60	53,9	6,72	54,3
VI (25 und mehr)	7,52	7,29	50,4	7,32	50,4	5,82	52,1	7,76	54,8
nach der Wohnfläche									
von ... bis unter ... m ²									
unter 40	7,72	7,89	12,7	7,89	12,7	6,23	24,8	7,36	24,3
40 – 60	5,75	5,64	54,8	5,65	55,0	5,00	34,5	5,94	52,4
60 – 80	5,51	5,41	58,2	5,44	58,7	4,60	41,6	5,65	59,0
80 – 100	5,32	5,24	61,5	5,34	62,9	4,42	49,0	5,48	65,9
100 – 120	4,72	4,61	67,0	4,98	70,4	4,51	59,6	5,07	70,7
120 und mehr	4,32	4,30	71,6	4,39	76,4	3,98	68,4	4,48	75,4
nach der Ausstattung der Wohnung									
Kategorie A ²⁾	5,65	5,50	49,6	5,71	49,0	4,34	57,7	5,83	51,9
Kategorie B ³⁾	5,01	4,68	46,5	4,73	46,8	2,66	43,4	5,26	54,6

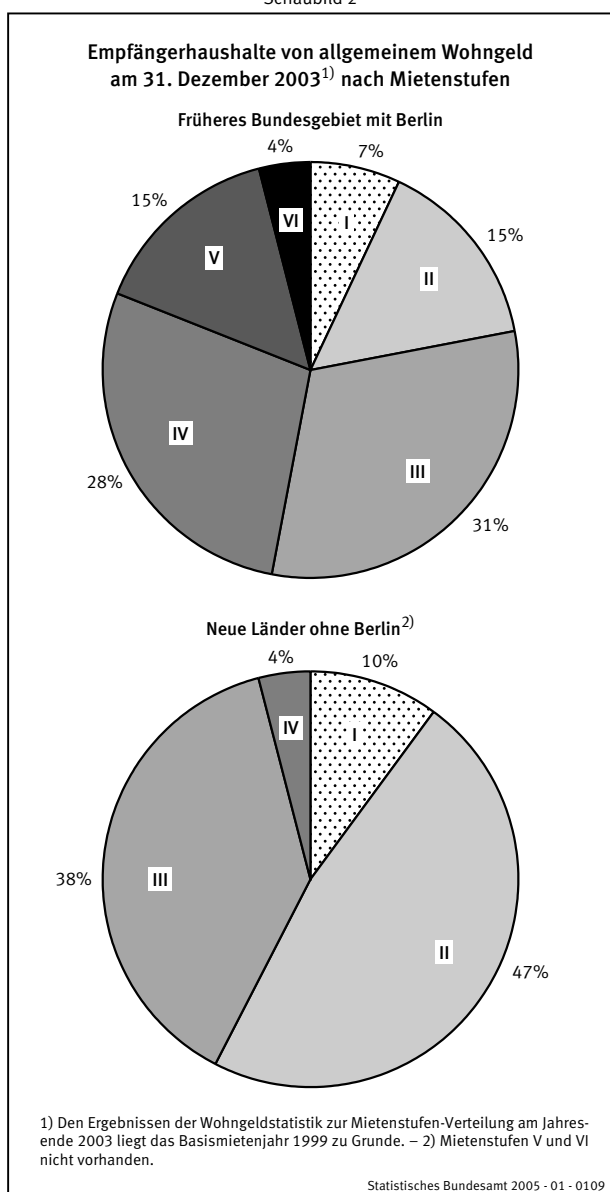
1) Die Angaben zu den Mietenstufen I – VI in den Klammern beziehen sich jeweils auf die Abweichung des örtlichen Mietenniveaus vom Bundesdurchschnitt in %. – 2) Mit Sammelheizung und mit Bad (Duschraum). – 3) Mit sonstiger Ausstattung.

8) Bis zum Jahr 2001 galt in den neuen Bundesländern einheitlich die fiktive Mietenstufe VII. Ab dem Jahr 2002 gilt für die neuen Länder nunmehr auch die Höchstbetragstabelle für die zuschussfähige Miete oder Belastung, die bisher nur für die alten Länder anzuwenden war. Aufgrund ausdifferenzierter Mieten war es möglich, auch in den neuen Ländern die Zuordnung zu Mietenstufen für Gemeinden und Kreise vorzunehmen.

Mietenstufenverteilung

Eine Analyse der Verteilung der Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld auf die sechs Mietenstufen ergibt eine deutliche Ost-West-Diskrepanz (siehe Schaubild 2): In den neuen Ländern ohne Berlin wohnt die Mehrzahl der Empfängerhaushalte (57%) in Gemeinden mit den günstigen Mietenstufen I und II. Die übrigen 43% der Bezieherhaushalte leben in den mittleren Preisregionen der Mietenstufen III und IV. Hochpreisregionen mit den Mietenstufen V und VI sind in den neuen Ländern nicht vorhanden, das heißt es gibt dort keine Gemeinden, die den beiden teuren Mietenstufen zugeordnet werden.

Schaubild 2



Für das frühere Bundesgebiet mit Berlin ergibt sich ein anderes Bild: Dort leben nur rund 22% der Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld in Gemeinden mit den günstigen Mietenstufen I und II. Die Mehrzahl der Empfän-

Erläuterungen zu den Mietenstufen sowie zum regionalen Mietenniveau

Im Wohngeldgesetz sind sechs Mietenstufen festgelegt. Die Zugehörigkeit einer Gemeinde zu einer Mietenstufe richtet sich nach dem örtlichen Mietenniveau. Dieses errechnet sich aus der durchschnittlichen prozentualen Abweichung der örtlichen Mieten in den Gemeinden vom Durchschnitt der Mieten vergleichbaren Wohnraums im gesamten Bundesgebiet.

Die Mietenniveaus werden nach Maßgabe des § 36 Abs. 1 Nr. 2 WoGG festgestellt

- für einzelne Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern (§ 8 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 WoGG),
- für nach Kreisen zusammengefasste Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern und kreisfreie Gebiete (§ 8 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 WoGG).

Der Festlegung der seit Anfang 2002 (und auch noch 2003) geltenden Mietenstufen der Gemeinden liegen die Daten der amtlichen Wohngeldstatistik zum Jahresende 1999 zu Grunde.

Im Einzelnen sind den sechs Mietenstufen folgende Mietenniveaus zugeordnet:

Mietenstufe	Mietenniveau in %
I	unter – 15
II	– 15 bis unter – 5
III	– 5 bis unter 5
IV	5 bis unter 15
V	15 bis unter 25
VI	25 und mehr

gerhaushalte (59%) wohnt in Regionen, die den mittleren Mietenstufen III und IV zugeordnet sind. Immerhin 19% der Empfängerhaushalte wohnen in den Hochpreisregionen der Mietenstufen V und VI.

Einkommensverhältnisse und Wohngeldanspruch

Die Höhe des Wohngeldes bemisst sich im Einzelfall nach der Haushaltsgröße und dem Verhältnis der Wohnkosten zum Gesamteinkommen. Das Gesamteinkommen berechnet sich aus der Summe der Jahreseinkommen der Familie abzüglich bestimmter Frei- und Abzugsbeträge.

Da im Rahmen der Wohngeldstatistik keine Angaben zum verfügbaren Einkommen erhoben werden, kann die Einkommenssituation der Wohngeldempfänger lediglich anhand des Gesamteinkommens dargestellt werden, das der Wohngeldberechnung zu Grunde liegt. Das Gesamteinkommen ist in der Regel etwas niedriger als das verfügbare Einkommen. Das statistisch erfasste durchschnittliche monatliche Gesamteinkommen der Wohngeldempfänger lag zum Berichtszeitpunkt bei 691 Euro (siehe Tabelle 5). In den alten Bundesländern betrug es 723 Euro und in den neuen Bundesländern 617 Euro.

Die Einkommenshöhe ist stark von der Größe des Haushaltes und von der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes abhängig. So wurden in der Regel die höchsten monatlichen

Gesamteinkommen von größeren Haushalten mit einem erwerbstätigen Haushaltsvorstand erreicht.

Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch je Empfängerhaushalt von allgemeinem Wohngeld belief sich zum Jahresende 2003 auf 108 Euro (siehe Tabelle 4). An die Lastenzuschussempfänger, die in der Regel höhere Wohnkosten zu tragen hatten, wurden im Durchschnitt deutlich höhere Beträge (121 Euro) gezahlt als an die Empfänger von Mietzuschuss (107 Euro). In den alten Bundesländern stieg der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch von 112 Euro Ende 2002 auf 114 Euro zum Jahresende 2003 (+ 1,8%). In den neuen Bundesländern lag der durchschnittliche Wohngeldanspruch im Dezember 2003 bei 94 Euro (Vorjahr: 92 Euro) und erhöhte sich somit im Vorjahresvergleich um 2,2%. Grundsätzlich ist der Wohngeldanspruch umso höher, je größer der Haushalt ist und je geringer das der Berechnung zu Grunde liegende Gesamteinkommen ist.

Tabelle 4: Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 2003 nach Haushaltsgröße und Höhe des monatlichen Wohngeldes

Art des Zuschusses Haushaltsgröße	Insgesamt		Davon mit einem monatlichen Wohngeld von ... bis unter ... EUR			Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch
			unter 50	50 – 150	150 und mehr	
	1 000	%	% von Spalte 1			EUR
Insgesamt	3 389	100	14,8	51,2	34,1	129
allgemeines Wohngeld	2 226	65,7	21,5	55,9	22,6	108
Mietzuschuss	2 079	61,3	21,4	56,5	22,1	107
Lastenzuschuss	147	4,3	23,5	47,8	28,7	121
besonderer Mietzuschuss	1 163	34,3	1,8	42,1	56,1	169
nach der Haushaltsgröße						
Haushalte von allein Stehenden ..	1 644	48,5	20,6	68,9	10,6	94
mit 2 Familienmitgliedern	711	21,0	12,2	42,2	45,6	132
mit 3 Familienmitgliedern	447	13,2	8,7	33,4	58,0	157
mit 4 Familienmitgliedern	333	9,8	7,5	29,7	62,8	180
mit 5 Familienmitgliedern	155	4,6	5,6	25,0	69,3	203
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	100	3,0	3,1	15,5	81,4	275

Das Wohngeld stellt immer nur einen Zuschuss zur Miete oder Belastung dar. Ein Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall vom Antragsteller getragen werden. Im Mittel deckt das Wohngeld etwa ein Drittel der berücksichtigungsfähigen Wohnkosten. Durch den Bezug von Wohngeld sanken die durchschnittlichen Wohnkosten von 338 Euro auf 230 Euro. Unter Berücksichtigung des Wohngeldes betrugen demnach bei den Empfängern von allgemeinem Wohngeld die selbst zu tragenden Wohnkosten durchschnittlich ein Drittel (33,3%) des Gesamteinkommens (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: Durchschnittliches monatliches Gesamteinkommen und Wohnkostenbelastung der Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld am 31. Dezember 2003 nach der Haushaltsgröße

Nachgewiesene Haushalte	Durchschnittliche(s) monatliche(s)					
	Gesamt-einkommen	Wohnkostenbelastung				
		vor		nach		
		Gewährung des Wohngeldes				
		EUR			% von Spalte 1	
Empfängerhaushalte von allgemeinem Wohngeld insgesamt	691	338	230	48,9	33,3	
mit ... Familienmitgliedern						
1	502	262	183	52,2	36,5	
2	666	335	231	50,3	34,7	
3	817	402	275	49,2	33,7	
4	1074	471	317	43,9	29,5	
5	1198	525	343	43,8	28,6	
6 und mehr	1319	602	354	45,6	26,8	

2.2 Haushalte mit Bezug von besonderem Mietzuschuss

Zum Jahresende 2003 erhielten knapp 1,2 Mill. Haushalte besonderen Mietzuschuss (siehe Tabelle 1). Der Anteil dieser Haushalte an allen Wohngeldempfängerhaushalten ist in den neuen Bundesländern mit 16,8% weitaus niedriger als in den alten Bundesländern, wo der Anteil des besonderen Mietzuschusses zum Jahresende 2003 bei 39,8% lag.⁹⁾ Bei 56,7% der Empfänger von besonderem Mietzuschuss handelte es sich um Mehrpersonenhaushalte. Gegenüber dem allgemeinen Wohngeld (48,8%) wurde der besondere Mietzuschuss somit vergleichsweise öfter von größeren Haushalten in Anspruch genommen.

Die durchschnittliche monatliche Miete der Bezieher von besonderem Mietzuschuss lag mit 5,79 Euro je m² über den entsprechenden Werten, die sich sowohl für die Mietzuschussempfänger (5,66 Euro je m²) als auch für die Lastenzuschussempfänger (4,23 Euro je m²) beim allgemeinen Wohngeld ergaben (siehe Tabelle 3). Dies liegt zum Teil daran, dass überproportional viele Bezieher von besonderem Mietzuschuss in den Hochpreisregionen der oberen Mietenstufen (dies sind insbesondere die Großstädte) leben. So wohnen die Empfänger von besonderem Mietzuschuss relativ häufiger (21,7%) in Gemeinden mit den beiden oberen Mietenstufen V und VI, als dies bei den Beziehern von Mietzuschuss der Fall war (13,9%).

Infolge der Wohngeldnovelle gelten seit 2001 auch beim besonderen Mietzuschuss die gleichen verbindlichen Obergrenzen für die anerkannte Miete wie beim allgemeinen Wohngeld. So wurden im Dezember 2003 bei 52,1% der Empfängerhaushalte von besonderem Mietzuschuss die Miethöchstbeträge überschritten; nach altem Recht wären nur bei 23,5% die tatsächlichen Unterkunftskosten wegen

⁹⁾ Ausschlaggebend hierfür ist unter anderem die generell noch etwas niedrigere Quote der Sozialhilfebezieher/-innen in den neuen Bundesländern. So bezogen zum Jahresende 2003 im früheren Bundesgebiet mit Berlin 3,5% der Bevölkerung laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (= sog. „Sozialhilfe im engeren Sinne“), während diese Quote in den neuen Ländern ohne Berlin nur 3,1% betrug.

Tabelle 6: Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 2003 und Wohngeldausgaben im Berichtsjahr 2003 nach Ländern

Land	Wohngeldempängerhaushalte		Im Jahr 2003 gezahlte Wohngeldbeträge ¹⁾		Durchschnittliche(s) monatliche(s)			
	insgesamt	Anteil an den Privathaushalten	insgesamt	je Einwohner	Miete/Be-lastung je m ² Wohnfläche	Wohngeld insgesamt	davon	
	Anzahl	%	Mill. EUR			EUR	allgemeines Wohngeld	besonderer Mietzuschuss
Baden-Württemberg	264 028	5,6	362,7	34	5,74	133	112	166
Bayern	289 360	5,1	367,2	30	5,76	127	104	162
Berlin	257 344	13,7	368,8	109	5,79	135	105	170
Brandenburg	140 376	11,7	165,4	64	5,07	103	96	139
Bremen	51 722	14,7	74,1	112	6,06	139	109	174
Hamburg	99 255	10,7	176,8	102	6,88	151	121	190
Hessen	159 061	5,6	349,1	57	6,07	145	117	185
Mecklenburg-Vorpommern	131 175	16,0	147,5	85	5,32	100	93	138
Niedersachsen	352 739	9,5	518,5	65	5,51	139	117	172
Nordrhein-Westfalen	807 040	9,6	1 243,5	69	5,85	141	120	176
Rheinland-Pfalz	108 804	5,8	162,6	40	5,23	128	114	165
Saarland	37 865	7,4	63,0	59	5,30	131	111	164
Sachsen	275 823	12,9	330,1	76	5,05	101	93	139
Sachsen-Anhalt	143 966	11,9	176,6	70	4,96	99	89	138
Schleswig-Holstein	159 690	11,8	217,2	77	6,05	139	113	173
Thüringen	111 160	10,0	136,1	57	4,89	103	99	133
Deutschland ...	3 389 408	8,7	4 859,4	59	5,64	129	108	169
Früheres Bundesgebiet (mit Berlin)	2 586 908	8,0	3 903,6	57	5,80	138	114	173
Neue Länder (ohne Berlin)	802 500	12,4	955,8	71	5,05	101	94	138

1) Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen.

unangemessener Höhe nicht in voller Höhe anerkannt worden. Besonders hohe Überschreitungsquoten ergaben sich – wie bei den Empfängern von allgemeinem Wohngeld – für die Haushalte in größeren Wohnungen über 80 m² Wohnfläche.

Für die Bezieher von besonderem Mietzuschuss betrugen die monatlichen Wohngeldleistungen im Durchschnitt 169 Euro (siehe Tabelle 6). In den alten Bundesländern erhöhten sie sich im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich 5 Euro auf 173 Euro (+ 3,0%). In den neuen Bundesländern erhöhte sich der durchschnittliche besondere Mietzuschuss um 2 Euro (+ 1,5%) auf 138 Euro.

2.3 Regionale Aspekte

Bei der Wohngeldförderung ist deutlich ein Ost-West- sowie ein Nord-Süd-Gefälle zu erkennen. Während – gemessen an der Gesamtzahl der privaten Haushalte – im früheren Bundesgebiet mit Berlin 8,0% der privaten Haushalte zum Jahresende 2003 Wohngeld bezogen, sind dies in den neuen Bundesländern 12,4%. In den alten Bundesländern gab es vor allem in den Nordländern und in den drei Stadtstaaten überdurchschnittlich viele Wohngeldempänger (siehe Tabelle 6). Die Spitzenposition nimmt Bremen mit einer Bezugsquote von 14,7% ein, es folgen Berlin (13,7%), Schleswig-Holstein (11,8%), Hamburg (10,7%) sowie Nordrhein-Westfalen (9,6%). Die geringsten Bezugsquoten wurden Ende 2003 in Bayern (5,1%) sowie Baden-Württemberg und Hessen (je 5,6%) ermittelt. In den neuen Bundesländern weist Mecklenburg-Vorpommern den höchsten Anteil an Wohngeldempängern (16,0%) auf; in Thüringen (10,0%) wurden die niedrigsten Bezugsquoten festgestellt.

In den Ländern mit den höchsten Empfängerbezugsquoten wurden im Jahr 2003 auch im Allgemeinen die höchsten Wohngeldausgaben je Einwohner festgestellt. Die Wohngeldausgaben je Einwohner beliefen sich in Bremen auf 112 Euro und waren damit fast viermal so hoch wie in Bayern (30 Euro je Einwohner). Die mit Abstand teuersten Quadratmetermieten mussten die Wohngeldempänger in Hamburg bezahlen (6,88 Euro je m²); sie hatten jedoch mit 151 Euro je Haushalt auch den höchsten monatlichen Wohngeldanspruch. Die niedrigsten Quadratmetermieten wurden in Thüringen (4,89 Euro je m²) sowie Sachsen-Anhalt (4,96 Euro je m²) festgestellt; den niedrigsten monatlichen Wohngeldanspruch hatten die Wohngeldempängerhaushalte in Sachsen-Anhalt (99 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (100 Euro). [u](#)

Dipl.-Volkswirtin Kristina Kott, Dipl.-Geograph Thomas Krebs

Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für das erste Halbjahr 2003

Im Rahmen der alle fünf Jahre stattfindenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) geben rund 60 000 Haushalte aller sozialen Gruppierungen Auskunft über ihre Ausstattung mit Gebrauchsgütern, ihre Vermögens- und Wohnsituation sowie ihre Einnahmen und Ausgaben. Nachdem bereits Ergebnisse aus dem Einführungsinterview und der Anlage zum Einführungsinterview der EVS in Beiträgen in dieser Zeitschrift veröffentlicht wurden¹⁾, werden nachfolgend Ergebnisse aus dem Haushaltsbuch der EVS dargestellt. In das Haushaltsbuch tragen die an der Erhebung teilnehmenden Haushalte drei Monate lang detailliert ihre Einnahmen und Ausgaben ein. Damit sind die Haushaltsbuchaufzeichnungen die umfangreichsten ihrer Art zu den Einkommen, Einnahmen und Ausgaben, die von der amtlichen Statistik in Deutschland erhoben werden. Die aus den Anschreibungen gewonnenen Daten vermitteln wichtige Erkenntnisse über Höhe, Struktur und Verwendung der Einkommen sowie über das Konsumverhalten der Bevölkerung. Aus den Anschreibungen der ersten zwei Quartale 2003 liegen bereits Ergebnisse vor. Diese Halbjahresergebnisse sind in Pressemitteilungen und auf einer Pressekonferenz im Dezember 2004 veröffentlicht worden.²⁾ Die Ergebnisse sind u. a. wesentliche Grundlage für die aktuelle Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung sowie für Verbrauchs- und Konsumanalysen. Im vorliegenden Aufsatz werden Einkommen und Konsumverhalten der privaten Haushalte in Deutschland insgesamt sowie nach unterschiedlichen soziodemographischen Merkmalen dargestellt.

Vorbemerkung

Die Veröffentlichung von Halbjahresergebnissen bietet die Möglichkeit, erste Ergebnisse zu den Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte aus der jeweiligen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in hoher Aktualität herausgeben zu können. Einschränkend ist jedoch zu berücksichtigen, dass im Vergleich zu Jahresergebnissen die Ergebniswerte des ersten Halbjahres saisonale Abweichungen aufweisen können. Unter anderem ist zu beachten, dass bedingt durch höhere Konsumausgaben in der Vorweihnachtszeit sowie einmalige Sondergratifikationen in der zweiten Jahreshälfte (z. B. Urlaubs- und Weihnachtsgeld) sowohl die Durchschnittswerte der Privaten Konsumausgaben als auch die einzelnen Einkommensaggregate bei der Jahresrechnung von den entsprechenden Halbjahresangaben abweichen können. Aufgrund dieser Abweichungen finden Zeitvergleiche ausschließlich mit den Halbjahreswerten der EVS 1998 statt. Ebenso ist zu berücksichtigen, dass Ergebnisse auf der Grundlage von 26 207 befragten Haushalten (1. Halbjahr 2003) nur eingeschränkt tiefer gegliederte Analysen für einzelne soziodemographische und sozioökonomische Merkmale zulassen.

Im Gegensatz zur freiwilligen Beteiligung von 30 477 privaten Haushalten im ersten Halbjahr 1998 ist im ersten Halbjahr 2003 ein Teilnehmerückgang von 14% zu verzeichnen.

1) Siehe Deckl, S./Krebs, T.: „Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte“ in WiSta 2/2004, S. 209 ff.; Kott, K./Krebs, T.: „Haus- und Grundbesitz und Immobilienvermögen privater Haushalte“ in WiSta 7/2004, S. 770 ff.

2) „Staatliche Leistungen machen ein Viertel des Bruttoeinkommens aus“, Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 15. September 2004; „Haushaltseinkommen im Osten erreicht 77% des Westniveaus“, Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 2. Dezember 2004; „Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003“, Presseexemplar zur Pressekonferenz am 2. Dezember 2004; die genannten Dokumente stehen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de>, Pfad: Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudget zur Verfügung.

Die Gesamtentwicklung der Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte

Einkommensentwicklung und -struktur

Das Bruttoeinkommen der privaten Haushalte³⁾ in Deutschland lag im ersten Halbjahr 2003 bei durchschnittlich 3 454 Euro im Monat, das waren knapp 8% mehr als in der ersten Jahreshälfte 1998 (3 202 Euro). Wie aus Tabelle 1 ersichtlich ist, betrug das durchschnittliche Haushaltsbruttoeinkommen im früheren Bundesgebiet 3 619 Euro im Monat; in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag es mit 2 734 Euro bei 76% des Westniveaus. Gegenüber 1998 (75% des Westniveaus) hat sich die „Einkommensschere“ zwischen Ost und West somit kaum verringert.

Die Zusammensetzung nach Einkommenskomponenten zeigt, dass in der ersten Hälfte 2003 gut ein Viertel (26%) des Bruttoeinkommens der Haushalte in Deutschland aus

öffentlichen Transferleistungen stammte (siehe Schaubild 1). In der ersten Hälfte 1998 hatte der Anteil der öffentlichen Transfers bei 24% des Bruttoeinkommens gelegen. In diesem Zeitraum stiegen die Einkünfte der Haushalte aus staatlichen Leistungen von monatlich 764 Euro auf 887 Euro (+ 16%).

Die Hauptgründe für die zwischen 1998 und 2003 gewachsene wert- und anteilmäßige Bedeutung der öffentlichen Transfers für das Haushaltsbruttoeinkommen sind die zunehmende Zahl der Empfänger von Altersbezügen sowie die mehrmalige Anhebung des Kindergeldes für das erste und das zweite Kind.

Wichtigste Einkommensquelle vor den öffentlichen Transfers waren auch im ersten Halbjahr 2003 die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit mit 1 995 Euro im Monat bzw. 58% des Bruttoeinkommens. Allerdings hat sich deren Beitrag zum Bruttoeinkommen gegenüber 1998 (59% bzw. 1 902 Euro) leicht verringert. Rückläufig war auch der Anteil der Vermögenseinnahmen (u.a. Einkünfte aus Zinsen und Dividenden, Vermietung usw.) von 13 auf 12%.

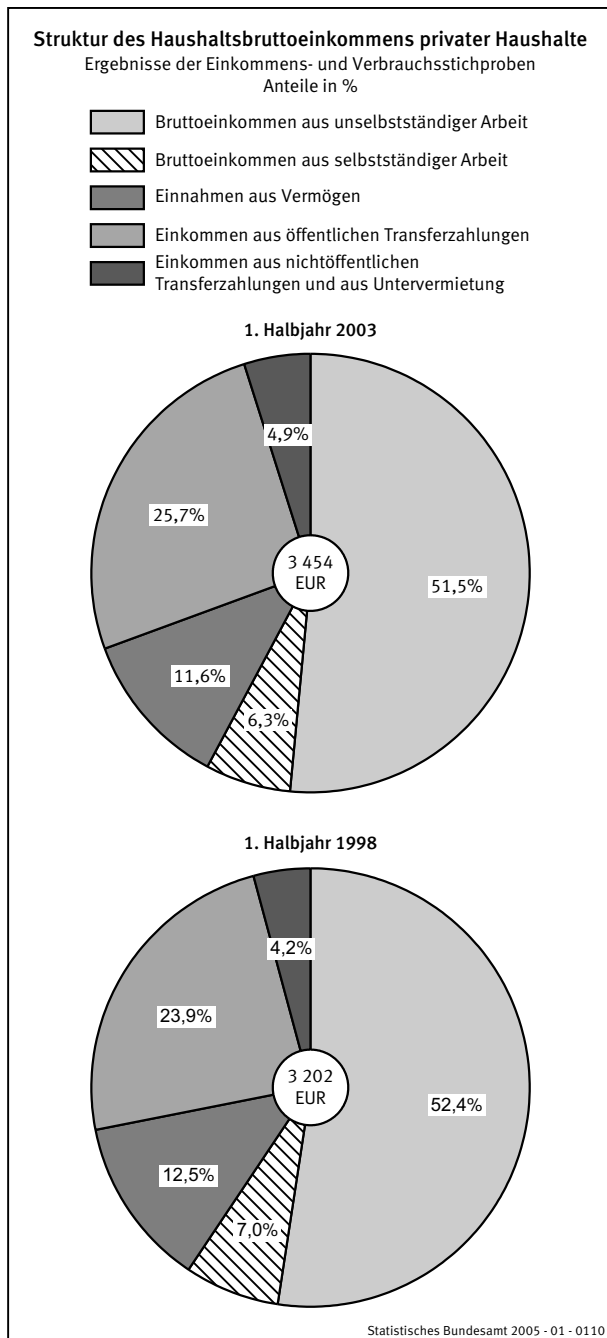
Tabelle 1: Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte¹⁾
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	1. Halbjahr 1998			1. Halbjahr 2003		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte (Anzahl)	30 477	23 996	6 481	26 207	21 087	5 120
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	36 781	29 954	6 826	37 931	30 861	7 070
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR						
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	1 679	1 763	1 321	1 778	1 870	1 376
darunter:						
des Haupteinkommensbeziehers	1 335	1 422	960	1 402	1 493	1 002
des Ehepartners/Lebensgefährten	276	269	303	314	311	324
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	223	245	103	217	237	130
Einnahmen aus Vermögen	400	451	182	402	441	229
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	764	747	829	887	882	911
darunter:						
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherungen ..	383	356	494	426	403	527
Bruttopensionen	86	104	/	93	114	/
laufende Übertragungen der Arbeitsförderung	59	47	115	48	41	77
Kindergeld	61	61	62	80	82	75
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und Einnahmen aus Untervermietung	135	151	68	170	190	87
Haushaltsbruttoeinkommen	3 202	3 357	2 502	3 454	3 619	2 734
abzüglich:						
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag ..	322	351	190	341	372	205
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	313	319	289	342	352	296
Haushaltsnettoeinkommen	2 567	2 686	2 023	2 771	2 895	2 233
zuzüglich:						
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	50	54	37	49	53	32
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 617	2 740	2 060	2 820	2 948	2 265
Aufwendungen für den Privaten Konsum	2 029	2 115	1 666	2 126	2 201	1 797
Übrige Ausgaben ²⁾	285	306	189	372	400	256
Ersparnis	303	319	205	322	347	214

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Versicherungsbeiträge, sonstige Einkommensübertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

3) In der EVS setzt sich das *Haushaltsbruttoeinkommen* aus folgenden Komponenten zusammen: Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Einkünfte aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit), öffentliche und nichtöffentliche Transferzahlungen, Vermögenseinnahmen sowie Einnahmen aus Untervermietung. Die Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen umfassen neben den Bruttorenten der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung sowie berufsständischer Versorgungswerke auch die Beamtenpensionen aus eigener früherer Erwerbstätigkeit. Ferner gehören u. a. Arbeitslosengeld und -hilfe, Sozialhilfe, Kinder-, Mutterschafts- und Erziehungsgeld, Krankengeld der gesetzlichen Krankenversicherung, Leistungen nach dem BAföG sowie Wohngeld und Eigenheimförderungen zu den Bruttoeinkommen aus öffentlichen Transferzahlungen. Die Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen beinhalten u. a. Werks- und Betriebsrenten, Renten aus privaten Lebensversicherungen und Unterhaltszahlungen anderer privater Haushalte sowie Einnahmen aus Untervermietung. Einnahmen aus Vermögen sind u. a. Zinsen, Dividenden, Nettoeinnahmen aus Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen. Bei Haushalten mit selbst genutztem Wohneigentum wird darüber hinaus dem tatsächlichen Bruttoeinkommen ein so genannter Eigentümermietwert zugerechnet, weil der Eigentümerhaushalt keine Mietzahlung tätigen muss.

Schaubild 1



Bei der Zusammensetzung des Haushaltsbruttoeinkommens zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern. In den neuen Ländern und Berlin-Ost bezogen die Haushalte in der ersten Jahreshälfte 2003 jeden dritten Euro (33,3%) ihres Bruttoeinkommens aus Leistungen der öffentlichen Hand, im früheren Bundesgebiet war es knapp jeder vierte Euro (24,4%). Demgegen-

über gingen bei den Haushalten im früheren Bundesgebiet 58% des Bruttoeinkommens auf Einkünfte aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit zurück, in den neuen Ländern entfielen auf Erwerbseinkünfte 55%. Auch der Beitrag der Vermögenseinnahmen zum Haushaltsbruttoeinkommen fiel bei Haushalten im Westen mit 12% deutlich größer aus als bei Haushalten im Osten (8%).

Das nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben verbleibende Nettoeinkommen⁴⁾ ostdeutscher Haushalte lag in der ersten Hälfte 2003 um gut 660 Euro im Monat niedriger als das der Haushalte im früheren Bundesgebiet (siehe Tabelle 1). Einem Durchschnittsnettoeinkommen von 2 771 Euro (1. Hälfte 1998: 2 567 Euro) für alle Haushalte standen Werte von 2 895 Euro für das frühere Bundesgebiet und 2 233 Euro für die neuen Länder gegenüber. Damit lag das Nettoeinkommen ostdeutscher Haushalte bei 77% des Westniveaus. Gegenüber der ersten Hälfte 1998, als den Haushalten in den neuen Ländern (2 023 Euro) 75% des Nettoeinkommens westdeutscher Haushalte (2 686 Euro) zur Verfügung standen, hat die Einkommensdifferenz kaum abgenommen.

Entwicklung und Verwendung des ausgabenfähigen Einkommens

Im ersten Halbjahr 2003 betrug das ausgabenfähige Einkommen der Privathaushalte⁵⁾ 2 820 Euro. Drei Viertel (75,4%) ihres ausgabenfähigen Einkommens verwendeten die Haushalte für den Privaten Konsum (siehe Tabelle 2). Insgesamt waren dies 2 126 Euro monatlich. Gegenüber der ersten Hälfte 1998 (77,5% bzw. 2 029 Euro) hat der Anteil der Konsumausgaben am ausgabenfähigen Einkommen um rund zwei Prozentpunkte abgenommen. Der Rückgang der Konsumquote ist bundesweit festzustellen. Allerdings lag sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 79,3% um 4,6 Prozentpunkte höher als im früheren Bundesgebiet (74,7%).

Tabelle 2: Verwendung der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen privater Haushalte¹⁾
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben
Anteile in %

Gegenstand der Nachweisung	1. Halbjahr 1998			1. Halbjahr 2003		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Private Konsumausgaben	77,5	77,2	80,9	75,4	74,7	79,3
Übrige Ausgaben	10,9	11,2	9,2	13,2	13,6	11,3
Ersparnis	11,6	11,6	9,9	11,4	11,8	9,5

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

4) Das *Haushaltsnettoeinkommen* ergibt sich aus dem Haushaltsbruttoeinkommen abzüglich der Steuern auf Einkommen (Lohn- und Einkommensteuer, Kirchensteuer), des Solidaritätszuschlages und der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung (Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung sowie zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung) aller Haushaltsmitglieder.

5) Die *ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen* privater Haushalte werden ermittelt, indem zum Haushaltsnettoeinkommen die Einnahmen aus dem Verkauf von Waren (z. B. Verkauf von Gebrauchtwagen) sowie die sonstigen Einnahmen (z. B. Lottogewinne, Einnahmen aus der Einlösung von Leergut und Flaschenpfand) hinzuaddiert werden. Die ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen werden auch als verfügbares Einkommen bezeichnet. Im verfügbaren Einkommen nicht enthalten sind die Einnahmen aus der Auflösung und Umwandlung von Vermögen (Sach- und Geldvermögen) sowie aus Kreditaufnahme.

Für die Ersparnisbildung legten die Haushalte in Deutschland im ersten Halbjahr 2003 durchschnittlich 322 Euro monatlich zurück. Dies waren 11,4% des ausgabenfähigen Einkommens. Damit war die Sparquote gegenüber der ersten Hälfte 1998 (303 Euro oder 11,6%) ebenfalls geringfügig rückläufig. Nach wie vor gibt es zwischen West und Ost erhebliche Unterschiede in der Spartätigkeit: In der ersten Jahreshälfte 2003 legten die Haushalte im früheren Bundesgebiet durchschnittlich 347 Euro monatlich auf die hohe Kante, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 214 Euro. Die Sparquote im Osten war damit in der ersten Hälfte 2003 mit 9,5% deutlich niedriger als im Westen (11,8%).

Im Gegensatz zu den Konsumausgaben und den Ersparnissen hat in den zurückliegenden fünf Jahren der Anteil der übrigen Ausgaben bzw. der Aufwendungen für Nicht-Konsumzwecke (u. a. Versicherungsbeiträge, sonstige Steuern, Kreditzinsen)⁶⁾ zugenommen. Setzten die Haushalte im ersten Halbjahr 1998 10,9% ihres ausgabenfähigen Einkommens für nicht-konsumrelevante Ausgaben ein, so waren es in der ersten Hälfte 2003 13,2% (Westen: 13,6%; Osten: 11,3%).

Entwicklung und Struktur der Konsumausgaben

Während die Haushalte im früheren Bundesgebiet im ersten Halbjahr 2003 monatlich 2 201 Euro für Konsumzwecke verwendeten, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1 797 Euro je Haushalt, also rund 400 Euro weniger. Die durchschnittlichen Ausgaben für den Konsum aller Privathaushalte in Deutschland lagen bei 2 126 Euro monatlich; das waren 4,8% mehr als in der ersten Jahreshälfte

1998 (2029 Euro). Gegenüber 1998, als die Haushalte in den neuen Ländern mit 1 666 Euro rund 450 Euro weniger im Monat konsumierten als die Haushalte im früheren Bundesgebiet (2 115 Euro), hat sich die Konsumlücke zwischen Ost und West kaum verringert (siehe Tabelle 3).

Auch die Struktur der Konsumausgaben hat sich seit 1998 verändert. Die mit Abstand höchsten Ausgaben tätigten die Privathaushalte nach wie vor für den Bereich Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung. Im ersten Halbjahr 2003 wurden dafür monatlich 691 Euro, das war fast ein Drittel (32,5%) des gesamten Konsumbudgets, ausgegeben. Trotz einer nominalen Erhöhung um +4,9% seit dem ersten Halbjahr 1998 (659 Euro monatlich) ist der Anteil dieser Ausgaben am Konsumbudget konstant geblieben (siehe Tabelle 4). Allerdings ist im Vergleich zu 1998 eine wesentliche Änderung der Zusammensetzung der wohnungsbedingten Ausgaben eingetreten. Während die Mietausgaben zwischen 1998 und 2003 nur moderat von 502 Euro auf 512 Euro im Monat zunahmen (+2%) und die Kosten für die Wohnungsinstandhaltung von 59 Euro auf 58 Euro leicht zurückgingen (–2%), erhöhten sich die Energiekosten (Aufwendungen für wohnungsbedingte Heiz- und Stromkosten) von 98 Euro auf 121 Euro (+24%). Der Anteil der Energieausgaben an den gesamten Aufwendungen für das Wohnen nahm zwischen der ersten Hälfte 1998 und 2003 von 14,8 auf 17,5% zu.

Hinter dem starken Anstieg der Energiekosten für Wohnzwecke steht zum einen die erhebliche Verteuerung der Weltmarktpreise für fossile Brennstoffe im Betrachtungszeitraum und zum anderen die mehrfache Erhöhung der Energiesteuern im Zuge der Ökosteuerreform seit April 1999. Infol-

Tabelle 3: Aufwendungen und Struktur des Privaten Konsums privater Haushalte¹⁾
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	1. Halbjahr 1998						1. Halbjahr 2003					
	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost		Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
Erfasste Haushalte (Anzahl)	30 477		23 996		6 481		26 207		21 087		5 120	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	36 781		29 954		6 826		37 931		30 861		7 070	
Durchschnitt je Haushalt und Monat												
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Private Konsumausgaben	2 029	100	2 115	100	1 666	100	2 126	100	2 201	100	1 797	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	283	13,9	287	13,6	264	15,9	298	14,0	304	13,8	272	15,1
Bekleidung und Schuhe	111	5,5	115	5,4	91	5,5	107	5,0	111	5,0	89	5,0
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	659	32,5	694	32,8	505	30,3	691	32,5	720	32,7	561	31,2
darunter:												
Wohnungsmieten u. Ä.	502	24,7	534	25,2	361	21,7	512	24,1	536	24,3	409	22,8
Energie	98	4,8	100	4,7	87	5,2	121	5,7	124	5,6	107	5,9
Innenausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände	142	7,0	145	6,8	135	8,1	121	5,7	126	5,7	101	5,6
Gesundheitspflege	74	3,7	81	3,8	44	2,7	78	3,7	85	3,9	44	2,5
Verkehr	278	13,7	290	13,7	238	14,3	306	14,4	313	14,2	272	15,1
Nachrichtenübermittlung	50	2,5	52	2,5	42	2,5	66	3,1	68	3,1	60	3,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	241	11,9	249	11,8	205	12,3	250	11,8	253	11,5	236	13,1
Bildungswesen	11	0,5	12	0,6	7	0,4	20	0,9	21	0,9	15	0,8
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	95	4,7	101	4,8	66	4,0	92	4,3	98	4,4	67	3,7
Andere Waren und Dienstleistungen	85	4,2	88	4,2	68	4,1	98	4,6	102	4,6	81	4,5

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

6) Zur genaueren Abgrenzung der übrigen Ausgaben siehe Fußnote 8.

Tabelle 4: Struktur der Wohnausgaben privater Haushalte¹⁾
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	1. Halbjahr 1998			1. Halbjahr 2003		
	EUR je Haushalt und Monat	Anteil an den Wohnausgaben in %	Anteil an den Konsumausgaben in %	EUR je Haushalt und Monat	Anteil an den Wohnausgaben in %	Anteil an den Konsumausgaben in %
Insgesamt	659	100	32,5	691	100	32,5
Wohnungsmieten u. Ä.	502	76,2	24,7	512	74,1	24,1
Energie	98	14,8	4,8	121	17,5	5,7
Wohnungsinstandhaltung	59	8,9	2,9	58	8,4	2,7

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 EUR und mehr (1998) bzw. 18 000 EUR und mehr (2003) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

gedessen erhöhte sich der Anteil der wohnungsbedingten Energiekosten am Gesamtkonsum zwischen 1998 und 2003 von 4,8 auf 5,7%. Dagegen ging der Anteil der (Bruttokalt-)Miete an den Konsumausgaben insgesamt von 24,7 auf 24,1% zurück.

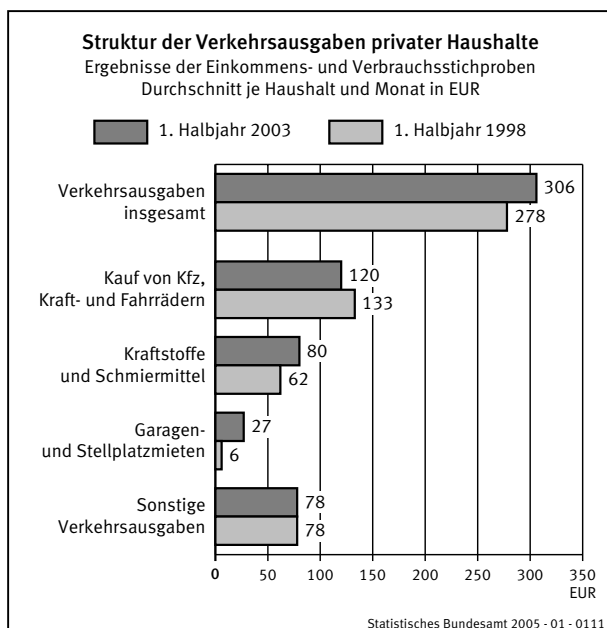
Zugenommen haben vor allem die Ausgaben für den Bereich Verkehr. Der Anteil der Verkehrsausgaben an den Privaten Konsumausgaben erhöhte sich zwischen der ersten Jahreshälfte 1998 und dem ersten Halbjahr 2003 von 13,7 auf 14,4%. Damit lösten die Verkehrsausgaben den Bereich Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (14,0%) als zweitgrößte Konsumposition ab. Absolut gesehen nahmen die Verkehrsausgaben von 278 Euro monatlich in der ersten Jahreshälfte 1998 auf 306 Euro monatlich im ersten Halbjahr 2003 zu, das war ein Anstieg um 10% (siehe Schaubild 2). Diese deutliche Zunahme der Verkehrsausgaben war nicht etwa auf höhere Aufwendungen für den Kauf von Personenkraftwagen, Kraft- oder Fahrrädern zurückzuführen – im Gegenteil, die Beträge, die dafür eingesetzt wurden, sanken von 133 Euro auf 120 Euro monatlich –, sondern vor allem auf die durch die Erhöhung der internationalen Rohöl-

preise gestiegenen Ausgaben für Kraftstoffe und Schmiermittel. Der Betrag, der je Haushalt hierfür aufgebracht wurde, stieg von 62 Euro auf 80 Euro im Monat. Neben den Energiekosten trugen auch die Aufwendungen für Garagen- und Stellplatzmieten zum Anstieg der Verkehrsausgaben maßgeblich bei. Die Beträge, die die Haushalte dafür aufwendeten, haben sich zwischen 1998 und 2003 von 6 Euro auf 27 Euro erhöht und damit mehr als vervierfacht.

Die Ausgaben für Nachrichtenübermittlung verzeichneten seit dem ersten Halbjahr 1998 das stärkste Wachstum aller Konsumbereiche. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich neue Informations- und Kommunikationstechnologien in den privaten Haushalten durchgesetzt haben. Wie bereits die Ergebnisse des Einführungsinterviews der EVS 2003 zeigten, wuchs u.a. der Ausstattungsgrad der Haushalte mit Mobiltelefonen zwischen Anfang 1998 und Anfang 2003 von 11 auf 73% und der Anteil der Haushalte, die über einen Internetanschluss verfügten, erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 8 auf 46%⁷⁾. Dass diese Entwicklung sich im Konsumbudget der privaten Haushalte niederschlagen musste, lag nahe: Gaben die Haushalte in der ersten Hälfte 1998 im Durchschnitt 50 Euro im Monat für Güter und Dienstleistungen der Nachrichtenübermittlung aus, so waren es in der ersten Hälfte 2003 bereits 66 Euro. Innerhalb von fünf Jahren stiegen die Ausgaben für Nachrichtenübermittlung damit um mehr als 30%. Der Anteil der Aufwendungen für Nachrichtenübermittlung wuchs von 2,5 auf 3,1% des Konsumbudgets.

Die Konsummehrausgaben in den Bereichen Wohnen, Energie und Verkehr haben die Haushalte durch Einsparungen in anderen Bereichen kompensiert. Hierbei wählten die Haushalte jene Konsumsegmente aus, in denen sie relativ selbstbestimmt die jeweilige Ausgabenhöhe festlegen können. Der höchste Konsumausgabenrückgang war bei der Anschaffung von Wohnungsausstattungen und dem Kauf von Haushaltsgeräten zu verzeichnen. Der Betrag, der je Haushalt monatlich hierfür aufgewendet wurde, sank im Betrachtungszeitraum von 142 Euro auf 121 Euro (– 14,8%). Der Anteil dieser Ausgaben am Konsumbudget verringerte sich von 7,0% (1998) auf 5,7% (2003). Rückläufig entwickelten sich auch die monatlichen Ausgaben für Bekleidung und Schuhe von 111 Euro (1998) auf 107 Euro (gegenüber 2003: – 3,6%); ihr Anteil am Konsumbudget ging von 5,5 auf 5,0% zurück. Schließlich gaben die Haushalte auch

Schaubild 2



7) Siehe „Ausstattung und Wohnsituation privater Haushalte – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003“, Presseexemplar zur Pressekonferenz am 7. Oktober 2003, S. 17 ff., erhältlich unter http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2003/evs_jahrbuch2003i.pdf.

weniger für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen aus: In der ersten Jahreshälfte 2003 waren es nur noch durchschnittlich 92 Euro monatlich im Vergleich zu 95 Euro im ersten Halbjahr 1998 (-3,2%). Der Anteil dieses Bereichs am Konsumbudget ging zwischen 1998 und 2003 von 4,7 auf 4,3% zurück.

Zum Teil noch unterschiedliche Konsumstrukturen zeigen sich beim Vergleich der Privathaushalte im früheren Bundesgebiet sowie in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost. Die Ausgaben für Wohnen waren in der ersten Hälfte 2003 mit 31,2% in den neuen Ländern um 1,5 Prozentpunkte geringer als im früheren Bundesgebiet (32,7%). Mehr als westdeutsche Haushalte gaben ostdeutsche Haushalte dagegen für die Bereiche Nahrung und Verkehr (jeweils 15,1%) aus: Die Ausgabenanteile lagen hier um 1,3 bzw. 0,9 Prozentpunkte höher. Auch in den Freizeitbereich investierten ostdeutsche Haushalte mit 13,1% ihres Konsumbudgets mehr als westdeutsche Haushalte (11,5%).

Entwicklung und Struktur der übrigen Ausgaben

Am stärksten wuchsen in den zurückliegenden fünf Jahren im Vergleich zu den Konsumausgaben und den Ersparnissen die Aufwendungen für Nicht-Konsumzwecke, die so

genannten übrigen Ausgaben.⁸⁾ Im Durchschnitt erhöhten sich diese Ausgaben von 285 Euro auf 372 Euro je Haushalt und damit binnen fünf Jahren um 31%. Während die Zunahme der übrigen Ausgaben für die Haushalte im früheren Bundesgebiet dieser durchschnittlichen Erhöhung folgte, betrug sie für die Haushalte in den neuen Bundesländern 35% (siehe Tabelle 1).

Den größten Betrag der übrigen Ausgaben umfassten im ersten Halbjahr 2003 mit durchschnittlich 149 Euro monatlich die Zahlungen für Versicherungsbeiträge, gefolgt von den Zinszahlungen für Baudarlehen mit durchschnittlich 93 Euro monatlich. Wie Schaubild 3 zeigt, gab es bei diesen beiden Positionen gegenüber 1998 die größten Ausgabenzuwächse: 2003 gaben die Haushalte für Versicherungsbeiträge 13 Euro monatlich mehr aus als fünf Jahre zuvor, für Zinszahlungen auf Baudarlehen waren es sogar 35 Euro monatlich mehr.

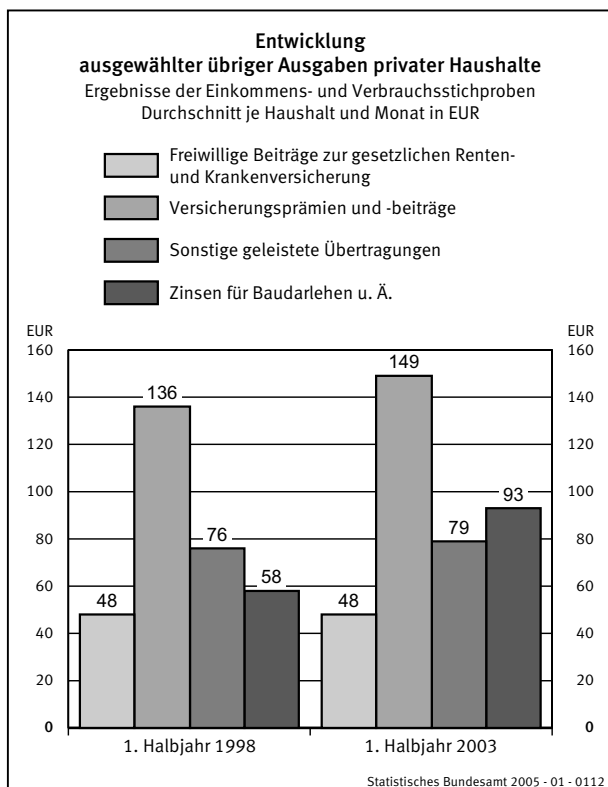
Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte nach Alter und Geschlecht des Haupteinkommensbeziehers

Haushaltsnettoeinkommen nach Alter und Geschlecht

Alter und Geschlecht des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin sind Größen, die das jeweilige Haushaltseinkommen entscheidend mit beeinflussen. Wie Schaubild 4 zeigt, differierte das monatliche Nettoeinkommen der Haushalte im ersten Halbjahr 2003 in starkem Maße mit dem Alter des Haupteinkommensbeziehers. So verfügten Haushalte mit Haupteinkommensbezieher unter 25 Jahren über ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 1 360 Euro im Monat. Dies war weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens aller Haushalte von 2 771 Euro monatlich. Am höchsten lag das Einkommen bei den Haushalten mit 45- bis unter 55-jährigen Haupteinkommensbezieher mit durchschnittlich 3 383 Euro monatlich. Sie verfügten fast über das Zweieinhalbfache an Einkommen wie die Haushalte mit jungen Haupteinkommensbezieher unter 25 Jahren.

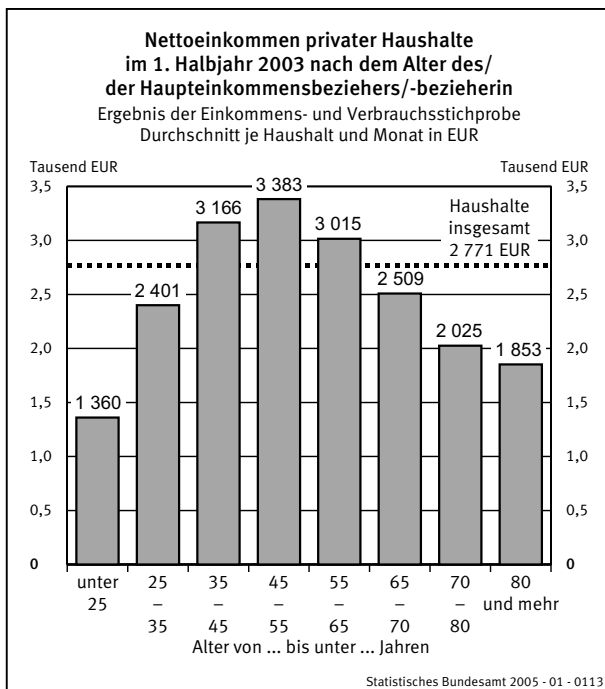
Nach dem Geschlecht des Haupteinkommensbeziehers bestehen ebenfalls erhebliche Einkommensunterschiede. So erzielten die Haushalte mit männlichem Hauptverdiener in der ersten Hälfte 2003 ein Monatsnettoeinkommen von durchschnittlich 3 221 Euro, die Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand nur 2 034 Euro. Das waren 63% des Einkommensniveaus der „männlichen“ Haushalte und 73% des Durchschnittswertes aller Haushalte. Die geschlechtsspezifische Einkommensdifferenz betrug fast 1 200 Euro monatlich. Im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 1998 (Frauen:

Schaubild 3



8) Zu den *übrigen Ausgaben* zählen u. a. freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Beiträge für private Krankenversicherungen, Pensions-, Alters- und Sterbekassen sowie Ausgaben für Kraftfahrzeug-, Hausrat-, Haftpflicht-, Unfall- und weitere Versicherungen. Zu den übrigen Ausgaben gehören ebenfalls Kraftfahrzeug-, Hunde-, Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer. Zinsen für Kredite und sonstige geleistete Übertragungen (z. B. Geldgeschenke, Unterhaltszahlungen) sind ebenfalls Bestandteil der übrigen Ausgaben, ebenso eventuell in den Haushaltsbüchern aufgetretene statistische Differenzen. Diese entstehen, wenn in Einzelfällen bestimmte kleine Beträge nicht eingetragen werden, weil sich z. B. die Buch führende Person an diese Ausgabe nicht mehr erinnert, Wechselgeld nicht korrekt zurückgegeben oder Geld unbemerkt verloren wurde. Aber auch Einnahmen können vergessen werden.

Schaubild 4



1 856 Euro; Männer: 2 961 Euro; Differenz: 1 105 Euro) hat sie sich um rund 80 Euro im Monat vergrößert.

Wie Tabelle 5 zeigt, waren im ersten Halbjahr 2003 im direkten Vergleich der einzelnen Haushaltstypen die Nettoeinkommen der Haushalte mit weiblichem Hauptverdiener fast durchgängig geringer als die der jeweiligen „Männerhaushalte“. Das Monatsnettoeinkommen allein lebender sowie allein erziehender Männer war beispielsweise um rund 370 Euro höher als das vergleichbarer Haushalte von Frauen. Bei Paaren mit Kind(ern) mit männlichem Haupteinkommens-

Tabelle 5: Nettoeinkommen privater Haushalte im 1. Halbjahr 2003 nach dem Geschlecht des/der Haupteinkommensbezieher/-bezieherin und nach Haushaltstyp¹⁾
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Haupteinkommensbezieher/-in nach Geschlecht		Differenz
	weiblich	männlich	
Erfasste Haushalte (Anzahl)	8 318	17 889	-9 571
Hochgerechnete Haushalte (1 000) ...	14 372	23 559	-9 187
EUR je Haushalt und Monat			
Haushalte insgesamt ..	2 034	3 221	-1 187
allein Lebende	1 525	1 901	-376
allein Erziehende ²⁾ ..	1 754	(2 127)	-373
Paare ³⁾	3 280	3 374	-94
ohne Kind	3 182	3 106	+76
mit Kind(ern) ⁴⁾	3 539	3 778	-239
Sonstige Haushalte ..	3 231	4 404	-1 173

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren. – 3) Ehepaare und nicht-ehehliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. – 4) Ledige(s) Kind(er) des/der Haupteinkommensbezieher/-bezieherin oder des/der Ehepartners/-partnerin, Lebensgefährten/-gefährtin unter 18 Jahren.

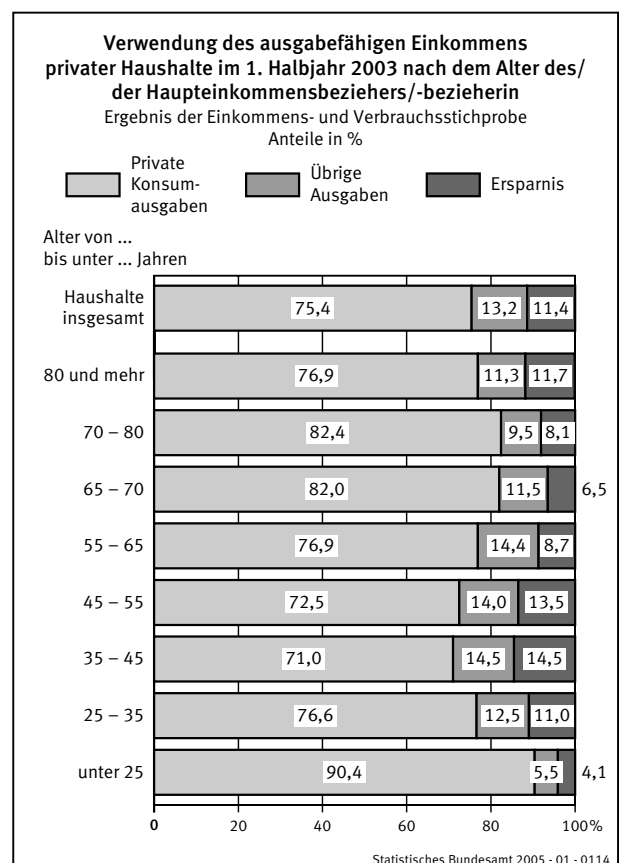
bezieher lag das Nettoeinkommen um rund 240 Euro über dem vergleichbarer Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand. Lediglich bei Paaren ohne Kind wiesen die Haushalte mit weiblichem Haupteinkommensbezieher ein geringfügig höheres Nettoeinkommen auf (+ 76 Euro) als die mit männlichem Hauptverdiener. Dies dürfte daran liegen, dass es sich bei kinderlosen Paaren mit weiblichem Haupteinkommensbezieher überproportional häufig um jüngere Haushalte mit zumeist zwei Verdienern handelt, von denen die Frau eine relativ gute berufliche Position einnimmt und einkommensmäßig besser gestellt ist als ihr Partner. Dagegen umfassen die kinderlosen Paare mit männlichem Haupteinkommensbezieher viele ältere Paare, bei denen nur der Mann erwerbstätig ist oder sich der Haushalt bereits im Rentenalter befindet und die Einkommen deshalb im Durchschnitt geringer ausfallen als bei den Paaren mit weiblichem Haupteinkommensbezieher.

Verwendung des ausgabenfähigen Einkommens nach Alter und Geschlecht

Eine interessante Frage ist die, ob es alters- und geschlechtsspezifische Muster der Einkommensverwendung gibt.

Schaubild 5 belegt, dass im Altersvergleich sehr stark abweichende Muster der Einkommensverwendung bestehen. Haushalte von unter 25-jährigen nutzten etwa im ersten Halbjahr 2003 rund 90% ihres ausgabenfähigen Einkommens für den Konsum. Für die Ersparnisbildung wurden von diesen Haushalten lediglich 4% des verfügbaren Ein-

Schaubild 5



kommens eingesetzt. Auch die übrigen Ausgaben (z. B. für Versicherungen, private Transferzahlungen, Zinszahlungen usw.) hielten sich mit einem Budgetanteil von 6% in engen Grenzen.

Bei den Haushalten mit Haupteinkommensbezieher im Alter zwischen 25 und unter 55 Jahren nahm die relative Bedeutung der Konsumausgaben deutlich ab. Sie verwendeten im ersten Halbjahr 2003 nur zwischen 71 und 77% ihres ausgabenfähigen Einkommens für Konsumbelange, dafür gewannen die Ersparnisbildung und die Aufwendungen für die übrigen Ausgaben an Gewicht. Mit einem Anteil von jeweils fast 15% des verfügbaren Einkommens lagen die Sparquote und der Anteil der übrigen Ausgaben bei der Altersgruppe der 35- bis unter 45-Jährigen am höchsten. Als Gründe für die erhöhte Spartätigkeit dieser Haushalte lassen sich u. a. nennen, dass sie sich in der Lebenszyklusphase befinden, in der verstärkt der Erwerb von Haus- und Grundbesitz sowie die Bildung finanzieller Rücklagen für die private Altersvorsorge erfolgen.

Bei den Altersjahrgängen zwischen 55 und unter 80 Jahren war mit Konsumanteilen zwischen 77 und 82% eine stärkere Konsumorientierung auszumachen, während die Sparquoten durchweg bei deutlich weniger als 10% lagen. Bei den 80-Jährigen und Älteren war wieder eine Zunahme der Spartätigkeit festzustellen. Die Sparquote dieser Altersgruppe war mit 11,7% leicht überdurchschnittlich.

Die Betrachtung der Verwendung des ausgabenfähigen Einkommens im Geschlechtervergleich ergibt, dass Haushalte mit weiblichem Haupteinkommensbezieher vier Fünftel ihres verfügbaren Einkommens für Konsumausgaben einsetzen, Haushalte mit männlichem Hauptverdiener aber nur 74% (siehe Tabelle 6). Dafür verwenden Letztere größere Teile ihres Budgets für die Ersparnisbildung (12%; „Frauenhaushalte“: 9%) und für Ausgaben im nicht-konsumtiven Bereich (14%; „Frauenhaushalte“: 11%). Betrachtet man die entsprechenden Euro-Werte, dann gaben Haushalte mit männlichem Haupteinkommensbezieher sowohl für Sparzwecke (401 Euro im Monat) als auch für den Bereich der übrigen Ausgaben (465 Euro im Monat) im ersten Halbjahr 2003 rund das Doppelte aus wie Haushalte mit weiblichem Haupteinkommensbezieher (193 Euro bzw. 221 Euro im Monat).

Tabelle 6: Verwendung der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen privater Haushalte im 1. Halbjahr 2003 nach dem Geschlecht des/der Haupteinkommensbezieher/-bezieherin)
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

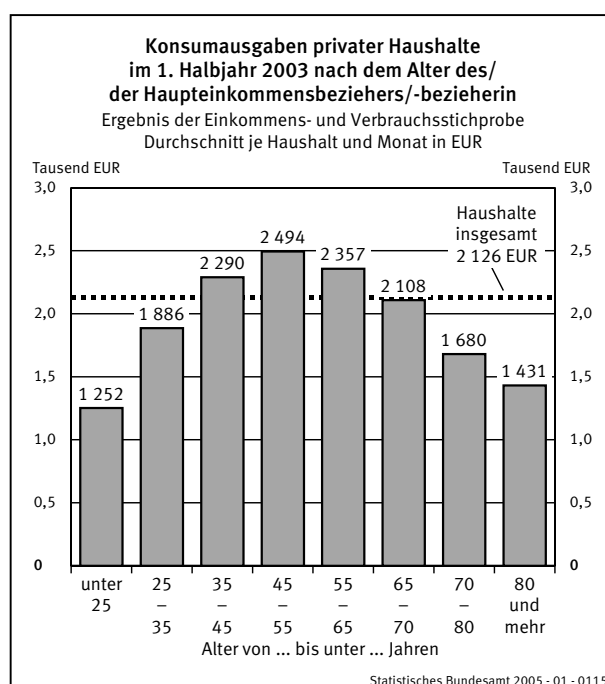
Gegenstand der Nachweisung	Haupteinkommensbezieher/-in nach Geschlecht			
	weiblich		männlich	
	EUR je Monat	%	EUR je Monat	%
Ausgabenfähige Einkommen und Einnahmen	2 064	100	3 282	100
Private Konsumausgaben	1 650	79,9	2 416	73,6
Übrige Ausgaben	221	10,7	465	14,2
Ersparnis	193	9,4	401	12,2

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Höhe und Struktur der Konsumausgaben nach Alter und Geschlecht

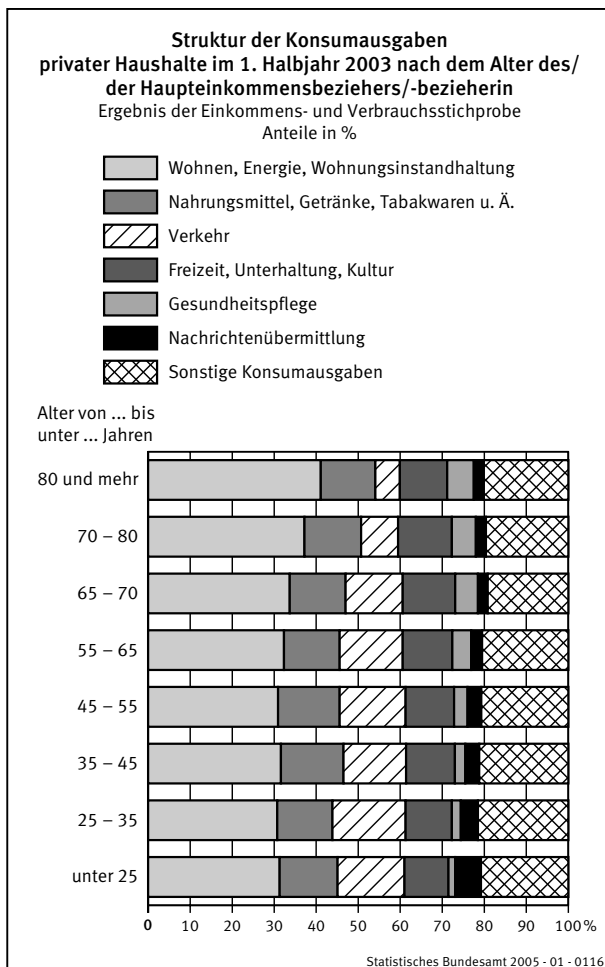
Im ersten Halbjahr 2003 hatten Haushalte mit unter 25-jährigen Haupteinkommensbezieher/-bezieherinnen mit durchschnittlichen monatlichen Konsumausgaben von 1 252 Euro im Altersklassenvergleich die niedrigsten Konsumausgaben (siehe Schaubild 6). Nahezu doppelt so hohe Konsumausgaben (2 494 Euro) verzeichneten Haushalte mit Haupteinkommensbezieher zwischen 45 und 55 Jahren. Die Verteilung der Konsumausgaben folgt damit der Verteilung der Nettoeinkommen privater Haushalte nach Altersklassen (siehe Schaubild 4).

Schaubild 6



Die Ausgabenrangfolge der vier wichtigsten Konsumbereiche – Wohnen, Verkehr, Nahrungsmittel, Freizeit – war bei Haushalten aller Altersgruppen nahezu identisch, wobei besonders die altersmäßig sehr unterschiedlichen Wohnausgabenanteile auffallend sind (siehe Schaubild 7). So gaben im ersten Halbjahr 2003 die Haushalte der unter 35-Jährigen 31% ihres Konsumbudgets für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung aus, während die 80-Jährigen und Älteren dafür 41% einsetzten. Darüber hinaus wuchsen vor allem die Ausgaben und die Bedeutung des Gesundheitsbereichs mit zunehmendem Alter des Haupteinkommensbezieher: Haushalte mit 80-jährigen und älteren Haupteinkommensbeziehern wendeten hierfür 6,3% (90 Euro monatlich) ihres Konsumbudgets auf, womit die Ausgaben für Gesundheitspflege bei diesen Haushalten noch vor den Verkehrsausgaben rangierten. Die unter 25-Jährigen hingegen setzten nur 1,6% (19 Euro monatlich) für den Bereich Gesundheitspflege ein. Für die „jungen“ und mobilen Haushalte waren dagegen die Konsumbereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung wesentlich

Schaubild 7



wichtiger und verschlangen deutlich höhere Ausgabenanteile als bei den „alten“ Haushalten. Den höchsten Anteil am Konsumbudget hatten die Verkehrsausgaben mit 17,4% bei den Haushalten mit 25- bis unter 35-jährigen Haupteinkommensbeziehern, im Gegensatz zu einem Budgetanteil von 5,8% bei den Haushalten mit Haupteinkommensbeziehern von 80 Jahren und älter. Im Bereich Nachrichtenübermittlung zeigte sich ein ähnliches Bild: Die unter 25-Jährigen gaben mit 6,1% anteilig am meisten aus. Am wenigsten gaben die 65- bis unter 70-Jährigen mit 2,3% aus.

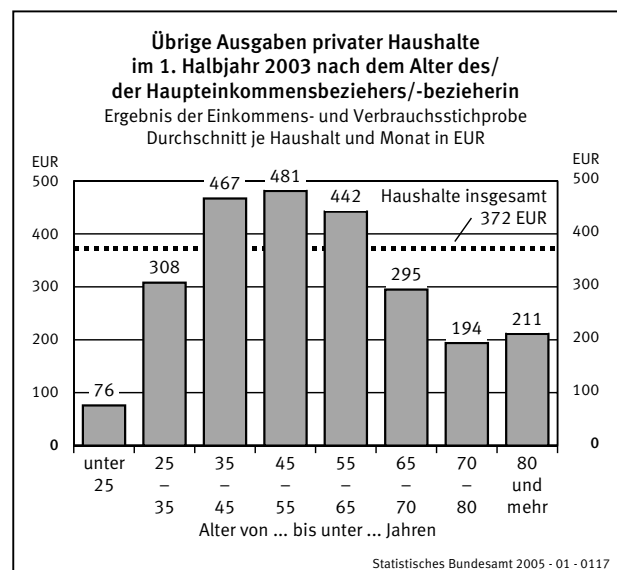
Die beschriebenen geschlechtsspezifischen Unterschiede beim Haushaltsnettoeinkommen spiegeln sich auch beim Vergleich der Höhe der Konsumausgaben privater Haushalte wider. Es zeigt sich, dass Haushalte mit weiblichen Haupteinkommensbeziehern im ersten Halbjahr 2003 mit Konsumausgaben von durchschnittlich 1 650 Euro nur rund zwei Drittel (68,3%) der Konsumausgaben von Haushalten mit männlichen Haupteinkommensbeziehern (2 416 Euro) tätigten (siehe Tabelle 6).

Aufgrund ihrer begrenzten Einkommensbasis mussten „Frauenhaushalte“ für die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse (Wohnen, Nahrung und Bekleidung) mit 53,7% einen deutlich größeren Anteil ihrer Konsumbudgets einsetzen als Männerhaushalte (50,7%).

Übrige Ausgaben nach Alter und Geschlecht

Auch die Höhe der übrigen Ausgaben variiert mit dem Alter des Haupteinkommensbeziehers. Ein bundesdeutscher Haushalt gab im ersten Halbjahr 2003 monatlich durchschnittlich 372 Euro für Nicht-Konsumzwecke aus (siehe Schaubild 8). Haushalte mit Haupteinkommensbeziehern unter 25 Jahren lagen mit durchschnittlich 76 Euro monatlich um ein Mehrfaches unter dem Bundesdurchschnitt. Dagegen setzten Haushalte mit Haushaltsvorständen von 25 bis unter 35 Jahren mit 308 Euro monatlich bereits vier Mal so viel wie Haushalte der untersten Altersgruppe für diesen Ausgabenbereich ein. In Haushalten mit Haupteinkommensbeziehern von 35 bis unter 65 Jahren – diese Haushaltsvorstände stehen normalerweise mitten im Berufsleben und haben Familie – waren die übrigen Ausgaben mit deutlich über 400 Euro am höchsten. Mit Ausscheiden aus dem Berufsleben sanken diese Ausgaben wieder und lagen bei Haushalten von Haupteinkommensbeziehern zwischen 65 und 70 Jahren mit 295 Euro monatlich bereits wieder unter dem Bundesdurchschnitt. Bei Haushalten mit Haupteinkommensbeziehern/-bezieherinnen im Alter von 70 und mehr Jahren beliefen sich die übrigen Ausgaben auf Werte um 200 Euro.

Schaubild 8



Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte nach Haushaltstyp

Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltstyp

Das Nettoeinkommen privater Haushalte variiert in erheblichem Maße mit der Anzahl der Haushaltsmitglieder und der Personenstruktur der Haushalte. Ein Vergleich der verschiedenen Haushaltstypen zeigt, dass die allein Lebenden im ersten Halbjahr 2003 das niedrigste Haushalts-

Tabelle 7: Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Deutschland im 1. Halbjahr 2003 nach Haushaltstyp¹⁾
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Allein Lebende	Davon		Allein Erziehende ²⁾	Paare ³⁾	Davon		Sonstige Haushalte
		allein lebende Frauen	allein lebende Männer			ohne Kind	mit Kind(ern) ⁴⁾	
Erfasste Haushalte (Anzahl)	6 354	4 072	2 282	884	14 783	8 839	5 944	4 186
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	13 870	9 093	4 776	1 351	17 737	10 988	6 748	4 974
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR								
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	936	717	1 353	959	2 150	1 653	2 958	3 019
darunter:								
des Haupteinkommensbeziehers	936	716	1 353	953	1 628	1 162	2 388	2 015
des Ehepartners/Lebensgefährten	–	–	–	–	519	491	564	541
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	104	51	203	(79)	273	203	387	370
Einnahmen aus Vermögen	201	185	231	139	519	519	519	613
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	689	763	548	639	1 045	1 247	717	947
darunter:								
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherungen	456	548	280	(32)	478	757	23	266
Bruttopensionen	67	64	71	/	120	187	(12)	93
laufende Übertragungen der Arbeitsförderung	26	19	37	(53)	54	50	62	88
Kindergeld	3	4	(2)	209	105	3	271	172
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und Einnahmen aus Untervermietung	136	132	143	272	183	190	172	194
Haushaltsbruttoeinkommen	2 066	1 848	2 480	2 089	4 170	3 812	4 753	5 143
abzüglich:								
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	209	146	329	113	403	348	491	550
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	202	177	251	187	407	345	509	539
Haushaltsnettoeinkommen	1 654	1 525	1 901	1 789	3 360	3 119	3 753	4 054
zuzüglich:								
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstigen Einnahmen	30	21	45	21	63	60	67	62
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	1 684	1 546	1 946	1 810	3 423	3 179	3 820	4 116
Aufwendungen für den Privaten Konsum	1 330	1 291	1 405	1 592	2 548	2 430	2 742	2 983
Übrige Ausgaben ⁵⁾	204	140	327	114	461	419	533	593
Ersparnis	148	114	213	104	413	331	546	540

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren. – 3) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. – 4) Ledige(s) Kind(er) des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin oder des/der Ehepartners/-partnerin, Lebensgefährten/-gefährtin unter 18 Jahren. – 5) Versicherungsbeiträge, sonstige Einkommensübertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

nettoeinkommen aufwiesen (siehe Tabelle 7). Im Durchschnitt erzielten sie ein monatliches Nettoeinkommen von 1 654 Euro. Sehr groß waren bei den Einpersonenhaushalten die Unterschiede zwischen Frauen und Männern: Allein lebende Männer konnten mit 1 901 Euro auf ein um rund 375 Euro höheres Monatseinkommen zurückgreifen als allein lebende Frauen (1 525 Euro). Mit knapp 1 800 Euro lag das Haushaltsnettoeinkommen der allein Erziehenden ebenfalls unter dem allein lebender Männer. Allein Erziehende, bei denen es sich zum überwiegenden Teil um Mütter mit Kind(ern) handelt, verfügten im ersten Halbjahr 2003 über weniger als die Hälfte (48%) des Nettoeinkommens von Paaren mit Kind(ern) unter 18 Jahren (3 753 Euro).

Die relativ niedrige Einkommensposition von allein lebenden Frauen und allein Erziehenden ist dadurch begründet, dass diese beiden Haushaltstypen aufgrund ihrer speziellen Lebenssituation entweder gar nicht mehr (hoher Anteil allein lebender Frauen im Rentenalter) oder nur sehr eingeschränkt (allein Erziehende aufgrund von Kindererziehung) berufstätig sind und daher nur in begrenztem Umfang Erwerbseinkommen erzielen. Sie sind deshalb in starkem Maße von öffentlichen Leistungen (Renten und Pensionen, Sozialhilfe, Kindergeld) und/oder privaten Transferzahlungen (Unterhaltszahlungen) zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes abhängig. So entfielen bei den allein lebenden Frauen im ersten Halbjahr 2003 48% des Bruttoeinkommens

auf Einkünfte aus öffentlichen und nichtöffentlichen Transfers, bei den allein Erziehenden waren es 44%, verglichen mit 31% im Durchschnitt aller Haushalte (siehe die Tabellen 1 und 7).

Überdurchschnittlich hoch waren in der ersten Hälfte 2003 die Nettoeinkommen von Paaren ohne Kind, die auf 3 119 Euro im Monat kamen. Insgesamt das höchste Nettoeinkommen hatten die sonstigen Haushalte mit mehr als 4 000 Euro monatlich. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es sich bei diesen vorwiegend um Haushalte handelt, in denen entweder erwachsene Kinder (über 18-Jährige) mit im Elternhaushalt leben, die selbst schon Einkommen erzielen, oder um Paare mit Kind(ern) und Großeltern(-teilen), die zusätzlich zu den Erwerbseinkommen des Paares Einkünfte aus Renten oder Pensionen beziehen.

Der Vergleich zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost zeigt, dass die Nettoeinkommen bei allen Haushaltstypen im Osten unter denen im Westen lagen. Die geringste Annäherung war bei den Nettoeinkommen der allein Lebenden festzustellen. Allein Lebende in den neuen Ländern hatten in der ersten Hälfte 2003 nur rund 70% des vergleichbaren Nettoeinkommens westdeutscher Einpersonenhaushalte (siehe Tabelle 8). Am weitesten an das Westniveau angenähert hatten sich die Nettoeinkommen der Paare mit Kind(ern). In den neuen Ländern konnten

Tabelle 8: Nettoeinkommen privater Haushalte im 1. Halbjahr 2003 nach Gebietsstand und Haushaltstyp¹⁾
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Verhältnis neue Länder und Berlin-Ost zum früheren Bundesgebiet	
			Differenz	Anteil am Nettoeinkommen
	EUR je Haushalt und Monat			%
Haushalte insgesamt	2895	2233	-662	77,1
Allein Lebende	1750	1223	-527	69,9
Frauen	1612	1162	-450	72,1
Männer	2001	1367	-634	68,3
Allein Erziehende ²⁾	1876	1493	-383	79,6
Paare ³⁾	3504	2697	-807	77,0
ohne Kind	3286	2402	-884	73,1
mit Kind(ern) ⁴⁾ ...	3846	3268	-578	85,0
Sonstige Haushalte	4227	3433	-794	81,2

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren. – 3) Ehepaare und nicht-ehehliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. – 4) Ledige(s) Kind(er) des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin oder des/der Ehepartners/-partnerin, Lebensgefährten/-gefährtin unter 18 Jahren.

diese mit 3 268 Euro im Monat auf 85% des Einkommens von Paaren mit Kind(ern) im früheren Bundesgebiet (3 846 Euro) zurückgreifen. Dennoch betrug die absolute Einkommenslücke bei diesem Haushaltstyp im West-Ost-Vergleich noch knapp 580 Euro monatlich.

Verwendung der ausgabenfähigen Einkommen nach Haushaltstyp

Die Verwendung der ausgabenfähigen Einkommen der einzelnen Haushaltstypen zeigt Tabelle 9. Die beschriebene geringe Einkommensbasis bei den allein lebenden Frauen und allein Erziehenden hatte zur Folge, dass diese den überwiegenden Teil ihrer verfügbaren Mittel für Konsumzwecke ausgeben mussten. Allein Erziehende verwendeten 88% ihres ausgabenfähigen Einkommens für den Konsum,

Tabelle 9: Verwendung der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen privater Haushalte im 1. Halbjahr 2003 nach Haushaltstyp¹⁾
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
Anteile in %

Gegenstand der Nachweisung	Private Konsumausgaben	Übrige Ausgaben	Ersparnis
Allein Lebende	79,0	12,1	8,8
Frauen	83,5	9,1	7,4
Männer	72,2	16,8	11,0
Allein Erziehende ²⁾ ...	88,0	6,3	5,7
Paare ³⁾	74,4	13,5	12,1
ohne Kind	76,4	13,2	10,4
mit Kind(ern) ⁴⁾	71,8	14,0	14,3
Sonstige Haushalte	72,5	14,4	13,1

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren. – 3) Ehepaare und nicht-ehehliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. – 4) Ledige(s) Kind(er) des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin oder des/der Ehepartners/-partnerin, Lebensgefährten/-gefährtin unter 18 Jahren.

allein lebende Frauen 84%. Entsprechend niedrig waren die Sparleistungen dieser Haushalte mit 6 bzw. 7% des ausgabenfähigen Einkommens, das heißt etwas mehr als jeweils 100 Euro im Monat. Deutlich anders verhielten sich allein lebende Männer. Sie verwendeten rund 72% ihrer ausgabenfähigen Mittel für den Konsum, zugleich aber fast 17% für nicht-konsumtive Ausgaben. Ihre Sparquote lag mit 11% erheblich höher als die der allein lebenden Frauen.

Die niedrigste Konsumquote im Vergleich aller Haushaltstypen hatten in der ersten Hälfte 2003 die Paare mit Kind(ern). Sie konsumierten 71,8% ihres Gesamtbudgets, und wendeten jeweils rund 14% für übrige Ausgaben und die Ersparnisbildung auf. Damit wiesen sie die höchste Sparquote aller Haushaltstypen auf. Wertmäßig legten sie mit 546 Euro im Monat den höchsten Betrag zurück. Ihre Ersparnisse waren damit fünf Mal so hoch wie die der allein lebenden Frauen (114 Euro) und der allein Erziehenden (104 Euro; siehe Tabelle 7). Ähnlich wie bei den Paaren mit Kind(ern) war die Einkommensverwendung bei den sonstigen Haushalten. Bei den kinderlosen Paaren lag die Konsumquote (76,4%) etwas höher und der Sparanteil (10,4%) etwas niedriger als bei den Paaren mit Kind(ern).

Höhe und Struktur der Konsumausgaben nach Haushaltstyp

Im ersten Halbjahr 2003 hatten die allein Lebenden mit durchschnittlich 1 330 Euro monatlich im Vergleich zu den anderen Haushaltstypen die niedrigsten Konsumausgaben. Dabei stand den allein lebenden Frauen mit 1 291 Euro monatlich das geringste Konsumbudget zur Verfügung: Es lag um 835 Euro unter dem Durchschnitt für alle Haushalte. Paare mit Kind(ern) sowie sonstige Haushalte standen mit 2 742 Euro bzw. 2 983 Euro Konsumausgaben an der Spitze.

Tabelle 10 auf der folgenden Seite verdeutlicht die Unterschiede in der Konsumstruktur der einzelnen Haushaltstypen. Für die Befriedigung der Grundbedürfnisse (Wohnen, Ernährung und Bekleidung) wendeten im ersten Halbjahr 2003 allein Erziehende mit 56,9% und allein lebende Frauen mit 55,9% die höchsten Anteile ihres Konsumbudgets auf. Im Vergleich dazu gaben allein lebende Männer mit 50,0% und Paare mit Kind(ern) mit 52,8% wesentlich geringere Anteile ihres Budgets für die Grundbedürfnisse aus. Insbesondere der Ausgabenanteil für Wohnen und Energie war bei den allein Erziehenden und bei den allein lebenden Frauen mit 34,6 bzw. 38,5% sehr hoch. Bei Paaren mit Kind(ern) dagegen war er mit 31,4% deutlich geringer.

Bei den Verkehrsausgaben setzten allein Erziehende mit 10,9% ihres Konsumbudgets erheblich weniger ein als Paare mit Kind(ern) (14,6%). Bei den allein Lebenden waren erhebliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern erkennbar: Während allein lebende Männer einen Verkehrsausgabenanteil von 15,3% aufwiesen, lag der Anteil dieser Ausgaben bei allein lebenden Frauen mit 9,4% am niedrigsten.

Im ersten Halbjahr 2003 gaben allein lebende Männer für Essen in Restaurants mehr aus als allein lebende Frauen.

Tabelle 10: Aufwendungen privater Haushalte in Deutschland für den Privaten Konsum im 1. Halbjahr 2003 nach Haushaltstyp¹⁾
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Allein Lebende	Davon		Allein Erziehende ²⁾	Paare ³⁾	Davon		Sonstige Haushalte
		allein lebende Frauen	allein lebende Männer			ohne Kind	mit Kind(ern) ⁴⁾	
Erfasste Haushalte (Anzahl)	6 354	4 072	2 282	884	14 783	8 839	5 944	4 186
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	13 870	9 093	4 776	1 351	17 737	10 988	6 748	4 974
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR								
Private Konsumausgaben	1 330	1 291	1 405	1 592	2 548	2 430	2 742	2 983
Nahrungsmittel, Getränke,								
Tabakwaren	163	157	173	257	366	325	431	445
Bekleidung und Schuhe	60	68	45	98	131	115	156	156
Wohnen, Energie, Wohnungs-								
instandhaltung	492	497	484	551	798	759	861	899
darunter:								
Wohnungsmieten u. Ä.	382	382	381	429	581	547	638	652
Energie	83	85	79	111	138	132	148	164
Innenausstattung, Haushaltsgeräte,								
-gegenstände	65	68	60	73	156	149	167	169
Gesundheitspflege	51	53	48	33	94	109	70	107
Verkehr	154	122	216	174	384	373	401	486
Nachrichtenübermittlung	48	43	57	72	69	61	80	108
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	160	155	169	174	304	300	310	329
Bildungswesen	6	7	6	37	26	10	52	29
Beherbergungs- und Gaststätten-								
dienstleistungen	62	48	87	50	111	117	102	119
Andere Waren und Dienstleistungen .	69	74	59	73	112	112	111	136
Durchschnitt je Haushalt und Monat in %								
Private Konsumausgaben	100	100	100	100	100	100	100	100
Nahrungsmittel, Getränke,								
Tabakwaren	12,2	12,2	12,3	16,1	14,3	13,4	15,7	14,9
Bekleidung und Schuhe	4,5	5,2	3,2	6,2	5,1	4,7	5,7	5,2
Wohnen, Energie, Wohnungs-								
instandhaltung	37,0	38,5	34,5	34,6	31,3	31,2	31,4	30,1
darunter:								
Wohnungsmieten u. Ä.	28,7	29,6	27,2	26,9	22,8	22,5	23,3	21,9
Energie	6,3	6,6	5,6	7,0	5,4	5,5	5,4	5,5
Innenausstattung, Haushaltsgeräte,								
-gegenstände	4,9	5,3	4,2	4,6	6,1	6,1	6,1	5,7
Gesundheitspflege	3,9	4,1	3,4	2,1	3,7	4,5	2,5	3,6
Verkehr	11,6	9,4	15,3	10,9	15,1	15,3	14,6	16,3
Nachrichtenübermittlung	3,6	3,3	4,1	4,5	2,7	2,5	2,9	3,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	12,0	12,0	12,1	10,9	11,9	12,3	11,3	11,0
Bildungswesen	0,5	0,5	0,4	2,3	1,0	0,4	1,9	1,0
Beherbergungs- und Gaststätten-								
dienstleistungen	4,6	3,7	6,2	3,1	4,4	4,8	3,7	4,0
Andere Waren und Dienstleistungen .	5,2	5,7	4,2	4,6	4,4	4,6	4,1	4,5

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren. – 3) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. – 4) Ledige(s) Kind(er) des/der Haupteinkommensbezieher/-bezieherin oder des/der Ehepartners/-partnerin bzw. Lebensgefährten/-gefährtin unter 18 Jahren.

Der Anteil der Konsumausgaben, der von allein lebenden Frauen für Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen eingesetzt wurde, lag mit 3,7% deutlich unter dem der allein lebenden Männer (6,2%). Auch bei Paaren mit Kind(ern) waren die Restaurantsausgaben geringer. Allein Erziehende und Paare mit Kind(ern) gaben für diesen Konsumbereich 3,1 bzw. 3,7% aus und lagen damit unter dem Bundesdurchschnitt von 4,3%.

Der Konsumbereich Nachrichtenübermittlung hatte bei allein Erziehenden einen hohen Stellenwert: Verglichen mit den anderen Haushaltstypen war ihr Budgetanteil für diesen Bereich mit 4,5% am größten. Die Daten des Einführungsinterviews der EVS 2003 belegen, dass allein Erziehende ähnlich gut mit Mobiltelefonen ausgestattet waren (83,6%) wie Paare mit Kind(ern) (89,2%). Auch beim Internetzugang lagen die allein Erziehenden mit 49,5% über

dem Bundesdurchschnitt (46,0%).⁹⁾ Im Vergleich zu den allein Erziehenden war der Konsumanteil für Nachrichtenübermittlung bei den Paaren mit Kind(ern) mit 2,9% eher unterdurchschnittlich. Dagegen lag er bei den allein lebenden Frauen mit 3,3% und den allein lebenden Männern mit 4,1% über dem Bundesdurchschnitt (3,1%).

Übrige Ausgaben nach Haushaltstyp

Im ersten Halbjahr 2003 gab es zwischen den Haushaltstypen große Unterschiede bei den übrigen Ausgaben. Während allein Erziehende und allein lebende Frauen nur 114 Euro bzw. 140 Euro im Monat dafür einsetzten, waren es bei den allein lebenden Männern 327 Euro. Paare mit Kind(ern) gaben sogar 533 Euro aus (siehe Tabelle 7). Die beiden letztgenannten Haushaltstypen hatten im Vergleich zum

9) Siehe Fußnote 7, S. 20, 24.

Tabelle 11: Ausgewählte übrige Ausgaben privater Haushalte im 1. Halbjahr 2003 nach Haushaltstyp¹⁾
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
EUR je Haushalt und Monat

Gegenstand der Nachweisung	Allein Lebende	Davon		Allein Erziehende ²⁾	Paare ³⁾	Davon		Sonstige Haushalte
		allein lebende Frauen	allein lebende Männer			ohne Kind	mit Kind(ern) ⁴⁾	
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung	21	15	33	17	61	51	78	82
Versicherungsprämien und -beiträge	86	70	116	74	183	179	188	228
Sonstige geleistete Übertragungen	62	47	90	41	91	111	60	91
Zinsen für Baudarlehen	40	25	70	38	126	87	191	136
Zinsen für Konsumentenkredite	4	3	7	6	7	6	10	9

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren. – 3) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. – 4) Ledige(s) Kind(er) des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin oder des/der Ehepartners/-partnerin, Lebensgefährten/-gefährtin unter 18 Jahren.

ersten Halbjahr 1998 auch die größte Steigerung bei den übrigen Ausgaben zu verzeichnen, allein lebende Männer um 60,3% und Paare mit Kind(ern) um 54,5%.

Wie Tabelle 11 zu entnehmen ist, leisteten nahezu alle Haushaltstypen von ihren übrigen Ausgaben die höchsten Aufwendungen für den Versicherungsbereich. Eine Ausnahme bildeten die Paare mit Kind(ern), die mit 201 Euro monatlich am höchsten durch Zinszahlungen für Baudarlehen und Konsumentenkredite belastet waren. Das liegt in der bereits an anderer Stelle erwähnten Schaffung von Wohneigentum zu Beginn und während der „Familienphase“ begründet.

Die zweithöchsten Ausgaben tätigten fast alle Haushaltstypen für „sonstige geleistete Übertragungen“. Das sind vorwiegend Geldübertragungen an andere Haushalte in Form von Geldgeschenken oder Unterhaltsleistungen. Auch hier wendeten allein lebende Männer mit 90 Euro monatlich vergleichsweise hohe Geldbeträge auf, das gilt auch für Zinszahlungen (77 Euro). Hier dürften sich die Verpflichtungen, die allein lebende Männer nach einer Trennung gegenüber ihren früheren Familien in Form von Unterhaltszahlungen sowie Baudarlehensrückzahlungen haben, niederschlagen.

Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte nach sozialer Stellung

Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung

Die Höhe des Nettoeinkommens privater Haushalte variiert in starkem Maße mit der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers. Die höchsten Monatsnettoeinkommen erzielten im ersten Halbjahr 2003 die Selbstständigenhaushalte mit durchschnittlich 4 437 Euro (siehe Tabelle 12 auf S. 156). Ihnen folgten die Beamtenhaushalte mit 4 354 Euro. Bei 3 401 Euro und damit rund 630 Euro höher als das Durchschnittseinkommen aller Haushalte lagen die Nettoeinkommen der Angestelltenhaushalte. Mit 1 550 Euro im Monat hatten Arbeitslosenhaushalte das mit Abstand niedrigste Nettoeinkommen. Sie bezogen gerade 56% des

Durchschnittseinkommens aller Haushalte. Relativ groß war die Einkommensspanne innerhalb der Gruppe der Nichterwerbstätigen, die insgesamt ein Nettoeinkommen von 2 075 Euro erzielten. Hier lag das Nettoeinkommen der Pensionäre (3 994 Euro) etwas mehr als doppelt so hoch wie das der Rentnerhaushalte (1 958 Euro).

Verwendung des ausgabenfähigen Einkommens nach sozialer Stellung

Auch die Verwendung der ausgabenfähigen Einkommen differiert beträchtlich mit der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers. So nutzten Selbstständige in der ersten Hälfte 2003 rund zwei Drittel (64,2%) ihres ausgabenfähigen Einkommens für Konsumzwecke und etwas mehr als ein Fünftel (21%) für die Ersparnisbildung (siehe Tabelle 13 auf S. 156). Umgekehrt war die Situation bei den Arbeitslosen. Aufgrund ihrer geringen Einkommensbasis blieben für sie über den Konsum hinaus kaum Spielräume für andere Einkommensverwendungen. Haushalte von Arbeitslosen verwendeten 90% ihrer ausgabenfähigen Einkünfte für Konsumausgaben und nur rund 4% für Sparzwecke. Während Selbstständige monatlich 929 Euro sparten, waren es bei den Arbeitslosen 59 Euro. Relativ hohe Konsum- (85%) und niedrige Sparquoten (6%) wiesen die Rentnerhaushalte auf. Auch sie benötigten aufgrund ihres vergleichsweise geringen Einkommensniveaus einen Großteil ihrer ausgabenfähigen Einkommen für grundlegende Konsumbedürfnisse.

Auffallend erscheinen die vergleichsweise hohen Anteile der übrigen Ausgaben bei den Haushalten von Selbstständigen (15%), Beamten (18%), Angestellten (16%) und Pensionären (16%). Dahinter verbergen sich deren überdurchschnittliche Ausgaben für private oder freiwillige Krankenversicherungen (siehe unten).

Höhe und Struktur der Konsumausgaben nach sozialer Stellung

Ein Vergleich der Konsumausgaben von Haushalten nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers zeigt, dass Arbeitslosenhaushalte in der ersten Jahreshälfte 2003 mit 1 413 Euro monatlich das niedrigste Konsumniveau aufwiesen. Dagegen standen Beamten- und Pen-

Tabelle 12: Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Deutschland im 1. Halbjahr 2003 nach der sozialen Stellung des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin¹⁾
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Selbstständige ²⁾	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Arbeitslose	Nicht-erwerbstätige	Darunter	
							Rentner	Pensionäre
Erfasste Haushalte (Anzahl)	1 463	2 641	9 792	3 194	1 352	7 765	5 684	1 228
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	2 249	1 647	11 145	6 725	2 261	13 904	11 226	1 262
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR								
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	591	3 653	3 661	2 605	187	96	72	221
darunter:								
des Haupteinkommensbeziehers	(61)	2 897	3 019	2 072	69	38	25	43
des Ehepartners/Lebensgefährten	455	671	559	420	79	38	30	130
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	3 114	82	58	16	(17)	21	20	39
Einnahmen aus Vermögen	780	581	417	323	178	381	371	737
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	531	617	440	438	1 111	1 516	1 450	3 055
darunter:								
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherungen ..	93	31	48	44	48	1 076	1 286	289
Bruttopensionen	/	(32)	(9)	/	/	239	24	2 378
laufende Übertragungen der Arbeitsförderung	(38)	(16)	28	36	464	8	8	/
Kindergeld	144	134	106	132	87	17	6	22
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und Einnahmen aus Untervermietung	221	232	164	105	109	203	176	291
Haushaltsbruttoeinkommen	5 236	5 166	4 741	3 486	1 602	2 217	2 089	4 342
abzüglich:								
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag ..	520	678	711	323	19	36	12	279
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	279	134	629	530	33	106	119	69
Haushaltsnettoeinkommen	4 437	4 354	3 401	2 634	1 550	2 075	1 958	3 994
zuzüglich:								
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	68	89	70	48	24	29	28	58
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	4 505	4 444	3 471	2 682	1 573	2 104	1 986	4 052
Aufwendungen für den Privaten Konsum	2 891	3 129	2 458	2 067	1 413	1 761	1 682	3 087
Übrige Ausgaben ³⁾	685	788	554	284	101	215	183	643
Ersparnis	929	528	458	330	59	129	121	323

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und Landwirte. – 3) Versicherungsbeiträge, sonstige Einkommensübertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

sionärshaushalte mit monatlichen Konsumausgaben von 3 129 bzw. 3 087 Euro an der Spitze (siehe Tabelle 12).

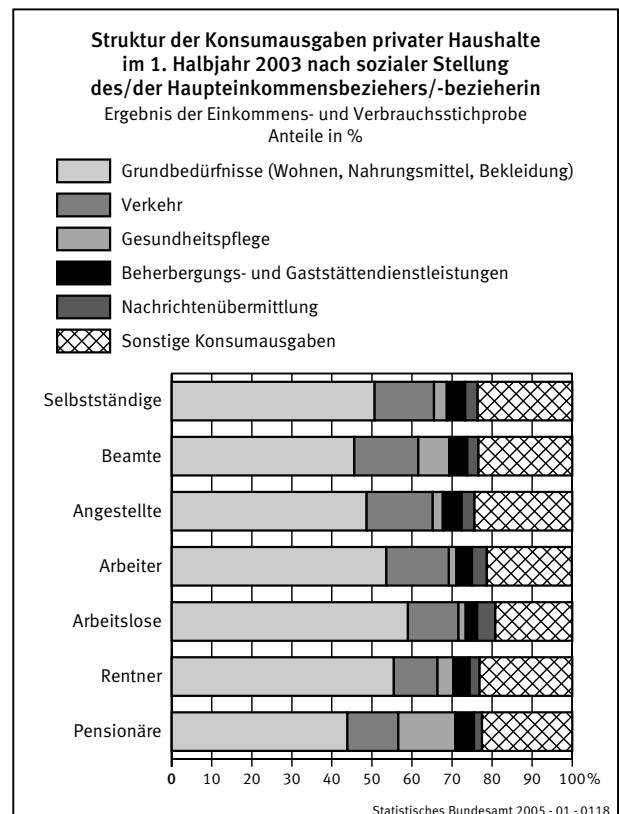
Tabelle 13: Verwendung der ausgabefähigen Einkommen privater Haushalte im 1. Halbjahr 2003 nach der sozialen Stellung des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin¹⁾
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
Anteile in %

Gegenstand der Nachweisung	Private Konsumausgaben	Übrige Ausgaben	Ersparnis
Selbstständige ²⁾	64,2	15,2	20,6
Beamte	70,4	17,7	11,9
Angestellte	70,8	16,0	13,2
Arbeiter	77,1	10,6	12,3
Arbeitslose	89,9	6,4	3,8
Nicht-erwerbstätige	83,7	10,2	6,1
Rentner	84,7	9,2	6,1
Pensionäre	76,2	15,9	8,0

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und Landwirte.

Wie Schaubild 9 zeigt, war die Ausgabenhöhe in einzelnen Konsumbereichen nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers sehr unterschiedlich. Für die Befriedigung der Grundbedürfnisse (Wohnen, Ernährung, Bekleidung) gaben alle Haushaltsgruppen die größten Anteile ihres Konsumbudgets aus. Die Spanne reichte von – mit 59,0 bzw. 55,5% – sehr hohen Anteilswerten bei den Arbeitslosen- und Rentnerhaushalten bis zu 43,9% bei den Pensionärshaushalten.

Schaubild 9



Für den Bereich Gesundheitspflege gaben Beamte und Pensionäre mit 7,7 bzw. 14,2% weit überdurchschnittliche Anteile ihres Konsumbudgets aus. Der Bundesdurchschnitt lag in diesem Bereich bei 3,7%. Eine Begründung für diese hohen Budgetanteile liefert der für diese sozialen Haushaltsgruppen fast ausnahmslos bestehende private Krankenversicherungsschutz. Zwar erhalten die Haushaltsmitglieder eine Arztkostenerstattung durch die Beihilfe und die private Krankenkasse. Die Arztrechnungen sind aber zunächst vom Haushalt privat zu begleichen, wodurch die Ausgabenhöhe in diesem Bereich begründet ist.

Im Konsumbereich Nachrichtenübermittlung lagen die Arbeitslosenhaushalte mit 4,5% eingesetztem Konsumbudgetanteil weit über dem Durchschnitt aller Haushalte von 3,1%.

Übrige Ausgaben nach sozialer Stellung

Im ersten Halbjahr 2003 hatten Beamtenhaushalte mit 788 Euro monatlich erheblich über dem Bundesdurchschnitt (372 Euro) liegende übrige Ausgaben, dicht gefolgt von den Selbstständigen- und Pensionärshaushalten (685 Euro bzw. 643 Euro; siehe Tabelle 12). Dagegen setzten Arbeitslosenhaushalte nur 101 Euro monatlich für nichtkonsumtive Ausgaben ein.

Aus Schaubild 10 wird ersichtlich, dass Selbstständige und Beamten- bzw. Pensionärshaushalte den größten Teil dieser Ausgaben für Versicherungsprämien und -beiträge (zwischen 344 Euro und 370 Euro monatlich) aufwendeten. Dies

rührt vor allem daher, dass der größte Teil dieser Haushalte nicht gesetzlich, sondern privat krankenversichert ist und im Gegensatz zu den gesetzlich Versicherten seine Beiträge direkt an die jeweilige Krankenkasse abführt.

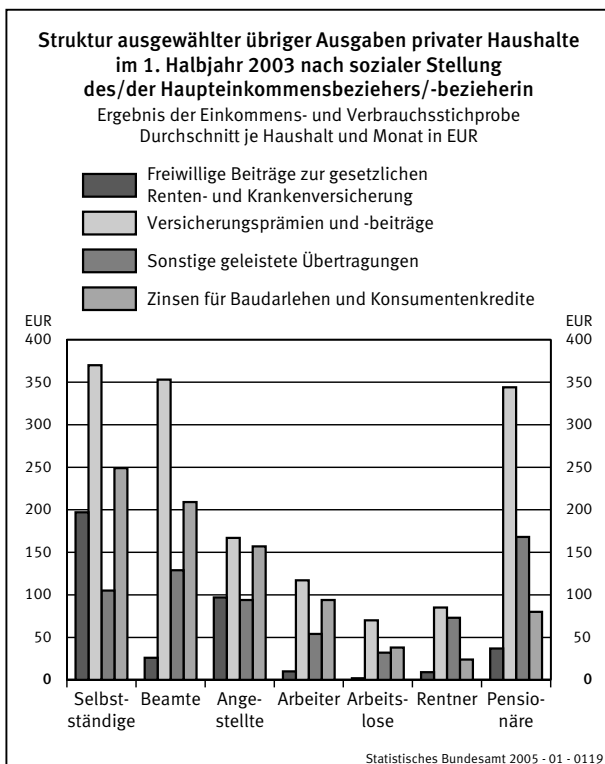
Wie die Daten aus dem Einführungsinterview belegen, hatten die Selbstständigen- und Beamtenhaushalte mit 59 und 60% hohe Wohneigentumsquoten.¹⁰⁾ Dementsprechend handelte es sich bei dem mit über 200 Euro monatlich zweiten großen Ausgabenblock dieser beiden Haushaltsgruppen um Zinszahlungen für Baudarlehen sowie in geringerem Umfang um Zinsbeträge für Konsumentenkredite.

Pensionärshaushalte hatten mit 168 Euro monatlich die höchsten Ausgaben im Bereich der sonstigen geleisteten Übertragungen. Hierbei dürfte es sich hauptsächlich um Unterstützungsleistungen an Kinder bzw. Enkelkinder handeln.

Ausblick

Die Berichterstattung der EVS 2003 wird im laufenden Jahr mit der Darstellung der Jahresergebnisse zu den Einkommen und Ausgaben 2003 fortgesetzt, die in einer späteren Ausgabe dieser Zeitschrift erscheinen wird. Den Abschluss bilden dann die Ergebnisse der Feinaufzeichnung für den Bereich Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, die im Jahr 2006 veröffentlicht werden sollen. [u](#)

Schaubild 10



10) Siehe Fußnote 7, S. 37.

Dipl.-Kauffrau Gudrun Eckert

Preise im Januar 2005

Im Januar 2005 zeigten die Preise auf allen Wirtschaftsstufen einen Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat. Der Index der industriellen Erzeugerpreise lag um 3,9% über dem Vorjahreswert (Dezember 2004: + 2,9%), der Index der Großhandelsverkaufspreise um 3,4% (Dezember 2004: + 3,8%). Der Index der Einzelhandelspreise erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,1% (Dezember 2004: + 0,3%), und der Verbraucherpreisindex stieg um 1,6% (Dezember 2004: + 2,1%).

Im Vormonatsvergleich zeigt sich ein uneinheitliches Bild: Das Preisniveau der industriellen Erzeugerpreise lag um 0,8% (Dezember 2004: + 0,1%) über dem Niveau des Vormonats, der Index der Großhandelsverkaufspreise erhöhte sich um 0,1% (Dezember 2004: – 0,3%). Die Einzelhandelspreise gingen in diesem Zeitraum um 0,1% zurück (Dezember 2004: + 0,3%), und die Verbraucherpreise sanken um 0,4% (Dezember 2004: + 1,0%).

Wie bereits in den vergangenen Monaten wirkten die Mineralölprodukte preistreibend. Im Erzeugerbereich verteuerten sich Mineralölprodukte um 9,2%, ohne Mineralölserzeugnisse verzeichnete der Erzeugerpreisindex einen Anstieg um 3,7% gegenüber dem Vorjahr. Die Preise für Mineralölprodukte wirkten sich auch auf den Verbraucherpreisindex preiserhöhend aus. Heizöl und Kraftstoffe verteuerten sich für den Verbraucher im Vergleich zum Vorjahr um 5,9%, ohne Einrechnung dieser Produkte erhöhte sich der Verbraucherpreisindex um 1,4%.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag im Januar 2005 um 3,9% höher als im Januar 2004. Dies war die höchste Jahresteuerrate der Erzeugerpreise seit Juni 2001 (+ 4,3%). Im November 2004 hatte die Jahresver-

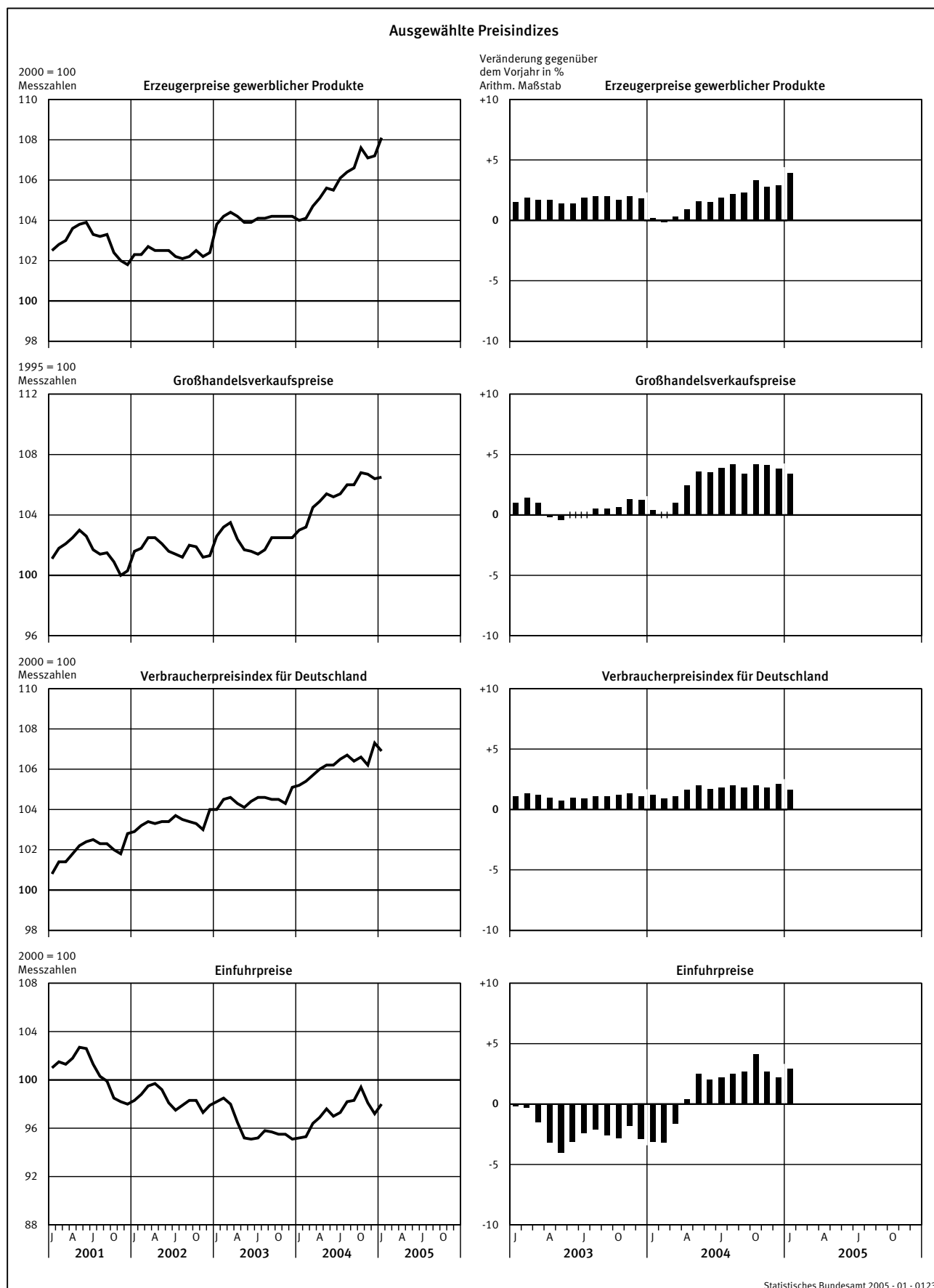
	Veränderungen Januar 2005 gegenüber	
	Dezember 2004	Januar 2004
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 0,8	+ 3,9
ohne Mineralölserzeugnisse	+ 0,8	+ 3,7
Mineralölserzeugnisse	– 0,1	+ 9,2
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 0,1	+ 3,4
Index der Einzelhandelspreise	– 0,1	+ 0,1
Verbraucherpreisindex		
insgesamt	– 0,4	+ 1,6
ohne Heizöl und Kraftstoffe	– 0,4	+ 1,4
Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,6	+ 5,9
ohne Saisonwaren	– 0,4	+ 1,6
Saisonwaren	+ 1,5	+ 1,5

änderungsrate bei 2,8%, im Dezember 2004 bei + 2,9% gelegen. Im Vergleich zum Vormonat ist der Index im Januar 2005 um 0,8% gestiegen.

Für den spürbaren Anstieg der Erzeugerpreise zu Jahresbeginn sorgten vor allem die Verteuerung einiger Energieträger – insbesondere Erdgas – sowie die anhaltenden Preissteigerungen bei Stahl, die nun auch zunehmend die Preisentwicklung bei nachgelagerten Erzeugnissen beeinflussen.

Die Erzeugerpreise für Energie stiegen im Januar 2005 gegenüber Dezember 2004 um durchschnittlich 2,8% an und lagen um 7,3% über dem Stand des Vorjahres. Besonders starke Preiserhöhungen gab es bei Erdgas, das sich gegenüber dem Vormonat um 7,1% und gegenüber dem Vorjahr um 10,5% verteuerte. Diese Gaspreiserhöhungen

Schaubild 1



Ausgewählte Preisindizes

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerblicher Produkte ¹⁾	Großhandels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Verbraucher- preis- index
2000 = 100				
2000 D	100,0	100,0	100,0	100,0
2001 D	103,0	101,6	101,1	102,0
2002 D	102,4	101,8	101,8	103,4
2003 D	104,1	102,3	102,0	104,5
2004 D	105,8	105,3	102,3	106,2
2003 Dez. ...	104,2	102,5	102,1	105,1
2004 Jan. ...	104,0	103,0	102,2	105,2
Febr. ..	104,1	103,2	102,1	105,4
März ..	104,7	104,5	102,5	105,7
April ...	105,1	104,9	102,5	106,0
Mai	105,6	105,4	102,7	106,2
Juni	105,5	105,2	102,6	106,2
Juli	106,1	105,4	102,4	106,5
Aug. ...	106,4	106,0	102,2	106,7
Sept. ..	106,6	106,0	102,1	106,4
Okt. ...	107,6	106,8	102,3	106,6
Nov. ...	107,1	106,7	102,1	106,2
Dez. ...	107,2	106,4	102,4	107,3
2005 Jan. ...	108,1	106,5	102,3	106,9
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %				
2003 Dez. ...	-	-	-	+ 0,8
2004 Jan. ...	- 0,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1
Febr. ..	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,2
März ..	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,3
April ...	+ 0,4	+ 0,4	-	+ 0,3
Mai	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2
Juni	- 0,1	- 0,2	- 0,1	-
Juli	+ 0,6	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3
Aug. ...	+ 0,3	+ 0,6	- 0,2	+ 0,2
Sept. ..	+ 0,2	-	- 0,1	- 0,3
Okt. ...	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,2
Nov. ...	- 0,5	- 0,1	- 0,2	- 0,4
Dez. ...	+ 0,1	- 0,3	+ 0,3	+ 1,0
2005 Jan. ...	+ 0,8	+ 0,1	- 0,1	- 0,4
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %				
2000 D	+ 3,1	+ 4,9	+ 0,1	+ 1,4
2001 D	+ 3,0	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,0
2002 D	- 0,6	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,4
2003 D	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,1
2004 D	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,3	+ 1,6
2003 Dez. ...	+ 1,8	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,1
2004 Jan. ...	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,2
Febr. ..	- 0,1	-	- 0,1	+ 0,9
März ..	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,2	+ 1,1
April ...	+ 0,9	+ 2,4	+ 0,4	+ 1,6
Mai	+ 1,6	+ 3,6	+ 0,7	+ 2,0
Juni	+ 1,5	+ 3,5	+ 0,5	+ 1,7
Juli	+ 1,9	+ 3,9	+ 0,5	+ 1,8
Aug. ...	+ 2,2	+ 4,2	+ 0,5	+ 2,0
Sept. ..	+ 2,3	+ 3,4	+ 0,1	+ 1,8
Okt. ...	+ 3,3	+ 4,2	+ 0,2	+ 2,0
Nov. ...	+ 2,8	+ 4,1	-	+ 1,8
Dez. ...	+ 2,9	+ 3,8	+ 0,3	+ 2,1
2005 Jan. ...	+ 3,9	+ 3,4	+ 0,1	+ 1,6

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer; einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

waren allgemein erwartet worden, da in Deutschland die Gaspreise an die Heizölpreise gekoppelt sind und deren Entwicklung mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung folgen. Somit schlagen sich jetzt die im Laufe des Jahres 2004 zu beobachtenden Preissteigerungen bei leichtem Heizöl in der Gaspreisentwicklung nieder.¹⁾

Auch alle anderen Energieträger waren im Januar 2005 zum Teil erheblich teurer als vor Jahresfrist. Die Preise für

Steinkohle erhöhten sich gegenüber dem Januar 2004 um 35,9%, für Mineralölerzeugnisse um 9,2% (darunter Dielektrikstoff + 11,1%, leichtes Heizöl + 26,7%), für elektrischen Strom um 2,5%, für Fernwärme um 4,9% und für Wasser um 3,2%.

Die seit Anfang 2004 zu beobachtenden Stahlpreiserhöhungen setzten sich auch zu Jahresbeginn 2005 weiter fort: Walzstahl insgesamt verteuerte sich gegenüber dem Dezember 2004 um 3,2% und gegenüber dem Vorjahr um 41,0%. Besonders starke Preissteigerungen waren im Januar bei folgenden Stahlsorten zu verzeichnen: unlegierter Stab- und Flachstahl (+ 10,5% gegenüber Dezember 2004 bzw. + 46,8% gegenüber Januar 2004), kaltgewalztes Blech (+ 6,0 bzw. + 44,0%), Blankstahl (+ 6,0 bzw. + 48,9%), schmelztauchveredeltes Blech (+ 5,9 bzw. + 37,4%) sowie Grobblech (+ 5,8 bzw. + 39,3%). Die Stahlpreiserhöhungen seit Jahresbeginn 2004 wirken sich zunehmend auf die Preisentwicklung von Erzeugnissen mit hohem Stahlanteil aus. So waren Drahtwaren im Januar 2005 um 32,9% teurer als im Januar 2004, Behälter aus Eisen oder Stahl um 27,6%, Rohre aus Eisen oder Stahl um 26,3%, Stahl- und Leichtmetallbaukonstruktionen um 9,2% und Dampfkessel um 8,5%.

Weitere überdurchschnittliche Preiserhöhungen im Jahresvergleich gab es im Januar 2005 bei folgenden Gütern: Polyethylen (+ 36,9%), Tabakerzeugnisse (+ 24,7%), PVC (+ 23,4%), metallische Sekundärrohstoffe (+ 19,5%), Kupfer und Kupferhalbzeug (+ 15,8%), Schweinefleisch (+ 14,1%), organische Grundstoffe und Chemikalien (+ 12,7%), synthetischer Kautschuk (+ 10,4%), anorganische Grundstoffe und Chemikalien (+ 9,2%), Spanplatten (+ 8,8%), Flachglas (+ 6,5%), Maschinen für die Metallerzeugung (+ 6,5%), nichtmetallische Sekundärrohstoffe (+ 6,2%), Verpackungsmittel aus Kunststoff (+ 6,1%) sowie Lkw-Reifen (+ 6,1%).

Billiger als vor Jahresfrist waren im Januar 2005 unter anderem: elektronische Bauelemente (- 17,1%, darunter elektronisch integrierte Schaltungen - 28,4%), Futtermittel für Nutztiere (- 12,7%), Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen (- 11,5%), nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen (- 7,8%), pflanzliche und tierische Öle und Fette (- 7,0%) sowie Fischerzeugnisse (- 5,7%).

Der Index der Großhandelsverkaufspreise lag im Januar 2005 um 3,4% über dem Vorjahresstand. Im November

	Veränderungen Januar 2005 gegenüber	
	Dezember 2004	Januar 2004
	%	
Großhandel mit		
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	+1,3	-10,9
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	+1,2	+3,5
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	-	-1,1
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	-	-12,2
Maschinen und Zubehör	-1,2	-4,3
Sonstiger Großhandel	+0,2	+0,4

1) Siehe hierzu den Themenkasten zur Entwicklung der Gaspreise unter www.destatis.de/basis/d/preis/preis_aktuell.php.

2004 bzw. im Dezember 2004 hatten die Jahresveränderungsraten + 4,1 bzw. + 3,8% betragen.

Besonders stark stiegen gegenüber Januar 2004 unter anderem die Preise im Großhandel mit Erzen, Eisen, Stahl, Nicht-Eisen-Metallen und Halbzeug (+ 29,9% nach + 31,4 bzw. + 31,6% im Dezember bzw. November 2004). Auch beim Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen wurden die Waren – wie auch schon in den Vormonaten – im Vorjahresvergleich teurer verkauft (+ 9,2% nach + 10,7% im Vormonat). Tabakwaren waren auf Großhandelsebene im Januar 2005 gegenüber Januar 2004 ebenfalls teurer (+ 22,0% nach + 19,7% im Dezember 2004). Dagegen verbilligten sich im Vorjahresvergleich die Großhandelsverkaufspreise für Getreide, Saaten und Futtermittel um 25,3%, für Büromaschinen um 10,6% sowie für pharmazeutische Erzeugnisse und medizinische Hilfsmittel um 5,0%.

Gegenüber Dezember 2004 erhöhte sich der Großhandelspreisindex geringfügig (+ 0,1%). Saisonbedingt wur-

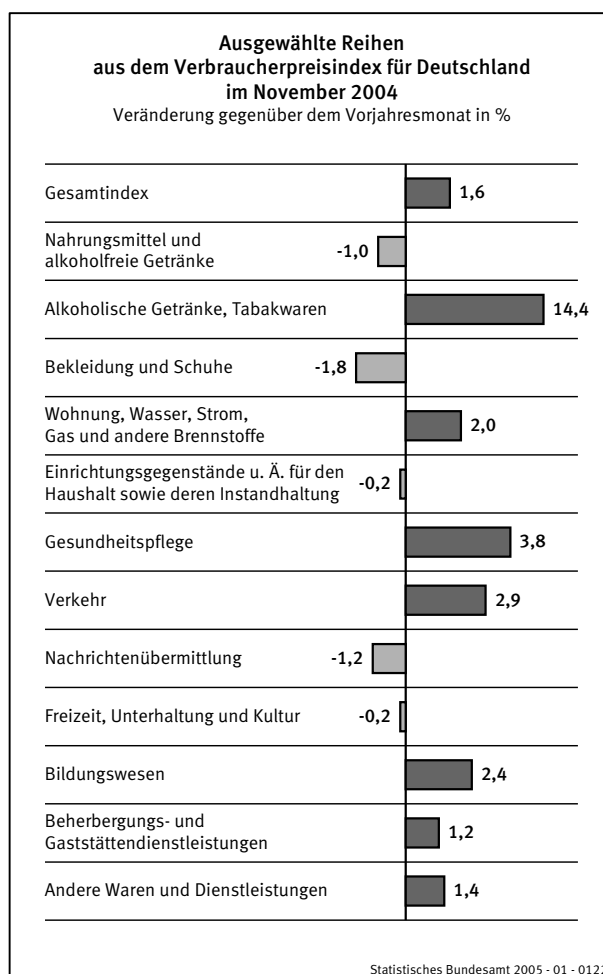
den die Waren im Großhandel mit Obst und Gemüse teurer (+ 4,2%). Auch die Preise im Großhandel mit Tabakwaren stiegen im Vormonatsvergleich weiter an (+ 1,9%), nachdem sie bereits im Dezember 2004 nach dem In-Kraft-Treten der zweiten Stufe der Tabaksteuererhöhung um 4,8% höher waren als im November 2004. Dagegen gaben die Preise im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen binnen Monatsfrist weiter nach (– 0,9% nach – 3,8% im Dezember 2004 und – 2,5% im November 2004). Das Preisniveau im Großhandel mit Erzen, Eisen, Stahl, Nicht-Eisen-Metallen und Halbzeug veränderte sich im Januar 2005 nicht, nachdem im Dezember 2004 erstmals seit Juli 2003 ein leichter Rückgang der Preise im Vormonatsvergleich zu verzeichnen war (– 0,1%).

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich in Deutschland die in der nebenstehenden Tabelle dargestellten größeren Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat.

Der *Index der Einzelhandelspreise* erhöhte sich im Januar 2005 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht um 0,1%. Im November 2004 war der Index im Vorjahresvergleich konstant geblieben, im Dezember 2004 lag die Jahresteu-erungsrate bei + 0,3%. Im Vergleich zum Vormonat gingen die Einzelhandelspreise um 0,1% zurück.

	Veränderungen Januar 2005 gegenüber	
	Dezember 2004	Januar 2004
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Blankstahl	+ 6,0	+ 48,9
Stab- und Flachstahl, aus unlegiertem Stahl ..	+ 10,5	+ 46,8
Kaltgewalztes Blech	+ 6,0	+ 44,0
Grobblech	+ 5,8	+ 39,3
Schmelztauchveredeltes Blech	+ 5,9	+ 37,4
Polyethylen	+ 2,3	+ 36,9
Steinkohle und Steinkohlenbriketts	- 0,3	+ 35,9
Drahtwaren	- 1,5	+ 32,9
Behälter aus Eisen oder Stahl	+ 5,5	+ 27,6
Leichtes Heizöl	+ 0,5	+ 26,7
Rohre aus Eisen oder Stahl	+ 1,7	+ 26,3
Tabakerzeugnisse	-	+ 24,7
PVC	- 0,3	+ 23,4
Metallische Sekundärrohstoffe	- 7,3	+ 19,5
Kupfer und Kupferhalbzeug	+ 1,5	+ 15,8
Schweinefleisch	- 3,7	+ 14,1
Organische Grundstoffe und Chemikalien	- 2,1	+ 12,7
Dieselmotoren	- 1,7	+ 11,1
Erdgas	+ 7,1	+ 10,5
Synthetischer Kautschuk	+ 1,2	+ 10,4
Stahl- und Leichtmetallbaukonstruktionen	+ 1,5	+ 9,2
Anorganische Grundstoffe und Chemikalien ..	+ 2,8	+ 9,2
Spanplatten	+ 1,1	+ 8,8
Dampfkessel	+ 0,3	+ 8,5
Flachglas	+ 0,1	+ 6,5
Maschinen für die Metallerzeugung	+ 1,0	+ 6,5
Nichtmetallische Sekundärrohstoffe	- 3,1	+ 6,2
Verpackungsmittel aus Kunststoff	+ 0,8	+ 6,1
Lkw-Reifen	+ 1,2	+ 6,1
Fischerzeugnisse	- 0,2	- 5,7
Pflanzliche und tierische Öle und Fette	- 0,6	- 7,0
Nachrichtentechnische Geräte und		
Einrichtungen	- 1,3	- 7,8
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	- 1,1	- 11,5
Futtermittel für Nutztiere	+ 0,4	- 12,7
Elektronische Bauelemente	- 3,9	- 17,1
Großhandelsverkaufspreise		
Großhandel mit:		
Erzen, Eisen, Stahl, NE-Metallen und Halbzeug	-	+ 29,9
Tabakwaren	+ 1,9	+ 22,0
festen Brennstoffen und		
Mineralölerzeugnissen	- 0,9	+ 9,2
pharmazeutischen Erzeugnissen und		
medizinischen Hilfsmitteln	- 2,3	- 5,0
Büromaschinen	- 2,5	- 10,6
Getreide, Saaten und Futtermitteln	+ 0,3	- 25,3

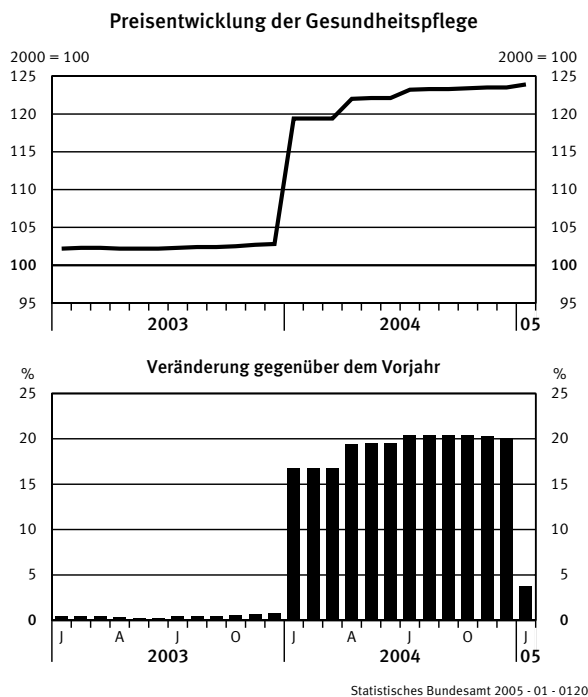
Schaubild 2



Der Einfluss der Gesundheitspflege auf die Teuerungsrate

In WiSta 1/2005 wurde auf S. 73 am Beispiel der Preise für Medikamente das Konzept der Nachweisung der Preisentwicklung der Leistungen für die Gesundheitspflege im Verbraucherpreisindex dargestellt. Dabei wurde deutlich, wie stark sich die Umverteilung von Finanzierungsbeiträgen von den gesetzlichen Krankenversicherungen auf die privaten Haushalte im Rahmen der Gesundheitsreform auf diesen Index auswirkt. Die Preisentwicklung der Leistungen für die Gesundheitspflege wird im Schaubild 1 für Januar 2003 bis Januar 2005 verdeutlicht. Zur Gesundheitspflege insgesamt zählen neben pharmazeutischen Erzeugnissen auch andere medizinische Erzeugnisse, therapeutische Geräte und Ausrüstungen, ärztliche Dienstleistungen, zahnärztliche Dienstleistungen, Dienstleistungen nichtärztlicher Gesundheitsdienstberufe sowie stationäre Gesundheitsdienstleistungen.

Schaubild 1

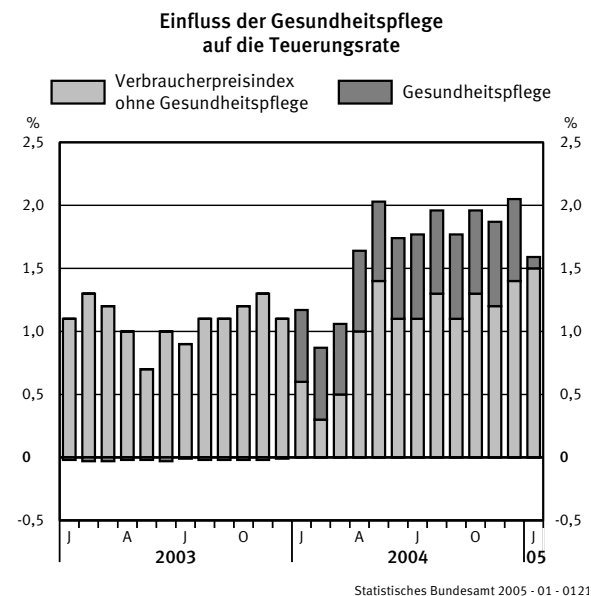


Wie man sieht, wirkt sich die Gesundheitsreform genau ein Jahr lang sehr stark auf die Preisentwicklung der Gesundheitspflege aus. Das ist auf den so genannten Basiseffekt zurückzuführen, der dadurch entsteht, dass der jeweils aktuelle Indexstand mit dem Indexstand vor einem Jahr verglichen wird. Die Umsetzung der Gesundheitsreform im Januar 2004 wirkt sich damit erstmals im Januar 2005 nicht mehr auf die Teuerungsrate aus, weil das höhere Ausgabenniveau auch im Vergleichsmonat Januar 2004 schon erreicht war. Mit zeitlicher Verzögerung zur eigentlichen Gesundheitsreform wurde im April 2004 eine neue Liste erstattungsfähiger

Medikamente eingeführt, wodurch sich die Belastung der Haushalte erneut erhöhte. Diese Stufe ist im Balkendiagramm ab April 2004 deutlich sichtbar, nur dieser Teil der Gesundheitsreform belastet die Teuerungsrate im Januar 2005 noch (bis März 2005).

Der Verbraucherpreisindex ist ein Maßstab für die Teuerung, soweit die privaten Haushalte davon unmittelbar betroffen sind. Insofern entspricht das Messkonzept des Gesundheitswesens dem Ziel eines Verbraucherpreisindex. Oft wird der Verbraucherpreisindex jedoch als Maßstab für die allgemeine Teuerung genutzt. In diesem Fall stört die Berücksichtigung von Kostenverschiebungen von den gesetzlichen Krankenversicherungen (deren Ausgaben als soziale Leistungen Teil des Staatsverbrauchs sind) die Interpretation. Im Schaubild 2 wird deshalb die Teuerungsrate des Verbraucherpreisindex dargestellt, wobei der Einfluss der Gesundheitspflege (und damit der Gesundheitsreform) extra kenntlich gemacht wurde.

Schaubild 2



Bis zum Dezember 2003 war demnach der Einfluss der Preisentwicklung im Gesundheitswesen auf die allgemeine Inflationsrate praktisch zu vernachlässigen. Ab Januar 2004 wurde die Teuerungsrate durch die Gesundheitspflege um etwa 0,6 Prozentpunkte erhöht, ab April 2004 um einen weiteren Zehntel Prozentpunkt. Ab Januar 2005 belasten nur noch die im April 2004 wirksam gewordenen Maßnahmen der Gesundheitsreform die Teuerungsrate. Sowohl die recht deutlichen Preisrückgänge zu Beginn des Jahres 2004 als auch die spürbaren Teuerungseffekte im Januar 2005 werden in der Jahresrate des Verbraucherpreisindex durch die Auswirkungen der Gesundheitsreform überlagert.

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland ist im Januar 2005 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,6% gestiegen. Im November 2004 lag die Jahresveränderungsrate bei +1,8%, im Dezember 2004 betrug sie 2,1%. Im Vergleich zum Dezember 2004 ging der Index um 0,4% zurück.

Mineralölprodukte wirkten sich im Januar 2005 den zehnten Monat in Folge (seit April 2004) preistreibend auf die

Jahresteuerungsrate aus. Leichtes Heizöl verteuerte sich binnen Jahresfrist deutlich um 20,5%, Kraftstoffe kosteten 3,1% mehr (darunter Dieselmotorkraftstoff + 10,2%). Zum Vormonat Dezember 2004 sanken die Heizölpreise um 0,5%, dagegen stiegen die Kraftstoffpreise um 0,8%.

Die Abschwächung der Jahresteuerungsrate ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die starken Preiserhö-

hungen der zum Januar 2004 in Kraft getretenen Gesundheitsreform (+ 0,6 Prozentpunkte) jetzt für den Januar 2005 erheblich preisdämpfend auf die Teuerungsrate wirken (siehe hierzu den Themenkasten).

Zusätzlich hielt im Januar 2005 – wie bereits in den vergangenen Monaten – die verbraucherfreundliche Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln an. Lebensmittel waren um 1,1% günstiger als im Vorjahr. Billiger wurden Gemüse (– 9,3%; darunter Kartoffeln – 18,5%) sowie Kaffee, Tee und Kakao (– 3,0%; darunter Bohnenkaffee – 4,8%). Dagegen zogen die Preise für Fisch und Fischwaren (+ 2,2%) an. Im Vergleich zum Vormonat Dezember 2004 ist ein leichter Anstieg der Nahrungsmittelpreise (+ 0,4%) zu beobachten, insbesondere verteuerten sich saisonüblich die Preise für Obst (+ 3,9%; darunter Weintrauben + 27,8%).

Im Januar 2005 stiegen gegenüber dem Vorjahresmonat die Preise für Haushaltsenergie nochmals an (Strom + 4,1%; Zentralheizung, Fernwärme + 4,3%; Gas + 6,9%). Wie zum Teil von den Unternehmen der Energieversorgung angekündigt, erhöhten sich binnen Monatsfrist die Preise für Elektrizität bzw. Gas um + 3,2 bzw. + 3,7%.

Die Preise für Pauschalreisen bzw. Beherbergungsdienstleistungen verteuerten sich im Vergleich zum Vorjahr um + 2,6 bzw. + 1,6%. Im Vergleich zum Vormonat waren saisonübliche Preiserückgänge zu beobachten (– 23,9 bzw. – 16,4%).

Deutlich mehr als im Vorjahr mussten Verbraucher für die Kraftfahrzeugsteuer (+ 19,1%) ausgeben. Ursache für die aktuelle Verteuerung ist das In-Kraft-Treten der letzten Stufe der Erhöhung der Kfz-Steuer zum 1. Januar 2005 für wenig schadstoffreduzierte Personenkraftfahrzeuge (Euro-Norm 1 und Vergleichbare).

Nach wie vor beeinflussen die Erhöhungen der Tabaksteuer zum 1. März und 1. Dezember 2004 die Teuerungsrate spürbar (Tabakwaren: + 24,3% gegenüber Januar 2004). Verbraucherfreundlich blieb im Jahresvergleich die Preisentwicklung unter anderem für Informationsverarbeitungs-

geräte, Telefon- und Telefaxgeräte (jeweils – 11,1%) sowie Foto- und Filmausrüstungen (– 7,1%).

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* für Deutschland hat sich im Januar 2005 gegenüber Januar 2004 um 1,6% erhöht. Im November hatte die Jahresveränderungsrate bei 2,0%, im Dezember bei 2,2% gelegen. Im Vergleich zum Vormonat ging der Index um 0,5% zurück. [uu](#)

Verbraucherpreisindex für Deutschland auf Basis 2000 = 100

	Veränderungen Januar 2005 gegenüber	
	Dezember 2004	Januar 2004
	%	
Gesamtindex	+ 1,6	– 0,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	– 1,0	+ 0,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+ 14,4	–
Bekleidung und Schuhe	– 1,8	– 2,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	+ 2,0	+ 0,6
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	– 0,2	+ 0,1
Gesundheitspflege	+ 3,8	+ 0,3
Verkehr	+ 2,9	+ 1,2
Nachrichtenübermittlung	– 1,2	+ 0,4
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	– 0,2	– 5,3
Bildungswesen	+ 2,4	+ 0,2
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 1,2	– 3,7
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 1,4	+ 1,0

Dipl.-Volkswirt Hans-Martin von Gaudecker

Regionale Mortalitätsunterschiede in Baden-Württemberg

Das Statistische Bundesamt zeichnet jedes Jahr herausragende Diplom- und Magisterarbeiten sowie Dissertationen, die einen engen inhaltlichen Bezug zur Arbeit der amtlichen Statistik aufweisen, mit dem Gerhard-Fürst-Preis aus. Am 18. November 2004 hat das Statistische Bundesamt auf Vorschlag eines unabhängigen Gutachtergremiums zwei Arbeiten in der Abteilung Diplom-/Magisterarbeiten mit dem Gerhard-Fürst-Preis und zwei Dissertationen mit dem Förderpreis für wissenschaftliche Nachwuchskräfte prämiert. In der Ausgabe 12/2004 dieser Zeitschrift wurden die vom Vorsitzenden des Gutachtergremiums, Herrn Prof. Dr. Hans Wolfgang Brachinger (Universität Fribourg/Schweiz), anlässlich der Preisverleihung vorgetragenen Laudationes veröffentlicht. Wie dort angekündigt, stellen die Preisträger die wesentlichen Inhalte ihrer Arbeiten in dieser Schriftenreihe vor. Den Anfang macht in dieser Ausgabe Hans-Martin von Gaudecker, dessen an der Universität Mannheim entstandene Diplomarbeit „Regionale Mortalitätsunterschiede in Baden-Württemberg“ die Grundlage für diesen Beitrag bildet.

Was sind die Gründe für die zum Teil erstaunlich hohen Sterblichkeitsunterschiede in Baden-Württemberg auf Kreisebene? Mit dieser Frage beschäftigt sich die diesem Text zugrunde liegende Studie¹⁾. Es kann ausgeschlossen werden, dass die Differenzen allein auf Zufallsschwankungen oder Fehlern im Meldewesen beruhen. Eine Ursachenanalyse zeigt, dass Haupterklärungsgrund für die Sterblichkeitsunterschiede der sozioökonomische Status ist: In Kreisen mit hohem Einkommen leben die Menschen im Durch-

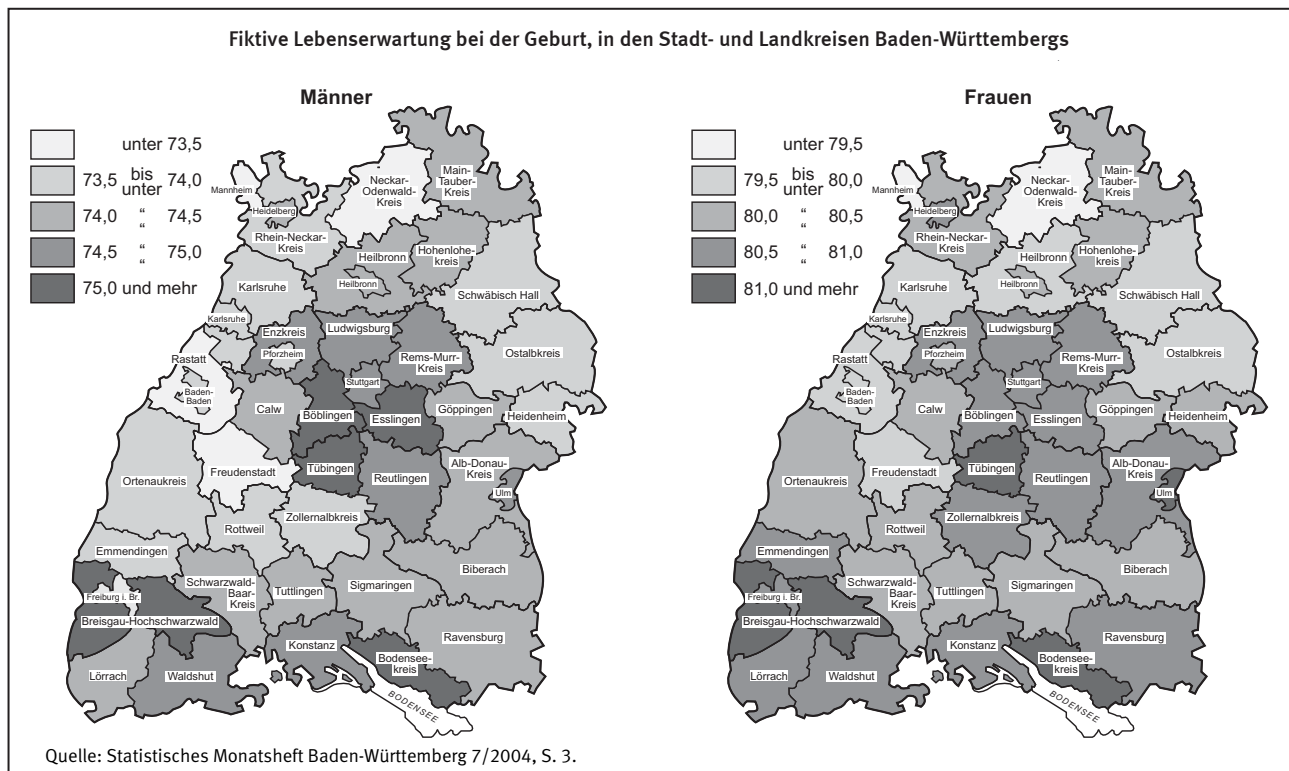
schnitt länger als in Kreisen mit geringem Einkommen. Der Einfluss des sozioökonomischen Status auf die Mortalität scheint durch höhere Bildung verstärkt oder sogar verursacht zu werden. Luftbelastung und Gesundheitsversorgung konnten nicht als diskriminierende Faktoren der Sterblichkeit in Baden-Württemberg festgestellt werden.

Lebenserwartung in Baden-Württemberg

Das Konzept der Lebenserwartung bezieht sich auf Geburtskohorten, das heißt sie bestimmt beispielsweise, wie lange sämtliche im Jahr 2002 geborenen Kinder erwartungsgemäß zu leben haben. Streng genommen lässt sie sich erst bestimmen, wenn sämtliche Mitglieder dieser Kohorte gestorben sind. In dieser Arbeit wird dieses Konzept auf eine Periode angewendet, das heißt zur Berechnung der Lebenserwartung werden sämtliche Kohorten herangezogen, die im Jahr 2002 positive Bestände aufwiesen. Damit sind die in dieser Arbeit aufgeführten Lebenserwartungen fiktiver Natur. Sie haben keinerlei Interpretation im eigentlichen Sinn des Wortes, sondern bilden lediglich einen leicht vorstellbaren Indikator für das Sterblichkeitsgeschehen in einer Bevölkerung. Aussagen der Form „Im Jahr 2001 konnten neugeborene Mädchen in Baden-Württemberg damit rechnen, 82,7 Jahre zu leben.“ sind also auf Grundlage der hier verwendeten Periodensterbetafeln nicht möglich, da Mitglieder von verschiedenen Kohorten mit völlig unterschiedlichen Biogra-

1) Diese Arbeit entstand in enger Zusammenarbeit zwischen dem Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel (MEA) und dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg. Eine ausführliche Version ist im August 2004 in der vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg herausgegebenen Reihe Statistische Analysen erschienen.

Schaubild 1



phien zur Berechnung der fiktiven Lebenserwartung herangezogen wurden.

Die Lebenserwartung der Baden-Württemberger lag im Jahr 2001 mit 77 Jahren für neugeborene Jungen und 82,7 Jahren für neugeborene Mädchen bundesweit an der Spitze. Innerhalb des Landes bestehen jedoch Unterschiede von bis zu drei Jahren zwischen den einzelnen Stadt- und Landkreisen, wie eine Berechnung der Lebenserwartungen für die Jahre 1981 bis 2002 auf Basis sehr detaillierter Bevölkerungsbestands-, Geburts- und Todesfalldaten ergab. Die Schaubilder 1 und 2 (auf S. 166) stellen die durchschnittlichen Lebenserwartungen über den Zeitraum 1981 bis 2001 dar.

Diese Zahlen sind aussagekräftiger als Werte für einzelne Jahre, weil jene stark durch kurzfristige, unsystematische Schwankungen beeinflusst werden. Die Werte für Männer liegen rund sechs Jahre unter denen für Frauen. Die Differenzen zwischen den Kreisen sind etwa halb so groß wie der Unterschied zwischen Männern und Frauen. In den Landkarten lässt sich leicht erkennen, dass die räumlichen Muster der Sterblichkeit für beide Geschlechter ähnlich sind. Für die Lebenserwartung von Männern finden sich die im Mittel höchsten Werte im Bodenseekreis und in den Landkreisen Tübingen, Böblingen, Esslingen und Breisgau-Hochschwarzwald. Die Schlusslichter bilden der Stadtkreis Mannheim, der Neckar-Odenwald-Kreis, die Landkreise Freudenstadt und Rastatt sowie die beiden Karlsruher Kreise. Bei den Frauen ergibt sich ein ähnliches Bild. Der Bodenseekreis und die Landkreise Tübingen und Breisgau-Hochschwarzwald bilden auch hier die Spitzengruppe, gefolgt von den Stadtkreisen Ulm und Stuttgart. Die geringsten Lebenserwartungen sind wiederum im Neckar-Odenwald-Kreis, im

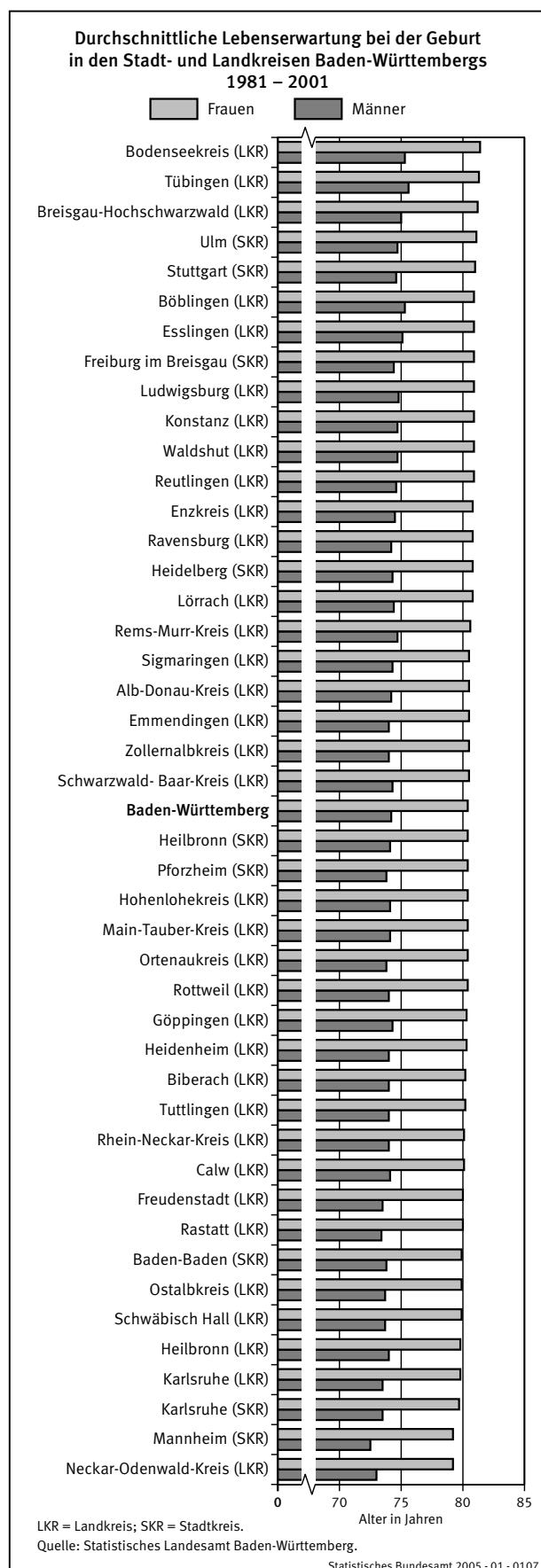
Stadtkreis Mannheim und in den Karlsruher Kreisen zu finden, hinzu kommt der Landkreis Heilbronn.

Zufallsschwankungen und Messfehler

Die gemessenen Lebenserwartungen werden durch Zufallsschwankungen beeinflusst. Auf Kreisebene ist dies besonders stark ausgeprägt, da die Bevölkerungsbestände oftmals nur kleine Größen erreichen. Um auszuschließen, dass Zufallsschwankungen die beobachteten Muster erzeugt haben, wurde ein Simulationsverfahren verwendet. Ausgangspunkt ist die Hypothese, dass die Sterbewahrscheinlichkeiten in jedem Jahr für ganz Baden-Württemberg gleich sind. Zusammen mit dem Bevölkerungsbestand jedes Kreises wurden mittels eines Zufallszahlengenerators 1000 Werte für die Zahl der Gestorbenen einer jeden Altersklasse erzeugt. Die auf dieser Basis berechneten Lebenserwartungen waren deutlich einheitlicher als die tatsächlich beobachteten Werte. Folglich konnte die Ausgangshypothese verworfen werden; die Sterbewahrscheinlichkeiten sind nicht im ganzen Land gleich. Mit anderen Worten, Zufallsschwankungen allein können die beobachteten Mortalitätsunterschiede nicht erklären, es liegen systematische Differenzen in den Lebenserwartungen vor.

Ein weiterer Grund für das Auftreten von Mortalitätsunterschieden in den Daten könnte auf systematischen Fehlern im Meldewesen beruhen. Geburten und Sterbefälle innerhalb Deutschlands werden in der amtlichen Statistik sehr gut erfasst. Problematisch sind Sterbefälle im Ausland sowie Zu- und Fortzüge. Es ist bekannt, dass es in die-

Schaubild 2



sen Kategorien erhebliche Erfassungsprobleme gibt.²⁾ Die potenziellen Fehler wurden in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg in eine mathematische Form gegossen. So entstand ein Messfehlermodell, welches wiederum den Ausgangspunkt für eine Simulationsanalyse bildete. Die Ergebnisse waren eindeutig: Sämtliche plausibel erscheinenden Messfehler können nicht für die beobachteten Unterschiede verantwortlich sein.

Bestimmungsgrößen der Mortalität

Zur Ursachenanalyse wurde ein umfassender Datensatz aus veröffentlichten und unveröffentlichten Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, des Verbands der Deutschen Rentenversicherungsträger und des Sozialministeriums Baden-Württemberg erstellt. Darauf aufbauend wurde der Einfluss von sozioökonomischen Charakteristika, von Wanderungsbewegungen, des Gesundheitswesens sowie der Umweltbelastungen mit Hilfe verschiedener Spezifikationen eines Regressionsmodells untersucht. Die wichtigsten Ergebnisse finden sich in der Übersicht. Die Resultate entspringen sehr unterschiedlichen Regressionen, da die Daten zu den erklärenden Variablen in uneinheitlichen Zeitreihen vorlagen. So war das Renteneinkommen zum Beispiel nur für die Jahre 1999 bis 2002 vorhanden, die Messgrößen aus der Einkommensteuerstatistik dagegen für die Jahre 1983 bis 1995. Die Struktur der Daten sowie Messfehler warfen weitere Probleme auf, die hier nicht weiter thematisiert werden können.³⁾

Beim Herausarbeiten von Zusammenhängen mit Hilfe von mathematisch-statistischen Methoden muss ein besonderes Augenmerk auf zufällig erzeugten Phänomenen liegen. Insbesondere bei einer geringen Zahl von Beobachtungen können scheinbare Beziehungen auftreten. So fand man vor einigen Jahrhunderten in den Niederlanden heraus, dass in Landstrichen mit vielen Störchen besonders viele Kinder geboren wurden. Betrachtet man diese Untersuchung mit modernen Methoden, so stellt sich wenig überraschend heraus, dass dieser Zusammenhang statistisch insignifikant ist. Das darunter liegende Konzept beruht auf Wahrscheinlichkeiten. Zwei Minuszeichen beim Einkommen in der Übersicht bedeuten beispielsweise, dass mit mindestens 99-prozentiger Wahrscheinlichkeit ein negativer Zusammenhang zwischen Einkommen und Sterblichkeit vorliegt. Bei einem Minuszeichen liegt diese Wahrscheinlichkeit immer noch bei 90 oder 95%. Sind die Werte geringer, so lässt sich anhand der vorhandenen Daten nicht sagen, ob ein Zusammenhang positiv, negativ oder nicht vorhanden ist.

In Kreisen mit hohen Einkommen leben die Menschen im Durchschnitt länger. Dieses Ergebnis findet sich sowohl bei Verwendung der Einkommensteuerstatistik als auch der Renteneinkünfte als erklärende Variable. Beide Einkommensvariablen sind in allen Fällen negativ mit der Sterblich-

2) Siehe „Leibing: Verteilung von Finanzmitteln auf Basis unzutreffender Einwohnerzahlen?“, Eildienst, hrsg. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, 2000.

3) Eine detaillierte Beschreibung und der Umgang mit diesen Problemen finden sich in der ausführlichen Version der Studie.

Einflussfaktoren auf die Mortalität in Baden-Württemberg

Einflussfaktor	Männer	Frauen
Einkommen	--	--
Höhere Bildung	--	--
Abgeschlossene Berufsausbildung	•	•
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ...	++	++
Erwerbsminderungsrenten	+	+
Arbeitslosenunterstützungsempfänger	•	•
Sozialhilfeempfänger	+	•
Zuwanderung (alle Alter)	-	•
Abwanderung (alle Alter)	+	•
Zuwanderung (Alter 65+)	+	++
Abwanderung (Alter 65+)	-	--
Gesundheitswesen	•	•
Umwelt	•	•

++ deutlich sterblichkeitsfördernd; -- deutlich sterblichkeitsmindernd;
 + schwach sterblichkeitsfördernd; - schwach sterblichkeitsmindernd;
 • kein Einfluss nachweisbar.

keit korreliert, die Koeffizienten sind in den meisten Fällen statistisch signifikant. Besonders stark ist der Zusammenhang, wenn man die Alterssterblichkeit mit den Renteneinkommen in Beziehung setzt. Dies entspricht den Erwartungen, da die Renteneinkommen eine Messgröße für das Lebenseinkommen darstellen, welches aus theoretischer Sicht die höchste Mortalitätsrelevanz aufweisen sollte. Lediglich für die Einkünfte aus der Einkommensteuerstatistik bei Frauen lässt sich kein Zusammenhang feststellen. Dies liegt möglicherweise darin begründet, dass diese Daten nicht geschlechtsdifferenziert vorlagen. Aufgrund der höheren Erwerbstätigkeit von Männern bilden sie somit eher deren Einkommen ab.

Vergleichsweise eindeutige Ergebnisse sind auch für die höhere Bildung vorhanden, in Kreisen mit einem hohen Anteil an Universitäts- und Fachhochschulabsolventen ist die Sterblichkeit geringer. Wie die vorhergehenden Resultate deckt sich dieses mit denen der einschlägigen Literatur. In einigen Spezifikationen des Modells blieben die Koeffizienten statistisch insignifikant, allerdings ist dies vermutlich mit Kohorteneffekten oder Messfehlern zu erklären: Alle Bildungsindikatoren wurden aus der Beschäftigtenstatistik gewonnen, daher gelten die Werte nicht unbedingt für die Rentnerkohorten. Ferner lagen sie nur für die letzten vier Jahre am Wohnort vor. In den vorhergehenden Zeiträumen wurde die Bildung der Arbeitnehmer nur am Arbeitsort erfasst, was aufgrund von Pendlern zu starken Verzerrungen führen kann, das heißt die gemessenen Werte bilden nicht exakt die gewünschte Variable ab. Zwischen Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung und der Personengruppe der An- und Ungelernten ließen sich keine Unterschiede feststellen.

In Kreisen mit einem hohen Anteil an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war die Sterblichkeit höher als in solchen mit einem geringen Anteil. Da die Quoten von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen in den Regressionen enthalten waren, bedeutet dies, dass die Sterblichkeit von Beamten, Selbstständigen und Freiberuflern im Durchschnitt geringer ist als diejenige von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Aufgrund des in der Regel höheren sozioökonomischen Status in diesen Personengruppen ruft auch dieses Ergebnis kein Erstaunen hervor. Bezüglich der

Quoten von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern ergab sich erwartungsgemäß fast immer ein negativer Zusammenhang mit der Lebenserwartung, in den meisten Fällen blieben die Werte jedoch statistisch insignifikant.

Wenn man sich den Wanderungsbewegungen zuwendet, so findet sich bei Männern ein sterblichkeitsmindernder Effekt von Zuwanderungen und ein gegenteiliger von Abwanderungen. Dies entspricht den Erwartungen insofern, als dass mobile Personen vergleichsweise gesund sein dürften. Diese Selektionseffekte scheinen bei Frauen weniger ausgeprägt zu sein. Betrachtet man nur die Wanderungsbewegungen von älteren Personen, so schlagen die Effekte bei Frauen umso stärker in umgekehrter Richtung zu Buche: Die Abwanderungen haben einen negativen, die Zuwanderungen einen positiven Effekt auf die Mortalität, beide sind statistisch hochsignifikant. Die Umkehrung der Vorzeichen lässt sich auch bei Männern beobachten, die Effekte sind anhand der Daten jedoch nicht präzise zu bestimmen. Diese Befunde decken sich mit der Erwartung, dass Umzüge in dieser Altersklasse vor allem aufgrund von einsetzender Pflegebedürftigkeit und damit einem höheren Mortalitätsrisiko getätigt werden. Da Ehemänner aufgrund der geringeren Lebenserwartung häufiger im eigenen Haushalt gepflegt werden können, ist der Effekt für Frauen deutlich stärker ausgeprägt.

Bezüglich der Einrichtungen des Gesundheitswesens lassen sich keine einheitlichen Aussagen treffen. Genauso wenig konnte ein Einfluss von Umweltbelastungen nachgewiesen werden. Auch wenn die Datenqualität in beiden Bereichen Wünsche offen lässt, legen die Ergebnisse den Schluss nahe, dass diese Komplexe keine bedeutenden Auswirkungen auf die Gesamtsterblichkeit haben.

Kernaussagen und Interpretation

Diese Arbeit hat gezeigt, dass die regionalen Sterblichkeitsunterschiede in Baden-Württemberg weder ausschließlich auf zufälligen Schwankungen noch auf falsch erfassten Bevölkerungsdaten beruhen können. Die Ursachenanalyse zeigte zum einen, dass die Bildung stark negativ mit der Sterblichkeit korreliert. Über die Gründe lässt sich allerdings nur spekulieren, in der einschlägigen Literatur werden zum Beispiel eine bewusster Ernährung, bessere Vorsorgemaßnahmen und ein geringerer Raucheranteil unter höher gebildeten Personen diskutiert. Ferner ließ sich ein deutlicher Einfluss des Einkommens nachweisen: In der einen oder anderen Form scheinen sich Reiche selbst in Deutschland mehr Gesundheit leisten zu können. Dies muss sich nicht zwangsläufig auf den Zugang zu Gesundheitsleistungen beziehen, sondern kann beispielsweise auch über die Wohnsituation oder wiederum über Ernährungsaspekte wirken. Eine andere Interpretation wäre, dass gesunde Personen ein höheres Einkommen erzielen. Dass die Umwelt nicht als diskriminierender Faktor festgestellt werden konnte, bedeutet nicht, dass Umweltbelastungen per se keinen Einfluss hätten. Vielmehr erscheint es so, dass mittlerweile die Unterschiede in den Luftbelastungen so gering sind, dass auf Kreisebene keine Wirkungen auf das Gesamtsterblichkeitsniveau mehr feststellbar sind. [\[1\]](#)

ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe	2	91
Bevölkerung		
Von der „traditionellen Familie“ zu „neuen Lebensformen“	1	25
Ehescheidungen 2003	2	97
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen	2	118
Produzierendes Gewerbe		
Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe	2	91
Unternehmensstrukturen im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1	41
Strukturentwicklung des Baugewerbes und Bedeutung kleinerer Unternehmen	2	109
Bautätigkeit und Wohnungen		
Wohngeld in Deutschland 2003	2	135
Geld und Kredit, Dienstleistungen		
Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen	2	118
Gesundheitswesen		
Behinderung und Einkommen	2	128
Sozialleistungen		
Behinderung und Einkommen	2	128
Wohngeld in Deutschland 2003	2	135

	Heft	Seite
Finanzen und Steuern		
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 2004	1	48
Wirtschaftsrechnungen		
Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte	2	143
Preise		
Preisentwicklung im Jahr 2004	1	64
Preise im Januar 2005	2	158
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Bruttoinlandsprodukt 2004	1	13
Umwelt		
Pilotstudie zur abfallstatistischen Erfassung von organischen Reststoffen	1	58
Gastbeiträge		
Der Nutzen von Statistiken aus der Sicht eines Unternehmens	1	75
Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturhebung im Verarbeitenden Gewerbe	2	91
Regionale Mortalitätsunterschiede in Baden-Württemberg	2	164

Neuerscheinungen¹⁾ vom 22. Januar 2005 bis 18. Februar 2005

• Zusammenfassende Veröffentlichungen

	EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, Januar 2005	13,75
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, Oktober 2004	18,70
Key data on Germany 2004	6,-
Forum der Bundesstatistik, Band 43: Alltag in Deutschland – Analysen zur Zeitverwendung	14,-

• Fachserien

Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 5	Gewerbeanzeigen, 4. Vierteljahr und Jahr 2003	9,-
---------	---	-----

Fachserie 7: Außenhandel

Reihe 1	Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, (Endgültige Ergebnisse) 2003	14,-
---------	---	------

Fachserie 16: Löhne und Gehälter

Reihe 2.2	Angestelltenverdienste im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe, Oktober 2004	17,-
Reihe 4.1	Tariflöhne, Oktober 2004	16,-
Reihe 4.2	Tarifgehälter, Oktober 2004	16,-

Fachserie 17: Preise

Fachserie 17: Preise		EUR [D]
Reihe 4	Baupreisindizes, November 2004	7,30
Reihe 7	Verbraucherpreisindizes für Deutschland, Dezember 2004	10,79

• Elektronische Veröffentlichungen

Außenhandel nach Waren und Ländern, November 2004 (CD-ROM)	25,-
--	------

• Bund/Länder-Veröffentlichungen

Kreiszahlen: Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland, Ausgabe 2004	13,-
---	------

Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes

Nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes steht im Statistik-Shop online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

www.destatis.de/shop

Alle aktuellen **Fachserien**, deren Neuerscheinungen bislang an dieser Stelle aufgeführt waren, werden in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum **kostenfreien** Download im Statistik-Shop bereitgestellt.

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm> abgerufen werden.

¹⁾ Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 70 71/93 53 50, Telefax + 49 (0) 70 71/93 53 35, E-Mail: destatis@s-fg.com. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.